SITZUNGSBERICHTE DER LEIBNIZ-SOZIETÄT

Band 15 • Jahrgang 1996

Reinhardt Becker Verlag Velten ISSN 0947-5850 ISBN 3-89597-320-3

Inhalt

Die Berliner Akademie 1945 bis 1950.	
Kolloquium der Leibniz-Sozietät September 19	96

Conrad Grau

Die Berliner und andere deutsche Akademien nach dem Zweiten Weltkrieg (einleitender Beitrag) >>>

Joachim Auth

Zur Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften 1946 >>>

Joachim Auth

Das Institut für Festkörperphysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften in den Anfangsjahren der Akademie nach 1945 >>>

Roland Gründel

Dr. Konrad Schubring - ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Akademie vor und nach 1945. Ein Fallbeispiel >>>

Johannes Irmscher

Johannes Stroux, der erste Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin >>>

Roland Köhler

Zur Akademie-Konzeption von Johannes Stroux 1945 >>>

Hubert Laitko

Die Etablierung der Technikwissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945 -1950 >>>

Siegfried Lokatis

Die Gründung des Akademie-Verlages >>>

Peter Nötzold

Die Einflußnahme der SMAD auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland >>>

Werner Scheler

Die Akademie und die naturwissenschaftlich-technische Forschungspolitik der DDR.

Bemerkungen zur Entwicklung bis 1957 >>>

Peter Th. Walther

Zur Zuwahlpolitik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin 1945-1949

Bei anderen gelesen

Jochen Gläser, Werner Meske

Anwendungsorientierte Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR >>>

Rezensionen

Günter Albrecht

Jochen Gläser, Werner Meske: Anwendungsorientierte Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR >>>

Herbert Wöltge

KAI - Entwicklung einer Abwicklung. 3.10.1990 bis 31.12.1993 >>>

Conrad Grau

Die Berliner und andere deutsche Akademien nach dem Zweiten Weltkrieg

In einer Zeit großer materieller Not und der Neugestaltung der deutschen Wissenschaft wurde 1946 in Deutschland des 300. Geburtstages von Gottfried Wilhelm Leibniz gedacht. Erich Hochstetter (1888-1968), ein bekannter Leibniz-Forscher, initiierte das seit 1946 in Lieferungen erscheinende Werk "Leibniz. Zu seinem 300. Geburtstage". Das erste Heft über "Leibniz als Metaphysiker" verfaßte Nicolai Hartmann (1882-1950), Professor der Philosophie bis 1945 in Berlin und danach in Göttingen, seit 1934 Ordentliches Mitglied der Preußischen und der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Die Berliner Akademie war von diesem Jubiläum natürlich besonders betroffen. Bereits seit dem 28. Februar 1946 bereitete sie ihren seit 1812 traditionellen Leibniz-Tag für Anfang Juli vor. Den Festvortrag hielt das seit dem Mai 1946 Korrespondierende Mitglied Theodor Litt (1880-1962) aus Leipzig über "Leibniz und die deutsche Gegenwart". Vorgelegt wurde das Werk "Leibniz und sein Rußlandbild" von Liselotte Richter (1906-1968), seit 1936 Mitarbeiterin der Leibniz-Edition der Akademie. Sie hat auch einige Gedenkartikel über Leibniz in Zeitungen veröffentlicht, und sie hielt die Festrede auf der Gedenkfeier des Berliner Magistrats und der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Staatsoper. Am 1. Juli 1946, dem 300. Geburtstag von Leibniz, erging die Anweisung, die Preußische als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wiederzueröffnen, was am 1. August 1946 erfolgte. Ein Anlaß zur Erinnerung nach fünfzig Jahren!

Wenn wir heute über die Berliner Akademie im ersten Nachkriegsjahrfünft sprechen, sollten wir vorübergehend einmal ausblenden, wie sich ihre weitere Entwicklung ab 1949 in der DDR vollzog. Natürlich stellt sich rückblickend nach fünf Jahrzehnten aus der Kenntnis der Folgen die Frage nach den Wurzeln und danach, wann und ob möglicherweise welche Zielstellungen nicht zu erwarteten Ergebnissen geführt haben. Dank neuer Forschungen wissen wir darüber bereits eine ganze Menge, und weiteres werden wir mit Sicherheit in den folgenden Beiträgen auf dieser Veranstaltung hören. Auch ich selbst habe mich 1992 zum Problem des Neubeginns nach 1945 ausführlich geäußert. Ich verweise auf diesen Artikel mit

den entsprechenden archivalischen Belegen, ohne jene Ausführungen in extenso zu wiederholen. Weitere Nachweise für meine heutigen Darlegungen bieten die am Ende aufgeführten Quellen und Publikationen.

Der äußere Ablauf der wichtigsten Ereignisse von 1945 bis 1949, soweit sie die Akademie betreffen, soll hier zunächst thesenartig verzeichnet werden, bevor versucht wird, die Vorgänge vor dem Hintergrund der damaligen Wissenschaftspolitik in Deutschland - nicht nur in Berlin - ein wenig zu interpretieren.

1.

Am 25. Mai 1945 wandte sich der seit 1938 amtierende Direktor der Akademie, Helmuth Scheel (1895-1967), an den am 17. Mai 1945 auf Initiative der damals allein in Berlin anwesenden sowjetischen Besatzungsmacht gebildeten Berliner Magistrat mit der Bitte, die Betreuung der Akademie "als höchste wissenschaftliche Anstalt des Landes Preußen" zu übernehmen, "bis wieder eine ordnungsgemäß zuständige Zentralverwaltung gegründet ist".

2.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die alliierten Mächte offiziell die Regierungsgewalt im besetzten Deutschland. Am 6. Juni - aber sicher ohne Kenntnis der Entscheidung des Vortags - versammelten sich zwölf der 19 damals in Berlin anwesenden Ordentlichen Mitglieder (von 69, die der Akademie damals angehörten); sie designierten Johannes Stroux (1886 - 1954), Ordentliches Mitglied seit 1937, zum Präsidenten und sahen die Ausarbeitung einer Akademiesatzung vor. Diese wurde auf der Sitzung von 15 Ordentlichen Mitgliedern am 21. Juni 1945 bestätigt, als auch die Wahl des Präsidenten Stroux und der Sekretare der beiden Klassen, Ludwig Diels (1874-1945) und Fritz Hartung (1883-1967), erfolgte. Beide waren seit 1931 und seit 1939 Ordentliche Mitglieder.

3,

In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 fanden - wie die im Akademie-Archiv überlieferten Protokolle und die 1991 publizierten Dokumente erweisen - regelmäßig Sitzungen der Akademiemitglieder statt, wurden Arbeitsund Haushaltspläne aufgestellt, mit dem nun der Alliierten Kommandantur der Viersektorenstadt unterstehenden Magistrat verhandelt, mit der Rückführung ausgelagerter Arbeitsmaterialien begonnen. Erste Bemühungen lassen sich erkennen, in Berlin bestehende Institute der Akademie zu unterstellen. Es begannen Erörterungen darüber, welche Wissenschaftler als Mitglieder und Mitarbeiter aus politischen Gründen hinfort nicht mehr

tragbar sein würden. Aus einem Brief, mit dem der Wiener Chemiker Wilfried Oberhummer (geb. 1900) am 6. Juni 1946 dem Akademiedirektor in Berlin antwortete, ergibt sich, daß man die Lage hier Ende 1945 recht optimistisch sah. Ich zitiere aus diesem in Berlin erhaltenen Brief: "Ihre Nachricht hatte eine Reise von sechs Monaten hinter sich. Ich weiß nicht, worüber ich mich mehr freuen soll, daß Sie leben, daß Sie im Amte sind. daß sich Ihre alte Tätigkeit wieder entwickelt."

4.

Die Akademie wurde im Haushalt des Berliner Magistrats, dessen Sitzungsprotokolle im Druck vorliegen, geführt. Am 15. Oktober 1945 sah Stroux in einem Schreiben an diesen die "Vorbedingungen" für die Eröffnung der Akademie als erfüllt an. "Ich stelle im Namen der Akademie hiermit den Antrag dazu und bitte den Magistrat, die Genehmigung der Besatzungsbehörde zu erwirken." Nun kam es jedoch zu einer ganz anderen Entscheidung. Die vorgesetzte Behörde des Magistrats, mit der Anwesenheit der westlichen Truppen in Berlin seit Juli 1945 die Alliierte Kommandantur und nicht mehr die sowjetische Besatzungsmacht allein, strich den Akademie-Etat am 27. Oktober 1945. Die Gründe dafür sind nicht ersichtlich, solange die entsprechenden Unterlagen nicht zugänglich sind. Da die Kommandantur einstimmig entscheiden mußte, könnten sie sowohl bei den Westmächten als auch beim sowjetischen Vertreter gelegen haben. Jedenfalls legte der Berliner Wissenschaftsstadtrat - es war der Kommunist Otto Winzer (1902-1975) - dem Magistrat am 11. Dezember 1945 für den 17. Dezember 1945 auf nachhaltiges Drängen der Akademie erneut einen Antrag vor, in dem die Genehmigung des Akademie-Etats bei der Alliierten Kommandantur verlangt wurde, um "das Weiterbestehen der Akademie der Wissenschaften ... zu ermöglichen". Der Antrag wurde iedoch noch während der Magistratsberatung zurückgezogen. In den Dezembertagen 1945 dürfte sich also hinsichtlich der Akademie eine neue Meinungsbildung vollzogen haben.

5.

Ein Rückblick: Seit dem 27. Juli 1945 wurden von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Deutsche Zentralverwaltungen, darunter für Volksbildung, errichtet. Sowjetische Stellen unterhielten spätestens seit November 1945 direkte Kontakte zur Akademie. Ein Wendepunkt in den Beziehungen der Akademie zu deutschen und sowjetischen Behörden war dann eine Sitzung der Akademiemitglieder am 6. Dezember 1945, auf der der Berliner Oberbürgermeister Arthur Werner (1877-1967) und das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Viktor S.

Kulebakin (1891-1970) Ansprachen hielten. Den Fachvortrag hielt Max Vasmer (1886-1962), der Slawist und Ordentliches Mitglied seit 1931 war.

6.

Am 20. Dezember 1945, also zwei Wochen nach der erwähnten Akademiezusammenkunft mit Kulebakin und unmittelbar nach Zurückziehung der Magistratsvorlage, berichtete der Präsident auf einer Gesamtsitzung über eine Besprechung mit dem sowjetischen Bevollmächtigten. Laut Protokoll kündigte Stroux den "baldigen Übergang der Akademie von der bisherigen Betreuung durch den Magistrat an die Zentraldirektion für Volksbildung" an, also von einer der Alliierten Kommandantur unterstellten Behörde an eine allein von sowjetischer Seite beeinflußte. Gleichzeitig wurde von den anwesenden Ordentlichen Mitgliedern auf Antrag des Präsidenten die Namensänderung der Akademie, d.h. der Verzicht auf das Wort "Preußische"" entschieden. Wer hinter diesen Regelungen stand, kann nicht zweifelhaft sein: "Der Präsident erklärt, daß Herr Kulebakin am 21. Dezember eine Mitteilung über das Ergebnis der Sitzung machen müsse ..."

7.

Der Ablauf der Ereignisse im Dezember 1945 - konkret der Besuch Kulebakins in der Akademie am 6. Dezember, die Zurückziehung des Etatsantrages an die Alliierte Kommandantur durch den Magistrat am 17. Dezember und die erwähnten Akademiebeschlüsse am 20. Dezember dürfte eindeutig belegen: Hinsichtlich der Stellung der Akademie sollte nicht mehr der Berliner Magistrat als nachgeordnete Behörde der Allijerten Kommandantur, sondern die Zentralverwaltung für Volksbildung der SBZ zuständig sein, die ausschließlich der östlichen Besatzungsmacht unterstand. Durch die Anordnung über die offizielle Wiedereröffnung der Akademie, die möglicherweise nicht ganz zufällig auf den 1. Juli 1946 datiert wurde, ist dann vollzogen worden, was wohl schon im Dezember 1945 entschieden war, nämlich die Durchsetzung des Anspruchs der sowjetischen Besatzungsmacht auf Entscheidungen über wissenschaftliche Einrichtungen auch im Ostsektor Berlins. Ich erinnere an den Befehl der SMAD vom 8. Januar 1946 über die Eröffnung der Berliner Universität Unter den Linden, die am 29. Januar erfolgte.

8.

Vor und nach der Wiedereröffnung hat die Akademie neun Ordentliche Mitglieder hinzugewählt - drei im Februar und Juni 1946, sechs im Okto-

ber 1946. Außerdem wurden im Mai, August und September 1946 drei Korrespondierende Mitglieder aufgenommen. Noch bevor die am 31. Oktober 1946 beschlossene und am 26. November 1946 bestätigte Satzung der Akademie in Kraft trat, ordnet die SMAD am 18. Oktober 1946 die Überführung von sechs Instituten an die Akademie an. Es handelt sich um das Astrophysikalische und das Geodätische Institut in Potsdam, die Sternwarten in Babelsberg und Sonneberg, das Astronomische Recheninstitut in Babelsberg und das Zentralinstitut für Erdbebenforschung in Jena.

In der neuen Akademiesatzung war festgelegt: "Für die Pflege bestimmter Wissenschaftsgebiete können auf Beschluß des Plenums und nach Bestätigung durch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone Institute bei der Akademie begründet oder bereits bestehende ihr eingegliedert werden." Durch diese Kann-Bestimmung erhielt die Akademie auf dem Gebiet der Forschung Aufgaben, die über die Tätigkeit der bisherigen Kommission/Unternehmen hinausgingen. Die Entscheidung entsprach Vorstellungen, die die Akademie seit einem halben Jahrhundert verfolgt hatte, zuletzt in der umfangreichen Denkschrift von 1930 "über die Erweiterung ihrer Tätigkeit". Zu den genannten sechs Akademieinstituten kamen drei noch 1946 hinzu: im November 1946 die Übernahme des Heinrich-Hertz-Instituts für Schwingungsforschung und im September/Oktober 1946 bereits die ersten Neugründungen, das Forschungsinstitut für Mathematik und das Geotektonische Institut:

9.

Bis zum März 1949 vergrößerte die Akademie die Zahl ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen und ihrer Mitglieder.

An die Akademie angegliedert wurden

- das Laboratorium f
 ür Gasentladungsphysik in Greifswald am 1. Juli 1947;
- das Institut f
 ür Medizin und Biologie in Berlin-Buch am 27. Juni 1947;
- das Institut f
 ür Festkörperforschung in Berlin-Buch (mit einem gleichnamigen Laboratorium in Dresden) am 1. Juli 1947;
- das Institut f
 ür Kulturpflanzenforschung in Gatersleben am 1. April
 1948;

An der Akademie wurden gegründet

das Institut f
ür hellenistisch-r
ömische Philosophie im Januar 1947;

- das Institut f
 ür Slawistik am 1. April 1947;
- das Institut f
 ür Orientforschung am 10. April 1947;
- das Institut f
 ür Romanische Sprachwissenschaft am 19. Juni 1947 (Arbeitsaufnahme 1948);
- das Institut f
 ür V
 ölkerkunde in Dresden und Berlin am 19. Juni 1947;
- das Institut f
 ür Bauwesen im Oktober 1947;
- das Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge in Paulinenaue am 31.
 Oktober 1947:
- das Optische Laboratorium am 1. Januar 1948;
- das Institut f
 ür Faserstoff-Forschung am 19. Februar 1948;
- das Institut f
 ür physikalische Hydrographie am 1. April 1948.

Als Kommission/Unternehmen bestanden 1949 an der Akademie

- die Deutsche Kommission (mit 14 Abteilungen);
- die Kommission f
 ür griechisch-r
 ömische Altertumskunde (mit neun Abteilungen)
- die Sprachwissenschaftliche Kommission (mit zwei Abteilungen)
- die Kommission f
 ür sp
 ätantike Religionsgeschichte (mit sechs Abteilungen);
- · die Kommission für Vor- und Frühgeschichte;
- die Leibniz-Kommission:
- · die Atlas-Kommission;
- die Historische Kommission;
- die Kant-Ausgabe;
- das Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache;
- die deutsche Literaturzeitung (ab Oktober 1947);
- die Zeitschrift Forschungen und Fortschritte (ab Juni 1947)

Weiterhin gehörten zur Akademie der Verlag, das Archiv und die Bibliothek.

Da in den Unternehmen teilweise mehrere Projekte betreut wurden, bestand hinsichtlich der Wissenschaftlerzahl in etwa eine Parität mit den Instituten, die in der Regel recht klein waren und mehr Hilfspersonal hatten. Insgesamt waren an der Akademie neben den freien Mitarbeitern, insbesondere bei den Editionsunternehmen, etwa 800 Wissenschaftler sowie technische und sonstige Hilfskräfte beschäftigt.

Mitgliederzuwahlen erfolgten 1947 und 1948:

1947 wurden zwei und 1948 kein Ordentliches Mitglied gewählt;

- nach längeren Vorbereitungen wurden 16 Ordentliche Mitglieder im März 1949 und ein weiteres im Juni 1949 aufgenommen;
- zwischen dem 9. Mai 1946 und dem 24. Februar 1949 wurden lediglich in der Philosophisch-Historischen Klasse 18 Korrespondierende Mitglieder gewählt, davon 1947 allein zwölf; die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Klasse nahm keine Korrespondierenden Mitglieder auf. Von den 18 Korrespondierenden Mitgliedern wurden vier noch 1949 Ordentliche.

10.

Durch die "Kulturverordnung" vom 31. März 1949, über die die Akademie durch sowjetische Stellen in Deutschland vorab informiert wurde, ist die Akademie grundlegend verändert worden:

- ihre materielle Lage und die der Mitglieder und Mitarbeiter wurde verbessert;
- die Zahl der Ordentlichen Mitglieder wurde auf 120 erhöht;
- die Akademie erhielt zusätzlich zu ihrem traditionellen Sitz Unter den Linden das Gebäude in der Jägerstraße;
- die Zahl der Klassen wurde von zwei auf sechs erh
 öht.

Auf der Grundlage einer Ausschreibung vom April 1949 wurden von wissenschaftlichen Institutionen aus ganz Deutschland Vorschläge für Zuwahlen erbeten. Am 14. Und 28. Juli 1949 wurden daraufhin 28 Ordentliche Mitglieder in die Akademie aufgenommen. Das waren in der

- Klasse f
 ür Mathematik und Naturwissenschaften vier:
- Klasse f
 ür landwirtschaftliche Wissenschaften vier;
- Klasse f
 ür technische Wissenschaften f
 ünf;
- Klasse f
 ür Sprachen, Literatur und Kunst sieben;
- Klasse f
 ür Gesellschaftswissenschaften null.

Die mögliche Höchstzahl der Mitglieder war damit nicht erreicht. Eine Klasse wählte überhaupt keine Mitglieder. Die Parität von Geistes- und Naturwissenschaften unter den Ordentlichen Mitgliedern war aufgegeben. Der Anteil von Ordentlichen Mitgliedern aus der SBZ und Berlin gegenüber dem aus Westdeutschland, der bis zum März 1949 bei leicht östlichem Übergewicht etwa gleich groß war, verschob sich durch die Juliwahlen von 1949 auf fast zwei Drittel Ost und etwas mehr als ein Drittel West.

Soweit einige rein faktische Ergebnisse der Akademieentwicklung in Berlin von 1949 bis 1949, also bis zu einem Zeitpunkt, zu dem der bereits begonnene Teilungsprozeß mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in ein neues Stadium trat. Festzuhalten bleibt, daß sich zwischen Mai 1945 und Sommer 1949 bei allen Entscheidungen, deren weitere Folgen damals schwerlich zu kalkulieren waren, ein modus vivendi zwischen der Akademie, der Besatzungsmacht und den entstehenden deutschen Behörden herausgebildet hat. Wie andere deutsche Akademien erkannte auch die Berliner, daß die Weiterführung ihrer Arbeit die Genehmigung der Siegermächte als Voraussetzung hatte, wozu auch Entscheidungen über das Ausscheiden politisch belasteter Mitglieder gehörten.

An Beispielen aus der gleichzeitigen Geschichte der Münchener, der Heidelberger und der Göttinger Akademie läßt sich dieser Prozeß vergleichend verfolgen. Dazu können hier allerdings lediglich erste Hinweise gegeben werden, um weitere Untersuchungen anzuregen.

Der Tieftemperaturphysiker Walther Meißner (1882-1974), von 1945 bis 1950 zunächst kommissarischer, dann gewählter Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, beschrieb 1959 in der Festschrift zum 200. Gründungstag der Münchener Akademie recht umfassend die Anfänge nach 1945, wofür er "außer den in der Akademie befindlichen Akten und meinen eigenen Akademieakten ausführliche Notizen" eines weiteren Akademiemitglieds benutzte. Danach hatten die Mitglieder sich teilweise bereits seit dem 6. Juli 1945 versammelt. Weiter heißt es in diesem Bericht: "... am 27. Juli 1946 konnte der kommissarische Präsident den Mitgliedern mitteilen, daß die Militärregierung und der Kontrollrat die Arbeitsgenehmigung für die Akademie und ihre akademischen Kommissionen erteilt und die bei der Genehmigung aufgeführten Akademiemitglieder und Angestellten bestätigt habe. ... Am 26. September 1946 fand zum ersten Male wieder eine öffentliche Sitzung der Akademie (unter Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung) statt." Der kommissarische Präsident Meißner war am 12. August 1946 zum Präsidenten gewählt worden.

Über Heidelberg liegt eine ausführliche Darstellung von Udo Wennemuth vor. Hier blieb die alte Akademieleitung nach dem Kriegsende im Amt; sie suchte am 20. Februar 1946 beim "University-Office" der Militärregierung um die Genehmigung zur Wiedereröffnung nach. Ein Drittel der Ordentlichen Mitglieder stünden angesichts des noch nicht abgeschlossenen

Entnazifizierungsprozesses zur Verfügung. Nach einem weiteren Antrag vom 14. Juni 1946 verfügte der Chief of Higher Institutions and Teachers Training vom Office of Military Government Baden-Würtemberg am 24. Juli 1946: "The Heidelberg Academy of Science is hereby authorized to continue its work and its meetings ..." Am 17. Dezember 1946 bestätigte dann derselbe Chief: "This office hereby approves the formation of the Heidelberger Academie der Wissenschaften." Der Mitgliederfrage, deren Lösung sich bis 1953 hinzog, "entledigte" sich die Akademie durch "Nichtbehandlung", heißt es in der erwähnten Geschichte der Heidelberger Akademie von 1994, in der wir weiter lesen: "Letztlich wurden sechs ehemalige Mitglieder nicht wieder in die Akademie aufgenommen, ohne daß ein förmlicher Ausschluß stattgefunden hätte ..."

Die Göttinger Akademie der Wissenschaften war offensichtlich schon 1945 wieder tätig, wie sich aus ihren seit Dezember 1945 nach Berlin bestehenden Kontakten ergibt, auf die noch zurückzukommen sein wird. Präsident und Vizepräsident der Akademie waren 1945/46 der Mineraloge Carl Correns (1893-1980) und der Rechtshistoriker Rudolf Smend (1882-1975). Correns war übrigens ein Sohn des Biologen Carl Correns (1864-1933) und Bruder des Chemikers Erich Correns (1896-1981), beide seit 1915 und seit 1951 Ordentliche Mitglieder der Berliner Akademie.

Das Verhalten der britischen Besatzungsmacht, zu deren Zone Göttingen gehörte, wurde von Peter Alter in einer Studie, die zwar die Akademie nicht behandelt, als ein Kompromiß "zwischen einer liberalen Politik" und der Berücksichtigung "der restriktiven Auffassung ihrer amerikanischen und französischen Verbündeten" charakterisiert. Er stützte sich dabei auf eine seit dem 4. Juli 1945 in London erarbeitete und am 16. November 1945 beschlossene Direktive, die von der Annahme ausging, daß "the objective of control in Germany is one not of revenge but of disarmament and conversion to peaceful activity, and that it is therefore not desired to restrict German research and development activity genuinely devoted to peaceful ends."

Alle verfügbaren Quellen über die Entwicklung in Berlin, München, Heidelberg und Göttingen zeigen eindeutig, daß durchweg Wissenschaftler, die den Akademien bereits unterschiedlich lange - mindestens seit den dreißiger Jahren - als Ordentliche Mitglieder angehörten, gemeinsam mit weiter amtierenden Verwaltungsbeamten das Wirken der Akademien unmittelbar nach der Besetzung durch die Truppen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wieder in Gang setzten. Das geschah überall zunächst

ohne amtliche Genehmigung. In München und Heidelberg blieben sogar die Präsidenten im Amt. In Berlin, wo das Amt seit 1943 vakant war, wurde sofort ein Präsident gewählt. Überall wurde die interne Arbeit der Akademien vor der offiziellen Bestätigung faktisch von den Behörden toleriert. Angesichts des Zusammenbruchs aller staatlich-gesellschaftlichen Strukturen kann man dieses Phänomen, dieses persönliche Engagement der Wissenschaftler, nicht genug betonen. Da nach unserem bisherigen Kenntnisstand keine Besatzungsmacht über spezielle konkrete Pläne für die Akademie verfügte, die über allgemeine Vorstellungen einer neuen Wissenschaftspolitik hinausgingen, gerieten die sich bildenden Behörden, die der Deutschen und die der Sieger, angesichts des starken Drängens der Wissenschaftler von Anfang an gewissermaßen in einen Zuzwang. Sie konnten, da sie das unter den damaligen Umständen durchaus mögliche absolute Verbot jeder Betätigung, auch einer halbwegs öffentlichen wissenschaftlichen, nicht praktizierten, eigentlich nur reagieren. Was von den Akademien, die sich selbst als weiterbestehend ansahen, vorgetragen wurde, konnte entweder schlechtweg abgelehnt oder in Richtungen gelenkt werden, die den generell nur partiell kompetenten Vertretern der neuen Staatsgewalt vertretbar erschienen. In der Sache befanden sich letztere in einer schlechteren Position als die Fachvertreter der Wissenschaft in den Akademien.

Eine grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber deutschen wissenschaftlichen Bestrebungen vermag ich bei keiner Besatzungsmacht zu erkennen. Ebensowenig aber auch von Anfang an detaillierte Pläne für ihr Verhalten zu den einzelnen Akademien, die ihnen vielleicht ohnehin nicht der Nabel der Welt zu sein schienen, solange die Wissenschaftspolitik in Ost und West nicht Bestandteil der sich herausbildenden politischen Auseinandersetzungen war. Als Ausweg blieb zunächst eigentlich nur, wenn man wissenschaftliche Tätigkeit nicht verbieten wollte oder konnte, ein billigendes oder korrigierendes Akzeptieren von Vorschlägen der Wissenschaftler selbst. Während bei den westlichen Besatzungsmächten wegen der Gleichartigkeit der gesellschaftlichen Ordnungen das billigende Element bestimmend war, dominierte bei der östlichen Macht angesichts eines anders gearteten Wissenschaftssystems das korrigierende. Deutlicher Ausdruck dafür waren hinsichtlich der westdeutschen Akademien deren Bestätigung in den traditionellen Formen und im Hinblick auf die Berliner Akademie die Weichenstellungen vom Dezember 1945, die ihren konkreten Niederschlag in der Weisung über die Wiedereröffnung vom 1. Juli 1946 fanden. In Berlin wurden Möglichkeiten westlicher Einflußnahme

auf die Neukonstituierung auf dem Wege über die Alliierte Kommandantur abzublocken versucht, und gleichzeitig wurde der Weg freigehalten für eine Umgestaltung im eigenen Sinne. Bestätigt wird diese Auffassung nicht nur durch die unterschiedliche Entwicklung der deutschen Akademien in Ost und West während der Teilung des Landes, sondern speziell durch das weitere Schicksal der Berliner Akademie und durch die hinhaltende Politik der sowjetischen Behörden bei der Bestätigung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig und der Leopoldina in Halle (Saale), die offiziell erst 1948 und 1952 erfolgten. Trotz ihrer Unterschiede waren beide Akademien in der SBZ/DDR, die wie die anderen sofort nach der Kapitulation ihre Tätigkeit wieder aufnahmen, in ein zentralistisch verstandenes Wissenschaftssystem, wie es sich im Osten entwickelte, schwer integrierbar.

Die Bestrebungen der ab 1945 maßgebenden Berliner Akademiemitglieder, die seit Jahrzehnten die faktische Dominanz der Preußischen Akademie gegenüber den anderen deutschen Akademien gern in eine durch umfangreichere Forschungsarbeiten abgesichert umwandeln wollten, trafen sich in diesem Fall mit den Vorstellungen derjenigen, die als sowjetische Besatzungsoffiziere mit ihnen nachgeordneten Mitarbeitern in den abhängigen deutschen Verwaltungen auf diesem Gebiet tätig waren. Obwohl die endgültigen Ziele der Wissenschaftler und der Wissenschaftspolitiker mit Sicherheit nicht identisch waren, so konnte man doch ein Stück des Weges gemeinsam gehen. So geschah es bis 1949. Da die Berliner Akademie als Institution, in der allerdings infolge der bereits erwähnten Endphase des Krieges einsetzenden Wissenschaftlerabwanderung nur ein Teil der Mitglieder anwesend war, diese Form der Kooperation aus Gründen, die im Detail zu untersuchen wären, mittrug, blieben grundsätzliche Differenzen im Hintergrund. Gleichwohl gab es natürlich Reibungen. Dazu gehört das Hinausdrängen des zunächst übernommenen Direktor Scheel aus der Akadernie Ende 1946 und seine Ersetzung durch den kommunistischen Mathematiker Josef Naas (geb. 1906). Unter diesem Gesichtspunkt wäre auch die Zuwahlpolitik im ersten Nachkriegsjahrfünft detailliert zu untersuchen.

In der Berliner Akademie bahnte sich, insbesondere im Zusammenhang mit der Gründung der Freien Universität, der Ost-West-Konflikt recht früh an. Die Zentralverwaltung für Volksbildung sah bereits im Juni 1948 eine "aktive Mitwirkung" in der Akademie, nicht jedoch die Mitgliedschaft als solche, als unvereinbar mit der Beteiligung an der Universität in Dahlem an. Wie sehr man hier den politischen Interessen Rechnung tragen konnte,

zeigen zwei Briefe, die der fast 86jährige Friedrich Meinicke (1862-1954, seit 1915 Ordentliches Akademiemitglied, an einem Tage, nämlich am 27. Oktober 1948, an die Verwaltungen in West- und Ostberlin schrieb. Erstens: "Auf Ihr freundliches Schreiben vom 26. d. M. nehme ich die Ernennung zum ordentlichen Professor an der freien Universität Berlin mit herzlichem Danke an." Zweitens folgte gleichzeitig der Verzicht auf das Ordinariat an der Linden-Universität aus "wissenschaftlichen Grundüberzeugungen" und bei Betonung der "rein ideellen Motive": "Als ich vor zwei Jahren eine kleine Lehrtätigkeit an der hiesigen Universität wieder aufnahm, geschah es in der Hoffnung auf ein friedliches Nebeneinander marxistischer und nichtmarxistischer Richtungen in den Geisteswissenschaften. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt." Meinicke verzichtete mit einigen weiteren Mitgliedern unmittelbar vor den Jubiläumsfeierlichkeiten im Juli 1950 am 30. Juni 1950 öffentlich auf seine Akademiemitgliedschaft. Anders verhielt sich Fritz Hartung, wie Werner Schochow in einer umfangreichen Auswertung seines Briefwechsels gezeigt hat. Er ließ sich an der Ostberliner Universität zwar ebenfalls aus politischen Gründen emeritieren, konnte sich aber mit der Gründung der Freien Universität nicht befreunden. Er blieb bis 1952 Klassensekretar der Berliner Akademie, der er sich unverändert verpflichtet fühlte und deren Mitglied er bis zu seinem Tode blieb.

Mit welchem Enthusiasmus und welchen Zielstellungen 1945 in den Akademien an die Arbeit gegangen wurde, verdeutlicht ein Brief des Vizepräsidenten der Göttinger Akademie, der eine Antwort auf ein Berliner Schreiben vom 29. November 1945 war. Rudolf Smend schrieb an Präsident Stroux am 10. Dezember 1945: "Wir verfolgen hier Ihre Wiederaufbauarbeit mit den lebhaftesten Hoffnungen für einen glücklichen neuen Anfang und sind gewiß, daß ein solcher Anfang um so fruchtbarer und vielversprechender ist, je mehr hingebende Arbeit auf ihn hat verwendet werden müssen. ... Ich darf zugleich als Vizepräsident der Göttinger Akademie der Wissenschaften der Preußischen Akademie unsere herzlichsten Wünsche in treuer Verbundenheit sagen. Die Arbeiten der Berliner Akademie sind Gemeingut der deutschen Wissenschaft der Welt, und das Recht der Berliner Akademie an ihnen ist in der ganzen Welt so selbstverständlich, daß wir die Letzten sein würden, es irgendwie in Frage zu stellen. ... Nicht Abbau, sondern Aufbau der Berliner wissenschaftlichen Körperschaften und ihrer Arbeiten ist auch unser Ziel." In diesem Brief wurde ebenso wie in dem des Göttinger Präsidenten Carl Correns vom 24. Dezember 1945, in dem es um die Arbeiten am Deutschen Wörterbuch

der Brüder Grimm und an den Monumenta Germaniae historica ging, die Weiterführung der Deutschen Literaturzeitung und der Zeitschrift Forschungen und Fortschritte angesprochen, die ab 1947 wieder erscheinen konnten.

Von Göttingen ging mit einem Schreiben vom 29. Januar 1946 an die Akademien in Berlin, München, Leipzig und Heidelberg auch die Initiative zur interakademischen Zusammenarbeit aus. Ich zitiere aus diesem Schreiben: "Der Kreis der Akademien der Wissenschaften ist bisher infolge der Zeitumstände noch ohne die dauernde gegenseitige Fühlung, die bis zum Zusammenbruch zwischen seinen Mitgliedern bestanden hat. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften möchte diese Fühlung heute aufnehmen, um die Gemeinschaft wieder herzustellen und sie den besonderen gemeinsamen Aufgaben dienstbar zu machen, die die Gegenwart erfordert.

Wir dürfen uns wohl mit den Schwesterakademien verbunden wissen in der gemeinsamen Sorge um die großen Unternehmungen der deutschen Wissenschaft, sowohl um die Aufgabe und Arbeitsfelder einzelner Akademien wie um die, die eine gemeinsame deutsche Aufgabe sind. ... Mit wiederholtem Ausdruck unserer Hoffnung, daß uns die Erfüllung dieser gemeinsamen Aufgabe gelingen, und daß sie Anfang erneuter, fruchtbarer Zusammenarbeit sein mögen, begrüßen wir die Schwesterakademien mit den wärmsten Wünschen."

Am vorläufigen Ende dieser Hoffnungen stand dann - und dieser kleine zeitliche Vorgriff sei mir erlaubt - anläßlich des 250. Jubiläums der Berliner Akademie 1950 die Ablehnung der Teilnahme der westdeutschen Akademien. Die Geschichte der gesamtdeutschen interakademischen Entwicklungen zu verfolgen, müßte indes Gegenstand einer gesonderten Studie sein. Eine solche würde ich für außerordentlich wichtig halten, da die gesamte deutsche Akademiegeschichte seit 1945 nicht allein aus der Sicht einer einzelnen Akademie, sondern nur bei Berücksichtigung vergleichender Elemente interpretiert werden kann.

Heute kehre ich lediglich zu meinem Ausgangspunkt zurück, zu Gottfried Wilhelm Leibniz. Über die Arbeiten an der seit 1903 betriebenen Gesamtausgabe seiner Schriften und Briefe unter der Leitung von Johannes
Stroux heißt es im Jahrbuch der Akademie für die Jahre 1946 bis 1949:
"Nach Einstellung neuer Mitarbeiter und Bereitstellung genügender Arbeitsträume konnte der umfangreiche Arbeitsapparat wieder in vollem
Umfang in Benutzung genommen werden. … Es ist der Wunsch der Aka-

demie, die Arbeit an den Werken ihres ersten Präsidenten durch Erweiterung des Mitarbeiterkreises auf eine wesentlich breitere Basis zu stellen, damit die Ausgabe in rascherer Folge als in der Vergangenheit erscheinen kann."

Quellen und Literatur

- Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, II I, 15 (Briefwechsel mit Wien und Göttingen 1945/47)
- Peter Alter, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den deutsch-britischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Ed. Rudolf Vierhaus. Bernhard vom Brocke, Stuttgart 1990, s. 727-746
- Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften vom 1700 bis 1990. Ed. Werner Hartkopf, Gert Wangermann, Berlin, Heidelberg, New York 1991
- Gerhard Dunken, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1958
- Gerhard Dunken, Wegweiser durch die Institute und Forschungseinrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1960
- Conrad Grau, Der Akademiegedanke in Berlin nach 1945 aus wissenschaftshistorischer Sicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 40, 1992, S. 131-149
- Conrad Grau, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine deutsche Gelehrtengesellschaft in drei Jahrhunderten, Heidelberg, Berlin, Oxford 1993
- Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 1949, Berlin 1950
- Friedrich Meinicke, Ausgewählter Briefwechsel. Ed. L. Dehio, P. Classen, Stuttgart 1962
- Walther Meißner, Die schwierige Lage der Akademie unter der nationalsozialistischen Regierung und der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vornehmlich im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens, Bd. 1, München 1959. S. 35-49
- Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1700 1950. Ed. Erik Amburger, Berlin 1950
- Benno Parthier, Die Loopoidina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie, Halle (Saale) 1994
- Werner Schochow, Ein Historiker in der Zeit. Versuch über Fritz Hartung (1883-1967), in:
 Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 32, 1983, S. 219-250
- Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945. Ed. Dieter Hanauske. Berlin 1995
- Udo Wennemuth, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909 1949, Heidelberg 1994

Josehim Auth

Zur Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1946

Als die Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW) im Sommer 1946 ihre Tätigkeit wiederaufnahm, war ich gerade 16 Jahre alt. Ich verlebte die Sommerferien in einer märkischen Kleinstadt, die mit ehemals 1600 Einwohnern durch Flüchtlinge und Umsiedler auf etwa 2000 Einwohner "angeschwollen" war. Wissenschaft gab es dort so gut wie gar nicht, und Kunde über das Geschehen in Deutschland und in der Welt erhielten wir vor allem aus der "Täglichen Rundschau", die man in einem Schaukasten am Postplatz lesen und mit einigem Glück für 20 Reichspfennig auch käuflich erwerben konnte. Ich hatte wieder einmal Glück und konnte so die Tägliche Rundschau, die uns Kunde gab von der Eröffnung der DAW, nach Hause tragen. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, daß diese Nachricht meine Großmutter, die eine an geistig-kulturellen Dingen interessierte Frau war, sehr beeindruckte. Diese Erinnerung ist es, die mich jetzt veranlaßte, in der Staatsbibliothek nachzulesen, was damals in der Täglichen Rundschau geschrieben stand.

In einer Ausgabe der ersten Julitage wird der 300. Geburtstag von Gottfried Wilhelm Leibniz mehrfach gewürdigt. So finden wir am Dienstag, dem 2. 7. 1946, auf Seite 5 einen Beitrag von Dr. Lieselotte Richter "Leibniz und Russland", der sich besonders mit der Begegnung zwischen Leibniz und Peter dem Großen im Herbst 1711 in Torgau befaßt, die, so L. R., Leibniz in engste Berührung mit dem Reformwerk des Zaren brachte. Sie berichtete weiter, daß der handschriftliche Leibniznachlaß ein kleines Manuskript birgt, in dem Leibniz tagebuchartig die einzelnen Etappen jener Begegnung festgehalten hat. Sie teilt die "der bisherigen Forschung noch nicht bekannte Tatsache" mit, daß der Philosoph dem Zaren sogar zweimal gegenübergetreten ist.

In der gleichen Ausgabe finden wir unter der Überschrift "Meine Leibnizplakette" einen Bericht des Berliner Bildhauers Konrad Geldmacher, der aus Anlaß des 300. Geburtstages des Philosophen Leibniz eine Plakette gestaltete. Weiter folgt ein Bericht "Rhythmus Leibnizschen Denkens - Der Höhepunkt der Leibniz-Tage in der Staatsoper". Hervorgehoben wird darin, daß nach einer Ansprache des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Werner es Paul Wandel unternahm, für die künftige Arbeit der deutschen Wissenschaft Schlußfolgerungen aus dem Wesen Leibniz' zu ziehen.

Diese Beiträge wirken geradezu wie eine Einstimmung auf eine Meldung, die dann am Freitag, dem 5.7. 1946, auf Seite 1 der Täglichen Rundschau erscheint: "Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften bestätigt." Darin heißt es "Um die Wissenschaft beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands heranzuziehen, hat der oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung befohlen, in Berlin die Deutsche Akademie der Wissenschaften auf der Grundlage der ehemaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften zu eröffnen." Weiter wird gesagt, daß diese Akademie unter der Leitung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung stehen wird und daß zum Präsidenten der DAdW das Mitglied der Akademie Prof. Dr. Johannes Stroux bestätigt wurde. Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung war der obenerwähnte Paul Wandel, Hauptabteilungsleiter für Hochschulen und wissenschaftliche Institutionen in dieser Verwaltung war der Physiker Robert Rompe, der 1953 zum Akademiemitglied gewählt wurde. Der Akademie wurde auch erlaubt, die zum Bestande der Akademiebibliothek gehörenden Bücher, die in der sowietischen Besatzungszone verlagert waren, zurückzuführen.

In der gleichen Ausgabe auf Seite 2 wird dann unter der Überschrift "Deutsche Gelehrte danken der sowjetischen Militätverwaltung - Freudige Erklärung des Professors Johannes Stroux" über den Leibniz-Tag im Festsaal des Neuen Stadthauses und den Festvortrag des Leipziger Prof. Dr. Theodor Litt berichtet. Letzterer unternahm es, "das umfassende geistige Gut, das Leibniz der Welt und insbesondere dem deutschen Volk hinterlassen hat, ein Stück des geistigen Erbes der deutschen Vergangenheit, für die lebende Generation erneut in Besitz zu nehmen. Immer neu ist es eine beglückende Überraschung dabei zu erkennen, wie beinahe grenzenlos die Gültigkeit des Ideengutes Leibniz' für die deutsche Gegenwart ist." Es wird auch vermeldet, daß die historische Leibniz-Sitzung der wiedereröffneten Akademie der Wissenschaften zu Berlin mit dem Brandenburgischen Konzert Nr.3 (G-Dur) ausklang. Man liest übrigens heute mit besonderer Bewegung eine Meldung, die gleich unter diesem Bericht zu finden ist: AP berichtet, daß die Industrie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf vollen Touren laufe, daß es in den Provinzen Sachsen und Thüringen keine Arbeitslosigkeit gäbe und daß in den Jenaer

Zeißwerken trotz etwa 30%iger Zerstörung durch Bomben mit 11000 Beschäftigten die Produktion wieder auf dem Stand von 1939 sei.

Auch die nächste Ausgabe der Täglichen Rundschau vom Sonnabend, dem 6. 7. 1946, enthält auf Seite 3 wieder Beiträge zur Arbeit der Akademie, insbesondere einen recht ausführlichen Bericht von Dr. Fritz Hartung, dem damaligen Sekretar der Philosophisch-Historischen Klasse, über die geisteswissenschaftlichen Arbeiten der Akademie. Der Bericht über die naturwissenschaftliche Arbeit ist merklich knapper und ohne explizite Angabe des Autors nur mit C.V. gezeichnet. Er trägt die etwas merkwürdige Überschrift "Systematisierung in den Naturwissenschaften". Er weist auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hin und auf deren Institute. Dadurch, daß die Leiter dieser Institute gewählte ordentliche Mitglieder der Akademie seien, sei dafür gesorgt, "daß diese Körperschaft in engster Fühlung mit den Fortschritten der Wissenschaft bleibt." Der Kreis der Aufgaben, die die Akademie in eigene Obhut zu nehmen habe, sei dadurch natürlich verringert, und es würde sich dabei zukünftig allein um Vorhaben handeln, die friedlichen Zwecken dienen. Was die Akademie für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer leiste, sei weniger die unmittelbare Forschung als vielmehr die Bereitstellung des Materials. Dann wird auf die Herausgabe des Jahrbuches über die Fortschritte der Mathematik verwiesen, "das dem Forscher rasch und übersichtlich die sonst fast verwirrende Fülle neuer Forschungen bekanntgibt", auf die "Geschichte des Fixsternhimmels", auf die Reihen "Tierreich" und "Pflanzenreich", und es wird beklagt, daß diese "nur bei unbedingter Gewissenhaftigkeit brauchbaren Tätigkeiten vielleicht nicht immer den Dank ernten, der ihnen gebührt". Schließlich wird noch die Bearbeitung der Ergebnisse der großen meereskundlichen Forschungsreise des deutschen Schiffes "Meteor" aus den Jahren 1925 bis 1927 genannt. Ich habe das hier so ausführlich referiert, weil es offenbar über die künftige Rolle der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft noch keine Klarheit gab. Paul Wandel äußerte dazu, wie wir noch sehen werden, eine ganz andere Auffassung.

Am Donnerstag, dem 1. 8. 1946, fand dann die festliche Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften statt, worüber die Tägliche Rundschau am 2. 8. auf Seite 3 ausführlich berichtet. In Anwesenheit vieler Wissenschaftler, Künstler und Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit habe Johannes Stroux über die künftigen Aufgaben der Körperschaft gesprochen und diese "aus berufenem Munde zum zentralen Geistesforum des neuen Deutschland erklärt". Zunächst, "nachdem die Fest-

versammlung die hohen Gelehrten begrüßt hatte, indem sie sich von ihren Plätzen erhob", sprach jedoch Paul Wandel und umriß die Stellung und die künftigen Aufgaben der Akademie. Sie solle durch Ausbau der Beziehungen zu den anderen deutschen Akademien zum Vorbild im Ringen um die deutsche Einheit werden. Über Wandels Ausführungen zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und zur Forschung berichtet die Tägliche Rundschau dann folgendes: "Nachdem die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Instrument der Kriegführung und Werkzeug des Monopolkapitals ihre Tätigkeit ein für allemal eingestellt hat, gibt es, wie der Präsident erklärte. keine berufenere Stelle, die friedlichen Forschungsaufgaben dieser Gesellschaft zu übernehmen, als die Deutsche Akademie. Zum Verhältnis der Akademie zu den deutschen Universitäten übergehend, bemerkte Wandel. daß in der bisher an den Hochschulen erstrebten Verflechtung von Forschung und Lehre keine Veränderung eintreten wird." Als Leiter der Abteilung für Volksbildung in der Sowjetischen Militäradministration sprach Solotuchin. Er drückte die Hoffnung aus, "daß die Akademie mit der Lösung ihrer hohen friedlichen Aufgaben dem deutschen Volke helfen könnte, den Platz einzunehmen, der ihm gebührt" (letzteres in der TR gesperrt gedruckt). Stroux gelobt, daß sich die Akademie mit all ihren Kräften in den Dienst des Volkes stellen werde und all ihr Wirken auf die Erhaltung der nationalen Einheit richten wird. Die einzugliedernden Institutionen der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden die naturwissenschaftlichen Wirkungen der Akademie erweitern.

Der Oberbürgermeister Dr. Werner übermittelte Glückwünsche der Stadt Berlin, der Präsident der Sächsischen AdW, Professor Frings, erklärte für die übrigen deutschen Akademien in Leipzig, München, Heidelberg und Göttingen, daß sie als Deutsche Akademie dem ganzen deutschen Volke gehört. Der Rektor der Universität Halle, Prof. Eisfeld, überbrachte die Glückwünsche der deutschen Universitäten und Hochschulen. Glückwünsche überbrachte auch der Präsident der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg, Dr. Steinhoff.

Ich glaube, die voranstehenden Ausführungen zeigen, daß die Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der damals wohl wichtigsten Tageszeitung der Sowjetischen Besatzungszone große Aufmerksamkeit gefunden hat. Man sieht, daß die Deutsche Akademie der Wissenschaften die Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaften fortsetzen und an das Leibnizsche Erbe anknüpfen sollte. Man sieht auch, daß die ersten Forschungsinstitute keineswegs in der Absicht zur Akademie karnen, die Sowjetische Akademie der Wissenschaften zu kopieren,

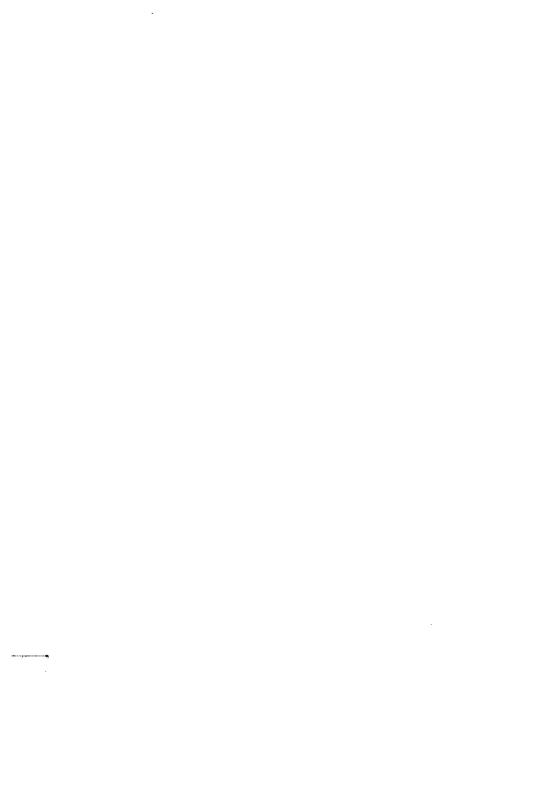
sondern aus einer konkreten historischen Situation heraus, die eine Lösung verlangte. Auch das heute gerne verbreitete Märchen, die Universitäten und Hochschulen der DDR wären rein auf die Lehre beschränkte Einrichtungen gewesen, weil die Forschung bei der Akademie konzentriert war, läßt sich aus dem Geschehen um die Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften nicht stützen.

Joachim Auth

Das Institut für Festkörperphysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften in den Anfangsjahren der Akademie nach 1945

Das erste nach der Eröffnung der DAdW erschienene Jahrbuch der DAdW 1946-1949 führt in seinem 7. Kapitel "Institute, Kommissionen, Unternehmungen" 21 naturwissenschaftliche, technische und agrarwissenschaftliche Institute bzw. Laboratorien auf /1/, darunter 5 im engeren Sinn physikalische Einrichtungen und das von Hans Ertel geleitete Institut für Physikalische Hydrographie. Eine der physikalischen Einrichtungen war das Institut für Festkörperforschung /2/, das zusammen mit dem II. Physikalischen Institut der (späteren) Humboldt-Universität /3/ die Entwicklung der Festkörperphysik im Ostteil der Stadt Berlin maßgeblich prägen sollte. Das Institut wurde Anfang des Jahres 1946 als Physikalische Abteilung eines von der Sowjetischen Militärverwaltung vorbereiteten Instituts ins Leben gerufen, heißt es in /2/. Bei letztgenanntem Institut handelt es sich um das Institut für Medizin und Biologie in Berlin-Buch, Lindenberger Weg 76, auf dessen Gelände sich das Institut für Festkörperforschung bis in die Mitte der 50er Jahre befinden sollte. Der Direktor dieses Instituts war der Ordentliche Professor und Direktor des Institutes für Theoretische Physik der Humboldt-Universität Friedrich Möglich, ein Schüler Max von Laues. Hier wird bereits ein typischer Zug des Verhältnisses von Akademie und Universität in der Physik in Berlin sichtbar, enge Verbindungen durch Personalunionen, die erst Ende der 60er Jahre abgebaut wurden. Das Institut unterstand, noch als physikalische Abteilung, bis 30. 6. 1947 der Sowjetischen Militärverwaltung und wurde in dieser Zeit durch nicht unbeträchtliche Anschaffungen so weit ausgebaut, daß bei der Übernahme durch die DAdW am 1. 7. 1947 die Forschungsarbeit in Angriff genommen werden konnte /2/.

Von den Arbeitsgebieten, die damals vorgesehen waren (Theorie der Supraleitung; Festkörperphysik an den Modellsubstanzen Cadmiumsulfid, Germanium und Silicium; Kristallstrukturanalyse insbesondere der Eiweißmoleküle; Sekundärelektronenemission), hat sich die Untersuchung der photoelektrischen Eigenschaften des Cadmiumsulfids besonders breit entwickelt, und viele Jahrgänge junger Berliner Physiker haben auf die-



sondern aus einer konkreten historischen Situation heraus, die eine Lösung verlangte. Auch das heute gerne verbreitete Märchen, die Universitäten und Hochschulen der DDR wären rein auf die Lehre beschränkte Einrichtungen gewesen, weil die Forschung bei der Akademie konzentriert war, läßt sich aus dem Geschehen um die Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften nicht stützen.

versammlung die hohen Gelehrten begrüßt hatte, indem sie sich von ihren Plätzen erhob", sprach jedoch Paul Wandel und umriß die Stellung und die künftigen Aufgaben der Akademie. Sie solle durch Ausbau der Beziehungen zu den anderen deutschen Akademien zum Vorbild im Ringen um die deutsche Einheit werden. Über Wandels Ausführungen zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und zur Forschung berichtet die Tägliche Rundschau dann folgendes: "Nachdem die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Instrument der Kriegführung und Werkzeug des Monopolkapitals ihre Tätigkeit ein für allemal eingestellt hat, gibt es, wie der Präsident erklärte. keine berufenere Stelle, die friedlichen Forschungsaufgaben dieser Gesellschaft zu übernehmen, als die Deutsche Akademie. Zum Verhältnis der Akademie zu den deutschen Universitäten übergehend, bemerkte Wandel. daß in der bisher an den Hochschulen erstrebten Verflechtung von Forschung und Lehre keine Veränderung eintreten wird." Als Leiter der Abteilung für Volksbildung in der Sowjetischen Militäradministration sprach Solotuchin. Er drückte die Hoffnung aus, "daß die Akademie mit der Lösung ihrer hohen friedlichen Aufgaben dem deutschen Volke helfen könnte, den Platz einzunehmen, der ihm gebührt" (letzteres in der TR gesperrt gedruckt). Stroux gelobt, daß sich die Akademie mit all ihren Kräften in den Dienst des Volkes stellen werde und all ihr Wirken auf die Erhaltung der nationalen Einheit richten wird. Die einzugliedernden Institutionen der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden die naturwissenschaftlichen Wirkungen der Akademie erweitern.

Der Oberbürgermeister Dr. Werner übermittelte Glückwünsche der Stadt Berlin, der Präsident der Sächsischen AdW, Professor Frings, erklärte für die übrigen deutschen Akademien in Leipzig, München, Heidelberg und Göttingen, daß sie als Deutsche Akademie dem ganzen deutschen Volke gehört. Der Rektor der Universität Halle, Prof. Eisfeld, überbrachte die Glückwünsche der deutschen Universitäten und Hochschulen. Glückwünsche überbrachte auch der Präsident der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg, Dr. Steinhoff.

Ich glaube, die voranstehenden Ausführungen zeigen, daß die Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der damals wohl wichtigsten Tageszeitung der Sowjetischen Besatzungszone große Aufmerksamkeit gefunden hat. Man sieht, daß die Deutsche Akademie der Wissenschaften die Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaften fortsetzen und an das Leibnizsche Erbe anknüpfen sollte. Man sieht auch, daß die ersten Forschungsinstitute keineswegs in der Absicht zur Akademie kamen, die Sowjetische Akademie der Wissenschaften zu kopieren,

Zeißwerken trotz etwa 30%iger Zerstörung durch Bomben mit 11000 Beschäftigten die Produktion wieder auf dem Stand von 1939 sei.

Auch die nächste Ausgabe der Täglichen Rundschau vom Sonnabend, dem 6. 7. 1946, enthält auf Seite 3 wieder Beiträge zur Arbeit der Akademie, insbesondere einen recht ausführlichen Bericht von Dr. Fritz Hartung, dem damaligen Sekretar der Philosophisch-Historischen Klasse, über die geisteswissenschaftlichen Arbeiten der Akademie. Der Bericht über die naturwissenschaftliche Arbeit ist merklich knapper und ohne explizite Angabe des Autors nur mit C.V. gezeichnet. Er trägt die etwas merkwürdige Überschrift "Systematisierung in den Naturwissenschaften". Er weist auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hin und auf deren Institute. Dadurch, daß die Leiter dieser Institute gewählte ordentliche Mitglieder der Akademie seien, sei dafür gesorgt, "daß diese Körperschaft in engster Fühlung mit den Fortschritten der Wissenschaft bleibt." Der Kreis der Aufgaben, die die Akademie in eigene Obhut zu nehmen habe, sei dadurch natürlich verringert, und es würde sich dabei zukünftig allein um Vorhaben handeln, die friedlichen Zwecken dienen. Was die Akademie für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer leiste, sei weniger die unmittelbare Forschung als vielmehr die Bereitstellung des Materials. Dann wird auf die Herausgabe des Jahrbuches über die Fortschritte der Mathematik verwiesen, "das dem Forscher rasch und übersichtlich die sonst fast verwirrende Fülle neuer Forschungen bekanntgibt", auf die "Geschichte des Fixsternhimmels", auf die Reihen "Tierreich" und "Pflanzenreich", und es wird beklagt, daß diese "nur bei unbedingter Gewissenhaftigkeit brauchbaren Tätigkeiten vielleicht nicht immer den Dank ernten, der ihnen gebührt". Schließlich wird noch die Bearbeitung der Ergebnisse der großen meereskundlichen Forschungsreise des deutschen Schiffes "Meteor" aus den Jahren 1925 bis 1927 genannt. Ich habe das hier so ausführlich referiert, weil es offenbar über die künftige Rolle der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft noch keine Klarheit gab. Paul Wandel äußerte dazu, wie wir noch sehen werden, eine ganz andere Auffassung.

Am Donnerstag, dem 1. 8. 1946, fand dann die festliche Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften statt, worüber die Tägliche Rundschau am 2. 8. auf Seite 3 ausführlich berichtet. In Anwesenheit vieler Wissenschaftler, Künstler und Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit habe Johannes Stroux über die künftigen Aufgaben der Körperschaft gesprochen und diese "aus berufenem Munde zum zentralen Geistesforum des neuen Deutschland erklärt". Zunächst, "nachdem die Fest-

Weiter folgt ein Bericht "Rhythmus Leibnizschen Denkens - Der Höhepunkt der Leibniz-Tage in der Staatsoper". Hervorgehoben wird darin, daß nach einer Ansprache des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Werner es Paul Wandel unternahm, für die künftige Arbeit der deutschen Wissenschaft Schlußfolgerungen aus dem Wesen Leibniz' zu ziehen.

Diese Beiträge wirken geradezu wie eine Einstimmung auf eine Meldung, die dann am Freitag, dem 5.7. 1946, auf Seite 1 der Täglichen Rundschau erscheint: "Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften bestätigt." Darin heißt es "Um die Wissenschaft beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands heranzuziehen, hat der oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung befohlen, in Berlin die Deutsche Akademie der Wissenschaften auf der Grundlage der ehemaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften zu eröffnen." Weiter wird gesagt, daß diese Akademie unter der Leitung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung stehen wird und daß zum Präsidenten der DAdW das Mitglied der Akademie Prof. Dr. Johannes Stroux bestätigt wurde. Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung war der obenerwähnte Paul Wandel, Hauptabteilungsleiter für Hochschulen und wissenschaftliche Institutionen in dieser Verwaltung war der Physiker Robert Rompe, der 1953 zum Akademiemitglied gewählt wurde. Der Akademie wurde auch erlaubt, die zum Bestande der Akademiebibliothek gehörenden Bücher, die in der sowietischen Besatzungszone verlagert waren, zurückzuführen.

In der gleichen Ausgabe auf Seite 2 wird dann unter der Überschrift "Deutsche Gelehrte danken der sowjetischen Militätverwaltung - Freudige Erklärung des Professors Johannes Stroux" über den Leibniz-Tag im Festsaal des Neuen Stadthauses und den Festvortrag des Leipziger Prof. Dr. Theodor Litt berichtet. Letzterer unternahm es, "das umfassende geistige Gut, das Leibniz der Welt und insbesondere dem deutschen Volk hinterlassen hat, ein Stück des geistigen Erbes der deutschen Vergangenheit, für die lebende Generation erneut in Besitz zu nehmen. Immer neu ist es eine beglückende Überraschung dabei zu erkennen, wie beinahe grenzenlos die Gültigkeit des Ideengutes Leibniz' für die deutsche Gegenwart ist." Es wird auch vermeldet, daß die historische Leibniz-Sitzung der wiedereröffneten Akademie der Wissenschaften zu Berlin mit dem Brandenburgischen Konzert Nr.3 (G-Dur) ausklang. Man liest übrigens heute mit besonderer Bewegung eine Meldung, die gleich unter diesem Bericht zu finden ist: AP berichtet, daß die Industrie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands auf vollen Touren laufe, daß es in den Provinzen Sachsen und Thüringen keine Arbeitslosigkeit gäbe und daß in den Jenaer

Roland Gründel

Dr. Konrad Schubring

- ein hauptamtlicher Mitarbeiter der Akademie vor und nach 1945. Ein Fallbeispiel

Fast auf den Tag genau vor 5 Jahren hat Conrad Grau vor dem Plenum der Gelehrtensozietät der ehemaligen AdW der DDR die Akademieproblematik zum Ende des 2. Weltkrieges und danach abgewogen dargestellt und erschöpfend dokumentiert.¹

Gestützt auf entsprechende Archivmaterialien kann Grau nachweisen, wie (intensiv) innerhalb der Gelehrtengemeinschaft am Mai 1945 um die Bewahrung und Fortführung von Tradition gerungen wurde.

Die relativ kleine Forschungsakademie innerhalb der Akademie lag für Grau ein wenig außerhalb seiner Betrachtungen, und so sei es mir gestattet, dazu hier und heute ein paar Ergänzungen - teilweise in Form von Fragen - anzufügen, soweit das nach einer nicht sehr fündigen Durchsicht der Archivunterlagen möglich ist.

Wenn man für die letzte Zeit des Krieges die Zahl der hauptamtlichen Akademiemitarbeiter - Angestellte, Beamte, Wissenschaftler - bestimmen soll, ist vielleicht 50 schon sehr hoch gegriffen. Wo und wie diese Mitarbeiter nach der Bombardierung des Akademiegebäudes Unter den Linden 8 ihrer Arbeit nachgingen, läßt sich nicht schlüssig sagen. In den Archivunterlagen ist viel von Verlagerung der Arbeitsmaterialien und damit wohl auch der Mitarbeiter die Rede.

Wie wurde man denn im Hitler-Deutschland überhaupt Forschungsmitarbeiter der Berliner Akademie? Augenscheinlich war die Mitgliedschaft in der NSDAP keineswegs eine conditio sine qua non. Mitgliedschaft in einer der NS-Berufsorganisationen oder angegliederten Vereinigungen scheint genügt zu haben. Unerläßlich war dagegen der Ariernachweis, und es ist schon erhellend, welch ein Aufwand wechselseitig für dessen Beschaffung, Wiederbeschaffung, Weiterleitung von Behörde zu Behörde

Erweiterte Fassung des Beitrages auf dem Symposium der Leibniz-Sozietät "Die Berliner Akademie 1945-1950" am 17. Oktober 1991, als Manuskript veröffentlicht

oder dergleichen getrieben Wurde. Wichtig war auch die Versicherung, keiner Loge anzugehören.

Ausschlaggebend aber war für die Anstellung als hauptamtliche Kraft - und das gilt wohl zeitlos - der sogenannte Fürsprech, der, wie in unserm Falle, im Mai 1939 den jungen Dr. phil. Konrad Schubring (geb. 1911) in die Akademie brachte, zunächst in die Außenstelle Göttingen, ab Februar 1940 nach Berlin.

Durch die Einberufung zur Wehrmacht im Frühjahr 1941 konnte Schubring für das griechische Ärztekorpus (Corpus medicorum graecorum, CMG) wenig wirken. Aber immerhin hat sich das Deutsche Rote Kreuz bemüht, von der Akademie Berlin für den in amerikanischer Gefangenschaft lebenden, verwundeten Gefreiten Schubring ein Fachbuch zu erhalten.

Wie ging es nach der deutschen Kapitulation mit den hauptamtlichen Akademiemitarbeitern weiter? Unbeantwortet bleibt für mich die Frage, ob es in dem kriegsgeschädigten Akademiegebäude Unter den Linden 8 im Mai 1945 und danach einen Pförtner, einen Hausmeister, eine Gehaltsstelle oder dergleichen gab. Nachweislich wurde 1945 und 1946 der Kopfbogen Preußische Akademie der Wissenschaften Unter den Linden 8 wie selbstverständlich verwandt, und eingehende Post war durchweg an diese Adresse gerichtet.

Der Zusammenbruch des sehr kurzlebigen NS-Staates hat, so sehe ich das, in der Berliner Akademie keine große Nachdenklichkeit, keine revolutionäre Selbstbesinnung oder gar kritische Evaluation von außen bewirkt. Vielmehr barg man aus den Trümmern oder von den Auslagerungsstätten die Arbeitsmaterialien der Akademie, die vielen Zettelkästen usw., und man fuhr dort fort, wo man im Zeichen des totalen Krieges hatte aufhören müssen. Man arbeitete praktisch weiter, ohne tiefere Reflexionen.

Weil die Forschungsakademie Berlin eine auf die Altertümer ausgerichtete Akademie gewesen war, blieb sie auch nach 1945 dieser Tradition verpflichtet, und erst in den sechziger Jahren begann jene Hinterfragung der Akademietradition, die im Sommer 1996 erneut problematisiert wurde.

In gewisser Weise hat, so meine ich, der Marschallbefehl zur Wiedereröffnung der Berliner Akademie diese gleichsam zur Traditionspflege verpflichtet. Denn durch Hinweis auf die "bisherige Akademie" hat der Marschallbefehl klar festgelegt: Weiterführung dessen, was die Berliner Akademie ausgezeichnet hatte, nämlich Großprojekte der Altertumswissenschaft, die die Arbeitskraft und Lebenszeit eines einzelnen übersteigen.

Unser Mann, unser "Fall", Konrad Schubring, als 50% Schwerbeschädigter im Herbst 1945 aus der Gefangenschaft entlassen, bewarb sich im Dezember 1945 bei Johannes Stroux um Wieder- oder Weiterbeschäftigung bei der Berliner Akademie. Den geforderten NS-Negativbescheid konnte er beibringen, und so beteiligte er sich bald an Sichtungs- und Aufräumungsarbeiten nicht nur für das griechische Ärztekorpus, sondern engagierte sich oder wurde von Stroux dazu verpflichtet, auch die Arbeitsfähigkeit der Unternehmen PIR (Prosopographie imperii romani, eine Art "Who ist Who" für die römische Kaiserzeit), und vor allem des Korpus der lateinische Inschriften (Corpus inscriptionum latinarum, CIL) wiederherzustellen und zu sichern.

Als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an letzterem Unternehmen habe ich vor nunmehr 44 Jahren noch Zettelkästen transportiert und umsortiert, in denen der Anteil des Papieres kleiner war als der von Schutt, Kalk, Dreck. Man hatte die Kästen 7 Jahre zuvor aus den Trümmern des Akademiegebäudes Unter den Linden 8 geborgen.

Doch 1952 liegt schon jenseits des Zeithorizonts, der heute hier erörtert werden soll. Deswegen fasse ich zusammen:

Konrad Schubring ist - wenn auch schon 1966 verstorben - ein beredtes Beispiel und Zeugnis dafür, daß die Berliner Akademie vor und nach dem Ende des 2. Weltkrieges für die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen der Altertumskunde auf eine ungebrochene Traditionslinie verweisen kann.

Johannes Irmscher

Johannes Stroux, der erste Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Die Berliner Akademie kannte seit der preußischen Reformzeit kein Präsidentenamt. Die Leitung der Institution lag in den Händen der vier Sekretare - zwei für iede Klasse -1, wobei einer als Primus inter pares die Geschäfte führte. Erst mit der Satzung vom 08. Juni 1939 wurde das Präsidentenamt wieder eingeführt², allerdings dem nationalsozialistischen Führerprinzip unterworfen. Die Entscheidung des vorgeordneten Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung fiel auf den Professor für angewandte Mathematik Theodor Vahlen, Ordentliches Mitglied der Akademie seit dem 24. Juli 1937³. Vahlen war ein dezidierter Nationalsozialist, der in der Akademie nie recht Fuß zu fassen vermochte und nach mehreren Eklats schließlich im April 1943 zurücktrat⁴. Der am 19. Mai 1943 ernannte Vizepräsident, der Ägyptologe Hermann Grapow⁵, hatte fortan faktisch die Leitung der Akademie inne, da der Minister Rust Handlungen, "die im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl" stehen könnten, untersagte⁶. Desungeachtet gab es Mitglieder, welche der Meinung waren, die Reputation der Institution erfordere es, alsbald einen Präsidenten zu haben, der "dem Ansehen der Akademie dienlich wäre". Dabei zwang die Tatsache zur Zurückhaltung, daß nur ein Mitglied der NSDAP die Chance besaß, die ministerielle Bestätigung zu erhalten⁷⁷, während sich ein Kreis von Mitgliedern in einer informellen Besprechung

Erik Amburger, Die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1700 - 1950, Berlin 1950, VIII und 8 f.

² Amburger a.a.O. X.

³ Amburger a.a.O. 43.

Werner Hartkopf, Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Berlin 1975, 145.

⁵ Amburger a.a.O. 4, 9 und 43.

Hartkopf a.a.O. 145 f.

Klaus Scholder, Die Mittwochs-Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1982, 348.

im Hause des Indologen Heinrich Lüders bereits 1943 für den parteilosen Johannes Stroux entschieden hatte⁸.

Die Präsidentenfrage wurde zur aktuellen Aufgabe, als mit der Kapitulation vonm 08. Mai 1945 das Hitlerregime endgültig abgetreten war. Schon am 06. Juni trat die Akademie zu einer "außerordentlichen Gesamtsitzung" zusammen; nur wer die damalige Situation im nach erbittertem Kampfe eroberten Berlin mit seinen völlig zerstörten Verkehrsverbindungen aus eigenem Erleben kennt, vermag zu ermessen, welchen physischen und auch psychischen Einsatz diese Zusammenkunft von den zumeist betagten Beteiligten abforderte. An der letzten vorangegangenen Sitzung am 01. März hatten elf Mitglieder teilgenommen⁹, am 06. Juni waren zwölf erschienen. Von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse war lediglich der Botaniker Ludwig Diels anwesend, während von der Philosophisch-Historischen Klasse neben anderen Hermann Grapow, Johannes Stroux, der Pädagoge Eduard Spranger, der Mediävist Friedrich Baethgen teilnahmen. Die Beratung wurde zunächst von Grapow geleitet, dessen apologetischer Bericht über die zurückliegende Entwicklung von Stroux und anderen zurückgewiesen wurde. Stroux übernahm im weiteren Verlaufe, wie nach dem Vorangegangenen geradezu selbstverständlich, die Verhandlungsführung. Es war ebenso selbstverständlich, daß er in der gleichen Sitzung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Akademiepräsidenten betraut wurde 10, wofür er wie kein anderer prädestiniert schien.

Als Johannes Stroux die Präsidentenwürde übernahm, stand er auf der Akme seines Gelehrtenlebens. 1886 in Hagenau im Elsaß geboren, studierte er in Straßburg und Göttingen klassische Philologie, wurde gründlich mit den alten Sprachen vertraut und erwarb sich bald Meisterschaft in der Beherrschung des philologischen Handwerks. Schon seine Dissertation von 1912 "De Theophrasti virtutibus dicendi" wurde zum vielzitierten Standardwerk; seine "Handschriftlichen Studien zu Cicero de oratore" von 1921, Ergebnis ausgiebiger Bibliotheksreisen, ermöglichte die kritische Ausgabe jener Schrift durch Kazimierz Kumaniecki 1969. Beide Werke wiesen auf ein zukünftiges Arbeitsgebiet von Stroux, die antike Rhetorik. Eine Sonderstellung in der klassischen Philologie¹¹ schuf er sich durch das Studium der römischen Jurisprudenz, gipfelnd in dem Opuskulum

^{*} Hartkopf a.a.O. 163.

Hartkopf a.a.O. 148.

Peter Nötzoldt, Potsdamer Bulletin f

ür zeithistorische Studien, Nr. 5, 1995, 21.

So Friedrich Zucker, Forschungen und Fortschritte 28, 1954, 319.

"Summum ius summa iniuria" von 1926, das eine bis heute noch nicht abgeschlossene internationale Diskussion auslöste: Ius strictum und Aequitas vermögen einander gegenüberzustehen, die griechische Philosophie hat zur Zeit Ciceros - so Stroux - die Aequitasvorstellung in dem römischen Rechtsdenken heimisch gemacht.

Ich übergehe weitere, nicht minder bedeutsame Arbeiten des Gelehrten Johannes Stroux, der ab 1924 an der Universität München wirkte und 1935 einem Ruf nach Berlin folgte. Hier wie da entfaltete er neben seinem Engagement in Lehre und Forschung eine sich immer mehr verbreiternde wissenschaftsorganisatorische Tätigkeit. Mit der Zeitschrift "Philologus", in der eine beachtliche Zahl von Beiträgen aus seiner Feder erschien, war er über die vielfältig schweren Jahre von 1929 bis 1954 verbunden, mit Erfolg bemüht, ihre hohe wissenschaftliche Qualität zu wahren¹². Der "Thesaurus linguae Latinae", das umfassendste Wörterbuch der lateinischen Sprache mit Arbeitsstelle in München, förderte er als Vorsitzender der internationalen Herausgeberkommission von 1934 bis 1949¹³; aus dem Thesaurus erwuchs das Mittellateinische Wörterbuch, dem ein besonderer Beitrag unseres Kolloquiums gilt. Stroux nahm teil an den Arbeiten des Kartells der deutschen Akademien mit der Tendenz der Errichtung einer über die territorialen Akademien übergreifenden Reichsakademie - ein heute offenbar wieder aktueller Gedanke14 - und spielte eine wichtige Rolle als zeitweiliger Vizepräsident¹⁵ in der Union Académique Internationale. Die Berliner Akademie nutzte diese seine wissenschaftsorganisatorischen Qualitäten zuweilen in einem Maße, das seine Kräfte bis zum äußersten forderte.

Der Gelehrte Johannes Stroux kann von dem Humanisten Johannes Stroux unmöglich getrennt werden. Seine Herkunft aus dem Elsaß, dessen Physiognomie durch die Grande Révolution wesentlich mitgeprägt war, seine Professur in Basel in den Jahren 1914 bis 1923 und nicht zuletzt seine Ehe mit der einer schweizerischen Gelehrtenfamilie entstammenden Paula Speiser bewahrten ihn vor dem bornierten Nationalismus, welcher an Deutschlands Hohen Schulen nicht selten das Feld beherrschte. Vor allem aber prägte seine Persönlichkeit der antike Humanismus, wesentlich auch in der Bewegung des Erneuerten oder Dritten Humanismus, der im vollen

Knobloch a.a.O. 30.

¹² Philofogus 99, 1955, 1 ff.

Wolfgang Knobloch in: Altertumsforscher - Wissenschaftsorganisator - Humanist. Zum 100. Geburistag von Johannes Stroux, Berlin 1987, 29.

Vgl. z.B. Anna-Sabine Ernst und Gerwin Klinger, Tagesspiegel vom 02. August 1996.

Wortsinne pädagogisch zu wirken suchte. Er fand seine Gestalt in der Gesellschaft für antike Kultur und ihrer Zeitschrift "Die Antike", an deren Herausgabe Johannes Stroux beteiligt war. Präsident jener Gesellschaft war Johannes Popitz, ein bedeutender Finanzwissenschaftler, der seine Position als preußischer Finanzminister trotz zunehmender Enttäuschungen in der trügerischen Hoffnung, bessern zu können, auch während der Nazizeit beibehielt. Seinen Einfluß machte er offenbar geltend, als 1935 Strouxens Berufung nach Berlin anstand. Auf jeden Fall wirkte Popitz tätig mit, daß Stroux bereits Anfang 1937 Mitglied der Mittwochs-Gesellschaft wurde.

Die Mittwochs-Gesellschaft bestand seit dem 19. Januar 1863 als eine "freie Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung". Ihr gehörten jeweils 16 in Berlin ansässige Mitglieder an, Vertreter der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, höhere Verwaltungsbeamte und Militärs sowie Männer der Wirtschaft. Sitzungen fanden im Winter und im Frühjahr im Turnus von zwei Wochen in der Regel jeweils im Hause des Vortragenden statt. Der Vortragende hatte in einem Autorreferat seine Darlegungen zu protokollieren; die Protokollbände wurden der Akademiebibliothek zur Verwaltung übergeben. An den Vortrag schloß sich ein Essen der Mitglieder, das die Gattin des Vortragenden zu arrangieren hatte.

Die Gesellschaft kann im ganzen als aristokratisch-konservativ gekennzeichnet werden, was eine gewisse Toleranz, zum Beispiel gegenüber "nichtarischen" Mitgliedern, einbegriff. Ausgesprochene Nationalsozialisten waren in dem Kreise selten; in der Zeit, in der Stroux der Gesellschaft angehörte, sind als Vertreter der "offiziellen Meinungen" der Kunsthistoriker Wilhelm Pinder und der Anthropologe Eugen Fischer zu nennen 16, während der Nationalökonom Jens Jessen mit seiner faschistischen Vergangenheit gebrochen hatte 17. Popitz und Jessen gehörten der Widerstandsbewegung des 20. Juli an und bezahlten ihre Opposition mit dem Tode. Ein gleiches Schicksal traf weitere Mitglieder der Mittwochs-Gesellschaft, nämlich den Generalobersten Ludwig Beck, 1938 als Chef des Generalstabs entlassen 18 auberufen und zur Disposition gestellt 19. Eduard

¹⁶ Scholder a.a.O. 270.

¹⁷ Scholder a.a.O. 34 und 253.

¹⁷ Scholder a.a.O. 237.

¹⁸ Scholder a.a.O. 278.

¹⁸ Scholder a.a.O. 237.

¹⁹ Scholder a.a.O. 278.

Spranger blieb nach mehrmonatiger Haft ohne Prozeß²⁰, während der Chirurg Ferdinand Sauerbruch angesichts seiner Popularität nicht behelligt wurde²¹. Die letzte Sitzung der Mittwochs-Gesellschaft am 26. Juli 1944 endete unter sotanen Umständen vorzeitig. Der Vortragende, der Publizist Paul Fechter, verkürzte sein Referat. Neben ihm waren Diels, Stroux, von Hassell und Spranger anwesend. Die Stühle von Beck, Popitz und Jessen waren bereits leer geblieben, die Inhaftierung von Spranger und von Hassell folgte in den nächsten Tagen.

Johannes Stroux hat seine Pflichten in der Mittwochs-Gesellschaft sehr ernst genommen. Er hat am 09. Februar 1938, am 01. Februar 1939, am 17. Januar 1940, am 29. Januar und am 10. Dezember 1941, am 10. März 1943, am 12. Januar und am 14. Juni 1944 in der Gesellschaft gesprochen²² - öfter als jedes andere Mitglied - und hat seine Texte ausführlich protokolliert²³. Stroux ist zweifelsohne kein Widerstandskämpfer gewesen; eine solche Haltung hätte seinem Naturell widersprochen, und offensichtlich waren die Verschwörer unter den Mitgliedern der Mittwochs-Gesellschaft bestrebt, ihn nicht zu kompromittieren. Andererseits dürfte es gewiß sein, daß er sich an den freimütigen Gesprächen, die sich an die Vorträge anschlossen, beteiligte und dabei an seiner humanistischen Position keinen Zweifel ließ. Auf jeden Fall trug auch die Mitgliedschaft in der Mittwochs-Gesellschaft dazu bei, daß Stroux die nationalsozialistische Herrschaft als ein Verhängnis erkannte und von der Notwendigkeit einer grundlegenden Wende überzeugt war. Er wußte um die Bedeutung kultureller Überlieferungen und wissenschaftlicher Traditionen, aber er stellte sich zugleich den Forderungen des Tages, die ein neues Denken erheischten²⁴. An seiner moralischen Stärke, der pontifikale Züge nicht fremd waren²⁵, zerschellten die Attacken engstirniger Obtrectatores.

·~-//**********

²⁰ Scholder a.a.O. 107 f.

²¹ Scholder a.a.O. 43.

²² Scholder a.a.O. 362 ff.

²³ Die Bibliographie von Berthold Häsler in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, 351 ff. ist ent sprechend zu erweitern.

²⁴ So Jürgen Dummer, Philologus 124, 1980, 295.

Dokumentiert von Werner Scheler in: Altertumsforscher a.a.O. 9.

So Jürgen Dummer, Philologus 124, 1980, 295.

Roland Köhler

Zur Akademie-Konzeption von Johannes Stroux 1945

1. Alternative zur Akademie im Nationalsozialismus.

Als Johannes Stroux am 6. Juni 1945 die Leitung der Preußischen Akademie der Wissenschaften übernahm, war er 58 Jahre alt. Er verfügte über eine sechzehnjährige Akademie-Erfahrung, acht Jahre davon an der Preußischen Akademie in der schlimmsten Zeit ihrer Existenz. Er übernahm diese Verantwortung vom ersten Augenblick an in deutlicher Abkehr von den nationalsozialistischen Komponenten ihres Geistes und ihrer Verfassung.

Das Protokoll dieser ersten Zusammenkunft der Akademiemitglieder nach dem Kriege im Gemeindehaus in Berlin-Zehlendorf am 6. Juni 1945, auf der er die Leitung - zunächst der Sitzung - von den Akademiemitgliedern übertragen bekam, berichtet darüber: "Hr. Grapow eröffnet die Sitzung und verliest seinen auf Veranlassung des Magistrats der Stadt Berlin an den Leiter des Amtes Wissenschaft im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung, Volksbildung erstatteten Bericht über die Akademie..." Über die sich daran anschließende Diskussion heißt es weiter: "Hr. Spranger äußert sich über den Inhalt des Berichts. Er hält die Ausführungen für zu apologetisch und meint, die Akademie hätte keinen Anlaß, sich schon vorweg zu entschuldigen.

Hr. Stroux erörtert die in dem Bericht angeschnittene Frage der Satzung und lehnt die Wiedereinführung der alten Satzung ab. /Hervorh. R.K./

Hr. Grapow verläßt die Sitzung, nachdem er Hrn. Stroux die Leitung übergeben hat.

Hr. Stroux übernimmt den Vorsitz.

Hr. Hartung schägt vor, daß Hr. Spranger auch die Leitung der Akademie übernehmen solle.

Hr. Spranger lehnt das ab, schon mit der Begründung, es sei nicht gut, wenn so viel Ämter in einer Hand seien.

Hr. Rörig unterstützt aus dem gleichen Grund den Vorschlag Stroux und

Hr. Hartung erinnert dann an die Sitzung im Hause des verstorbenen ehemaligen Sekretars Hrn. Lüders, in der bereits als Kandidat für die Stelle des Präsidenten Hr. Stroux genannt worden war. Hr. Diels spricht im Namen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse seine Zustimmung aus.

Es bleibt dabei, daß Hr. Stroux die Leitung übernimmt." 3)

Aus diesem Kontext ist nicht ersichtlich, um welche "alte Satzung" es sich gehandelt hat. Einige Dokumente belegen, daß in den Debatten der Zeit auf verschiedene ältere Statuten Bezug genommen wurde. In der Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 8. Juni 1945 zum Beispiel hatte der Leiter der Abteilung Wissenschaft im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Ministerialrat von Rottenburg, vorgeschlagen, die Statuten von 1881/1907 wiedereinzuführen. Prof. Stroux hatte dem entgegengehalten, "daß diese alte Verfassung nicht den jetzigen Bedürfnissen der Akademie entspreche..."

Ich gehe davon aus, daß die Motivation für Stroux´ entschiedene Ablehnung, "das alte Statut" wieder einzuführen - welches auch gemeint sein mochte - letztlich in seiner aus humanistischer Grundüberzeugung hervorgegegangenen oppositionellen Haltung zur Politik des Nationalsozialismus zu suchen ist, die meines Erachtens tief und grundsätzlich motiviert war. Als Beleg für diese Haltung könnte man sein Eintreten für den polnischen Altertumswissenschaftler Tadeusz Zielinski anführen. Er war Forscher auf dem Gebiet der griechischen und römischen Literatur und Mitglied vieler Akademien. Grau/Schlicker/Zeil schreiben im Teil III ihrer Akademiegeschichte, daß er 1939 bei der Okkupation Polens durch die deutsche Wehrmacht - über 80 Jahre alt - verhaftet und von Vahlen, dem damaligen Akademiepräsident und SS-Oberführer, als Korrespondierendes Mitglied der Akademie gestrichen worden war. Einige Mitglieder der Akademie, voran Vasmer und Stroux, hatten dagegen protestiert und erreicht, daß das Ministerium Rust die Streichung zurücknehmen mußte. 5)

Der gravierende Beleg aber für Stroux' antifaschistische Haltung ist worauf Johannes Irmscher in Arbeiten über ihn bereits hingewiesen hat seine zunehmend dezidierte Mitwirkung in der "Mittwochs-Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung", obwohl er sicher nicht zum engeren Kreis der Verschwörer vom 20. Juli 1944 gehörte. Ulrich von Hassell bescheinigt Stroux in seinem Tagebuch eine gewisse Weltenferne des Denkens, läßt aber auch das geistige Band des Einvernehmens mit ihm durchschimmern. Er schrieb nach dem Besuch: "Am 11.3.43 /von Hassell inte sich: Die Vorlesung war am 10.3.1943 R.K./ war der Anmarsch zur Mittwochs-Gesellschaft bei Prof. Stroux in Lichterfelde ganz eindrucksvoll, denn das rechte und linke Nachbarhaus waren total ausgebrannt. Der gute Mann /! R.K./ sprach dann über den Begriff der Harmonie in der Antike. ein Thema, auf das man sich zuerst schwer konzentrieren konnte, zumal er ziemlich ohne Aufblicken vorlas. Es war aber nachher doch interessant, es gab sogar stehend anschließend für mich Laien eine ganz instruktive Erörterung." Stroux hatte aus der Fülle antiker Quellenzeugnisse für sein Thema die drei wichtigsten ausgewählt, wie er im Protokoll der Sitzung vermerkte, : "1. Die Harmonie im kosmischen Weltbild 2. in der Ethik 3. in den Künsten und der Theorie der Künste." Er reklamierte in dieser tiefsten Krise der deutschen Gesellschaft ethische Werte der klassischen Antike: "Die Stoa formuliert die Aufgabe des sittlichen Lebens schlechthin als: im Einklang, in Harmonie leben. Auf ihr beruht nicht nur Würde und Freiheit der Persönlichkeit, sondern auch die Glückseligkeit." Und weiter: "Gerade dieser Grundzug des Hellenischen Geistes hat unsere Klassiker zu ihm hingezogen."6) Stroux war seinem Forschungsgebiet nach besonders "Latinist" nach der traditionellen Schwerpunktbildung in der Klassischen Philologie bzw. der Klassischen Altertumswissenschaft im weiteren Sinne. Bei dieser Spezialisierung aber verkörperte er als Fachmann die Einheit dieser Fachgebiete und ging mit Vorliebe der Frage nach, wie sich der humanistische Ursprung europäischen Denkens in der griechischen Antike auch in der Kultur der "römischen Besatzungsmacht" Schritt für Schritt durchgesetzt hat.

Behalten wir vor allem die Zeit im Auge, in der der Vortrag gehalten wurde: Nach diesem Treffen fanden nur noch drei weitere Sitzungen der Mittwochs-Gesellschaft statt, mit Vorträgen von Heisenberg, Popitz und Fechter. Als am 26. Juli 1944, eine Woche nach dem Attentat auf Hitler, die letzte Sitzung stattfand, waren Beck und Jessen bereits tot. Anwesend waren nur noch Diels, v. Hassell, Spranger und Stroux. Von Hassel wurde tags darauf verhaftet.

Johannes Stroux' Antifaschismus war eine zutiefst persönliche, zugleich sich historisch entwickelnde Position.

Ich bin sicher, daß die weitere biographische Forschung über Johannes Stroux, die doch im Grunde am Anfang steht, noch viele neue, auch unerwartete Quellenfunde erbringen wird, die sehr sorgsam in das gesamte Lebensbild dieses bedeutenden Wissenschaftlers eingeordnet werden müssen, der zu seiner Zeit in höchster gesellschaftlicher Verantwortung stand.

Ich meine, daß seine Distanzierung vom Hitlerregime zusammen mit seiner wissenschaftlichen Integrität die wesentlichen Ursachen dafür waren, daß Stroux nach dem Krieg von den Akademiemitgliedern an die Spitze berufen und immer wieder durch klare Wahlentscheidungen in seinem Amt als Akademiepräsident bestätigt wurde.

2. Autonomie als Kernstück des Akademiestatuts.

Die neue Satzung der Akademie stammte in ihrem ersten Entwurf aus der Feder von Stroux. The Unterschied zum Universitätsstatut, wo die Federführung für die neue Satzung bei der Zentralverwaltung für Volksbildung lag und dem Rektor der Entwurf vorgegeben wurde, lag an der Akademie nicht nur die Initiative zu ihrer Neufassung, sondern auch die erste und die letzte Formulierung des Textes bei ihm, Mitsprache und Entscheidung über die Annahme des Textes lagen bei der Versammlung der Akademiemitglieder. Greifen wir diesen grundlegenden Sachverhalt noch einmal im Anschluß an die erste Zusammenkunft der Akademiemitglieder, aus der ich oben zitiert habe, auf.

Was passierte zwischen der ersten Zusammenkunft der Akademiemitglieder nach dem Kriege am 6. Juni 1945 und der zweiten am 14. Juni 1945?

Einen Tag nach der ersten Sitzung stellte Prof. Grapow seine Ämter als Vizepräsident der Akademie und als Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse zur Verfügung. Am 8. Juni 1945 fand im Amt für Volksbildung des Magistrats der Stadt Berlin eine Besprechung über die Fortführung der Arbeiten der Akademie statt, an der seitens der Akademie außer Prof. Stroux, der die Geschäfte des Präsidenten seit der Sitzung der Akademiemitglieder am 6. Juni 1945 wahrnahm, der Direktor der Akademie, Prof. Dr. Scheel, und Dr. Siggel teilnahmen. Sothmann fungierte als Vertreter des Oberbürgermeisters. Prof. Stroux legte dar, die Akademie denke daran, einen provisorischen Vorschlag einer neuen Akademiesatzung abzufassen. Sothmann stimmte dem zu und bat um baldige Vorlage eines solchen Statuts. (9)

Auf der nächsten Versammlung der Akademiemitglieder am 14. Juni 1945 berichtete Prof. Stroux über die genannte Besprechung beim Magistrat der Stadt Berlin und legte den Entwurf einer provisorischen Satzung vor, die nach Paragraphen verlesen und beraten wurde. Zu den einzelnen Paragraphen wurden in der Diskussion, an der sich die Akademiemitglieder R. Hartmann, Hartung, Deubner, Eitel, Rörig, Vasmer, Baethgen und Schadewaldt beteiligten, Änderungsvorschläge gemacht. Prof. Stroux bat die Anwesenden außerdem, sich noch im Laufe der Woche schriftlich zu äußern, falls sie weitere Vorschläge hätten. Ob sie davon Gebrauch machten ist aus der Quellenlage nicht zu erkennen.

Jedenfalls hatten Stroux und Scheel am 19. Juni 1945 wiederum eine Besprechung mit den Vertretern des Magistrats, Oberstudiendirektor Prof. Dr. Wüssing und Dr. Naas, in deren Verlauf Stroux den in der vorangegangnen Akademiesitzung beratenen Entwurf erörterte - "Entwurf einer vorläufigen Teilsatzung" wird er im kurzen, von Stroux und Scheel gezeichneten Protokoll genannt. 10) Auf der Sitzung kam ein für die Akademie bedrohlicher Einwand zur Sprache. Es sei nicht sicher, erklärte "ein städtischer Sachbearbeiter" offenherzig, "ob die Akademie überhaupt noch bestehe, und nicht vielmehr neu gegründet werden müsse". Prof. Stroux entgegnete, dieser Auffassung könne er sich nicht anschließen, und er ging auch gleich in die Offensive: Die Akademie sei eine Körperschaft, bestehe weiter, und es müsse ihr in Zukunft weitestgehend Autonomie zugebilligt werden (Hervorh, R.K.). Er wies darauf hin, daß die russische Regierung im Jahre 1917 an der alten zaristischen Akademie keinerlei Änderungen vorgenommen habe." 11) Dieser Standpunkt war identisch mit dem, den später die leitenden Mitarbeiter der Abteilung Volksbildung der SMAD einnahmen. Prof. Wüssing lenkte auch sofort ein. Für die Zustimmung zum Entwurf sei Herr Winzer, vermutlich sogar der Magistrat zuständig. "Jedoch solle die Akademie in der nächsten Sitzung ruhig die endgültige Beratung vornehmen und die Satzung beschließen, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Magistrat, und solle auch das Präsidium wählen." 12)

Am 21. Juni 1945 legte Stroux den Akademiemitgliedern zum zweiten Mal den von ihm überarbeiteten Entwurf der provisorischen neuen Satzung zur Beratung und Entscheidung vor. "Eine längere Aussprache", so heißt es im Protokoll der Sitzung, "entwickelt sich über die Fassung von § 10. Die Akademie einigte sich auf folgenden Wortlaut: Die Akademie tritt allwöchentlich zu einer wissenschaftlichen Sitzung zusammen. Im Anschluß an den wissenschaftlichen Teil behandelt das Plenum die Ge-

schäfte der Gesamtakademie alle zwei Wochen, die Klassen behandeln ihre Geschäfte gesondert in der dazwischen liegenden Woche. (** 13)

Damit war der erste Rahmen für ernste wissenschaftliche Arbeit abgesteckt. Einwände rief der § 6 der Satzung hervor. Stroux erklärte, "daß es vermutlich bei der Zustimmung des Magistrats für die Wahl der ordentlichen Mitglieder verbleiben müsse. Für die Korrespondenten wird vielleicht die Zustimmung nicht erforderlich sein." Dann entschieden sich die Akademiemitglieder. Das Protokoll stellt dazu fest: "In der Abstimmung erklären sich die Mitglieder einstimmig für den Entwurf, der damit angenommen ist." ¹⁴)

Die Akademie hatte mit der neuen Satzung eine Rechtsgrundlage, die nicht nur von den Akademiemitgliedern erarbeitet, sondern auch von den Verwaltungs- und Besatzungsorganen respektiert wurde und die - mit einigen weiteren Überarbeitungen - bis zur Bestätigung der Satzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften vom 31. Oktober 1946 Gültigkeit hatte. ¹⁵⁾ Von Bedeutung ist nicht allein diese juristische Tatsache, sondern vielmehr der Charakter der Akademie, der im Gespräch der Akademiemitglieder über dieses Dokument geklärt und mitbestimmt wurde und der sich in der weiteren Ausgestaltung durchsetzte.

Den maßgebenden Beitrag leistete dazu Johannes Stroux. Bereits im § 1 der provisorischen Fassung vom 21.6.1945 sind seine Vorstellungen vom Charakter der Akademie, ihrem wissenschaftlichen Anliegen und dem Anspruch an die demokratische und humanistische Wirksamkeit der Wissenschaft markant gefaßt. Es heißt dort: "Die Preußische Akademie der Wissenschaften ist eine Gesellschaft von Gelehrten, die in gemeinsamer Arbeit der Pflege und Mehrung der Wissenschaften dient. Sie widmet sich in erster Linie der strengen Forschung /Hervorh. R.K./, trägt bei zur Verbreitung und zum Verständnis von Erkenntnissen und Entdeckungen der Wissenschaften in weiteren Kreisen und wirkt auf diese Weise mit an der Bewahrung und Fortentwicklung der Kultur." Ausdrücklich sei darauf aufmerksam gemacht, daß in Stroux´ Entwurf dieser Satzung sowohl der "Direktor der Akademie" als auch "Wissen-schaftliche Beamte" ihren Platz hatten.

Über die Satzung der Akademie wurde natürlich - ungeachtet des vorläufigen Abschlusses der Beratung - unablässig weiter diskutiert.

Auch mit dem schon genannten Leiter des "Amtes Wissenschaft des bisherigen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung", Ministerialrat von Rottenburg, blieb Präsident Stroux in der Diskussion. Am 3. Juli 1945 wandte sich v. Rottenburg mit einem Brief an ihn, in dem er zu einzelnen Formulierungen des provisorischen Statuts Stellung nahm. Für eine autonome Körperschaft sei "vorgesetzte Bebörde" nicht der angemessene Begriff, der in § 11 für den Magistrat gebraucht würde. "Aufsichtsbehörde" sei nach seiner Ansicht die allein richtige Bezeichnung, schrieb der Ministerialrat. Auch die Genehmigung der Wahl der Mitglieder durch diese Aufsichtsbehörde hielte er für ganz unnötig. Die Wahl der Mitglieder sollte wirklich freies Recht der autonomen Körperschaft bleiben ("bleiben"! R.K.). Zweifelhaft sei es ihm sogar bei der Wahl des Präsidenten. 17) Drei Tage danach, bereits am 3. Juli 1945, antwortete ihm Stroux mit einem ausführlichen Brief. "In der Lage, in der wir die Verhandlungen aufgenommen haben, schien es uns richtig, dem Magistrat die genannten Rechte einzuräumen", schrieb er. "Politisch mußte die Akademie darauf gefaßt sein, daß ihr Mitgliederbestand und wohl auch die Ergänzung dieses Bestandes der Kritik der politischen Parteien unterliegt. Für eine Abwehr unsachlicher Angriffe, die nicht ausgeschlossen scheinen, wird der Akademie voraussichtlich die durch die Bestätigung des Magistrats gebotene Sicherung von Wert sein." Für korrespondierende Mitglieder, so hoffe er, werde das Bestätigungsrecht verschwinden dürfen 18)

Gegen Ende des Jahres 1945 schwoll der Strom bürokratischer Entnazifizierungserlasse an. Es wäre grundfalsch, den agierenden Kräften - KPD und später SED, der neuen Verwaltung in Gestalt des Magistrats oder der Zentralverwaltungen, gar alliierten Behörden oder der sowjetische Besatzungsmacht - womöglich noch einer von ihnen allein - dafür die Schelle umzuhängen. Die Ursachen liegen viel tiefer - sie liegen vor allem in jenem unermeßlichen und erst in langer Frist faßbaren Maß an Schuld, die das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus und dessen Krieg auf allen Gebieten auf sich geladen hatte und die es in den vielfältigsten Erscheinungsformen mit sich herumschleppte.

Stroux wollte keine Entlassungen von Akademieangehörigen, die durch ihre Zugehörigkeit zu NS-Organisationen belastet waren, soweit sie nicht für Verbrechen persönlich zur Verantwortung zu ziehen waren. Er war, wie alle Rektoren der Hochschulen, für die "innere Entnazifizierung", die tiefe geistige Auseinandersetzung der ganzen Gemeinschaft und in ihr jedes einzelnen mit den Wurzeln und Denkweisen des NS-Regimes.

Ein Erlaß des Magistrates vom 1. Juli 1945 drängte dagegen auf Entlassungen. Lediglich in Fällen, "in denen die sofortige Entlassung von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP einen größeren Schaden für die Stadt Berlin und das Leben der Bevölkerung darstellen würde", sei es möglich, sie nach Entlassung "wieder vom Arbeitsamt für eine begrenzte Zeit als Einsatzarbeiter" anzufordern. Mit Bezug auf die Ordentlichen Akademiemitglieder hatte das Präsidium in eingehender Beratung zwei Listen aufgestellt. Für acht Akademiemitglieder war festgelegt worden, daß ihre weitere Zugehörigkeit zur Akademie nicht möglich sei. Eine zweite Liste enthielt die Namen von weiteren 18 Akademiemitgliedern, deren Mitgliedschaft geprüft werden solle. Beide Listen wurden einstimmig beschlossen. ¹⁹⁾ Der Präsident schlug vor, lediglich vier der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu entlassen, für zwei weitere - für Frl. Dr. von Gabain und für den Direktor der Akademie, Prof. Dr. Helmuth Scheel - wolle man eintreten. Auch dieser Vorschlag fand einstimmige Zustimmung. ²⁰⁾

Wie unsinnig die formal-bürokratische "Entnazifizierung" war, beweisen immer wieder Splitter von Verfahren, die sich in heute zugänglichen Akten finden. Im Fall von Prof. Dr. Helmuth Scheel, des Direktors der Akademie seit 1939, machte der Präsident unter anderem folgendes geltend. "Prof. Dr. Helmuth Scheel hat sich aus kleinen Anfängen als Justizbeamter mit eigener Kraft emporgearbeitet. Reifeprüfung und Studium der orientalischen Sprachen neben seinem voll ausgefüllten Beruf erledigt, und ist auf Grund dieser Kenntnisse zum Honorarprofessor für türkische Geschichte und für türkisches Urkundenwesen an der Universität ernannt worden... Professor Scheel ist zwar 1937 der NSDAP beigetreten, ist aber nie aktiv im nationalsozialistischen Sinn tätig gewesen. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter bei der Akademie haben auch jetzt wieder betont. daß Professor Scheel ihnen gegenüber niemals mit nationalsozialistischen Forderungen irgendwelcher Art aufgetreten ist, sondern sie stets rein sachlich behandelt hat." Er habe sich wiederholt eingesetzt, "von der Hitlerregierung bedrohte Gelehrte des Auslandes und Inlandes, darunter auch jüdische, aus der Verhaftung und aus den Konzentrationslagern zu befreien und ihnen in einigen Fällen wenigstens die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit zu sichern. ... Die Universitätskommission zur Nachprüfung der politischen Zuverlässigkeit aller Dozenten hat Professor Scheel in die Gruppe der kommissarisch weiter zu beschäftigenden Personen eingereiht. Die Akademie nimmt den gleichen Standpunkt ein und beabsichtigt aus den dargelegten Gründen von einer Entlassung abzusehen, um ihn der Akademie und der deutschen Wissenschaft zu erhalten. (21)

Aber nichts und niemand konnte der neuen bürokratischen Entnazifizierungswelle Einhalt gebieten, die die Akademie Ende 1945 überrollte. Am 2.1.1946 mußte erneut über NSDAP-Mitgliedschaft gesprochen werden. In der Gesamtsitzung der Akademie verlas Prof. Stroux "das Schreiben des Magistrats vom 21. Dezember 1945, nach dem die Personalhoheit dem Magistrat zustehe /Hervorh. R.K./ und der Akademie infolgedessen aufgegeben wird, bis zum 31. Dezember 1945 alle chemaligen Mitglieder der NSDAP zu entlassen."22) Die Anordnung der Stadt bedrohte die verantwortliche Sachbearbeiter "bei Nichtbefolgung wegen Pg.-Begünstigung mit Entlassung⁽²³⁾ In den mündlichen Verhandlungen, so teilte Stroux mit, seien Erleichterungen für Prof. Scheel und Frl. Dr. von Gabain erreicht worden, die als Sonderfälle behandelt werden könnten. Sie müßten zwar ebenfalls formell entlassen werden, es könnte jedoch beantragt werden, sie gegen eine Vergütung von 250,00 DM weiterzubeschäftigen.²⁴⁾ Helmuth Scheel hatte trotz eines neuerlichen, ausführlichen Antrages an die zuständigen Stellen des Magistrats im April 1946 keine Chance. Er richtete in seiner Verzweiflung mehr und mehr seine Angriffe auch gegen Stroux der sich für ihn wirklich eingesetzt hatte und nach wie vor noch einsetzte. Schließlich nahm er eine Berufung an die Universität Mainz an. Eine tragische Konstellation, die Wasser auf die Mühlen des kalten Krieges in Deutschland leitete und dazu beitrug, die Aufdeckung von Schuld und Mitschuld der deutschen Wissenschaft am Nationalsozialismus zu behindern.

3. Pflege der Beziehungen zur Wissenschaft im Ausland.

Beziehungen zur Wissenschaft des Auslands herzustellen begann überall in Deutschland damit - und es konnte nur damit beginnen -, sich um ein klares und sauberes neues Verhältnis zur "eigenen" Besatzungsmacht zu bemühen. Das mag heute seltsamerweise als eigennützig, sogar als opportunistisch erscheinen - in Wirklichkeit war es völlig normal, natürlichmehr als das: Es war für die politischen Deutschen der einzig gangbare erste Schritt auf einem komplizierten langen Weg. Dies war die Logik des Lebens - wer das heute nicht mehr wahrhaben will, denkt unhistorisch. Alle anständigen Menschen, nicht zuletzt die Angehörigen der Besatzungsmächte selbst, empfanden diesen Schritt im historischen Erkenntnisprozess der Deutschen als normal, schlechthin als eine Selbstverständlichkeit. Natürlich arbeitete Stroux mit allen Besatzungsmächten zusammen. Im Protokoll der Sitzung der Akademie am 22. November 1945

heißt es zum Beispiel über einen Tagesordnungspunkt: "Der Präsident berichtet über die Weiterentwicklung seiner Verhandlungen mit dem Magistrat sowie mit Vertretern der britischen und sowjetrussischen Besatzungsbehörde."²⁵⁾

Die Wiederherstellung zivilisierter und kulturvoller, ja guter Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht war gerade für den Kulturhistoriker Johannes Stroux keine Frage der sektoralen Dislozierung der Wissenschaft, der Universität oder der Akademie. Sie bedeutete für ihn eine maßgebende Dimension seines Akademie- und Universitätsgedankens. In seinem schon erwähnten "Vorläufigen Satzungsentwurf" vom 21. 6. 1945 hieß es ja von dieser Akademie in § 1: "... und bemüht sich um die Pflege der Beziehungen zu den wissenschaftlichen Körperschaften und Anstalten des Auslandes." Nach dem Geschehenen, nach der Selbstisolierung der deutschen Wissenschaft in der Welt und angesichts der Pflicht der Deutschen zur Wiedergutmachung gab es bei allen Akademiemitgliedern den Wunsch nach einem neuen Anfang und natürlich auch die Hoffnung, die Stellung der Akademie zu verbessern.

Im Juli 1945 waren die Beziehungen zur Besatzungsmacht noch allgemeiner Art. Aus einer Aufzeichnung über eine Beratung beim Magistrat im Juli 1945 geht hervor, daß ein russischer Offizier (Berdeli) teilnahm. Er "ließ sich zunächst durch Präsident Stroux kurz über Aufgaben und Tätigkeit der Akademie unterrichten, wobei insbesondere die Frage nach den Instituten erörtert wurde. Herr Stroux erklärte dann den Unterschied zwischen Institut und Arbeitsstelle (Kommission, Unternehmung), die von Oberst Berdeli zur Kenntnis genommen wurde und mit der er sich einverstanden erklärte. Er verlangte dann eine Leseliste zunächst für ein Jahr, dann eingeschränkt auf drei Monate, die ihm für spätestens in 8 Tagen zugesichert wurde. Oberst Berdeli erklärte dann, daß er bei seiner vorgesetzten Stelle nach Prüfung der Leseliste die Weiterführung der Arbeiten der Akademie und die Genehmigung der Satzung befürworten würde." 26)

Am 6. Dezember 1945 besuchte das Ordentliche Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Generalmajor Prof. Dr. Kulebakin, in Begleitung seiner Ehefrau sowie von Oberbürgermeister Dr. Werner die Sitzung der Akademiemitglieder. Prof. Vasmer hielt zu Ehren des Gastes einen Vortrag "Über die russische Wortform". Kulebakin erwähnte in seiner Ansprache "die mehr als 200 Jahre bestehenden Beziehungen zwischen der sowjetrussischen und der Preußischen Akademie der Wissenschaften". Seitdem hätten sich im Verlaufe dieser 200 Jahre die Beziehun-

gen weiterentwickelt und verstärkt. Er hoffe, daß jetzt, nach Beendigung des Krieges, die Zeit gekommen sei für die weitere Entwicklung und das weitere Gedeihen dieser Beziehungen, "die sich in der Vergangenheit so hervorragend bewährt haben." Der General bekundete mit seiner Rede, er sei nach Deutschland gekommen, um die gemeinsame Arbeit zu organisieren. 277)

14 Tage später, am 20. Dezember 1945, fand wiederum eine Sitzung der Gesamt-Akademie statt, die Beschluß "über die Änderung des Namens" der Akademie und "über die Stellung der Akademie zu den für ihre Verwaltung zuständigen Organen" zu beraten und zu entscheiden hatte. "Der Präsident", so heißt es im Protokoll, "gibt zunächst einen Bericht über die Entwicklung, auf die sich die Notwendigkeit gründet, diese beiden Fragen jetzt zu entscheiden. Er berichtet insbesondere über seine Besprechungen mit dem Bevollmächtigten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR für Deutschland, Herrn Kulebakin, und über dessen Anregung einer unmittelbaren Unterstellung der Akademie unter die sowietische Miltärverwaltung (SMA) bis zur Bildung einer zentralen deutschen Verwaltungsorganisation...". 28) Nicht nur die Idee der unmittelbaren Unterstellung der Akademie unter die SMAD stammte von Kulebakin, auch das Schreiben, mit dem sie bei Marschall Shukow beantragt werden sollte, war von ihm selbst entworfen. Stroux hatte es redigiert. Die Debatte darüber verlief turbulenter, als man erwarten konnte. Prof. Sauerbruch bezeichnete "den aufgrund des Entwurfs von Herrn Kulebakin von dem Präsidenten angefertigten geänderten Entwurf eines Schreibens an den Marschall Shukow als Bettelgesuch", heißt es im Protokoll der Sitzung. "Der Präsident erhebt gegen diesen Ausspruch entrüstet Einspruch."29) Bedauerlich am Verlauf dieser Sitzung war, daß der Auftakt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Stellung der Wissenschaft - auch und gerade der an der Akademie in der Zeit des Nationalsozialismus - zu dem sie durchaus Anlaß hätte sein können, ausblieb. Akademiemitglied Rössle erklärte, "daß die Tätigkeit der Akademie zu keiner Zeit ihres Bestehens sich mit Dingen befaßt hat, wie sie heute in dem Begriff "preußisch" getadelt werden, sondern daß sie immer im Gedenken an die von Leibniz geschaffenen Grundsätze ihre Tätigkeit auf das Gebiet der reinen Wissenschaft bezogen hat."30) Es hat ihm offenbar niemand widersprochen. Prof. von Verschuer wurde in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse bis zum 11. Juli 1946 auf der Mitgliederliste der Akademie geführt, dann verschwindet der Name von dieser Liste. 31)

Auf der Sitzung der Akademie am 20. Dezember 1945 wurde die Änderung des Namens "Preußische Akademie der Wissenschaften" in "Akademie der Wissenschaften zu Berlin" mit 11 gegen 3 Stirnmen (Spranger, Vasmer, Nordmann) und eine Stimmenthaltung (Stille) beschlossen. Die Frage der Unterstellung der Akademie unter die SMAD wurde vertagt. Der Präsident wurde beauftragt, dies den zuständigen Stellen mitzuteilen. Er bat alle Mitglieder, deren Zeit es gestatte, sich am nächsten Morgen in der Akademie einzufinden, um die endgültige Fassung des Briefes an Kulebakin zu besprechen. 33)

In der Sitzung der Gesamtakademie am 2. Januar 1946 verlas der Präsident "seine beiden Schreiben an Generalmajor Kulebakin und Generalleutnant Dratwin (Chef des Stabes des Marschalls Shukow) und berichtet über seine im Zusammenhang damit geführten Besprechungen mit Hrn. Kulebakin" Spranger und Baethgen kritisierten in der anschließenden Aussprache, "daß diese Schreiben positiver gehalten seien, als dies der Sitzung der Akademie entspreche." Doch diesen Vorwurf entkräftete der Präsident, indem er daran erinnerte, "daß alle Mitglieder zur Mitwirkung an der Fassung des Wortlautes aufgefordert waren." 35)

1991 habe ich zum Problem der Unterstellung und Namensgebung der Akademie der Wissenschaften den ehemals in der Abteilung Volksbildung der SMAD unmittelbar zuständigen Mitarbeiter und späteren Leiter des Sektors Hochschulen, P. I. Nikitin, inzwischen hoch betagt, als Zeitzeugen befragt. Im folgenden ein Zitat aus meiner Mitschrift seiner Antwort: "Der Brief enthielt die Bitte, die Akademie unmittelbar der SMAD zu unterstellen. Bei einer solchen Unterstellung, so hieß es, würden die Beziehungen der Preußischen Akademie zur Akademie der UdSSR erleichtert werden, und die wissenschaftliche Tätigkeit der Akademie könnte sich besser entfalten. Zukov schrieb auf diesen Brief an die Adresse von Zolotuchin: Die Akademie der Wissenschaften kann man nicht der SMAD unterstellen, weil die SMAD keine deutschen Einrichtungen leitet'. Dabei ergänzte er, vielleicht sei es zweckmäßig, sie der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu unterstellen. Bei der Abfassung des Befehles wurde die Bezeichnung der Akademie problematisch. Die Bezeichnung Preußische Akademie der Wissenschaften entfiel, da nach Entscheidung des Kontrollrates Preußen als Staat zu liquidieren war. Deshalb wurde die ehemalige Preußische Akademie nunmehr Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin genannt."

Sie wurde zunächst nicht Deutsche Akademie der Wissenschaften genannt, und sicher gab es für die Umbenennung noch andere gewichtige Gründe, aber das müßte in einem weiteren historischen Kontext untersucht werden.

Zusammenfassung.

Wesentliche Grundsätze der Akademie der Wissenschaften, die von Johannes Stroux bei der demokatischen Neubegründung der Akademie in der provisorischen Fassung ihrer Satzung vom 21. Juni 1945 konzipiert, von den Akademiemitgliedern beraten und beschlossen wurden und mit deren Verwirklichung im Jahre 1945 begonnen wurde, waren:

- Bruch mit der nationalsozialistischen Ideologie, Politik und Staatlichkeit;
- Kontinuität der Wissenschaftsakademie als Gelehrtengesellschaft;
- Autonomie:
- strenge Forschung; Mehrung der Wissenschaften;
- Verbreitung von Erkenntnissen und Entdeckungen der Wissenschaften in weiteren Kreisen;
- Mitwirkung an der Bewahrung und Fortentwicklung der Kultur;
- Kollegiale Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Akademien sowie den Akademien und der Wissenschaft des Auslandes.

Ich bin der Meinung, daß für Stroux dabei die zentrale Kategorie die der Autonomie war. Autonomie aber war für ihn keine rein abstrakte, staatsoder wissenschaftstheoretische Größe, sondern ein Prinzip, das von den Mitgliedern der Akademie ständig verwirklicht werden mußte. Es war eine Frage der Behauptung der Wissenschaft im Leben und für das Leben und damit auch ein Grundsatz der Persönlichkeit und ihres Verständnisses der Politik. Stroux selbst beantwortete diese Frage vor allem mit seinem beispiellosen Engagement für diese Akademie. Nach der "Katastrophe"-wie er die Naziherrschaft und den Krieg wiederholt nannte - sollten die Akademie und die Universität in demokratischer Verfaßtheit, durch strenge Forschung und die weite Verbreitung ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse einen humanisierenden, veredelnden Einfluß auf die deutsche Gesellschaft ausüben und ihre Gesundung über das geistige Leben bewirken. Ich meine, das war der Kern "seines" Akademiegedankens.

Quellenangaben und Anmerkungen:

- Zur wissenschaftlichen Biographie von Johannes Stroux vgl. Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (im folgenden zitiert: BBAW-Archiv), Akte 454 sowie v.a.
 - Peter Th Walther.: Zur politischen Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin zwischen 1945 und 1991 (Ms., 1993).
 - Johannes Irmscher: Johannes Stroux: Altertumsforscher Wissenschaftsorganisator Humanist.- In: Altertumsforscher Wissenschaftsorganisator Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Jahrgang 1987. Nr.5/G.- Berlin: Akademie-Verlag, 1987, S. 19-27.
 - Wolfgang Knobloch: Biogramm Johannes Stroux.-In: Ebenda, S.28-32.
- 2) Prof. Dr. Heinrich Grapow, Ägyptologe, war seit 1939 Ordentliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Seit 1943 leitete er als Vizepräsident die Akademie. Vgl. BBAW-Archiv, Akte 130.- Der von ihm erstattete Bericht konnte bisher im Archiv der Akademie noch nicht aufgefunden werden. Er war nicht bestätigt und weitergeleitet worden. Auf Vorschlag von Akademiemitglied Prof. Schirmer sollte er "angehalten" werden.
- 3) BBAW-Archiv, Akte P 1/0, Bl. 1V, 1R.
- 4) BBAW-Archiv, Akte II-I, 14, Bl. 10V, 10R.- Veröffentlicht als: Dokument 123. Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 8. Juni 1945 (Aufzeichnung). In: Werner Hartkopf / Gert Wangermann: Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990.- Berlin; Heidelberg; New York: Spektrum, Akademischer Verlag, 1991 (=Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1), S. 455.
- 5) Conrad Grau; Wolfgang Schlicker; Liane Zeil,:
- Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil III. Die Jahre der faschistischen Diktatur. Berlin: Akademie-Verlag, 1979 (=Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR.- Band 2/ III), S. 227.
- Die Mittwochs-Gesellschaft: Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932-1944/ hrsg. u. eingel. von Klaus Scholder.- Berlin: Severin und Siedler, 1982, v.a. S.321-322, 347-354.
- 7) Entwürfe vgl. in: BBAW-Archiv, Bestand Akademieleitung Akte 581, unpag...
- 8) BBAW-Archiv, Akte P 1/0, Bl. 2.
- BBAW-Archiv, Akte II-I, 14, Bl. 10V, 10R.- Veröffentlicht als Dokument 123. Besprechung zwischen Vertretem der Akademie und des Magistrats der Stadt Berlin am 8. Juni 1945 (Aufzeichnung). In: Werner Hartkopf / Gert Wangermann, a.a.O., S. 455.
- 10) BBAW-Archiv, Akte II-I, 14, Bl. 16V, 16R. Im Auszug veröffentlicht als: Dokument Nr. 124. Besprechung zwischen Vertretern der Akademie und des Magistrats

- der Stadt Berlin am 19. Juni 1945 (Aufzeichnung).- In: Werner Hartkopf / Gert Wangermann, a.a.O., S.456.
- 11) BBAW-Archiv, Akte II-I,14, Bl. 16V.
- 12) Ebenda.
- 13) BBAW-Archiv, Akte P 1/0, Bl. 7R.
- 14) Ebenda.
- 15) Vgl. Dokument Nr. 10: Satzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (vom 31. Oktober 1946). In: Werner Hartkopf / Gert Wangermann, a.a.O., \$.150-158.
- 16) Vgl. Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Vorläufige Fassung, beschlossen von der Akademie in der Gesamtsitzung vom 21. Juni 1945. ungedruckt. In: BBAW-Archiv, Bestand Akademieleitung, Akte 581, unpag...
- 17) BBAW-Archiv, Akte II-I, 14, Bl. 14.
- 18) BBAW-Archiv, Akte II-I, 14, Bl. 15V, 15R.
- BBAW-Archiv, Akte P 1/0.- Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 15V, 15R.
- 20) BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 15V.
- 21) BBAW-Archiv, Akte 660, unpag..
- 22) BBAW-Archiv, Akte P 1/1, Protokolle der Sitzungen des Plenums (Gesamtakademie) 1946 - 1951, S. 585.
- 23) BBAW-Archiv, Akte P 1/1, Protokolle der Sitzungen des Plenums (Gesamtakademie) 1946 - 1951, S. 586.
- 24) Ebenda.

seere eee 🛎

- BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 40R.
- 26) BBAW-Archiv, Akte II-I, 14, Bl. 17.
- 27) Vgl. BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, BI. 43.
- 28) BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle. Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 51R.
- BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 51V, 51R.
- 30) BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 51R.
- BBAW-Archiv, Akte P 1/1 Protokolle der Sitzungen des Plenums (Gesamtakademie) 1946-1951, S. 638, 644.
- 32) BBAW-Archiv, Akte P 1/0 Plenumsprotokolle. Juni 1945-Dezember 1945, Bl. 51R.
- 33) BBAW-Archiv, Akte P I/O Plenumsprotokolle.- Juni 1945-Dezember 1945, BI. 52. Der Brief von Prof. Stroux an Kulebakin vom 21. Dezember 1945 wurde 1987 in

der Reihe 'Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR' - zusammen mit dem Faksimiledruck des Textes, aber leider ohne Quellenangabe - veröffentlicht. Vgl.: Altertumsforscher - Wissenschaftsorganisator - Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux. In: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Jahrgang 1987. Nr.5/G.- Berlin: Akademie-Verlag, 1987, S. 33-35.

- 34) BBAW-Archiv, Akte P 1/1 Protokolle der Sitzungen des Plenums (Gesamtakademie) 1946-1951, S. 585.
- 35) Ebenda.

Hubert Laitko

Die Etablierung der Technikwissenschaften an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1945 - 1950

Die traditionelle Reserve der Akademie gegenüber den Technikwissenschaften

Unter den sechs Klassen, die nach den Bestimmungen der ersten Kulturverordnung vom März 1949 an der DAW zu Berlin gegründet wurden, befand sich auch eine Klasse für technische Wissenschaften¹ - ein Novum in der Geschichte der Akademie, die es immer schwer hatte, ein unbefangenes Verhältnis zu den Technikwissenschaften zu gewinnen. Der Aufstieg der Technikwissenschaften als eines eigenständigen Wissenschaftstyps, der nicht in die herkömmliche Dichotomie von Natur- und Geistes- bzw. Gesellschaftswissenschaften paßte und der sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts im wissenschaftlichen Leben Berlins unübersehbar manifestierte - zunächst 1879 mit der Gründung der Kgl. Technischen Hochschule Charlottenburg durch die Fusion von Gewerbeakademie und Bauakademie und dann, zwanzig Jahre später, mit der Schaffung des Dr.-Ing. und der Verleihung des Promotionsrechtes, eines bis dahin eifersüchtig gehüteten Privilegs der Universitäten, an diese Einrichtung und in der Folge auch an die anderen Technischen Hochschulen -, hatte die Akademie bereits um 1900 vor ein Dilemma gestellt. Wollte sie sich weiterhin als Repräsentantin des Universums der Wissenschaften verstehen, so mußte sie über das traditionelle Zweiklassenschema hinausgehen; wenn sie aber an diesem Schema festhalten wollte, dann mußte sie den Universalitätsanspruch aufgeben.

Zu diesem Dilemma bekannte sie sich jedoch nicht. Sie wollte das eine nicht tun und das andere nicht lassen. In dieser Lage bestand der einzig vorstellbare institutionelle Kompromiß darin, die Technikwissenschaften in das Zweiklassenschema einzubinden und ihnen innerhalb der Mathe-

Werner Hartkopf/Gert Wangermann; Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990. Berlin/Heidelberg/New York 1991, S.488.

matisch-naturwissenschaftlichen Klasse einen gewissen Raum zu gewähren. Genau in diesem Sinne wurde auch die im Zusammenhang mit dem Akademiejubiläum 1900 erfolgte Einrichtung von drei Fachstellen für Ordentliche und zehn Fachstellen für Korrespondierende Mitglieder aus dem Bereich der technischen Wissenschaften aufgefaßt. Geistiges Fundament dieser inkonsequenten institutionellen Praxis war ein Wissenschaftsverständnis, das zwar starke Wurzeln in der Tradition hatte, aber der Wissenschaftsrealität um 1900 schon nicht mehr entsprach. Naturwissenschaften (einschließlich Mathematik) und Geisteswissenschaften galten als Verkörperungen der "reinen" Wissenschaft, als deren Hort sich die Akademie verstand und die zusammengenommen das Universum der menschlichen Erkenntnis mit hinreichender Vollständigkeit verkörpern sollten. Dieser kognitive Kern der Wissenschaft war von einer Peripherie "angewandter" Disziplinen umgeben, deren Sinn nicht darin bestand, jenen Kern zu erweitern (obwohl Rückwirkungen von Fall zu Fall nicht ausgeschlossen waren), sondern darin, die kognitive Substanz der "reinen" Erkenntnis für verschiedene Zwecke praktischen Gebrauchs aufzubereiten.

Zu dieser Peripherie wurden beispielsweise die Technikwissenschaften (oft verkürzt einfach "Technik" genannt), die Landwirtschaftswissenschaften und die Medizin (oder zumindest ihr klinischer Teil) gerechnet. Eine Akademie konnte demnach davon überzeugt sein, die Welt der wissenschaftlichen Erkenntnis ganzheitlich zu repräsentieren, sofern sie die Grunddisziplinen der "reinen" Wissenschaft umfaßte, auch wenn die "angewandten" Disziplinen in ihrem Mitgliederkreis nur in zufälliger Auswahl oder auch gar nicht vertreten waren. Unter diesen Voraussetzungen mußten die Technikwissenschaften in der Akademie chronisch unterschätzt werden. Die mit der 1900 erfolgten Einrichtung von Fachstellen für Technikwissenschaften geschaffenen Möglichkeiten hat die Akademie nach dem Urteil von Conrad Grau "unzureichend genutzt"2. Eine im Jahre 1922 getroffene Entscheidung der Akademie war dafür in höchstem Grade bezeichnend. Am 24,10.1919 hatte eine Vertreterversammlung der Hochbauabteilungen der Technischen Hochschulen in Preußen über den Rektor der TH Charlottenburg an das preußische Kultusministerium den Vorschlag gerichtet, bei der Akademie eine dritte, "technische" Klasse einzurichten. Am 21.11.1921 unterbreitete der Reichsbund Deutscher Technik eine analoge Eingabe, deren Begründung ausgesprochen modern anmutet:

Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus Teil I. Unter Mitarbeit des Kollektivs der Forschungsstelle verfaßt von Conrad Grau. Berlin 1975, S.129.

Die "Einordnung der Technik unter die Mutterwissenschaften" entspreche nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen; Technik sei mehr geworden als eine Anwendung anderer Wissenschaften, sie habe "ihren eigenen Gedankeninhalt, ihre eigenen Ziele, welche auf einer Verkettung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis mit wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten beruhen." Auf diesen zweiten Vorstoß erwiderte die Akademie mit einer von den Sekretaren Heinrich Lüders, Gustav Roethe, Max Planck und Max Rubner unterzeichneten Erklärung, die den Vorschlag zurückwies. So modern dieser Vorschlag begründet war, so orthodox waren die Argumente, die seine Ablehnung legitimieren sollten. Die Akademie habe zwar die Bedeutung der Technik stets anerkannt, und die Verwertung wissenschaftlicher Erfahrungen und Lehrsätze sei auch eine schöpferische Leistung, doch sie falle nicht in das Gebiet der wissenschaftlichen Tätigkeit. Das Zusammenwirken der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der geisteswissenschaftlichen Klasse sei durch "die Gemeinschaft und Einheit des Strebens nach der reinen wissenschaftlichen Erkenntnis" ermöglicht worden; ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis würde aber widersprochen, "wenn die Lehren von der praktischen Anwendung der Natur- und Geisteswissenschaft in den Wirkungskreis der Akademie mit einbezogen würden..."3.

2. Die technikwissenschaftliche Klasse und ihr zeitgeschichtlicher Kontext

Vor diesem Hintergrund betrachtet, war die Einrichtung einer technikwissenschaftlichen Klasse im Jahre 1949 (ebenso wie die parallel dazu erfolgte Konstituierung einer Klasse für Landwirtschaftswissenschaften) ein durchaus innovativer Ansatz. Die Satzung der DAW vom 31.10.1946 hatte die Anzahl der Klassen nicht mehr strikt festgeschrieben. In 5 hieß es, zur Zeit beständen zwei Klassen - eben die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Philosophisch-Historische, doch: "Weitere Klassen können durch Beschluß des Plenums gebildet werden. Sie bedürfen der Bestätigung durch die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone"⁴. Auch wenn die Einrichtung der technikwissenschaftlichen Klasse auf dem Verordnungswege erfolgte, stieß sie im

Zitate nach: Die Berliner Akadernie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus Teil II. Unter Mitwirkung des Kollektivs der Forschungsstelle verfaßt von Wolfgang Schlicker. Berlin 1975, S.113 - 115.

Werner Hartkopf/Gert Wangermann, Dokumente (wie Anm.1), S.153.

Plenum anscheinend nicht auf Widerspruch. Die Nachkriegsnöte hatten die Auffassung der Akademiker über das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis nicht unberührt gelassen. Entscheidende Bedeutung aber hatte, daß die Akademie nun keine reine Gelehrtengemeinschaft mehr war, sondern zugleich als Trägerin einer rasch zunehmenden Zahl von Forschungsinstituten fungierte. Der Ausbau zur Forschungseinrichtung war von den Akademiemitgliedern gewollt; in diesem Fall kann man nicht von einem Oktroi der Besatzungsmacht oder der DDR-Behörden sprechen. Immerhin hätte die naturwissenschaftlich-technische Forschung in der DDR auch in Gestalt akademieunabhängiger Institutsverbände aufgebaut werden können; diese Version hatte ihre Proponenten, und ihre Verwirklichung hätte, verglichen mit der Akademiebindung, die Integration in das staatliche Planungssystem wahrscheinlich sogar unkomplizierter gestaltet. Das Vorhandensein naturwissenschaftlicher und sogar technischer Institute mit mehr oder minder deutlicher Praxisorientierung innerhalb der Akademie bewirkte aber, daß sich auch die Gelehrtengesellschaft stärker den Belangen der Technik öffnen mußte. Staatliche Instanzen konnten daher, wenn sie entsprechende Forderungen vortrugen, bei den Akademikern auf eine gewisse Akzeptanz rechnen.

In der Aktennotiz über eine Aussprache des Akademiepräsidiums mit Paul Wandel, dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, am 12.3.1948 wird vermerkt, Wandel habe unter den Aufgabengebieten der Akademie auch "die Verbindung der wissenschaftlichen Arbeit mit den praktischen Notwendigkeiten beim Wiederaufbau" genannt. Im Stellenplan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse, der auf dieser Besprechung erörtert wurde, sollten neben den theoretischen Naturwissenschaften auch Medizin, Landwirtschaft und Technik Berücksichtigung finden. Eine Vertretung der Elektrotechnik galt als obligatorisch. Weiter hieß es: "Eine Vertretung für das Bauwesen wurde als notwendig erkannt; jedoch ist zunächst keine geeignete Persönlichkeit im Blickfeld, so daß eine vorläufige Zurückstellung der Stelle geboten schien"⁵. Solche Abstimmungen bereiteten den Boden für den Gedanken, daß eine besondere Klasse für Technikwissenschaften opportun sein könnte. Die mit der Kulturverordnung festgelegte und finanziell gesicherte Verdoppelung der Stellenzahl für die Ordentlichen Mitglieder der Akademie schuf die institutionellen Voraussetzungen, dies zu tun, ohne die Interessen anderer Wissenschaftsgebiete zu beeinträchtigen. Mit der Umstellung der Akade-

⁵ Ebd., S.486 - 487.

mie auf die Rolle einer "Trägerin für den Aufbau und die Unterhaltung eines Netzes von verschiedenartigen Forschungseinrichtungen" war - so drückte es Josef Naas in seinem Bericht über die Arbeit der Akademie seit dem 1. August 1946 aus - "der Gedanke zur Erwägung gestellt, die Arbeit der Akademie auf große, ihr bisher fremde Gebiete zu erweitern, auf die naturwissenschaftliche und technische Forschung, wobei für die Arbeit der Akademie allein an eine Erforschung der theoretischen und prinzipiellen Fragen und nicht an eine Ausdehnung ihrer Arbeit auf etwa die im laufenden Fabrikationsprozeß auftretenden Fragen gedacht war: Fragen, die unmittelbar mit der Produktion zusammenhängen, werden in besonderen Einrichtungen außerhalb der Akademie zu bearbeiten sein, wie das in Ländern mit einer systematischen Arbeitsteilung in der Forschung geschieht"6. Unter Bezug auf Leibniz' Akademiedesiderat, "theoriam cum praxi zu vereinigen", stellte Naas fest, Absichten für eine gegenüber dem bisher Gewohnten viel breiter angelegte Arbeit der Akademie seien seit ihrem Bestehen "gewissermaßen als Erbanlage vorhanden gewesen"7. Diese Bezugnahme auf Leibniz zog sich durch die ganze Geschichte der Akademie in der DDR. Oft genug diente sie zur Beschönigung dessen, daß die Akademie nun doch tun mußte, was Naas für eine akademische Beschäftigung mit der Technik ausgeschlossen wissen wollte; doch es ist nicht daran zu zweifeln, daß innerhalb des von Naas skizzierten Rahmens eine Hinwendung zu den Technikwissenschaften akademiewürdig war.

Von den 9 Mitgliedern, die 1949 der neugebildeten Klasse angehörten, waren nur zwei bereits Ordentliche Mitglieder der PAW gewesen - der 1925 gewählte Nachrichtentechniker Karl Willy Wagner⁸ und der 1942 gewählte Eisenbahnspezialist Hans Nordmann⁹. Wagner war eine Persönlichkeit von großem Renommee; er hatte auf vielen Gebieten der Elektrotechnik gearbeitet, "meist in Stellungen, wo ihm das Organisieren der Forschung oblag¹⁰, doch er war nicht nur ein erfolgreicher Organisator, sondern auch ein produktiver Forscher. 1923 trat er für acht Jahre an die

Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1949, Berlin 1950, S.49.

Ebenda

Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus Teil I (wie Anm.2), S.235 - 236; Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus Teil III. Verfaßt von Conrad Grau, Wolfgang Schlicker, Liane Zeil. Berlin 1979, S.190; Helmut Mielert: Karl Willy Wagner. In: Männer der Funktechnik. Hrsg. von Sigfried v. Weiher. Berlin/Offenbach 1983, S.189 - 191.

Die Berliner Akademie in der Zeit des Imperialismus Teil III (wie Anm.8), \$.193.

Helmut Mielert: Karl Willy Wagner (wie Anm.8), S.190.

Spitze des Telegrafentechnischen Reichsamtes. An der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg baute er das Heinrich-Hertz-Institut auf, das sich um den für ihn errichteten Lehrstuhl für Schwingungslehre gruppierte. Dieses Institut folgte einem neuartigen integrativen Paradigma: Unterschiedliche Gebiete der Technik, die mit Schwingungsvorgängen zu tun hatten, wurden dort unter einheitlichen Gesichtspunkten bearbeitet. Unter der NS-Diktatur wurde er, wie Reinhard Rürup mitteilt, wegen der Beschäftigung jüdischer und ausländischer Wissenschaftler in seinem Institut angegriffen und 1936 seines Amtes enthoben; das Heinrich-Hertz-Institut verlor seinen Namen und wurde in "Institut für Schwingungsforschung" umbenannt¹¹. In der Klasse für technische Wissenschaften wurde er nicht mehr aktiv. 1953 verstarb er; das Jahrbuch der DAW 1954 würdigte ihn mit einem ausführlichen Nachruf aus der Feder von Hans Frühauf, dem späteren Vizepräsidenten der DAW und Vorsitzenden der 1957 gegründeten Forschungsgemeinschaft ihrer naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute¹². Frühauf nannte den Verstorbenen eine Persönlichkeit von "überragendem Format" und bemerkte: "Das Ende des zweiten Weltkrieges sah Wagner wiederum als einen der ersten, welche die Beziehungen zu den Gelehrten des Auslandes wiederaufnahmen und damit dem Ruf der deutschen Wissenschaft neue Achtung verschafften. 1946 führte er eine Vortragsreise nach der Schweiz, 1948 nach Schweden und 1950 nach Italien durch. 1949 wurde auf seine Initiative die Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz gegründet, deren erster Präsident er war"13. Der absolut sachliche Ton dieses Nachrufs verdient Beachtung, denn die Mainzer Akademie galt, vor allem in den ersten Jahren ihres Bestehens, als ein Auffangbecken für Akademiker, die sich aus der DDR in die Bundesrepublik begaben, und dürfte somit der DAW nicht besonders angenehm gewesen sein.

Hans Nordmann, Honorarprofessor an der Technischen Universität und Abteilungspräsident des Reichsbahnzentralamtes i. R., nahm am Leben der Akademie ausgesprochen aktiv teil¹⁴ und fungierte als Sekretar der

Reinhard Rürup: Die Technische Universität Berlin 1879 - 1979: Grundzüge und Probleme ihrer Geschichte. In: Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879 - 1979. Hrsg. von Reinhard Rürup. Bd.I. Berlin/Heidelberg/New York 1979, S.28.

Hans Frithauf: Nachruf auf Karl Willy Wagner. In: Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1954. Berlin 1956, S.397 - 404.

Ebd., 5.399.

Hans Nordmann; Die Dampflokomotive in ihren Hauptentwicklungslinien. Abh. DAW Math.-Nat.Kl. 1945/46, 5; ders.: Die Frühgeschichte der Eisenbahnen. Ebd., 1947, 4;

Klasse für technische Wissenschaften. Alle anderen Mitglieder der Klasse - mit Ausnahme von Wagner und Nordmann - waren Akademieneulinge, die mit den zwei Zuwahlschüben des Jahres 1949 in die DAW gelangt waren. Vier von ihnen waren Professoren der Technischen Hochschule Dresden, einer kam von der Bergakademie Freiberg. Das akademische Zentrum der Technikwissenschaften in Berlin war traditionell die Technische Hochschule und nunmehrige Technische Universität Berlin-Charlottenburg, und in Berlin ansässige Technikwissenschaftler von einem wissenschaftlichen Rang, der sie akademiewürdig machte, konnte man zunächst fast nur aus dem Lehrkörper dieser Anstalt nehmen. Wagner und Nordmann entstammten ihm, ebenso auch der 1949 gewählte Franz Dischinger, eine international anerkannte Kapazität auf dem Gebiet des Stahlbetons¹⁵.

Der Chemiker Hans-Heinrich Franck, von 1945 bis 1948 Leiter des Stickstoffwerks Piesteritz und zugleich Professor für Chemische Technologie an der TU, übernahm 1949 - dem Gründungsjahr der Klasse für technische Wissenschaften - eine Professur an der Humboldt-Universität. Franck zählte 1945 zu den Wissenschaftspolitikern der ersten Stunde und gehörte bereits dem Diskussionskreis antifaschistischer Wissenschaftler an, den Eduard Spranger noch vor der Einsetzung des ersten Berliner Nachkriegsmagistrats durch die sowjetische Besatzungsmacht am 19.5.1945 zusammengerufen hatte¹⁶. Er war Mitbegründer der Kammer der Technik und ab 1949 deren Präsident. In einem Vortrag, den er am 3.8.1948 vor der KdT in Berlin hielt, äußerte er wesentliche Überlegungen zu der seines Erachtens wünschenswerten Technikorientierung der Akademie: "Wir branchen für bestimmte Gebiete Forschungsinstitute, etwa in Analogie zu den früheren Kaiser-Wilhelm-Instituten. Die Akademie der Wissenschaften hat sich schon für ein Faserstoff-Forschungs-Institut interessiert. Ein Institut für anorganische Technologie und ein besonderes für Kunststoffe ist ebenso wichtig. An diesen Dingen spart man durch Nichtstun keineswegs Geld¹⁷. Es ist beachtenswert, daß Franck in diesem Vortrag (1948!) bereits die Idee des späteren Forschungsrates skizzierte: "Ebenso soll die

Hans-Heinrich Franck: Planwirtschaft, technische Intelligenz und Forschung. In: Aufbau 4 (1948) H.9, S.769 - 770.

ders.: Die Mechanik der Zugförderung. Ebd., 1947, 9; ders.: Probleme der durchgehenden Eisenbahnbremsen in entwicklungsgeschichtlicher Darstellung. Ebd., 1948, 1; ders.: Die ältere preußische Eisenbahngeschichte. Ebd., 1948, 4.

Franz Dischinger: Hängebrücken für schwerste Verkehrslasten. Berlin 1953.

Peter Nötzoldt: Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46. In: Sb. der Leibniz-Sozietät 11 (1996) H.3, S.167.

freie Forschung, die also losgelöst von den Zweckforschungsaufgaben ... Grundlagenforschung treibt, vor Probleme gestellt werden, die eine langfristige Forschung erfordern, letzten Endes aber wieder in eine praktische Anwendung ausmünden und in die Planung mit einbezogen werden. Die Heranziehung dieser Art von Forschung erfolgt am zweckmäßigsten über einen Forschungsrat, der in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften und der Kammer der Technik zu bilden istⁿ¹⁸.

Unter dem Aspekt der bei ihrer Eröffnung massiv betonten und 1949 noch ungebrochen fortbestehenden gesamtdeutschen Intentionen der DAW mußte es kein Nachteil sein, wenn sich das Hauptreservoir an potentiellen Mitgliedern der Klasse für technische Wissenschaften im Westteil der Stadt befand. Weitere TU-Professoren - so der 1939 zugewählte Wasserbauspezialist Adolf Ludin¹⁹ - gehörten der Klasse für Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften an. Wie unkompliziert die Ost-West-Migration damals noch gesehen wurde, möge ein Satz aus dem ersten Arbeitsbericht des von der Akademie im Sommer 1947 übernommenen Laboratoriums für Gasentladungsphysik in Greifswald illustrieren, zu dessen Programm auch Geräteentwicklungen gehörten. Dort hieß es: "Von P. Schulz, der bis September 1949 vor seiner Berufung an die Technische Hochschule in Karlsruhe das Laboratorium leitete, wurde die Entwicklung einer Xenon-Hochdrucklampe zu Ende geführt, die eine intensive kontinuierliche Strahlung oder ein der Sonnenstrahlung sehr ähnliches Licht liefert"20. Noch ging man einvernehmlich, und wenn man gehen wollte, brachte man vorher die übernommenen Aufgaben zu ende. Das war freilich eine Normalität auf Abruf, die es zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht mehr lange gab.

Anders stellt es sich dar, wenn man den zweiten Aspekt des Gründungsanliegens der DAW - ihre Rolle als Zentrum eines Verbundes von auf dem
Territorium der SBZ bzw. der DDR gelegenen Forschungseinrichtungen in Betracht zieht. Selbst wenn keinerlei politische Spannungen bestanden
hätten, wäre es durchaus problematisch gewesen, einer aus Vertretern
zweier unterschiedlicher Staaten bzw. protostaatlicher Gebilde zusammengesetzten Gelehrtengesellschaft einen Instituteverband zuzuordnen,
der allein auf einem dieser Territorien agierte und zunehmend stärker in

¹⁸ Ebd., S.769

¹⁹ Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus Teil III (wie Ann.8), S.191 - 192.

Jahrbuch (wie Ann.6), S.75.

dessen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung integriert war. Doch diese sachlich-organisatorischen Probleme wurden schnell politisiert, da sich mit der rapide fortschreitenden deutschen Spaltung auch und gerade in Berlin die politische Ost-West-Spannung mit hoher Intensität aufbaute. Der gerade erst 1949 gewählte Stahlbauspezialist Dischinger erklärte 1950 seinen Akademieaustritt, der Klassensekretar Nordmann folgte ihm zwei Jahre später; beide gaben als Grund den Druck ihrer vorgesetzten Westherliner Behörde an.

Die für die Perspektive der Institution typischen Vertreter der Technikwissenschaften unter den Mitgliedern der DAW waren jene, die durch ihre Tätigkeit eng mit der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland verbunden waren. Zu ihnen zählten die beiden ersten nach 1945 zugewählten Ordentlichen Mitglieder auf technikwissenschaftlichem Gebiet - die Dresdener Elektrotechniker Heinrich Barkhausen und Ludwig Binder. Barkhausen, der schon 1911 an der Dresdener Technischen Hochschule das erste an einer deutschen Hochschule bestehende Institut für Schwachstromtechnik errichtet und, nach der Zerstörung im zweiten Weltkrieg, als 65jähriger aus den Trümmern wiederaufgebaut hatte, wurde mit seiner ab 1923 erschienenen und wiederholt aufgelegten vierbändigen Monographie über Elektronenröhren²¹ international bekannt; 1949 gehörte er zur ersten Kohorte der DDR-Nationalpreisträger²². Binder war neben seiner TH-Professur Direktor des elektrotechnischen Prüfamtes für das Land Sachsen²³.

Genau ein Dreivierteljahrhundert vorher hatte die Akademie bereits einen eminenten Elektrotechniker in ihre Reihen aufgenommen - Werner von Siernens. Dieser hatte 1874 - fünf Jahre vor Gründung der Technischen Hochschule - in seiner Antrittsrede erklärt, die Wissenschaft erhalte ihre "höhere Weihe" erst dadurch, "daß sie nicht ihrer selbst wegen besteht, ... sondern daß ihre Aufgabe die ist, den Schatz des Wissens und Könnens des ganzen Menschengeschlechtes zu erhöhen und dasselbe damit einer höheren Kulturstufe zuzuführen." Er untersetzte dies mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Wissenschaft "nicht allein die idealen Güter der Menschheit vermehrt, sondern ihr auch durch Dienstbarmachung der noch

Heinrich Barkhausen: Lehrbuch der Elektronenröhren und ihrer technischen Anwendungen Bd.1 - 4. 5. Auft. Leipzig 1945 - 1950.

Herbert Schnitger: Heinrich Barkhausen. In: Männer der Funktechnik (wie Anm.8), S.20 - 22.

Ludwig Binder: Grundlagen der praktischen Elektrotechnik für Maschinenbauer und Elektrotechniker. Berlin 1951.

unerkannt schlummernden Kräfte der Natur den schweren Kampf um das materielle Dasein erleichtert"24. Emil du Bois-Reymond, der als Sekretar der Klasse auf die Antrittsrede zu erwidern hatte, machte geltend, Siemens sei nicht dank dem Talent des "mechanischen Erfindens" aufgenommen worden, sondern deshalb, weil er "als ein Fürst der Technik ... im Innersten der deutsche Gelehrte in des Wortes edelstem Sinne" geblieben und stets mit echter Begeisterung zur reinen Wissenschaft zurückgekehrt sei²⁵. Diese Gegenüberstellung der Standpunkte ist oft zitiert worden, und sie ist in der Tat aufschlußreich für die überkommene Einstellung der Akademie zur Technik - und das um so mehr, als es sich offensichtlich um eine für das Plenum inszenierte Vorstellung handelte, denn Siemens und Du Bois-Reymond, nahe Freunde von Jugend auf, brauchten einander nicht zu belehren und nicht zu überzeugen. Siemens spielte die Rolle des modernen, auf naturwissenschaftliche Prinzipien gestützt arbeitenden Technikers, der die Welt für jedermann sichtbar umgestaltet und nunmehr im Namen der Technik an die Pforten der Akademie pocht; Du Bois-Reymond agierte als Gralshüter der akademischen Tradition, der dem praktischen Ingenium des neuen Mitgliedes Respekt zollt, seine übertriebenen Ansprüche jedoch höflich, aber bestimmt zurückweist.

Das Merkwürdige und Zeitgeisttypische an diesem Arrangement bestand aber darin, daß Siemens solche Ansprüche gar nicht ernstlich erheben wollte und zumindest eine der beiden Seelen in seiner Brust zutiefst mit dem von Du Bois-Reymond vorgetragenen konservativen Wissenschaftsbild harmonierte. In seinen Lebenserinnerungen bekannte Siemens im Rückblick auf seine Wahl zum Akademiemitglied: "In der Tat darf wissenschaftliche Forschung nicht Mittel zum Zweck sein. Gerade der deutsche Gelehrte hat sich von jeher dadurch ausgezeichnet, daß er die Wissenschaft ihrer selbst wegen, zur Beförderung seines Wissensdranges betreibt, und in diesem Sinne habe ich mich stets mehr den Gelehrten wie den Technikern beizählen können..." Diese Position führte dazu, "daß ich in meinen akademischen Vorträgen weniger Gegenstände meines Spezialfaches, der elektrischen Technik, als Themata allgemein wissenschaftlichen Inhalts behandelte".

Physiker über Physiker II. Antrittsreden. Erwiderungen bei der Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie. Gedächtnisreden. 1870 bis 1929. Bearbeitet von Christa Kirsten und Hans-Günther K"rber. Berlin 1979. S. 107.

²⁵ Ebd., S.109 - 110.

Werner v. Siemens: Lebenserinnerungen, München 1956, S.246.

²⁷ Ebd., S.247.

Zu Siemens' Zeiten hatte man als Techniker also kein Anrecht auf einen Platz in der Akademie, auch dann nicht, wenn man ein "Fürst der Technik" war. Allein die Beschäftigung mit "reiner" Wissenschaft öffnete einem Prätendenten die akademischen Pforten, und wenn er dieses Kriterium erfüllte und außerdem noch ein erfolgreicher Techniker und Unternehmer war, dann schlug eine solche Kombination von Tugenden auch für das Ansehen der Akademie positiv zu Buche. Die Elektrotechniker Barkhausen und Binder aber wurden ausdrücklich als Techniker gewählt - und nicht deshalb, weil man sie vielleicht als Physiker kategorisiert (was, nebenbei bemerkt, bei diesen beiden Wissenschaftlern auch legitim gewesen wäre) und von den angewandten Aspekten ihrer Arbeit freundlich abgesehen hätte. Hinter diesem Sinneswandel der Akademie - ohne zu verkennen, daß die Verantwortlichen der DAW gegenüber den Vertretern des Staates auch immer Taktik üben mußten, sonst wären sie nicht von dieser Welt - steht letztlich ein bedeutender Wandel des Wissenschaftsverständnisses. Dieser Wandel war überfällig; eben deshalb, weil sich die Akademie jahrzehntelang gegen ihn gesperrt hatte, konnte er nun durch die äußeren Umstände und insbesondere durch die politischen Konditionen enorm katalysiert werden.

3. Gestaltung technikorientierter Forschungspotentiale

Zweifellos hat die ab 1946 binnen weniger Jahre erfolgende Angliederung eines beträchtlichen Potentials von Forschungseinrichtungen²⁸ die akademische Gelehrtengesellschaft ein wenig in eine Zauberlehrlingssituation gebracht. Der 1945/46 in Berlin agierende aktive Kern der Akademie hat mit allem Nachdruck und nicht ohne diplomatisches Geschick den dringenden Wunsch nach eigenen Forschungsinstituten artikuliert und die damaligen Träger der politischen Macht, die noch gar keine ausgereiften Vorstellungen über die anzustrebende Lösung dieses Problems hatten, dazu bewegt, die Organisation der außeruniversitären Forschung in der SBZ in Angriff zu nehmen. Die gelegentlich gebrauchte Formel von der zeitweiligen Interessenübereinstimmung zwischen Akademie und politischer Macht enthält ein Körnchen Wahrheit, aber sie ist zu schwach, weil sie stillschweigend davon ausgeht, daß beide Seiten gleichermaßen deutlich konturierte Zielvorstellungen gehabt hätten. Tatsächlich war der Wunsch nach eigenen Instituten eine alte historische Mitgift und eine

²⁸ Jahrbuch (wie Anm.6), S.52 - 96.

klare Forderung der Akademie; auf wissenschaftspolitischem Feld aber war in der unmittelbaren Nachkriegssituation die sowjetische Besatzungsmacht wenig und die KPD überhaupt nicht präpariert. Daß der politischen Seite auch eine erneuerte Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als eine mögliche institutionelle Variante erschienen sein muß, wird durch die im Sommer 1945 erfolgte Einsetzung Robert Havemanns zum vorläufigen "Leiter" dieser Gesellschaft belegt²⁹. Auf einem anderen Blatt steht, daß dieser Schritt auf einer Fehleinschätzung des wirklichen Kräfteverhältnisses beruhte und Havemann gegenüber der vorsorglich nach Göttingen verlagerten Generalverwaltung der KWG nicht die geringste Chance hatte³⁰.

3.1. Ein Exempel: Das Institut für Bauwesen

Der Institutebestand der DAW rekrutierte sich bekanntlich zunächst aus bereits vorher bestehenden Einrichtungen unterschiedlichster Art und war insofern in hohem Grade heterogen. Doch selbst dann, wenn die Akademie alle ihre Institute nach eigenem Ermessen hätte gründen können, wäre es unumgänglich gewesen, daß diese Institute auch unmittelbar praktikable Beiträge erbracht hätten, um die ärgsten Nöte der Nachkriegsjahre lindern zu helfen. In diesbezüglichen Forderungen unberechtigte Übergriffe zu sehen und ihnen die Autonomie der Wissenschaft entgegenzuhalten, wäre ein Urteil vom grünen Tisch, dem sich schwerlich anschlie-Ben kann, wer jene Jahre noch in lebendiger Erinnerung hat. Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung war auch moralisch berechtigt, einer Akademie, die sich zum Aufbau eigener Institute entschlossen hatte, etwa die Schaffung eines Instituts für Bauwesen dringlich nahezulegen - eines stark technikwissenschaftlich orientierten Instituts, das im Herbst 1947 gegründet wurde. Zur Motivation verwies der Akademiebericht direkt auf die Notlage der Zeit, "die besondere Dringlichkeit der Bauaufgaben infolge der Kriegszerstörungen, die ein vereinzeltes Vorgehen beim Aufbau der

Robert Havemann. Dokumente eines Lebens. Zusammengestellt und eingeleitet von Dirk Draheim, Hartmut Hecht, Dieter Hoffmann, Klaus Richter, Manfred Wilke. Berlin 1991. S.65 - 76, 99 - 103.

Manfred Heinemann: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945 - 1949). In: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart 1990, S.425 - 429.

Städte, bei der notwendigen Ansiedlung der vielen Umsiedler und Neubauern, beim Bau volkseigener industrieller Produktionsbetriebe nicht mehr zuließ..."³¹. Die Abteilung Baustoffe-Baukonstruktionen dieses Instituts befaßte sich unter anderem mit der "Erarbeitung von Methoden zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Trümmerbeseitigung"³².

In diesem Institut waren Persönlichkeiten tätig, die in der Folgezeit das Baugeschehen in beiden Teilen Berlins maßgeblich prägten. Direktor des Instituts war der bedeutende Architekt Hans Scharoun, der im ersten Berliner Nachkriegsmagistrat das Amt des Baustadtrats innehatte. Auch Scharoun war ein TU-Professor; er war 1946 an der Neubildung der Architekturfakultät der Technischen Universität beteiligt und wurde zum Leiter des Instituts für Städtebau an dieser Fakultät berufen - die Position des Institutsdirektors an der DAW hatte er bis 1950 gleichzeitig inne³³. Einer der Abteilungsleiter war Hermann Henselmann, dessen architektonische Handschrift später den Wiederaufbau der Stadtzentren in Ostberlin und in anderen Städten der DDR nachhaltig prägte. Das Institut für Bauwesen nahm seinen Sitz in einer ehemaligen Kaserne in der Hannoverschen Straße, die nach den Vorstellungen Scharouns umgebaut wurde ein Gebäude, das als langjähriges Domizil der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR später ein erhebliches Stück deutsch-deutscher Diplomatie erlebt hat. Die politischen Differenzen, die sich wenig später zu unversöhnlichen Gegensätzen verhärteten, ließen sich in den ersten Nachkriegsjahren noch mit dem fachlichen Miteinander am gleichen Institut verbinden. Wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Bauwesen und zweiter Mann nach Scharoun war Kurt Liebknecht, ein Neffe Karls, später Präsident der Deutschen Bauakademie in der DDR, als sowjetischer Staatsbürger nach siebzehnjähriger Abwesenheit gerade nach Deutschland zurückgekehrt.

In seinen Lebenserinnerungen ließ Liebknecht die damaligen Institutsmitarbeiter Revue passieren und bemerkte: "Es waren also durchaus keine Kommunisten, mit denen wir es 1948/49 am Institut für Bauwesen zu tun hatten. Es waren bestenfalls Nazigegner, aufgeschlossen gegenüber dem technischen und dem gesellschaftlichen Fortschritt, aber zum großen Teil noch auf der Suche nach ihrem Platz in dem sich teilenden Land. Allerdings glaubte jeder von uns, ob er im Osten oder im Westen tätig war,

Jahrbuch (wie Anm.6), S.92.

³² Ebd., S.94.

Peter Blundell Jones: Hans Scharoun. Eine Monographie. Stuttgart 1979, S.94.

damals noch an ein künftiges einheitliches Deutschland, so wie es im Potsdamer Abkommen festgelegt war ³⁴.

Das Institut verblieb der Akademie allerdings nur bis 1950 und wurde dann zur Keirnzelle der Deutschen Bauakademie. Naas äußerte sich in seinem Akademiebericht für die Jahre 1950/51 zu dieser Frage etwas dunkel: "In der Akademie der Wissenschaften war das Institut für Bauwesen deshalb eingerichtet worden, weil man sich aus der Verbindung des Bauwesens mit den modernen Arbeitsmethoden der Wissenschaft, insbesondere der Naturwissenschaften, eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entwicklung des Bauwesens versprach. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Übertragung von neueren Wissenschaftsmethoden in die Arbeit der einzelnen Abteilungen des Instituts für Bauwesen immer auf große Schwierigkeiten gestoßen ist, wobei von der Akademie nicht entschieden worden ist, ob diese Schwierigkeiten allein persönlicher Natur waren oder auch im Wesen dieses Arbeitsgebietes lagenⁿ³⁵.

Das Problem scheint allerdings kaum in einer eventuellen Resistenz des Instituts gegenüber wissenschaftlichen Methoden bestanden zu haben, sondern, im Gegenteil, in einem Übermaß administrativen Drucks Richtung Praktizismus. In einem Schreiben Scharouns an Liebknecht vom 20.12.1950 (unmittelbar vor Gründung der Bauakademie) heißt es: "Inzwischen mußte ich mich der Erkenntnis beugen, daß die Fortführung oder auch die Einbeziehung einer Institution, wie sie das Institut für Bauwesen mit dem Schwerpunkt der Grundlagenforschung darstellte, nicht gewünscht wird. Es hat also eine von meiner Auffassung grundsätzlich unterschiedene Auffassung den Sieg davongetragen. Unserer mehr beispielhaften und entwickelnden Tendenz steht eine mehr anweisende, also administrativ wirkende Tendenz gegenüber 186. Scharoun, der administrativen Dirigismus so elegant zu umschreiben wußte, vollzog den Übergang an die Bauakademie nicht mit und konzentrierte sich im weiteren auf seine Arbeit in Westberlin und in der Bundesrepublik.

Die Erinnerungen Liebknechts vermitteln ein anderes Bild vom Status des Instituts für Bauwesen an der DAW, als Naas es hatte. Vor seiner endgül-

³⁴ Kurt Liebknecht: Mein bewegtes Leben. Aufgeschrieben von Steffi Knop. Berlin 1986, S.117.

Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1950 - 1951. Berlin 1951. S.73 - 74.

Hans Scharoun: Bauten, Entwürfe, Texte. Hrsg. von Peter Pfankuch. Neuausgabe Berlin 1993, S.183.

tigen Rückkehr kam er von Dezember 1946 bis Februar 1947 zu einem Besuch nach Deutschland. In Gesprächen mit Wilhelm Pieck. Walter Ulbricht und Willi Stoph traf er Vorbereitungen für seine künftige Tätigkeit, wozu "die Gründung einer Bauakademie als Institution für die theoretischen Grundlagen und den praktischen Aufbau von Städten, Dörfern und der Industrie" gehörte³⁷. Auf einer Zusammenkunft in Liebknechts Elternhaus in Neubabelsberg im Januar 1947, an der Stoph, Henselmann (damals Direktor der Staatlichen Hochschule für Baukunst und bildende Künste Weimar), Scharoun und Herbert Weinberger teilnahmen, wurde ein kurzgefaßtes Dokument über die Zukunft des Bauwesens in Deutschland vorbereitet, in dem es hieß: "Die neue Bauepoche... verlangt die Zusammenfassung aller schöpferischen Kräfte und muß sich auf eine zentrale und in ihrem Aufbau vollkommen neuartige Institution stützen können, die vom baukünstlerischen wie auch vom bauwissenschaftlichen Standpunkt aus zu allen Fragen Stellung nimmt und sowohl theoretisch wie auch praktisch für alle Gebiete des Bauwesens (Städtebau, Wohnungsbau, Baustoffe und andere) richtunggebend wird... Zunächst wird die Institution aus organisatorischen Gründen der Akademie der Wissenschaften angegliedert, um dann später bei einer weiteren Entwicklung und einem weiteren Ausbau vollkommen selbständig zu werden"38. Das Institut für Bauwesen war also bei der DAW nur zeitweilig "geparkt", und zwar offenkundig mit Wissen Scharouns.

Dieser Umstand wirft ein bezeichnendes Licht auf den durchaus prekären Status der Ausstattung der DAW mit Forschungsinstituten. Wenigstens in ihren frühen Jahren konnte sie über das ihr zugeordnete Forschungspotential nur mit begrenzter Sicherheit disponieren, und in den 50er Jahren bestand die reale Möglichkeit einer wissenschaftspolitischen Weichenstellung, die, wäre sie Wirklichkeit geworden, der Akademie einen großen Teil der gerade erst erworbenen Institute wieder entzogen hätte. Für ihre Öffnung zu den Technikwissenschaften mußte das naturgemäß in erhöhtem Maße gelten, denn Institute mit volkswirtschaftlich relevantem Profil hätten jederzeit auch von der Industrie beansprucht werden können.

⁵⁸ Ebd., S.105.

Kurt Liebknecht, Mein bewegtes Leben (wie Anm.34), S.102.

3.2.Arten technischer und technikbezogener Leistungen der DAW

Nichtsdestoweniger spielte die Erstausstattung mit Instituten, die bereits vorher existiert hatten und auf eigenen Wunsch oder aufgrund von Zweckmäßigkeitserwägungen der Administration der Akademie angegliedert worden waren, für deren weitere Arbeit eine prägende Rolle. Diese Institutionen, die zum großen Teil aus der Regie der sowjetischen Militärverwaltung kamen, hatten in ihren Tätigkeitsprofilen vielfach mehr oder minder stark ausgeprägte technische Aspekte. Ein charakteristisches Beispiel war etwa das ursprünglich im Auftrag der sowietischen Kriegsmarine³⁹ eingerichtete Optische Laboratorium in Berlin-Karow unter Leitung von Ernst Lau, über dessen Arbeiten es im Akademiebericht 1950/51 heißt: "In Zusammenatbeit mit dem Deutschen Amt für Maß und Gewicht sowie mit dem Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung werden geeignete Meßapparaturen zur Gütebestimmung optischer Erzeugnisse entwickelt werden. Für das letztere Amt werden laufend Prüfungen und Gutachten über die Erzeugnisse der optischen Industrie in der DDR durchgeführt, wodurch ein enger Kontakt mit der optischen Industrie und eine befruchtende Zusammenarbeit ermöglicht wird "40.

Die Akademie, die zuvor mit Fragen der Technik allenfalls als gelegentlichen Gegenständen gelehrten Diskurses zu tun hatte, wurde also nach ihrer Wiedereröffnung als DAW massiv mit technischer Problematik konfrontiert. Dabei lassen sich die folgenden Ebenen unterscheiden:

(a) Forschungsbezogene Geräteentwicklung und Gerätebau

Verschiedene Institute hatten eigene Werkstätten, Konstruktionsbüros oder gar Abteilungen für Gerätebau bzw. bauten solche auf. So gehörte es zu den Aufgaben der Abteilung Biophysik in Walter Friedrichs Bucher Institut für Medizin und Biologie, Geräte zu entwickeln; zudem gab es eine eigene, von Johannes Podleska geleitete und mit 17 technischen Mitarbeitern und Hilfskräften ausgestattete Abteilung für Geräteentwicklung, zu der ein eigenes Konstruktionsbüro, ein Elektrolaboratorium, eine Glasbläserei und eine speziell für feinmechanische Arbeiten eingerichtete Werkstatt gehörten⁴¹. Mehrere Institute befaßten sich bereits damals mit Eigenentwicklung und Eigenbau von Geräten. Sie taten es zwar auch, weil in den Nachkriegsjahren selbst Standardgeräte auf dem Markt kaum erhält-

Peter Nötzoldt, Wissenschaft in Berlin (wie Anm.16), S.187.

Jahrbuch (wie Anm.35), S.105 - 106.
 Jahrbuch (wie Anm.6), S.26 - 27, 87.

lich waren, doch vor allem, um neuartige apparative Erfordernisse der institutsspezifischen Forschungen zu bedienen bzw. eigene Forschungsergebnisse apparativ umzusetzen. Damit führten sie in die Akademie ein für jede geräteintensive naturwissenschaftliche Forschung unverzichtbares Arbeitsprinzip ein und legten den Grund für den wissenschaftlichen Apparatebau an der Akademie, der in den folgenden Jahrzehnten bekanntlich ein bedeutendes Niveau erreichte und nur deshalb in seinem Profil verzerrt wurde, weil er im Übermaß gehalten war, die in der DDR chronischen Lieferdefizite bei handelsüblichen Geräten zu kompensieren.

(b) Befristete Projektleistungen für Auftraggeber aus der Praxis

Aufgaben dieser Art spielten von Anfang an eine beträchtliche Rolle. So berichteten 1949 das Zentralinstitut für Erdbebenforschung Jena über Untersuchungen im Gebäude der Firma Carl Zeiss zur "Überprüfung schädlicher Fundament- und Deckenschwingungen infolge der Neuaufstellung schwerer Maschinen" und das Berliner Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung über die Entwicklung eines 6,25-Hertz-Verstärkers im Auftrag des Chemiewerkes Leuna sowie über in Verbindung mit der Agfa-Fabrik Wolfen ausgeführte Versuche, durch Auftragen einer Schutzschicht aus Eisen auf der Rückseite von Magnetofonbändern den bei diesen Bändern auftretenden Kopiereffekt zu vermindern⁴². Die Abteilung Wohnungswesen im Institut für Bauwesen hatte die Siedlungspla-Löcknitzgebiet fertiggestellt für das und "Wohnungstypen für maximal 52 qm Nutzfläche bei maximal 10 000 DM Kosten sind in Bearbeitung"43. Es war nicht von vornherein undenkbar, Aufgaben dieser Art an laufende Programme der Grundlagenforschung anzuschließen; aber solche Programme waren in den ersten Nachkriegsjahren oft noch gar nicht konsolidiert. So bestand die akute Gefahr, daß die Häufung dringlicher Einzelaufträge die akademische Grundlagenforschung an die Wand drängen oder gar gänzlich unmöglich machen würde - ein gravierendes Problem, mit dem die Akademie in der ganzen Zeit der DDR immer wieder zu kämpfen hatte.

(c) Ausarbeitung technischer Konsequenzen aus kontinuierlich laufenden Programmen der Grundlagenforschung

Dieses den Konditionen einer Akademie in hohem Grade entsprechende Arbeitsprinzip war in einigen Fällen auch schon in den ersten Nach-

⁴² Ebd., \$.70, 74.

⁴³ Ebd., S.93.

kriegsjahren deutlich ausgeprägt. Über die in Greifswald entwickelte und bereits erwähnte Xenon-Hochdrucklampe heißt es, sie sei "der Erfolg allgemeiner Untersuchungen über Entladungen in Edelgasen bei hohem Druck" gewesen44. Das zunächst provisorisch in einem Karower Einfamilienhaus untergebrachte Optische Laboratorium rapportierte: "Da die beengten Raumverhältnisse ein Experimentieren nicht zuließen, wurden im Jahre 1948 zuerst theoretische Arbeiten in Angriff genommen und die Grundgedanken zu neuen Konstruktionen entwickelt. Die Arbeiten erstrecken sich besonders auf die Gebiete: Interferenzoptik, Optik der Mehrfachraster, Spektroskopie. Bei den Untersuchungen ergaben sich zum Teil ganz neue Anwendungsmöglichkeiten⁴⁵. Anschließend wurden Versuchsmodelle verschiedener Geräte vorgestellt, die der technischen Anwendung der untersuchten optischen Phänomene dienten. Das von Robert Rompe geleitete Institut für Strahlungsquellen definierte seine Arbeitsaufgabe als "Grundlagenforschung mit dem Ziel, bekannte Strahlungsquellen wirtschaftlicher zu gestalten und neuartige Strahlungsquellen für Beleuchtungszwecke, medizinische, biologische und chemisch-technische Verfahren zu entwickeln"46

(d) Permanente technische Dienstleistungen für die Praxis

Auch zu solchen Dienstleistungen wurden, wo es sich ergab, Akademieinstitute herangezogen. So hatte die Sternwarte Babelsberg den bis Kriegsende durchgeführten öffentlichen Zeitdienst für Rundfunk, Bahn, Post und andere Behörden wieder aufgenommen; sie steuerte die Hauptuhren der Bahndirektion Berlin und der Eisenbahn in der Sowjetischen Besatzungszone. Für Thüringen übernahm das Zentralinstitut für Erdbebenforschung ähnliche Dienstleistungen⁴⁷. Im Institut für Medizin und Biologie entstand ein spezielles Radiumlabor, das den sogenannten Radiumdienst der DDR - die Prüfung und Eichung aller Radiumpräparate - versah⁴⁸.

(e) Systematische technisch-technologische Bedienung ganzer Industriezweige

Die Akademie verfügte bereits 1949 über mindestens ein Beispiel einer institutionalisierten Transferkette wissenschaftsbasierter Neuerungen zur

armanaaraa 🗨

Ebd., S.75.

⁴⁵ Ebd., S.79.

Jahrbuch (wie Anm.35), S.33.

⁴⁷ Jahrbuch (wie Anm.6), S.61 - 62, 70.

Eike Schierhorn: Walter Friedrich, Berlin 1983, S.83.

Versorgung eines ganzen Industriezweiges. Das von Erich Correns⁴⁹ geleitete Institut für Faserstoff-Forschung in Teltow-Seehof und das Institut für Technologie der Fasern in Pirna-Copitz unter Walter Frenzel waren ausdrücklich aufeinander bezogen. In der frühesten Profilbeschreibung des Copitzer Instituts heißt es: "Das Institut ist als Bindeglied zwischen unserem Institut für Faserstofforschung und der Textilindustrie gedacht. Während in dem Institut in Teltow-Seehof vorwiegend chemisch-technologische Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet der Erzeugung von Kunstseide, Zellwolle und vollsynthetischen Fasern und Spinnstoffen geleistet wird, soll das Copitzer Institut Fabrikationsgänge und Maschinen entwickeln"⁵⁰.

Das Institut für Faserstofforschung, das im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Leichtindustrie im Ministerium für Industrie zur zentralen Forschungsstelle für Natur- und Kunstfasern entwickelt wurde, berichtete seinerseits: "Mit der werkseigenen Forschung der Kunstseide- und Zellwolle-Betriebe sowie mit der Technischen Hochschule Dresden und der Universität Jena wurde eine enge Zusammenarbeit aufgenommen. Insbesondere mit der Kunstseide Premnitz, der Zellwolle Schwarza und der Zellwolle Wittenberge wurden gemeinsam Probleme des Perlons und des Direkt-Viscose-Verfahrens mit dem Ziele einer Qualitätsverbesserung, einer Rohstoffeinsparung und einer Vereinfachung der Herstellungsverfahren bearbeitet¹⁵¹. Der Zusammenhang der beiden Akademieinstitute resultierte nicht nur aus dem gemeinsamen Industriebezug, sondern auch aus der kognitiven und methodischen Verflechtung ihrer Forschungen. Ausdruck dieser Gemeinsamkeit war die von den beiden Direktoren ab 1950 herausgegebene Zeitschrift "Faserforschung und Textiltechnik".

Man kann darüber streiten, ob ein solcher Institutekomplex nicht schon im Ansatz den Rahmen einer grundlagenorientierten akademischen Forschungsorganisation sprengte; schon die bloße Vorstellung, die DAW hätte für alle Industriezweige analoge Forschungskapazitäten vorhalten sollen, läßt derartige Bedenken begründet erscheinen. Unzweifelhaft aber war die Institutekombination für den angestrebten Zweck rational und geeignet, der Forschung für die Chemiefaserproduktion strategischen Cha-

o Service and a service 🗷

⁴⁹ Beiträge zur Kenntnis fadenbildender Polymere. Wissenschaftliches Festkolloquium aus Anlaß des 80.Geburtstages von Akademiemitglied Erich Correns am 15. und 16.Juni 1976. Berlin 1977 (Sitzungsberichte der AdW der DDR. Mathematik, Naturwissenschaften, Technik. 1977, Nr.18).

Jahrbuch (wie Anm.6), S.95.

⁵¹ Ebd., S.95.

rakter zu verleihen. Das Institut in Teltow-Seehof stand auf traditionsreichem Boden, der seine wissenschaftliche Orientierung gleichsam vorprägte. Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken hatten dort bereits 1919 ein spezielles Forschungsinstitut mit der Aufgabe errichtet, die Kenntnisse auf dem Gebiet der Kunstseide zu vertiefen⁵². Die Kombination Teltow-Seehof/Pirna-Copitz demonstriert auch, daß sich die Akademie schon recht früh darum bemühte, den Konglomeratcharakter des ihr zugeordneten Forschungspotentials zu überwinden und die verschiedenen Einrichtungen untereinander arbeitsteilig und kooperativ zu vernetzen.

4. Akademie und Technikwissenschaften - ein unvollendetes Kapitel

So kam die Akademie zwischen 1946 und 1950 mit den verschiedensten Konfigurationen des Verhältnisses von Wissenschaft und Technik in Berührung. Diese Situation war, wie bereite erwähnt, die unvermeidliche Folge der von ihr selbst dringend gewünschten Anlagerung einer Forschungsorganisation; wollte sie durch Assoziierung kostspieliger Forschungsinstitute aus der marginalen Position heraus, dann mußte sie sich darauf einstellen, daß jenes aufwendige Potential unter den Druck praktischer Anforderungen geriet. Zentrale Stellung und hohe Dotierung ließen sich nicht mehr mit einem vornehmen Elitarismus vereinbaren, in dem gelehrte Jahrhundertthemen dominierten. Ohne die Pflege von Themen dieser Art auf höchstem Niveau aber war wiederum keine Akademie denkbar; eine kluge Vertretung wohlverstandenen Eigeninteresses, zu der ein Präsident wie Johannes Stroux schon in der Lage war, verlangte nun, den Freiraum für die Jahrhundertthemen nicht mehr durch Autonomiedeklarationen einzufordern, sondern durch praktikable Leistungen buchstäblich zu "erwirtschaften". Insofern waren die technikbezogenen Leistungen der Akademie nicht nur eine Bereicherung des akademischen Spektrums. sondern fortan von vitaler Bedeutung für die Gesamtexistenz der Akademie unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR.

Die Einrichtung der Klasse für technische Wissenschaften war ein plausibler Versuch, für die Gelehrtengesellschaft Konsequenzen aus der Lage zu ziehen, die sich in der akademischen Forschungsorganisation inzwischen eingestellt hatte. Diese Lage war ausgesprochen schwierig. Einerseits mußte die Gelehrtengesellschaft die fachliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft mit der Struktur der ihr angeschlossenen Forschungseinrich-

⁵² Hermann Klare: Geschichte der Chemiefaserforschung, Berlin 1985, S.46.

tungen wenigstens in eine ungefähre Übereinstimmung bringen; wenn sie das nicht versuchen wollte, dann hätte sie dem von ihr so hoffnungsvoll akzeptierten Prinzip, ein Ensemble von Instituten wissenschaftlich zu lenken, schon in statu nascendi jeglichen Boden entzogen. Andererseits aber mußte sie vermeiden, daß das Verfolgen dieser Strategie zu einer Senkung des wissenschaftlichen Niveaus führte. Diese Gefahr bestand, denn das Reservoir hervorragender Gelehrter, auf das die DAW zur Aufstockung ihres Mitgliederbestandes zurückgreifen konnte, war auf verschiedenen der von ihren Instituten bearbeiteten Gebieten defizitär. Zwischen den beiden Abgründen - einer sich unaufhaltsam vertiefenden Kluft zwischen Instituten und Gelehrtengesellschaft und einer unvermeidlichen Absenkung der Zuwahlansprüche - fand die Akademie damals einen nicht sehr befriedigenden, aber nach Lage der Dinge unumgänglichen Kompromiß, indem sie im Jahre 1949 nur weniger als die Hälfte des ihr durch die Kulturverordnung zusätzlich gewährten Pools an Mitgliederstellen auch tatsächlich ausschöpfte.

Im Jahr des Akademiejubiläums 1950 folgten auch Mitglieder der Klasse für technische Wissenschaften der Aufforderung, in der Öffentlichkeit, insbesondere in volkseigenen und SAG-Betrieben, über ihre Arbeit zu sprechen und so die gewünschte Verbindung von Akademie und Volk zu bekunden. So äußerte sich Hans-Heinrich Franck am 7.6. in der Volkshochschule Berlin-Köpenick über "Die Bedeutung der chemischen Industrie in unserer Zeit", am 16.6. im VEB Mineralölwerk Lützkendorf über "Die Beziehungen zwischen der technischen Intelligenz und den Werktätigen im Rahmen der chemischen Industrie" und am 23.6. im SAG-Betrieb Leuna über "Wissenschaft und Forschung in ihrer Bedeutung für die chemische Industrie"; Ludwig Binder trug über "Theorie und Praxis als Quelle des Fortschritts in der Technik" vor, am 20.6. im SAG-Betrieb Kabelwerk Oberspree, am 3.7. im VEM Transformatorenwerk Dresden; Walter Frenzel referierte am 21.6. im VEB Thüringer Zellwolle Schwarza über "Die Bedeutung der Akademie für die Industrie"53. Solche Auftritte. die im Partei- und Staatsapparat aufmerksam zur Kenntnis genommen wurden, dienten dazu, das öffentliche Prestige der Akademie zu heben.

Ihre Wichtigkeit ist nicht zu unterschätzen, denn bei aller offiziell verkündeten und in beträchtlichen Investitionen materialisierten Wertschätzung der Wissenschaft blieb das Mißtrauen gegenüber den Gelehrten und ihrem Tun in Funktionärskreisen, insbesondere unter den hauptamtlichen

⁵³ Jahrbuch (wie Anm.35), S.54 - 55.

"Berufsrevolutionären", doch immer virulent. Im Bericht für 1950/51 konstatierte Josef Naas: "Aber auch auf dem Gebiet der Technik und der Medizin wird in der Akademie die Arbeit verstärkt werden müssen, damit von einer wirklichen Führung in den wissenschaftlichen Angelegenheiten der Medizin und der Technik durch die Akademie die Rede sein kann. Auf dem Gebiet der Krebsforschung oder in der Frage der Erzeugung künstlicher Fasern sind Beispiele innerhalb der Akademie geschaffen, wie man in anderen Fragen der Technik oder der Medizin vorgehen sollte. Die weitere Stärkung der Akademie in diesen Bereichen wird durch die von diesem Beispiel herrührenden Einflüsse wesentlich vorangebracht werden"⁵⁴. Die akademiestrategische Parallelisierung von Medizin und Technik verdient Interesse. Naas betrachtete die für die Faserstofforschung gefundene Institutionalisierung offenbar nicht als ein respektables Unikum, sondern als Modell für die künftige Bedienung unterschiedlichster industrieller Innovationsstrecken durch die Akademie.

Während alle in (3.2) genannten Gruppen von Technikbezügen der Akademie in den folgenden Jahrzehnten beibehalten und ausgebaut wurden, war der Klasse für technische Wissenschaften jedoch kein langes Leben beschieden. Mit dem neuen Akademiestatut vom 17.6.1954 wurde die Klasseneinteilung abermals verändert.

Eine der vier neugebildeten Klassen war die "Klasse für Mathematik, Physik und Technik" Diese Zusammenstellung entsprach wieder mehr der Tradition, Technikwissenschaft ausschließlich als angewandte Naturwissenschaft zu sehen und nicht als einen eigenständigen, von dem der Naturwissenschaften abgehobenen Wissenschaftstypus zu reflektieren. Das kurze Dasein der Klasse für technische Wissenschaften hat im Antlitz der Akademie anscheinend keine größeren Spuren hinterlassen. Im Gefolge der Neuorientierung in den Jahren 1946 - 49 öffnete sich die Akademie weit der Technik als applikativem Zielhorizont vieler ihrer naturwissenschaftlichen Grundlagenforschungen; der Ort, an dem ein akademischer Diskurs über Eigenart und Eigenständigkeit technikwissenschaftlicher Begriffe und Theorien gepflegt wurde, war in der DDR indes weitaus eher die Technische Hochschule bzw. Technische Universität Dresden als die Akademie der Wissenschaften.

⁵⁴ Ebd., S.75

Werner Hartkopf/Gert Wangermann, Dokumente (wie Anm.1), S.159.

Siegfried Lokatis

Die Gründung des Akademie-Verlags

Zur Jahreswende 1945/1946 prangte noch der alte Name "Preußische Akademie der Wissenschaften" auf dem Briefkopf. Ihr Präsident bat um die jährlichen Etatmittel, Baumaterial, Lebensmittel für 33 Personen und Kohlen. "Zur Erfüllung der wesentlichsten Aufgabe der Akademie, der Veröffentlichung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten" aber stand die Bitte um Publikationsmöglichkeiten, um "generelle Druckerlaubnis" und die "Freigabe" beschlagnahmter Druckereien in Trebbin (de Gruyter) und Gräfenhainichen an erster Stelle. Sonst würden "die Druckaufträge gegen den Willen der Akademie nach dem Westen abwandern." Dieser Wink mit dem Zaunpfahl an den sowjetischen Stabschef in Karlshorst löste einen einjährigen Verhandlungsprozeß aus, der am 23. Dezember 19462 mit der Gründung eines eigenen Akademie-Verlages abgeschlossen wurde.

Die Gründung wurde durch eine neue verlagspolitische Situation begünstigt, die 1946 zu einer Wiederbelebung der wissenschaftlichen Buchproduktion in der Ostzone führte. 1945 produzierten entsprechend den kulturpolitischen Prioritäten der neuen Machthaber hauptsächlich drei neugegründete, von zuverlässigen politischen Organisationen geführte Unternehmen, der Aufbau-Verlag des Kulturbundes³, der KPD-Verlag Neuer

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie (Akademie-Archiv), Bestand der Akademie-Leitung 661, Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften an Generalleutnant Dratwin, Dezember/Januar 1945/1946.

Bundesarchiv (BA) DR-2 (Ministerium für Volksbildung), 1097, Urkundenrolle 146 (23.12.1946) und Urkundenrolle 4, (11.1.1947). Im Januar mußte der zunächst eingetragene Firmenname "Akademie-Verlag G.m.b.H. Berlin" in "Akademie-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin" geändert werden. Vom Stammkapital hielt die Akademie ursprünglich 80.000.- und die Zentralverwaltung für Volksbildung 20.000.- RM. Die sowjetische Verlagslizenz datiert vom 17.2.1947, weil die SMAD im Januar keine Lizenzen auszustellen pflegte.

Carsten Wurm, Der frühe Aufbau-Verlag 1945-1961, Wiesbaden 1996. Elmar Faber, Carsten Wurm (Hrsg.): "Allein mit Lebensmittelkarten ist es nicht auszuhalten ... "Autoren - und Verlegerbriefe 1945 - 1949, Berlin 1991.

Weg (später Dietz-Verlag⁴) und zwecks antifaschistischer Umerziehung der Schulbuchverlag Volk und Wissen, der der Volksbildungsbehörde Paul Wandels⁵ unterstand. Die übrig gebliebenen, weder zerbombten noch demontierten Druckereien arbeiteten weitgehend im sowjetischen Auftrag. Der SWA-Verlag⁶ der Besatzungsmacht stellte sowjetische Schulbücher und - in über sechs Millionen Exemplaren- die aktuelle Fassung der "Geschichte der KPdSU" her.

Das traditionsreiche Zentrum des deutschen Buchhandels Leipzig war zunächst von den Amerikanern besetzt worden, die dort eine ganze Reihe von z.T. politisch belasteten Verlegern nach Wiesbaden und Frankfurt am Main abgeworben hatten.⁷ Unter den Auspizien des beginnenden "kalten Krieges" wurde den Warnungen des Leipziger Buchhandels vor einer Spaltung des deutschen Buchmarktes zunehmend Gewicht beigemessen. und kommunistische Kulturpolitiker wie Johannes R. Becher plädierten dafür, renommierte Unternehmen mit gesamtdeutscher Ausstrahlung zu lizensieren. Anfang 1946 konnte Wilhelm Girnus, damals Leiter der Abteilung Kulturelle Aufklärung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Walter Ulbricht berichten, daß es gelungen sei, "die SMA von der Wichtigkeit bestimmter weltbekannter Verlage (Inselverlag. Reclam, Kiepenheuer und die Gruppe der wissenschaftlichen Verleger) zu überzeugen und ihre Zulassung in Erwägung zu ziehen." Mit diesen Verlagen, die sonst mitsamt ihren Lizenzen in den Westen abzuwandern drohten, habe man "ein Instrument der Einwirkung auf die anderen Zonen in der Hand". Erst die Wiederzulassung privater Verlage machte in den Augen der sowietischen Machthaber die Einrichtung einer zentralen deutschen Zensurstelle erforderlich. Die russischen Zensoren waren mit einer solchen, für sie ganz ungewohnten Aufgabe überfordert. Die Lizensierung privater Verlage wurde seitens der SMA davon abhängig gemacht, daß

Siegfried Lokatis, Dietz. Probleme der Ideologiewirtschaft im zentralen Parteiverlag der SED, in: Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod (Hrsg.); Von der Aufgabe der Freiheit, Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995.

David Pike, The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany 1945-1949, Stanford 1992.

Vgl. Fritz Matke, Starthilfe für neue Literatur. Altes und Neues vom SWA-Verlag, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel (Leipzig), 1989, Heft 40 - 42.

Vgl. Thomas Bille, Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1945-1949. Aspekte der Verlagspolitik in der sowjetischen Besatzungszone, in: Mark Lehmstedt und Lothar Poethe (Hrsg.), Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte, 2 (1992).

gegen das Eindringen "reaktionärer und faschistischer Tendenzen... absolut zuverlässige Garantien geschaffen" würden.⁸ So entstand Erich Weinerts "Kultureller Beirat für das Verlagswesen", die Keimzelle des Zensursytems der DDR, zunächst als eine "von der SMA Karlshorst geschaltete Befürwortungsstelle", die etatmäßig Paul Wandels Zentraler Verwaltung für Volksbildung zugeordnet war.⁹

Unter der Hand, hauptsächlich durch stille Beteiligungen des Verlags Volk und Wissen, dessen Führung laut Girnus "nach außen so wenig wie möglich in Erscheinung treten" sollte, wurde die Überführung der großen wissenschaftlichen Verlage in Volkseigentum vorbereitet. Deinerseits stand also seit Anfang 1946, als die Akademie der Wissenschaften in Karlshorst um Publikationsmöglichkeiten nachsuchte, die Wiederbelebung des wissenschaftlichen Verlagswesens ohnehin auf der Tagesordnung, andererseits war in keiner Weise ausgemacht, welche Verlage in welcher Rechtsform für welche Aufgabenfelder lizensiert werden würden.

In den ersten Monaten des Jahres 1946 setzte die Akademie auf die Lizenzierung ihrer bewährten Kooperationspartner. So befürwortete Johannes Stroux nicht nur die Zulassung von de Gruyter, sondern auch von Harrassowitz als Fachverlag für Orientalistik, "mit dem die Akademie der Wissenschaften sowie ihre Mitglieder von je her in engen Beziehungen" stünden. Haber Otto Harrassowitz war als "PG" politisch belastet, und de Gruyter bevorzugte (ähnlich wie Julius Springer) die britische Lizenz, nachdem seine Druckerei in Trebbin demontiert worden war. Maril 1946 stand zur Diskussion, eine "Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verlage (Akademie-Verlage)" in Leipzig zu bilden. Mit Juni 1946, die Eröffnung der neuen "Deutschen Akademie der Wissenschaften" stand kurz bevor, setzte die Volksbildungsbehörde explizit die Neugrün-

⁸ BA (SAPMO) DY 30/NL 182 (W.Ulbricht)/927, Bericht Girnus zu Händen von Ulbricht, 20.2.1946.

Heinrich Becker, "Planmäßige Buchproduktion", in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 25.4.1947.

¹⁰ BA DY 30/NL 182/927, Bericht Girnus zu Händen von Ulbricht, 20.2.1946.

¹¹ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 661, 5.2.1946.

¹² BA DR-2, 896, Aktennotiz der Abteilung Verlagswesen der Zentralverwaltung f
ür Volksbildung, 29.3.1946.

¹³ BA DR-2, 896, Arbeitsplan der Abteilung Verlagswesen, 4.4.1946.

dung eines "wissenschaftlichen Akademie-Verlages" auf ihren Arbeitsplan. 14

Zu den ersten Aufgaben des Anfang November zum Direktor der Akademie gewählten Josef Naas gehörten die Verhandlungen mit Hans Kaesser, dem designierten Leiter des Akademie-Verlags. Kaesser, 1905 im württembergischen Waldhof geboren, hatte sich zunächst mit der unpolitisch wirkenden Publikation von "Wirtschaftliche Kurzbriefen", Rundfunk- und Elektrozeitschriften befaßt und leitete im Krieg den Hansa-Verlag. Er war jedoch kein NSDAP-Mitglied, trat Anfang August 1945 in die KPD ein und wurde Abteilungsleiter bei Volk und Wissen. 15

Im Herbst 1946 übernahm Kaesser die "tatsächlichen Vorbereitungen für die Gründung des Akademie-Verlages", besuchte geeignete Druckereien und verhandelte "zur Vorbereitung des Verlagsprogramms... mit einer ganzen Reihe von Gelehrten und Akademie-Mitgliedern". 16

Kaesser verhandelte mit Hans Kienle über das "Berliner Astronomische Jahrbuch" und über "Forschungen und Fortschritte", das "Nachrichtenblatt der Deutschen Wissenschaft und Technik", mit Diedrich Westermann über die "Zeitschrift für Phonetik und allgemeine Sprachwissenschaft" und mit Friedrich-Adolf Willers über die "Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik".

Im Krieg waren zwei Hefte dieser Reihe "auf dem Transport von der Druckerei zum Verlag durch Fliegerbomben vernichtet" worden, und "auch die Restbestände der übrigen Hefte verbrannten bei den Kämpfen um Berlin. Nach dem Zusammenbruch bemühte sich der Herausgeber, da zahlreiche Manuskripte vorlagen, auch die der in den vernichteten Heften gedruckten Arbeiten, möglichst bald einen Verlag zu finden." Der VDI-Verlag, in dem die Zeitschrift vorher herauskam, hatte seine Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, und ab April 1947 erschien die "Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik" regelmäßig im Akademie-

¹⁴ Ebenda, 4,6,1946.

Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 695, Lebenslauf Hans Kaesser, 27.7.1946,

¹⁶ Ebenda, Kultureller Beirat (v. Balluseck) an Paul Wandel, 17.12.1946.

Verlag. "Andere mathematische Zeitschriften gab es damals in Deutschland noch nicht."¹⁷

Der Schriftleiter der 1821 gegründeten "Astronomischen Nachrichten", Johann Wempe, mußte "ohne Anknüpfungsmöglichkeiten an frühere Erfahrungen" der verpflichtenden Tradition gerecht zu werden versuchen, was nur in "verständnisvoller Zusammenarbeit" und "lebhafter Wechselwirkung" zwischen Herausgeber, Schriftleiter, Verlag und Druckerei gelang. Im Oktober 1947 stieß Karl Griewanks "Deutsche Literaturzeitung" dazu. Pernst Mangolds "Archiv für Tierernährung" wurde erst 1948 als dringlich eingestuft und erschien ab 1950, das "Journal für Hirnforschung" von Prof. Dr. med. Prof. med. h.c. Dr. med. h.c. Dr. med. h.c. Dr. rer. nat. h.c. Dr. phil. h.c. Hon. Dr. sc. (Ozon) Dr. Dr. Dr. med. h.c. Oskar Vogt ab 1954. Daß die Zeitschriften, wie immer wieder hervorgehoben wurde²¹, pünktlich und regelmäßig erschienen, war eine unter den damaligen Umständen ganz unwahrscheinliche Leistung.

Dem "Chemischen Zentralblatt" kam in verschiedener Hinsicht eine Sonderstellung zu. Im Mai 1945 hatte das "Technische Büro des Ministeriums der Chemischen Industrie der UdSSR" das Organ der "Deutschen Chemischen Gesellschaft" übernommen, ohne allerdings dessen Arbeiten zu publizieren. Als Gegenleistung für die angefallenen Kosten, für Archivmaterial, Register und vorbereitete Zeitschriftennummern verpflichtete sich der Verlag zur Zahlung von 245.000.-RM, die mit den vom "Technischen Büro" abonnierten Exemplaren verrechnet werden sollten. Formel- und Sachregister von 1943, das Autorenregister für 1944 und die drei letzten

. is 12 i sec. 2 i s**5**

Akademie-Verlag GMBH Berlin 1946-1956, Berlin 1956, S.120 -123 (Beitrag Friedrich-Adolf Willers). Diese Jubiläumsfestschrift enthält Beiträge von Verlagsmitarbeitern, Autoren und Herausgebern und bietet die interessantesten Einblicke in die Geschichte traditionsreicher Zeitschriften und Schriftenreihen. Zur Aristoteles-Ausgabe vgl. dort S.36-42 (Ernst Grumach), zu "Klio" und "Philologus" ebenda, S.42-47 (Johannes Irmscher), zu den "Griechischen Christlichen Schriftstellern" S.47-53 (Franz Paschke), zur "Teubneriana" S.53-59 (Bruno Doer) und zu den "Veröffentlichungen der Freiberger Bergakademie" S.91-95 (Otto Meißer, Rolf Wendler).

¹⁸ Ebenda, S.116-120 (Johann Wempe).

¹⁹ Ebenda, S.101-103 (Ingeborg Goldtammer).

²⁰ Ebenda, S.105-107 (Ernst Mangold), S.113 (Oskar Vogt).

^{21 &}quot;Kaum ein Verleger der Westzonen bringt seine Zeitschriften so pünktlich heraus wie wir. "Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 667, Auszug aus dem Exposé des Akademie-Verlages für die Besprechung am 12.1.1949.

Quartalsbände für 1945 mußten nachproduziert werden, um bereits geleistete Bezugsgebühren abzuarbeiten. Trotzdem war das "Chemische Zentralblatt" das mit Abstand lukrativste Verlagsobjekt. Während die "Zeitschrift für Phonetik" im gleichen Zeitraum etwa 17.000.- RM und das "Astronomische Jahrbuch" 7816,13.-RM erbrachten, machte dessen Umsatzerlös 1948 mit 825 597.- RM fast die Hälfte des Jahresumsatzes des Gesamtverlages (1.722.700.-RM) aus. Die 35 Mitarbeiter der Redaktion des Chemischen Zentralblatts in der Babelsberger Siemensstraße erfreuten sich im Gegensatz zu ihren Berliner Kollegen des Privilegs, täglich ein warmes Mittagessen zu erhalten.²² Der Schriftleiter Maximilian Pflücke verdiente mit 2000,-RM weit mehr als sein Verlagsleiter²³, gab schließlich eine ganze Reihe von Zentralblättern für den Verlag heraus und erhielt einen Nationalpreis. Der Verlag VCH Weinheim, der (zunächst in scharfer Konkurrenz, dann in enger Zusammenarbeit mit dem Akademie-Verlag) in Westdeutschland das Chemische Zentralblatt herstellte, übernahm bekanntlich den Akademie-Verlag zwischen 1991 und 1997.

Die meisten Zeitschriften des Akademie-Verlages waren auf irgendeine Weise gesamtdeutsche Projekte, hatten westdeutsche Mitherausgeber oder kooperierten mit westdeutschen Verlagen. Um die Verbindung zu westdeutschen Universitäten und Instituten zu erleichtern. "Literatur für Verlagszwecke zu beschaffen, die Kunden des Verlages zu betreuen und die Geldeingänge zu verwalten", wurde 1948 eine Filiale in Stuttgart ("Kunst und Wissen") gegründet, deren Leiter Erich Bieber wöchentlich mit Berlin abrechnen sollte.²⁴ Der Akademie-Verlag wurde zum führenden DDR-Unternehmen im innerdeutschen Literaturaustausch. Umso härter war der Verlag vom Ausfall des "Kommissionsgeschäfts Westen" im Herbst 1948 betroffen, als "alle sowjetisch lizenzierten Veröffentlichungen der Ostzone in den Westzonen verboten" wurden: "Wir haben es also vorgezogen, illegale Wege zu gehen. Und auf diesen illegalen Wegen ist es uns, wenn auch stockend, gelungen, wesentliche Teile unserer Verlagsproduktion nach dem Westen zu bringen. Stockend wie die Lieferung ist natürlich auch die Bezahlung," Eine Hamburger Kommissionsfirma, bei der Kaesser vor 1945 beschäftigt war, überzeugte den Akademie-Verlag, "daß

²² BA DR-2, 884, Prüfungsbericht Jahresabschluß 1948 des Akademie-Verlages, 13,9,1949

Protokoll der Aufsichtsratssitzung des Akademie-Verlags vom 19.12.1947.

²⁴ BA DR-2, 884, Prüfungsbericht Jahresabschluß 1948 des Akademie-Verlages, 13.9.1949.

es ihr möglich sein werde, trotz der bestehenden Verbote die Lieferung nach dem Westen vorzunehmen... Aber bei dem großen Umfange unseres Geschäftes dauert es viele Wochen, bis die Tausende von Zeitschriften-Abonnenten vom alten auf den neuen Kommissionär überschrieben sind, bis Lieferung und Abrechnung klappt." ²⁵

Das erste Buch des Verlages wurde Liselotte Richters Festschrift "Leibniz und sein Rußlandbild". Es erschien im Herbst 1946, als der Akademie-Verlag noch gar nicht existierte. Das Werk feierte den 300. Geburtstag des Akademie-Gründers, ließ sich aber auch gelegentlich des dreißigsten Jahrestags der Oktoberrevolution an sowjetische Kulturoffiziere verschenken. Es Kaesser gelang es, der Druckerei Vorpahl das von Scheel und Stroux geförderte Buch auf etwas zweifelhafte Weise abspenstig zu machen. Obwohl sich die sowjetischen Stellen bei ihrer Genehmigung dieser Schrift nicht an der Tatsache gestört hatten, daß Vorpahl keine Verlagslizenz besaß, bot dieses Manko der Akademie den Vorwand, sich entsprechend einem Vorschlag Kaessers²⁷ vom Vertrag zurückzuziehen und das Werk dem Akademie-Verlag zu überlassen, der nur noch einen Zettel in das fertige Buch einzukleben brauchte. Das verlag zurückzuziehen und das fertige Buch einzukleben brauchte.

1947, im ersten Jahr seines Bestehens, gab der Verlag 12 Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften heraus, wobei das Spektrum von Paul Ramdohrs Die orientierten Verwachsungen von Bleiglanz, Cotunnit und Anglesit der Grube Christian Levin bei Essen-Borbeck über Die Rechtsgeschichte und das Problem der historischen Kontinuität von Heinrich Mitteis bis hin zu Otto Warburgs Ideen zur Fermentchemie der Tumoren und Diedrich Westermanns Pluralbildung und Nominalklassen in einigen afrikanischen Sprachen reichte. Einer der eifrigsten Autoren

Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 667, Die Ursachen der augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten des Akademie-Verlages, 21.3.1949 (Kaesser).

Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 662, 5.77.11.1947. Das Buch wurde beispielsweise an Tulpanow, Solotuchin und den Stadtkommandanten Kotikow verschickt.

²⁷ Kaesser warnte die Akademie vor "Unannehmlichkeiten", wenn Vorpahl ohne Lizenz den Vertrieb des in 1500 Exemplaren ausgedruckten Werkes übernähme: "Es ist daher bald Vorsorge zu treffen, daß der Vertrieb einem lizensierten Verleger in die Hand gegeben wird. In erster Linie käme wohl der Akademie-Verlag hierfür in Frage." Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 398, Bemerkungen zu einem Aktenvermerk von Prof. Scheel vom 26.10.46.

²⁸ Günther Wirth, Bücher verweisen auf Signaturen der Zeit. Zur Editionsgeschichte Liselotte Richters "Leibniz und sein Rußlandbild", Börsenblatt 1986, S.857-859.

jener Frühzeit war Hans Nordmann, der sich in den Abhandlungen regelmäßig über die Entwicklung der Eisenbahntechnologie verbreitete.²⁹ Die Zuschüsse der Akademie in Höhe von 10.000.- bis 12.000.-RM pro Band erschienen nicht in der Verlagsbilanz, sondern wurden direkt an die Drukkerei bezahlt. Um Austauschverfahren und wissenschaftlichen Geschenkverkehr wieder in Gang zu bringen, legte Johannes Stroux großen Wert darauf, daß die Akademie von jeder Abhandlung etwa 600 Exemplare erhielt.³⁰

Kein anderer wissenschaftlicher Verlag verfügte über eine vergleichbar breite Produktionspalette. Bereits 1947 erschienen Veröffentlichungen des Zentralinstituts für Erdbebenforschung in Jena und der Sternwarte Sonneberg. Seit 1948 betreute der Verlag die "Sächsische Akademie der Wissenschaften" mit dem "Althochdeutschen Wörterbuch" und "Poggendorffs biographisch-literarischem Handwörterbuch", und eine Leipziger Zweigstelle wurde gegründet. Im selben Jahr kamen zum erstenmal das "Archiv für Lagerstättenforschung", die "Abhandlungen der geologischen Lehranstalt" und die "Sitzungsberichte" der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse heraus, denen 1949 solche der Kollegen aus der Philosophisch-historischen Klasse folgten.

Dabei griffen die Ambitionen des Verlages längst über den engeren Umkreis der Akademie hinaus. ³¹ Ein Verlagskatalog von 1958 führte sechzig Zeitschriften und weit über Hundert solcher Schriftenreihen auf. Zu Recht sprach Maximilian Pflücke 1956 von einer "ungeheuer schnellen, ich möchte sagen schwungvollen Entwicklung", und der Mediziner Theodor Brugsch, der diese als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Akademie-Verlages verfolgt hatte, resümierte zu dessen Jubiläum: "Er hat das darf ich sagen - im weitesten Ausmaße alles das erfüllt, was die Aka-

Abhandlungen Hans Nordmanns: Die Dampflokomotive in ihren Hauptentwicklungslinien (1948), Die Frühgeschichte der Eisenbahnen (1948), Die Mechanik der Zugförderung (1949), Die ältere preußische Eisenbahngeschichte (1950), Probleme der durchgehenden Eisenbahnbremsen in entwicklungsgeschichtlicher Darstellung (1950).

Protokoll der Aufsichtstatssitzung des Akademie-Verlags vom 19.12.1947. Erst Mitte der fünfziger Jahre erhielt die Akademie eigene Druckereien, die bekanntesten in Altenburg, Gräfenhainichen und Langensalza, zugewiesen.

^{31 &}quot;Herr Präsident Stroux erteilt für den Geschäftssbericht seine erfreute Zustimmung, betont aber, daß er den Eindruck habe, der Akademie-Verlag habe sich doch anders entwickelt, als ursprünglich beabsichtigt war. Es ist daher eine engere Verbindung mit der Akademie herzustellen" (Protokoll der Aufsichtsratssitzung der Akademie-Verlag G.m.b.H., Berlin am 24.10.1949).

demie von ihm erwartet hat. Aber das war nicht immer leicht, wie aus den Zeitverhältnissen heraus zu verstehen ist."³²

Tatsächlich gab es erhebliche Startschwierigkeiten. Anfang 1947 hauste der Verlag "räumlich sehr bescheiden" in einem "vorläufigen Notquartier" in der Brüderstraße, in Untermiete bei der Buchhandlung Arnold und in drei Räumen in der Chausseestraße 106. Anfang 1948 bezog man ein verkehrsgünstig gelegenes Haus "in einer Trümmerlandschaft" am Schiffbauerdamm 19, das "beschädigt, aber nicht ausgebrannt" war. Für die 110 Mitarbeiter gab es laut Etat nur eine Reiseschreibmaschine. Büromöbel, Fenster und Türen mußten auf dem Schwarzmarkt besorgt werden. Allein die Bereifung des Verlagsautos kostete kurz vor der Währungsreform über 7000 Reichsmark. Bald darauf wurde der NSU-Fiat 1100 in Leipzig gestohlen.³³

Der Betreuer der Leibniz-Ausgabe, Kurt Müller, berichtete 10 Jahre später in seiner Festansprache, wie "Mühe, Entsagung und Aufopferung der Mitarbeiter" am Anfang standen:

"Daß sich im Jahre 1947 jeder Tisch und Stuhl selbst mitbringen oder sein Arbeitsmaterial besorgen mußte, bereitete nicht so schwere Sorgen wie das Überstehen des Winters. Der erste Nachkriegsband unserer Leibniz-Ausgabe entstand zum großen Teil in einem Zimmer, das, nachdem der Herbstregen nachhaltig das Gemäuer des Gebäudes durchdrungen hatte, sich im Winter in einen hell glitzernden Eispalast verwandelte, bis dann im Frühjahr, wenn die ersten warmen Winde kamen, ein anheimelndes Tropfen und Rieseln begann, das mit einem lustigen Geplätscher etwas größerer Wassermassen, welche die Treppen der alten Akademie hinuntersprangen, beendet wurde. In dieser nur im Rückblick so romantischen Umgebung philologischen Ehrgeiz zu entwickeln, die Sprache des 17. Jahrhunderts genau in ihrem historischen Bestand zu bewahren, selbst Kommata und Punkto in ihrer Abweichung vom heutigen Gebrauch so zu bringen, wie es Leibniz und seine Korrespondenten aus Gründen des Sprechens und ihres Sprachrhythmus für richtig hielten, kostete unsägliche

³² Akademie-Verlag GMBH Berlin 1946-1956, a.a.O., S.33 (M. Pflücke) und S.129f. (T. Brugsch).

³³ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 662, Bericht des Akademie-Verlages (Kaesser) vom 1.2.1947. Akademie-Verlag GMBH Berlin 1946-1956, a.a.O., S.8 (Dr. Künzel). Walter Richter, Strahlungszentrum deutscher Wissenschaft. Aufgaben und editorische Leistung des Akademie-Verlages, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 2.8.1952.

Mühe. Sie können sich meine Begeisterung vorstellen, als dann bei der Ablieferung des Manuskriptes für Band I der Leibniz-Ausgabe der Verlagsvertreter mich fragte, ob der Text schön nach den Regeln des Duden behandelt werden sollte. Damals wäre ich keineswegs bereit gewesen, etwa zum zweijährigen Verlagsgeburtstag mit Glückwünschen zu kommen."³⁴

1948 begannen anhaltende Auseinandersetzungen der Akademie und ihres Verlages mit dem "Kulturellen Beirat". Wie sollte man mit wissenschaftlichen Autoren verhandeln, wenn der Vertragsabschluß hinterher vom "Kulturellen Beirat" desavouiert wurde? Kaesser klagte, daß das Verfahren zulange dauerte: "So können wir mit westlichen Verlagen, die in Bezug auf ihre Buchproduktion keinen zeitraubenden Prüfungen unterliegen, nicht konkurrieren. Es vergehen oft Monate bis ein Manuskript aus dem Lektorat kommt, bis darüber verhandelt wird, bis wir dann die Druckgenehmigung und die Papierzuteilung erhalten." Der Verlag habe "für die der Akademie so sehr am Herzen liegende Planck-Festschrift" zwar die Druckgenehmigung in Klasse I, aber nicht das Papier bekommen.³⁵

Es erinnert an die Handhabung der Entnazifizierungsverfahren, daß die beim Kulturellen Beirat eingereichten Manuskripte in fünf Kategorien sortiert wurden. 36 1947 erlangte der Akademie-Verlag bei 66 Anträgen 26 Druckgenehmigungen der Gruppe I (Befürwortung mit Papier), wobei nur für 13 Werke das Papier auch tatsächlich vorhanden war. Kaesser demonstrierte seinen Unwillen, indem er die Leipziger Messe bestreikte: "Im Hinblick auf die geringe Zahl fertig gedruckter Veröffentlichungen - deren Umfang zum großen Teil nur sehr gering ist - konnten wir uns nicht dazu entschließen, uns in größerem Umfang an der Messe zu beteiligen. Wir wollten ein zu großes Mißverhältnis zwischen der Größe des Standes und dem Umfang unserer Produktion vermeiden." 37

³⁴ Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, 6.4.1957, S. 222, Festansprache Prof. Kurt Müllers zum 10-jährigen Jubiläum des Akademie-Verlages.

³⁵ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 667, Auszug aus dem Exposé des Akademie-Verlages für die Besprechung am 12.1.1949.

³⁶ Ebenda, Aktenvermerk betr. Hauptausschuß-Sitzung des Kulturellen Beirats am 21.4.1948: I Befürwortung mit Papier, II Befürwortung ohne Papier, III Vorläufig zurückgesteilt, IV Abgelehnt, V Weitere Bearbeitung.

³⁷ Ebenda, Akademie-Verlag (Kaesser) an Direktor der Akademie der Wissenschaften (Dr. Naas), 22,3.1948.

Die Konflikte mit der Zensur waren nicht, oder jedenfalls nur zum geringen Teil, auf politisch begründete Schikanen zurückzuführen. Der an sich wohlwollende Kulturelle Beirat sah sich schlechterdings nicht im Stande, über eine "Papierquote von 30% für die genehmigten Verlagsvorhaben hinauszugehen." ³⁸ Der Akademie-Verlag wies regelmäßig darauf hin, daß er "von den zuständigen Stellen praktisch auf den schwarzen Markt verwiesen" wurde. ³⁹ 1948 fielen 15 von 26 Anträgen in Gruppe II: "Mit Recht verlangt die Akademie aber, daß diese Arbeiten veröffentlicht werden sollen. Das Papier hierzu kann sich der Verlag aber nur auf krummen Wegen beschaffen, worauf hier in aller Form aufmerksam gemacht sei... In Bezug auf unseren Produktionsbedarf hat man uns, im Gegensatz zu Volk und Wissen, auf sehr zweifelhafte Bezugsquellen verwiesen. Was der Verlag bisher brauchte, hat er sich mehr schlecht als recht beschafft..." ⁴⁰

Damit seine für Jahrzehnte bestimmten Bücher nicht in den Bibliotheken vergilbten und im Hinblick auf das Export-Geschäft war der Verlag auf hochwertige Papiersorten und seltenes Kunstdruckpapier angewiesen. Nach dem Vorbild des Volk und Wissen Verlages, dem damals nicht weniger als 16.000 Tonnen zur Verfügung standen, wünschte auch der Akademie-Verlag ein jährliches Papierkontingent. Statt der als notwendig berechneten 700 erhielt er aber trotz durchschlagender Argumente⁴¹ nicht

BA DR-2, 1027, Kultureller Beirat (v. Balluseck) an Akademie-Verlag, 20.5.1947. Weiter heißt es dort: "Es ist zwar sehr bedauerlich, daß die zugeteilten Mengen sehr gering sind, ich glaube aber, daß die Situation in Ihrem Fall nicht geradezu katastrophal ist, weil Sie doch mit den vorbereitenden Arbeiten der Herstellung (Satz und Umbruch) lange Zeit beschäftigt sein werden. Vielleicht ist es möglich, daß wir aus dem Kontingent des dritten Vierteljahres die restlichen Papiermengen zur Verfügung stellen, wenn die Manuskripte voll druckfertig sind. Das Papierkontingent des Kulturellen Beirats erlaubt im Augenblick unter keinen Umständen eine Erhöhung der erfolgten Zuteilungen."

BA DR-2, 1027, Vermerk über Besprechung des Kulturellen Beirats (Marquardt und Koven), Akademie-Verlag (Kaesser), Direktor Naas und Paul Wandel am 23.1.1949.

⁴⁰ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 667, Auszug aus dem Exposé des Akademie-Verlages für die Besprechung am 12.1.1949.

^{41 &}quot;Bei ausreichender Papierversorgung h\u00e4tte der Akademie-Verlag gerade jetzt die M\u00f6g-lichkeit, bedeutende wissenschaftliche Werke auch aus den Westzonen an sich zu ziehen, dar\u00fcberhinaus bedarf er eines h\u00f6heren Papierkontingents, um das Chemische Zentralblatt der Ostzone gegen das im Westen lizenzierte durchzusetzen"(Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 662, Pr\u00e4sident der DAW (Stroux) an Obersten Chef der SMAD Sokolowski, 15.6.1948).

mehr als 250 Tonnen, und auch die erst 1949, nach "monatelangen Bemühungen um die Lösung dieser Fragen" bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, den zuständigen Stellen der SMA und schließlich dem Obersten Chef der SMAD Sokolowski.

Gleichzeitig bat Akademie-Präsident Stroux um eine "Erleichterung des Genehmigungsverfahrens": "Bei einigen der Akademieveröffentlichungen mit ganz speziellen Themen kann der Außenstehende nicht ohne weiteres beurteilen, welch große Bedeutung sie für die Wissenschaften haben. Es müßte der Akademie überlassen sein, auszuwählen und zu bestimmen, welche Arbeiten sie veröffentlichen will." 42

Der Akademie-Verlag besaß einen eigenen, hochkarätig besetzten "Wissenschaftlichen Beirat", der eigentlich nach selbstgesetzten Richtlinien über das Programm entscheiden sollte. "Die beiden Akademien machen geltend, dass sie als höchste wissenschaftliche Institutionen der Zone nicht der Begutachtung durch den Kulturellen Beirat unterliegen dürften. Wenn Herr Prof. Kienle z.B. die Kapazität auf dem Gebiet der Astronomie in der Ostzone ist, wer beurteilt dann im Kulturellen Beirat die Qualität der von ihm eingereichten Arbeit? Und so durch alle von den Akademien vertretenen Fächer hindurch. Es haben sich in den vergangenen zwei Jahren Differenzen ergeben z.B. dadurch, daß man einem Akademie-Mitglied die Arbeit eines anderen Akademie-Mitgliedes zur Begutachtung vorgelegt hat. Ständig gehen beim Verlag Rückfragen und Reklamationen von Akademie-Mitgliedern ein. Vom Verlag wird zwar immer betont, daß die Manuskripte von uns nur zum Zwecke der Papierzuteilung vorgelegt würden, aber leider straft die Handhabung im Kulturellen Beirat selbst diese Behauptung Lügen. Immer wieder tritt dem Verlag die Ansicht, daß es sich hier um eine Zensur handele, entgegen."43

Natürlich gab es einige klare Fälle politischer Zensur. Reinhold Trautmanns Abhandlung über "Die elb- und ostseeslavischen Ortsnamen" mußte 1947 ohne Karte erscheinen. ⁴⁴ Fritz Hartungs Vortrag über die Revolution 1848 war schon in Gruppe II eingereiht, "das Manuskript gesetzt und von Herrn Prof. Hartung korrigiert und imprimiert", als die Druckbe-

⁴² Ebenda.

⁴³ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 667, Auszug aus dem Exposé des Akademie-Verlages für die Besprechung am 12.1.1949.

⁴⁴ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 674, Liste der dem Kulturellen Beirat am 20.4.1948 vorzulegenden Manuskripte.

willigung zurückgezogen wurde. Wie sollte "der Verlag das Prof. Hartung gegenüber begründen?"

Aber auch in den vielen, ganz unpolitischen Fällen mochte Kaesser die Argumentation der Behörde "aus begreiflichen Gründen nicht weitergeben. Sie würde in den Kreisen der einschlägigen Fachwissenschaftler doch einiges Entsetzen hervorrufen." Ein Festvortrag zum Leibniztag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es sich "nicht um eine grundlegend neue wissenschaftliche Interpretation" handele. Dies bedeute keine Qualitätsbeurteilung, die Broschüre sei lediglich "im Sinne der heute erforderlichen Planung nicht vordringlich", man solle Friedrich Hunds "Wirkungsquantum und Naturbeschreibung" in einer Zeitschrift unterbringen. Die Astronomen könnten ihr Material in der betreffenden Sternwarte zur Einsichtnahme auslegen, ein Verfahren, das sogar den 325 meteorologischen Beobachtungsstationen der Zone empfehlen wurde. Kaesser gab zu, daß "in zonalem Maßstab denkend" auch die Notwendigkeit der "Deutsche Entomologischen Zeitschrift", des "Journals für Ornithologie" oder eines "Repertorium specierum novarum regni vegetabilis" diskutabel sei. Aber auf einigen dieser Fachgebiete sei Deutschland führend, und die Zeitschriften würden in der ganzen Welt gelesen: "Je spezieller, also je kleiner der Interessentenkreis für ein Werk auf der Welt ist, desto mehr Devisen bringt es der Ostzone." Auch daß das Arbeitsgebiet eines "repräsentativen fortschrittlichen Wissenschaftlers der Ostzone" wie Wolfgang Steinitz, des Verfassers der "Ostjakischen Grammatik und Chrestomathie", sehr speziell sei, könne für die Einstufung nicht ausschlaggebend sein.45

Auf Grund der Beschwerden kam es im Januar 1949 zu einer Aussprache mit dem Kulturellen Beirat, auf der Paul Wandel als Schiedsrichter fungierte. Ludolf Koven, der sieben Jahre später selbst die Leitung des Akademie-Verlages übernahm, repräsentierte damals noch den Kulturellen Beirat und fragte, ob die Absicht bestünde,

"den Akademieverlag zu <u>dem</u> wissenschaftlichen Verlag der Zone zu machen. Herr Wandel informiert(e) die Anwesenden darüber, daß seit je die Absicht bestand, dem Akademieverlag die führende Stellung im Rahmen der sonstigen wissenschaftlichen Verlage zu verschaffen. Dies bedeutet insbesondere für die Arbeit des Kulturellen Beirats, daß die Überprüfung

⁴⁵ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 667, Auszug aus dem Exposé des Akademie-Verlages für die Besprechung am 12.1.1949.

durch den wissenschaftlichen Beirat des Akademieverlages die entscheidende Grundlage auch für die fachliche Beurteilung des Kulturellen Beirats darstellt. Wenn der Akademieverlag den Druck aus wissenschaftlichen Gründen zum Beschluss erhebt, dann kann es keine andere Kontrolle über diese Seite, auch nicht beim Kulturellen Beirat, geben."

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung habe der Akademie und ihren Mitgliedern die führende Stellung in wissenschaftlichen Angelegenheiten eingeräumt. "Bei hochwertiger wissenschaftlicher Literatur" dürfe es keine Papierschwierigkeiten und keine Dringlichkeitsfragen geben. Die für die Schriften der Akademie vorgelegten Manuskripte müßten generell gedruckt werden. Allerdings solle die Auflagenhöhe "nicht gleichmäßig, sondern minimal" festgesetzt werden. Besonders bei Arbeiten von Nichtmitgliedern möge man "sparsam vorgehen". Dem Kulturellen Beirat sollte, vorbehaltlich der sowjetischen Zustimmung, "nur eine Zensur hinsichtlich politischer Fragen zugestanden werden". 46

Damit war in der Praxis viel gewonnen, und der Akademie-Verlag hatte sich einen Freiraum erkämpft, um den er von anderen DDR-Verlagen beneidet werden konnte.⁴⁷ Was eine "politische Frage" war, blieb natürlich eine politische Frage, die nur von der Zensurbehörde⁴⁸ im Zusammenspiel mit dem Zentralkomitee der SED beantwortet werden konnte. Aber ange-

⁴⁶ BA DR-2, 1027, Vermerk über Besprechung des Kultureilen Beirats (Marquardt und Koven), Akademie-Verlag (Kaesser), Direktor Naas und Paul Wandel am 23.1.1949.

^{47 &}quot;Das Amt resp. der Kulturelle Beirat soll der Akademie der Wissenschaften bezw. dem Akademie-Verlag vor einiger Zeit mitgeteilt haben, daß eine dem Amt vorgelegte Arbeit eines Akademie-Mitgliedes zwar keinen wissenschaftlichen Wert besäße, die Druckgenehmigung jedoch trotzdem gegeben werde, weil es sich um die Akademie handele. In einer Besprechung in der Abteilung Propaganda wurde daran die Bemerkung geknüpft, daß Arbeiten von Akademie-Mitgliedem nach Möglichkeit von der Akademie beurteilt und begutachtet werden sollen. Ein Referent des Amtes könne auf keinen Fall eine solche Äußerung tun" (BA DR-1 (Ministerium für Kultur), 1949, Amt für Literatur (Leiter an Abt. Begutachtung), 18.12.1951).

Wischen 1951 und 1956 versah die Zensurfunktion das "Amt für Literatur und Verlagswesen". Diese Behörde wurde Mitte 1956 in Bechers Ministerium für Kultur überführt und hieß zunächst Hauptverwaltung Verlagswesen, bzw. seit 1958 Abteilung Literatur und Buchhandel. 1963 bis 1990 galt die Bezeichnung Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur. Vgl. Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis, Jedes Buch ein Abenteuer! Zensursystem und literarische Öffentlichkeit(en) in der DDR, Berlin (Akademie-Verlag) 1997.

sichts der zu erwartenden Proteste⁴⁹ sahen sich die Zensoren immer wieder zu regelrechten "Eiertänzen" gezwungen, um ihre "Einwände" gegenüber Akademie-Mitgliedern durchzusetzen.

Richard Hamanns 1949 eingereichtes Manuskript über "Kunst und Kultur der Gründerzeit" wurde wegen "Nietzscheanischer Gedankengänge" nicht gedruckt, aber niemand wagte, das dem Nationalpreisträger mitzuteilen, und der Autor blieb über zwei Jahre ohne jede Nachricht. 50 Einige Jahre später mußte die Akademie-Leitung die Zensurbehörde paradoxerweise regelrecht darum bitten, tätig zu werden, um dem republikflüchtigen Kurt Aland die Herausgeberschaft der "Deutschen Literaturzeitung" zu nehmen, da "bei Entscheidungen dieser Art bei der Akademie bestimmte formalrechtliche Dinge" beachtet werden müßten.

Nicht ohne Schadenfreude wurde die Akademie-Leitung vom Staatsapparat (HV Verlagswesen im Ministerium für Kultur) auf die "volle Verantwortlichkeit" ihres Verlages in diesen Fragen verwiesen. Aber man werde

Als das Amt für Literatur und Verlagswesen in Heinrich Marzells 1937 bei Hirzel erschienenem "Wörterbuch der Deutschen Pflanzennamen" letztere "auf das Gebiet des heutigen Deutschlands" beschränken und "die in einem Menschenalter mühselig gesammelten ostdeutschen Namen" streichen wollte, löste diese "glatte Unverschämheit", unerträgliche "Zumutung" und "Entwürdigung" in der Akademie der Wissenschaften entrüstete Proteste aus. Der Verfasser war Akademie-Mitglied und "erster Träger der Leibnizmedaille nach dem Krieg." Zudem bestand eine ältere Abmachung, nach der es ausreichend war, "die Ortsnamen des Gebietes östlich der Oder-Neiße-Linie zuerst in der deutschen und dann in der polnischen Form zu bringen." BA DR-1, 3932, Amt für Literatur und Verlagswesen an S. Hirzel Verlag, 28.1.1954. Deutsche Akademie der Wissenschaften an Amt für Literatur und Verlagswesen, 25.2.1954.

Paul Wandel verlangte vom Chef-Ideologen Oelssner eine bessere Begründung der Ablehnung. "Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich ein Hin und Her über die Frage, wer für die Mitteilung an Professor Hamann zuständig resp. autorisiert sei. In den Akten befindet sich am 21. Mai ein Vermerk "Mit Gen. Oelssner sprechen!", am 30. Mai eine handschriftliche Notiz "Schmidt um Vermittlung der Unterredung Wandel/Oelssner gebeten." Des weiteren ein Zettel mit dem Vermerk "Fred Oelssner wartet auf eine Mitteilung von Minister Wandel zu einer Rücksprache." Am 18. Juni "Dr. Ludwig an Vermittlung erinnern!" Dann ist einige Monat hindurch nichts mehr geschehen." Der Leiter der Zensurbehörde hatte sich in Sachen Hamann bereits an den Direktor der Akademie der Wissenschaften gewandt, der aber zweimal absagte und ein drittes Mal nicht zur Besprechung erschien." Am 14. November rief unsere Lektorin für Kunstwissenschaft ... den persönlichen Referenten von Minister Wandel, Dr. Ludwig, an. Dr. Ludwig teilte mit, daß die Untergedung zwischen Minister Wandel und Fred Oelssner nicht stattgefunden habe; außerdem habe Minister Wandel mit der Angelegenheit nichts mehr zu tun..." (BA DR-1, 1949, Amt für Literatur (Apelt) an ZK der SED, Abt. Propaganda, Gen. Hager, 1.12.1951).

schon eine Lösung finden. Die HV Verlagswesen habe nicht zu entscheiden, ob die Akademie "in Fragen ihrer Publikation autonom sei", sondern folge "zentralen Weisungen und trage die Verantwortung dafür, daß durch unser Verlagswesen keine Publikationen feindlichen, schädlichen, fremden - kurz gesagt unsere Entwicklung, unsere Republik hemmenden - Inhaltes herauskommen. Für die Praxis sei die Zusammenarbeit mit den Genossen des Verlages und der HV einerseits und andererseits mit den Genosse der Deutschen Akademie der Wissenschaften entscheidend, um in Fällen notwendiger Korrekturen, Änderungen oder Ablehnungen so zu verfahren, daß nicht ein Gegensatz des Akademie-Verlages oder gar der Akademie der Wissenschaften zur HV Verlagswesen herauskommt." 51

Die Situation, das Spannungsverhältnis zwischen diesen Ökonomie, Wissenschaft und Politik repräsentierenden Instanzen war und blieb kompliziert, wobei angesichts knapper werdender Publikationschancen im Alltag meist die wirtschaftlichen Interessen den Ausschlag gaben.⁵² Internationale wissenschaftliche Reputation führte zu mehr Deviseneinnahmen, und der Buchexport des Akademie-Verlages legitimierte den Forschern so manche sonst undenkbare Nische.

Andererseits war der Verlag seit Anfang der fünfziger Jahre alles andere als ein politikfernes Residuum. Ende 1949 geriet der Akademie-Verlag unter Verdacht, feindliche Kräfte zu beherbergen. Ein bald darauf republikflüchtiger Prokurist beobachtete seit Anfang 1951 eine "neue Personalpolitik" nach "rein politischen Gesichtspunkten." Unter Führung des Personalleiters sei aus der "Botenmeistersphäre eine Art Nebenregierung entwickelt" worden, "die das bestehende Vertrauensverhältnis zerstörte und in die Verlagsarbeit ein zersetzendes Mißtrauen hineintrug. Dies war nur möglich, weil den aus politischen Gründen Eingestellten jede Kenntnis der Verlagsaufgaben und der Stellung des Akademie-Verlages in der wissenschaftlichen Welt mangelte. Ihr geistiger Habitus ließ es nicht zu, zu verstehen, daß man die Verbindungen nach außen nur mit ganz beson-

⁵¹ BA DR-1, 1068, HV Verlagswesen (Ministerium für Kultur), Aktennotiz, 14.5.1958, Betr. Akademie-Verlag - Sein Verhältnis zur Akademie der Wissenschaften und zur HV Verlagswesen - Aussprache am 10.5.1958.

⁵² S. Lokatis, Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages, in: Geschichte und Gesellschaft, Heft 1, 1996, S.46-61.

⁵³ BA DR-2, 1055, Protokoll der Besprechung am 1.12.1949 im Ministerium für Volksbildung: "Im Akademie-Verlag scheinen Kräfte zu sitzen, die genau das Gegenteil von dem tun, was wir wollen."

ders diffiziler Geschicklichkeit pflegen mußte, wenn man nicht die Existenz des Verlages gefährden wollte." Material wurde gesammelt über "Belanglosigkeiten, Betriebsklatsch, anonyme Anzeigen usw. ... zu denen der Beschuldigte nicht gehört wurde. Die politischen Beauftragten waren für die politische Überwachung eingesetzt und mußten, verständlicherweise, ihre Existenzberechtigung nachweisen. Infolge ihrer Ignoranz und Indolenz gegenüber der Verlagsaufgabe brachten sie den Verlag selbst in Gefahr. Es entstand so die Atmosphäre, die zu der Situation Mitte Oktober führen mußte."⁵⁴

Auch Hans Kaesser, der es im Oktober 1951 vorzog, in Charlottenburg zu bleiben, begründete seinen "schweren Herzens" vollzogenen Rücktritt mit dem Anwachsen "politischer, die Verlagsarbeit störender Einflüsse". Die "Weiterführung der Verlagsarbeit auf der Linie der vergangenen Jahre" sei nicht mehr gesichert. 55 Kaessers langjähriger Weggefährte, Direktor Naas, warf dem Schöpfer des Akademie-Verlages zu dessen Empörung "völlig aus der Luft gegriffene" krumme Westmark-Geschäfte und Unterschlagung von Baumaterial vor, während die überschäumende verlagsinterne Gerüchteküche, der "anständig gebliebene Teil der Belegschaft", der die "deutsche Ehre der Akademie" schützen wollte, von einem russischen Spionageauftrag gegenüber Professor Bayer in Leverkusen zu berichten wußte, den Kaesser abgelehnt habe. 56

Das Amt für Literatur und Verlagswesen nutzte die Situation und kanzelte auf seiner Verlegerkonferenz die "neutralistische" Zeitschriftenpolitik des Akademie-Verlages ab⁵⁷, während die Berliner Zeitung vom 19.12.1951 lakonisch die Ablösung Kaessers und dreier Prokuristen meldete. 1952 begann mit dem "West-östlichen Divan" die kritische Goethe-Ausgabe des Akademie-Verlags, Hermann Grapow und Walter Ruben repräsentierten die Ägyptologie bzw. die Indologie, die Freiberger Forschungshefte, die

⁵⁴ Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 695, Artur Kuntze, Prokurist und Leiter der Herstellung, an Prof. Friedrich, Präsident der DAW, 11.11.1951.

Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 695, 12.10.1951, Hans Kaesser an Präsidenten der DAW Prof. Dr. Friedrich.

Akademie-Archiv, Bestand der Akademie-Leitung 695, "Der für Recht und Wahrheit einstehende Teil der Belegschaft des Akademie-Verlages" an Herrn Direktor Naas, 11.12.1951.

Walter Richter, Strahlungszentrum deutscher Wissenschaft. Aufgaben und editorische Leistung des Akademie-Verlages, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 2.8.1952.

"Jahresberichte für deutsche Geschichte", die "Deutschen Gewässerkundlichen Jahrbücher für das Gebiet der DDR" und die Briefe Jean Pauls kamen dazu. Die Fertigstellung des Deutschen Wörterbuchs der Brüder Grimm, das bei der 335. Lieferung angekommen war, wurde "innerhalb eines Jahrzehnts" in Aussicht gestellt. Die Karawane marschierte also auch unter Kaessers zwischen 1951 und 1955 amtierendem Nachfolger Gabelin weiter. In den über fünfzig Beiträgen zur Festschrift des Verlages zum zehnjährigen Jubiläum 1956 wird der Leser den Namen Kaesser vergeblich suchen. Aber jeder verstand die Anspielung des neuen Verlagsleiters Koven, wer geblieben sei, habe "zuverlässig, geduldig und zäh" ausgeharrt, "Mitarbeiter kamen und gingen." ⁵⁹

⁵⁸ Ebenda, S.539.

⁵⁹ Akademie-Verlag GMBH Berlin 1946-1956, a.a.O., S.3.

Peter Nötzoldt

»Es muß ein Organ geschaffen werden, das stark genug ist, um Anspruch zu erheben, im einheitlichen Deutschland eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen.«¹

(Die Einflußnahme der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland auf die Entwicklung der Akademie im Nachkriegsdeutschland)

Die ehemalige Preußische Akademie der Wissenschaften (PAW) war bereits nach dem ersten Nachkriegsjahrfünft grundlegend verändert: Wirkten im Sommer 1945 neben den Mitgliedern gerade 35 Personen, darunter 18 Wissenschaftler an der PAW, zählte man 1951 bereits 1501 Beschäftigte bei 436 Wissenschaftlern. Mußte der Präsident im ersten Nachkriegsiahr um Haushaltsmittel von etwa 131.400 RM jährlich förmlich betteln, stand jetzt mehr als das 280-fache zur Verfügung. Konnte bis 1945 Forschungsarbeit mit bescheidenen Mitteln in ca. 30 akademischen Kommissionen geleistet werden und existierten davon bei Kriegsende nur noch weniger als die Hälfte, so verfügte die Akademie nun wieder über 20 Kommissionen sowie über 26 Forschungsinstitute und vier Laboratorien.² Diesen »prestigeträchtigen Ausbau der Berliner Akademie« nutzten damals die Wissenschaftsakademien Westdeutschlands, um 1950 ihrer Forderung an die Bundesregierung nach besserer finanzieller Ausstattung Nachdruck zu verleihen und nicht auf den »Rang von Provinzialinstituten herabzusinken«.3 Allerdings war auch die Gelehrtengesellschaft 1951 nicht mehr die

Iwan A. Bejdin, Oberst a. D. der Sowjetarmee, ab 1945 Mitarbeiter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Rückkehr in die UdSSR im Jahre 1958.

Zahlen aus: Haushaltsantrag vom 8.6.1945, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 8; Jahrbuch der DAW, 1950-1951, S. 47 und 78. Die Finanzmittel der DAW waren für 1951 in Haushaltsmittel (22 Mill.), Investitionsmittel (12,4 Mill.) und projektbezogene Mittel (2.75 Mill.) aufgeschlüsselt.

Die "Denkschrift" an die kulturpolitische Abteilung des Bundeskanzleramtes war Ergebnis der zweiten Beratung der Arbeitsgemeinschaft der Akademien in Göttingen, Heidelberg und München (gegründet am 19.12.1949) am 11.9.1950. Entwurf in: Archiv der Heidelberger AW, Nr. 611/6. Vgl. Udo Wennemuth, Dissertation 1991, Wis-

der alten PAW. Von den vor 1945 zugewählten Ordentlichen Mitgliedern (OM) beteiligten sich nur noch 8 - 10 (12 - 15%) am Akademieleben in Berlin; 43% lebten in der westlichen und 3% in der östlichen Welt; 17% waren verstorben und 22% im Zuge der Entnazifizierung von der Mitgliederliste gestrichen worden. Seit Kriegsende hatte die Gelehrtengesellschaft 63 neue Mitglieder zugewählt⁴ und gleichzeitig neun durch Austritte verloren.⁵

Diese Veränderungen vollzogen sich vor den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht, und es drängt sich die Frage auf, inwieweit die am 9. Juni 1945 gebildete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) bzw. deren Nachfolgerin nach Gründung der DDR, die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), diese Entwicklung beeinflußte, zumal man heute schnell von Sowjetisierung spricht. Eine abschließende Antwort auf diese Frage ist nicht möglich, da nach wie vor kein Zugang zu den relevanten Archiven der SMAD möglich ist. Als Quellen für diese Betrachtung dienten die Unterlagen der Akademie und der deutschen Administrationen sowie Gespräche mit zwei ehemaligen Mitarbeitern der SMAD.

I. Die Wiedereröffnung als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Den ersten direkten Kontakt zur sowjetischen Besatzungsmacht suchte die Akademie bereits wenige Tage nach Kriegsende. Der 1939 in das neugeschaffene Amt des Akademiedirektors berufene Helmut Scheel ⁶ bat den

senschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909 - 1949, S. 516f. - als Buch: Stuttgart 1994.

a tito il anni mit

Die Austritte konzentrierten sich auf die Jahre 1950/51. Vorrangige Begründung war die Unzufriedenheit mit der Hochschulpolitik in der SBZ/DDR; der äußere Anlaß ein ohne Zustimmung der Mitglieder vom Akademiepräsidenten abgesandtes Glückwunschtelegramm zum 70. Geburtstag von J. Stalin. Die zwei Mitglieder aus dem Lehrkörper der TU Berlin bedauerten ihren Austritt und erklärten, daß dies auf Wunsch der Dienstbehörde erfolgt.

⁶ H. Scheel war 1939 in dieses neu geschaffene Akademieamt vom Reichsminister B. Rust berufen worden. Er galt als Mitglied der NSDAP seit 1937 und behauptete selbst, den Status eines inaktiven Anwärters behalten zu haben. Damit wurde seine Entnazifizierung äußerst schwierig - er sei »nach den grundsätzlichen Bestimmungen schwer zu halten«. Vgl. A. Siggei, 3.7.1945, AAW, Bestand Akademieleitung, Personalia, Nr. 671. Sein Engagement und seine Kenntnis der Auslagerungsstellen machten ihn nach 1945 zunächst unersetzlich. Erst als es zu Kompetenzstreitigkeiten mit dem Präsidenten kam, die Rückführungen beendet waren und er sich Ende 1946 an den Rand gedrängt

⁴ 12 (1946), 2 (1947), 44 (1949) und 5 (1951).

sowjetischen Kommandanten des Bezirkes Berlin-Mitte um Unterstützung bei der Sicherung der Restbestände der Akademie. Der noch als Präsident amtierende Hermann Grapow versuchte am 28. Mai 1945 die »engen wissenschaftlichen Beziehungen« zur russischen Akademie wiederzubeleben, indem er den Stadtkommandanten bat, ein Glückwunschschreiben zum »bevorstehenden Jubiläum« weiterzuleiten. 221 Jahre Akademie der Wissenschaften der UdSSR waren zwar kein besonderes Jubiläum, aber immerhin eine Möglichkeit auf frühere Beziehungen hinzuweisen, die jetzt vielleicht von Nutzen sein konnten.

Der zweite Kontakt ergab sich, als die Akademie - nachdem sie am 21. Juni 1945 über ein neues Statut und eine neue Leitung abgestimmt hatte ihre Wiederzulassung beantragte. Über den Antrag hatte zwangsläufig die einzige zu dieser Zeit in Berlin anwesende Besatzungsmacht, und das war die sowietische, zu entscheiden.8 Die SMAD schickte zur Erkundung der Situation ihren Oberst Berdeli zum Gespräch mit dem Akademiepräsidenten und dem Akademiedirektor, das im Beisein von Vertretern der Volksbildungsabteilung des Berliner Magistrats am 27. Juni 1945 stattfand. Berdeli ließ sich vom neuen Akademiepräsidenten Johannes Stroux⁹ über »Aufgaben und Tätigkeit der Akademie unterrichten, wobei insbesondere die Frage nach Instituten erörtert wurde.« Gleichzeitig forderte er eine Leseliste der Mitglieder für die nächsten drei Monate und erklärte, »dass er nach Prüfung der Leseliste die Weiterführung der Arbeiten der Akademie und die Genehmigung der Satzung befürworten würde«. 10 Die SMAD erhielt die Leseliste, aber eine Entscheidung wurde nicht verkündet. Welches Interesse sollte die SMAD in dieser komplizierten Zeit auch

fühlte, nahm er einen Ruf nach Mainz an. (Scheel schilderte diese Vorgänge in einem Brief an die Akademie vom 29.11.1946, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 661.) Er wurde später zum Mitbegründer der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur.

Vgl. H. Grapow, Brief an den Kommandanten von Berlin Generaloberst Bersarin vom 28.5.1945, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 4.

Die Akademie hatte zwar am 25.05.1945 den Magistrat gebeten, »die Betreuung der Akademie von Seiten der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis wieder eine ordnungsmäßig zuständige Zentralverwaltung gegründet ist«, dort vermerkte aber die zuständige Abteilung Volksbildung bezüglich der Genehmigungen ausdrücklich:»nach Äußerung der Besatzung«. BAAP, R-2 1388, Bl. 37 und 59.

J. Stroux war durch die Mehrheit aller Mitglieder - auch der nicht in Berlin anwesenden - legitimiert das Präsidentenamt auszuüben, denn bereits am 2. April 1943 hatten beide Klassen der PAW in »inoffiziellen Sitzungen« ihn oder Hans Stille als Nachfolger für Theodor Vahlen nominiert, AAW, NL M. v. Laue. Dokumente Nr. 45ff.

AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 34.

an der kleinen Gelehrtengesellschaft haben, die nicht einmal über Institute, also über keinerlei praktisch nutzbare oder demontierbare Forschungskapazität, verfügte? Damit unterschied sich das Verhalten der vier Besatzungsmächte gegenüber der Akademie in den ersten Nachkriegsmonaten nicht wesentlich. Das Tagebuch und die überlieferte Korrespondenz des amerikanischen Offiziers Edward Y. Hartshorne, der in der US-Zone und in Berlin für schulische und wissenschaftliche Angelegenheiten zuständig war, erwähnt die Akademie kein einziges Mal. ¹¹ Die erste offizielle Stellungnahme der vier Alliierten zur Akademie erfolgte am 27. Oktober 1945, als Berlins Nachkriegsregierung, die Alliierte Kommandantur, den Etat der PAW aus dem Haushalt des Magistrats strich. An der Entscheidung der Kommandantur änderte sich auch nichts, als die Akademie am 5. November 1945 ein Memorandum ¹² über ihre Aufgaben und Bedeutung in deutscher, russischer und englischer Sprache vorlegte.

Das allerdings führte zum dritten und wohl wichtigsten Kontakt der Akademie mit der sowietischen Besatzungsmacht. Zunächst bat die Akademie den Magistrat, den drohenden Untergang zu verhindern. In einem Brief an den Stadtrat für Volksbildung Otto Winzer vom 15.November 1945 bettelte der Akademiepräsident förmlich für die Akademie um die monatlichen 20.500 RM, die für das weitere Fortbestehen mindestens notwendig waren. 13 In der Tat bereitete Winzer für die Magistratssitzung am 17. Dezember 1945 eine Beschlußvorlage vor: »Der Magistrat der Stadt Berlin beschliesst, die Alliierte Kommandantur durch den Oberbürgermeister zu bitten, das Weiterbestehen der Akademie der Wissenschaften ... zu ermöglichen.« Der Stadtrat führte eine Reihe von »zur Zeit geplanten wissenschaftlichen Arbeiten auf, an deren Weiterführung und Erhaltung die Stadt Berlin interessiert ist« und stellte dann heraus: »Gewisse Beziehungen zu gleichen Körperschaften des Auslandes beginnen wieder aufzuleben. Ein Beauftragter der Leningrader Akademie der Wissenschaften weilt zur Zeit in Berlin, um sich in eingehenden Besprechungen über die Tätigkeit der Akademie und der ihr angeschlossenen wissenschaftlichen Organisationen zu unterrichten. Nach dem bisherigen Ergebnis dieser Besprechungen ist unverkennbar, dass die zuständigen sowjetrussischen Stellen nicht nur die Absicht haben, die Verbindung mit der Akademie wieder herzustellen, sondern ihre Arbeiten zu fördern und mit ihr zusammenzuar-

Vgl. P. Th. Walther, Zur politischen Geschichte der Akademien der Wissenschaften in Berlin zwischen 1945 und 1991, Manuskript 1991. S. 16.

AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 114ff.

AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 114ff.

beiten. ... Es kann festgestellt werden, dass die Akademie der Wissenschaften durch ihre engen Beziehungen zu wissenschaftlichen Körperschaften des Auslandes (USA, England, Frankreich einschliessl. Sowietrussland) von internationaler Bedeutung war und das Sprachrohr des wissenschaftlichen Fortschritts für das neue freie Deutschland werden müsste.«14 Die Vorlage, in der die Akademie erstmals nicht mehr als 'Preußische' bezeichnet wurde, kam nicht zur Abstimmung¹⁵. Das dürfte damit zusammenhängen, daß mit dem Vertreter der sowietischen Akademie, der gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Werner am 6. Dezember 1945 an einer Plenarsitzung der Akademie teilgenommen hatte, ein erfolgversprechender Weg gefunden worden war, um die Probleme zu lösen. Im Umgang mit der »Sowjetmacht« geübt, empfahl Viktor Sergeevic Kulebakin¹⁶ der Akademie das 'Preußische' vom Namen zu streichen und den Oberbefehlshaber der SMAD zu bitten, »daß die Akademie bis zur Bildung einer rechtmässigen parlamentarischen zentralen Regierung für ganz Deutschland der alliierten Militärbehörde, und zwar, da sie im Bereich der sowjetrussischen Zone liegt, der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt wird, die auch dafür sorgen möchte, daß die Akademie die von ihr als erforderlich erachteten Etatmittel seitens des Magistrats oder einer anderen deutschen Finanzbehörde erhält, und daß sie ihre wissenschaftlichen [Aufgaben] mit den von ihr benötigten Kräften ungehindert nach eigenem Ermessen fortführen kann.«17 Auf einer außerplanmäßig für den 20. Dezember 1945 einberufenen Sitzung des Akademieplenums kam es zur Beratung und Abstimmung. Mit deutlicher Stimmenmehrheit wurde die Umbenennung in »Akademie der Wissenschaften zu Berlin« beschlossen und damit »eine der Voraussetzungen [erfüllt], auf der sich ihre künftige Organisation gründen soll.«18 Bei der Unterstellungsfrage kam es

O. Winzer, Magistratsvorlage vom 11.12.1945 f

ür die Sitzung am 17.12.1945, LAB (STA), Rep. 100, Nr. 765, Bl. 23.

Die Vorlage wurde zurückgezogen. Protokoll der Magistratssitzung vom 17.12.1945, LAB (STA), Amtsdrucksachen.

V. S. Kulebakin, selbst Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR seit 1939, stellte sich am 6.12.1945 dem Plenum der PAW als Vertreter seiner Akademie vor, der nach Deutschland gekommen sei, »wissenschaftliche und arbeitsmäßige Verbindungen mit deutschen Gelehrtenanstalten, insbesondere mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften, aufzunehmen«. AAW, P 1/0, Bl. 43ff.

AAW, P 1/0, Bl. 51 und Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 156f...

J. Stroux, Brief an V. Kulebakin vom 21.12.1945, abgedruckt in: Altertumsforscher - Wissenschaftsorganisator - Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux, Sitzungsberichte der AdW der DDR, Berlin (Ost) 1987, 5G, S. 33ff.

.....

zu keiner Einigkeit. Die Mitglieder stimmten für Vertagung. ¹⁹ Trotzdem teilte der Akademiepräsident am folgenden Tag der SMAD mit: Die Akademie »ist zu der Überzeugung gekommen, dass die unmittelbare Unterstellung unserer Akademie ohne Zwischenschaltung anderer Behörden unter die Autorität der Sowjetischen Wissenschaftsabteilung der SMAD die beste Möglichkeit der Organisation bedeutet.«²⁰

Entscheidend für die Zukunft der Akademie war die Reaktion von Marschall Georgi K. Skukow: »Die Akademie der Wissenschaften kann man nicht der SMAD unterstellen, weil die SMAD keine deutschen Einrichtungen leitet. ... Vielleicht sei es zweckmäßig, sie der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu unterstellen.«²¹ Mit seiner Feststellung unterstrich Shukow die alliierten Rechtsvorstellungen und empfahl gleichzeitig, sie zu brechen. Die Akademie unterstand dem Magistrat und damit der Alliierten Kommandantur. Von den westlichen Alliierten war eine Zustimmung zur Unterstellung unter eine Zentralverwaltung keinesfalls zu erwarten. Das hatten sie unmißverständlich beim Wechsel des Unterstellungsverhältnisses im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Universität deutlich gemacht.²² Für die Akademie mußte die Unterstellungs-

Für die Vertagung stimmten 9 Mitglieder, dagegen 5 bei einer Enthaltung. In der Diskussion, an der sich fast alle beteiligten, wurde hervorgehoben, »daß die geplante Beschlußfassung deshalb so schwerwiegend sei, weil sich der größte Teil der Mitglieder nicht in Bertin, sondern außerhalb befindet und nicht beteiligt werden könne. Man könne deshalb nicht gut von einem Plenarbeschluß sprechen«. Der Namensänderung stimmten 11 Mitglieder zu. Protokoll der Sitzung, AAW, P 1/0, Bl. 51.

J. Stroux sah darin eine Übergangslösung bis »zur Errichtung einer zentralen deutschen Verwaltungsorganisation«. Über die Sitzung am 20.12.1945 berichtete er V. Kulebakin: Wenn die Akademie »in dieser Sitzung, der ersten, die sie diesem Gegenstand widmen konnte, noch nicht zum Beschluß über den endgültigen Wortlaut eines Schreibens an den Obersten Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall der Sowjetunion G. Shukow, gekommen ist, so ist die außerordentliche Tragweite dieser Angelegenheit, und die Bedeutung, die eine solche Entschließung für die Zukunft der Akademie haben wird, der Grund, warum wir bitten, die Überlegung und Beratung darüber noch kurze Zeit fortführen zu dürfen.« Vgl. J. Stroux, Brief an M. Dratwin (Chef des Stabes der SMAD) vom 21.12.1945. GSAPK, Rep. 182, II, 1. Brief an V. Kulebakin vom 21.12,1945, abgedruckt in: Altertumsforscher - Wissenschaftsorganisator - Humanist. Zum 100. Geburtstag von Johannes Stroux, Sitzungsberichte der AdW der DDR, Berlin (Ost) 1987, 5G, S. 33ff.

Mitteilung von Prof. P. I. Nikitin (Mitarbeiter der SMAD/SKK von Mai 1945 - Oktober 1952, 1946 Leiter des neu geschaffenen Sektors Akademische Institutionen, später mit dem Sektor Hochschulen zusammengelegt) vom 16.9.1992, die übereinstimmt mit einem Interview von R. Köhler mit P. Nikitin im April 1991.

Major Shaefer vom OMGB wies J. Stroux am 10.1.1946 darauf hin, »dass infolge der alleinigen Verfügung der russischen Behörden über die Universität alle auf amerikani-

frage allerdings zu dieser Zeit völlig bedeutungslos sein - für sie ging es ums Überleben, und vor allem brauchte sie Unterstützung für die Rückführung der ausgelagerten Forschungsmittel. Und Kulebakins Ziel war letztendlich auch erreicht. Die SMAD begann sich ernsthaft um die Akademie zu kümmern, schließlich hatte deren Oberster Chef eine Empfehlung ausgesprochen. In der Volksbildungsabteilung der SMAD gab es nun mit dem promovierten Physiker und Major Pjotr I. Nikitin einen Mann, der für die Akademie zuständig wurde. Dab diesem Zeitpunkt war die Akademie in der obersten Etage der SMAD nicht nur keine Unbekannte mehr, sondern Präsident Stroux stand der direkte Weg zur wirklichen Entscheidungsebene offen. Während seiner gesamten Akademiepräsidentschaft hatte er so jederzeit Zugang zum mächtigsten Mann der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland - wenn Probleme auftauchten, fuhr er zum Oberbefehlshaber bzw. zu dessem Politischen Berater Wladimir S. Semjonow, so Stroux' Sohn. Semjonow, so Stroux' Sohn.

Anfang 1946 war zunächst nur über den Fortbestand²⁶ der Institution, die sich nun »Akademie der Wissenschaften zu Berlin« nannte, entschieden worden. Ihre offizielle Wiederzulassung als »Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin« (DAW) erfolgte erst am 1. Juli 1946 in der darnals üblichen Form eines Befehls des Obersten Chefs der SMAD.²⁷

schen Gebiet befindlichen Institute der Universität aus dieser auszuscheiden hätten«. Vgl. LAB (STA), Rep. 120, Nr. 1609.

P. Nikitin schilderte dem Verfasser am 16.9.1992 seine damaligen Aufgaben und die Amtsübergabe.

Marschall G. Shukow wurde im April 1946 aus Berlin abberufen und von J. Stalin 'kaltgestellt'. Erst nach dessen Tod wieder rehabilitiert, hatte er 1955 ein kurzes Comeback als Verteidigungsminister der UdSSR. Sein Nachfolger in Deutschland wurde sein bisheriger Stellvertreter Wassili D. Sokolowski, damals Armeegeneral und später Marschall der Sowjetunion.

Mitteilung von Leonhard Stroux an den Verfasser vom 5.7.1991.

Die Akademie wurde auf bisher nicht ganz klaren Wegen weiter über den Magistrat finanziert und sie bekam von der SMAD Unterstützung bei der Rückführung von Forschungsmitteln.

Befehl Nr. 187 des Obersten Chefs der SMA und Oberkommandierenden der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Wiedereröffnung der Akademie vom 1.7.1946, in: W. Hartkopf / G. Wangermann, Dokumente zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Berlin - Heidelberg - New York 1991, S. 467f. Jedoch ist in dieser Übersetzung des russischen Textes in Punkt 1. ein Fehler, auf den C. Grau hinwies: Falsch: 1. Dem Gesuch des Chefs der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und des Präsidenten der ehemaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Eröffnung auf der Grundlage der letzten Deutschen Akademie der Wissenschaften mit dem Sitz in Berlin ist stattzugeben. Richtig: ist stattzugeben, auf

Was schrieb die SMAD der Akademie nun eventuell gegen den Willen ihrer Mitglieder ins Stammbuch - die Unterstellung unter die Zentralverwaltung, die erneute Namensänderung oder die Möglichkeit, künftig Forschungsinstitute²⁸ besitzen zu können? Versuchen wir eine nüchterne Analyse und vergessen wir nicht, daß damals vermutlich praktische Probleme im Vordergrund standen, wie etwa die Rückführung der Forschungsmittel, die der Befehl ebenfalls regelte und die mit sowjetischer Hilfe im Oktober 1946 abgeschlossen werden konnte.²⁹

Erstens schrieb der Befehl die Unterstellung unter die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) nun offiziell fest. Anstoß daran nahm zu dieser Zeit niemand, denn die Akademie hatte die Unterstellung unter den Magistrat ohnehin nur als eine Übergangslösung betrachtet, »bis wieder eine ordnungsgemäß zuständige Zentralverwaltung gegründet ist«30. Außerdem konnte sie sich dadurch wieder einmal aus einer finanziellen Notlage befreien. Durch einen erneuten Beschluß der Alliierten Kommandantur vom 15. März 1946 erhielt sie, wie auch andere wissenschaftliche Einrichtungen der Stadt, keine Finanzmittel mehr. Die Magistratsverwaltung verlangte von der Akademie die Kündigung aller Mitarbeiter zum 31. Mai 1946 und ließ in ihrem Schreiben keinen Zweifel daran, daß die Alliierte Kommandantur der Verursacher der Misere war. Daraufhin kündigte die Akademieleitung vorsorglich allen Mitarbeitern und entfachte eine Pressekampagne. 31 Nun erschien die DZVV als Retter, indem am 24. Juni 1946 deren Präsident Paul Wandel verkündete, »dass die Finanzierung der Akademie der Wissenschaften ... in Zukunft aus dem Etat der Universität Berlin vorgenommen wird«.32 Was sollten die Westalliierten gegen diese Großzügigkeit haben? Folgerichtig blieb jeder Protest gegen die Übernahme durch eine Zentralbehörde diesmal aus.

der Grundlage der letzteren die Deutsche Akademie mit Sitz in Berlin zu eröffnen. Vgl. C. Grau, Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Heidelberg, 1993, S. 252.

Die Möglichkeit Institute zu gründen führt der Befehl 187 nicht ausdrücklich aus, jedoch konnte dies vom Präsidenten Stroux auf der offiziellen Eröffnungsfeier der DAW am 1.8.1946 verkündet werden. Vgl. Ansprache des Präsidenten bei der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, Berlin (Ost) 1956, S. 19-23.

Vgl. Bericht des Direktors vom 25.10.1946, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 661, Bi. 225ff.

H. Scheel an die Berliner Stadtverwaltung am 25.5.1945, BAAP, R-2 1388, Bl. 59.
 AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

Zweitens gab der Befehl der Akademie einen neuen Namen, und »Deutsche Akademie« verkündete einen unmißverständlichen Anspruch, zumal der Präsident betonte, »die im Erlaß verwandte 'hochamtliche' Fassung des Titels könne nicht geändert werden« - trotz seines Prote stes.³³ »Das Plenum nimmt Kenntnis« vermerkte das Protokoll.³⁴ Weiteren Widerstand gegen die Namenserweiterung gab es in der Folgezeit nicht. Ohne Zweifel war der mit dem Namen verbundene Anspruch, eine zentrale Akademie für ganz Deutschland zu schaffen, ein Oktroy der sowjetischen Besatzungsmacht. Dies geschah auch in völliger Übereinstimmung mit der durch SED-Mitglieder dominierten DZVV, wie deren damaliger Präsident betonte: »Von Anfang an war der Grundgedanke, eine zentrale Förderung und Koordinierung der wissenschaftlichen Tätigkeit in Deutschland durch eine oberste wissenschaftliche Einrichtung anzustreben.«35 Aber erfolgte es gegen den Willen der Mehrheit der Mitglieder der PAW? Entsprach dies nicht gleichzeitig ohnehin der realen Situation im Sommer 1946?

Eine historische Rückschau zeigt deutlich, wie groß die Interessenübereinstimmung zwischen den Gelehrten und der Administration in dieser Frage war. Die deutschen Wissenschaftsakademien und besonders die PAW, als die »größte führende Akademie«³⁶, kämpften in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ständig um den Erhalt und - wenn möglich - um den Ausbau ihrer Stellung als höchste nationale und internationale Repräsentanten der deutschen Wissenschaft. Dies erregte alle Mitglieder und bewirkte gemeinsames Handeln, wenn Gefahr im Verzug war, wie Beispiele zeigen: Als Ende der 1920er Jahre erstmals die Reichsregierung auch nur andeutete, daß sie »in die Lage kommen könnte, einen besonderen Forschungsrat zu bilden«³⁷, und sie schließlich sogar bezüglich der deutschen Vertretung in den internationalen Wissenschaftsorganisationen drohte, »eventuelle Verhandlungen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder der Notgemeinschaft betreffend der Wahl von Delegierten in Aussicht« zu

³² Vgl. P. Wandel, Schreiben an den Akademiepräsidenten J. Stroux vom 24.6.1946, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 535.

³³ Vgl. Protokoll der Plenumssitzung vom 4,7,1946, AAW, P 1/1, Bl. 639.

³⁴ Ebenda.

³⁵ P. Wandel, Mitteilung an den Verfasser vom 27.6.1991,

M. Vasmer, Protokoll der Sitzung der Gesamt-Akademie vom 6.7.1944, in: W. Hartkopf / G. Wangermann, a. a. O., S. 452.

³⁷ C. Grau, Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das "Kartell" von 1893 bis 1940, in: Acta Historica Leopoldina, Nr. 22, Halle (Saale) 1995, S. 37.

nehmen³⁸, reagierten die Gelehrten der PAW äußerst schroff: Der Staat könne nur die Initiative ergreifen, wenn es keine »legale Vertretung der Wissenschaft« gäbe - »Deutschland, das über wissenschaftliche Vertretungen verfügt, kann nicht behandelt werden, wie etwa Marokko, Tunis etc«³⁹. Auch als 1929 aus dem »Provisorium Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft« die »Dauerinstitution Deutsche Forschungsgemeinschaft« wurde, handelten die Gelehrten der PAW geschlossen und schnell. Damals ließ die Preußische Staatsregierung ihre Akademie in Berlin wissen: »Die Preußische Akademie wird ihrerseits mit der Staatsregierung ohne Zweifel bei weiterer Erweiterung der Aufgaben und Ziele der Notgemeinschaft vor die sehr ernste Frage gestellt sein, ob denn nicht einer ihrer wesentlichen Zwecke, der der Forschungsorganisation zu dienen, so beeinträchtigt werden kann, daß ihre Entwicklung Schaden erleidet. Ich sehe es als eine zeitgemäße Aufgabe der Akademie an, diese Frage zu prüfen und mir dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um nicht nur den Fortbestand, sondern auch den Ausbau der Akademie im Sinne erweiterter Forschungsorganisation zu sichern.«40 Es dauerte kein Jahr, bis eine »Reorganisationskommission« der PAW dem Kultusministerium eine »Denkschrift über die Erweiterung ihrer Tätigkeit« unterbreitete. 41 1933 beklagte die Akademie schließlich bei der Staatsregierung ihre »Einengung der bisherigen Wahlmöglichkeiten« und forderte Stellen für OM ohne die bisherige Beschränkung auf den Raum Berlin. Ein Jahr später wurden ihr sechs Stellen für die neue Mitgliederkategorie Auswärtiges Ordentliches Mitglied genehmigt, das Statut von 1939 ließ dann bereits 24 zu. Bis Kriegsende hätten fast drei Viertel der Mitglieder in diese Kategorie eingeordnet werden können, weil sie Berlin verlassen hatten auf die verschiedenen Gründe kann nicht eingegangen werden. Zu einer gesamtdeutschen Akademie bezüglich der Mitgliedschaft war die Akademie somit schon vor der Gründung der DAW geworden. Sie war auch bereits während der NS-Zeit auf dem Weg zur deutschen Zentralakademie gewesen - durch ihre Ernennung zum »ständigen Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der Deutschen Akademien« im Jahre 1939, der

Ebenda, S. 38.

³⁹ Ebenda, S. 38.

Schreiben des Preußischen Kultusministers H. Becker an die PAW vom 21.5.1929, zitiert in: K. Zierold, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte - Arbeitsweise - Kommentar, Wiesbaden 1968, S. 115.

Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit, gekürzt in: W. Hartkopf / G. Wangermann, a. a. O., S. 301-310.

ein Jahr später die Gründung einer Reichsakademie unter Berliner Leitung folgen sollte. ⁴² Der Mißerfolg dieses Vorhabens war schließlich »weniger dem Widerstand der Wissenschaftler als dem Verlauf des Krieges zu verdanken« gewesen. ⁴³ Da also selbst in der NS-Zeit - wo die Mitgliedschaft der Akademie durchaus in vielen Fragen sehr gespalten war - Konsens bestand, daß der PAW ein Platz an der Spitze der Deutschen Wissenschaftsorganisation gebührt, konnte dies bei der Gründung der DAW auch für die Mehrzahl der Mitglieder angenommen werden - einschließlich der nicht in Berlin anwesenden.

Drittens: Beim Aufbau einer Forschungsakademie kann die Übereinstimmung der Interessenlage zwischen Mitgliedern der Akademie und der SMAD hingegen nicht für die gesamte Mitgliedschaft angenommen werden. Zwar war die Forschungsakademie keine Erfindung der Nachkriegszeit und es bedurfte auch keineswegs einer Orientierung am Vorbild der sowjetischen Wissenschaftsakademie⁴⁴, aber an ihr mußten nur jene Mitglieder besonderes Interesse haben, die für sich im Verlaufe der Ausdifferenzierung der deutschen Wissenschaftsorganisation in der ersten Hälfte des Jahrhunderts keine befriedigende institutionelle Lösung gefunden hatten. Insgesamt gibt es vielfache Zeugnisse dafür, daß die PAW spätestens seit 1900 die Gründung eigener Forschungsinstitute anstrebte. Sie blieben bis 1945 erfolglos, weil ihre Finanzierung nicht gelöst werden konnte - der Staat hatte kein Geld und private Geldgeber wollten für reine Staatsanstalten ohne ein Mitbestimmungsrecht kein Geld geben. Und die Akademie als Institution, ihr Geschichtsschreiber Adolf von Harnack war sich sicher, die würde sich nicht »aus freier Faust darauf einlassen ..., Nicht-Gelehrten irgend welchen Einfluß zu gestatten«. Harnacks Urteil bezieht sich auf das Ganze - die einzelnen Gelehrten selbst fanden in der

164407/00 07**#**

Der Erlaß der Reichsregierung stammte vom 12.5.1939. Er wurde nach Protest der anderen Akademien am 22.6.1939 zunächst zurückgenommen, bis sich die Akademien über die Neugestaltung der Satzung verständigten. Der von der PAW vorgelegte Satzungsentwurf wurde nach Diskussion auf dem Verbandtag der Akademien am 7. und 8.6.1939 mit wenigen Änderungen angenommen. Die Bestätigung durch das Reichsministerium erfolgte am 21.8.1940. Zwei Tage später bat der Berliner Präsident die anderen Akademien zu einer Beratung über die Gründung einer "Reichsakademie der deutschen Wissenschaft".

⁴³ C. Grau, Die Wissenschaftsakadernien in der deutschen Gesellschaft: Das "Karteil" von 1893 bis 1940, in: Acta Historica Leopoldina, Nr. 22, Halle (Saale) 1995, S. 51

Vgl. Loren R. Graham, The Formation of Soviet Research Institutes. A Comparison of Revolutionary Innovation and International Borrowing, in: Social Studies of Science 5 (1975), S. 309-329. Nach Graham wurde die sowjetische Akademie Ende der 1920er Jahre hauptsächlich nach dem Vorbild der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft umstrukturiert.

renderen maaren **a**

Mehrzahl Lösungen und verfügten über Forschungseinrichtungen an der Universität, in der KWG⁴⁵, den Reichsanstalten u. a. Einrichtungen. Initiativen der Akademie zur Gründung eigener Forschungsinstitute, wie die Denkschrift über die Erweiterung ihrer Tätigkeit aus dem Jahre 1930, zielten deshalb auf Bereiche, für die bis dahin keine Lösung - keine Lobby - gefunden werden konnte. Es waren also Gruppeninteressen, die nie auf die Unterstützung der Gelehrtengesellschaft als Ganzes hoffen konnten.

Ab Sommer 1945 und während der Konzipierung der DAW gab es nun allerdings einen wesentlichen Unterschied zu früher. Nur etwa ein Viertel aller Mitglieder war in Berlin geblieben und ganze Interessengruppen fehlten plötzlich im Spektrum der sich engagierenden Gelehrten. 46 Z. B. hatte die 'KWG-Fraktion' - immerhin 20% aller OM - bis auf eine Ausnahme Berlin verlassen. Meist waren die Kaiser-Wilhelm-Institute dieser Wissenschaftler gleich mit nach West- und Süddeutschland verlagert worden, was eine baldige Rückkehr - ganz unabhängig von der generellen Frage der Wiederzulassung der KWG - sehr unwahrscheinlich erscheinen ließ. Die in Berlin anwesenden Mitglieder hingegen verkörperten genau iene Gruppe von OM, die besonders an Akademieinstituten interessiert sein mußten, da sie in der Vergangenheit nicht vom Aufschwung der außeruniversitären Forschung - wie er sich insbesondere in den KWG manifestierte - profitiert hatten. Und trotz der Not in der Nachkriegszeit schienen auch die Bedingungen für die Finanzierung von Akademieinstituten günstiger, denn als einzigen Geldgeber für die Wissenschaft sahen die Akademiemitglieder in Berlin für eine längere Zeit den Staat. »Die reichen Hilfsquellen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft sind versiegt und werden in absehbarer Zeit nicht mehr fließen können «⁴⁷

Vgl. C. Grau, "daß die beiden Gesellschaften in Frieden nebeneinander stehen und zusammenarbeiten". Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: Dahlemer Archivgespräche, hrsg. vom Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 1, 1996, S. 34-46.

Vgl. hierzu P. Nötzoldt, Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 5, 1995, S. 15-36.

⁴⁷ H. Kienle, Festrede anläßlich der Eröffnungsfeier der Akademie am 1. August 1946, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, Berlin (Ost) 1956, S. 25-29.

Erste Bemühungen der Akademie, Forschungsinstitute zu übernehmen, gab es bereits ab Juli 194548 und erste Pläne für Neugründungen lassen sich ab Dezember 1945 feststellen⁴⁹. Ende 1945 äußerten zudem mehrere Institute den Wunsch, der Akademie unterstellt zu werden. 50 Spätestens ab August 1945 dachten die in Berlin anwesenden Akademiemitglieder auch bereits über ein Verschmelzen von PAW und KWG nach. Historisch legitimiert durch einen Brief Adolf von Harnacks an Hermann Diels aus dem Jahre 1912, der erst nach der Wahl von Diels Sohn Ludwig zum Klassensekretar im Sommer 1945 der Akademie bekannt wurde, meldete diese ihre Ansprüche bereits im August 1945 sowohl bei der Magistratsverwaltung wie auch beim Leiter der Restbestände der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute an.51 Harnack batte 1912 gefordert, »die Akademie muss ins Leben hinein ... will sie in lebendiger Fühlung mit der neuen Stellung der Wissenschaft bleiben und die Führerrolle behaupten« und bezüglich der Stellung von PAW und KWG es als »das Gewiesene fbezeichnet], dass sie sich verschmelzen, bez. auf das engste kooperieren«. 52 Allerdings dürften sich die Wünsche der in Berlin anwesenden Akademiemitglieder bezüglich der KWG zunächst wohl auf ihre Fachgebiete bzw. auf in Berlin verbliebene Restbestände der Gesellschaft beschränkt haben. Auf eine Unterstützung insbesondere der sich in Göttingen um den Erhalt der KWG bemühenden Akademiemitglieder - an der Spitze Max Planck, Otto Hahn und Max von Laue - konnte kaum gehofft werden. Aber auch in Berlin gebliebene Naturwissenschaftler, darunter solche, die in der Wissenschaftsabteilung der DZVV den Ton angaben, mühten sich mehr um den Erhalt der KWG als etwa um eine diesbezügliche Erweiterung der Aufga-

7

Laut Protokoll der Plenumssitzung vom 12.7.1945 handelte es sich um die beiden Reichsinstitute und das KWI für Geschichte. Die von der Akademie beautragten Vollmachten zur Übernahme erteilte die Magistratsverwaltung für Volksbildung am 23.7.1945. AAW, P 1/0, Bl. 14f. und Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 43.

Auf der Plenumssitzung am 13.12.1945 wurde über die Gründung eines Instituts für slawische Altertumskunde beraten. AAW, P 1/0, Bl. 48f.

Diesen Wunsch äußerten die Potsdamer Institute unter der Gesamtleitung von Johann Kienle und von Carl Weickert auftragsweise verwaltete Archäologische Institut des Deutschen Reiches. AAW, P 1/0, Bl. 48f. und Bestand Akademieleitung, Nr. 661, Bl. 153f.

Der Magistratsverwaltung, damals zuständig J. Naas, wurde Harnacks Brief spätestens am 5.8.1945 übergeben; der Leiter der KWG R. Havemann erhielt den Brief vom Akademiepräsidenten mit Schreiben vom 7.8.1945. BAAP, R-2 1388, Bl. 5 und AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660, Bl. 34f.

A. v. Harnack, Brief an H. Diels, »Vertraulich und sekret« vom 28.10.1912, BAAP, R-2 1388, Bl. 5ff.

ben der Akademie. Erst als Anfang 1946 immer deutlicher wurde, daß eine Stärkung der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute unter Robert Havemanns Gesamtleitung nicht zu erwarten war und eine direkte Nachfolgeeinrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit naturwissenschaftlichem Profil im sowjetischen Einflußgebiet nicht zustande kommen würde, schien nach Robert Rompe zum Wiederaufbau von naturwissenschaftlichem Forschungspotential der »Umweg über die Akademie« unumgänglich.⁵³ Im April 1946 - als bei den Alliierten Konsens über die Auflösung der KWG bestand⁵⁴ und u. a. die Kommandantur den Etat der Berliner KWI auf Null gesetzt hatte⁵⁵ aber auch gleichzeitig durch die Amtseinführung von Otto Hahn als Präsident der KWG am 1. April 1946 deutlich wurde, daß eine Nachfolgeinstitution, falls sie entstünde, von Göttingen aus gesteuerte würde - entschied die SMAD, die im sowjetischen Machtbereich (SBZ und Berlin Buch) gelegenen KWI der Akademie zu unterstellen.⁵⁶.

Die DAW war damit keinesfalls ein Import sowjetischer Wissenschaftsorganisation, sondern das Ergebnis übereinstimmender Interessenlagen und Vorstellungen von Mitgliedern der Akademie auf der einen und der SMAD mit der ihr nachgeordneten DZVV auf der anderen Seite. Gleichwohl beförderte die SMAD zwei Dinge entscheidend: Die Zentralakademie und die universelle Forschungsakademie. Letzteres indem sie ihr auch die Verantwortung für die gesamte naturwissenschaftliche Forschung übertrug, was zumindest nur auf geteilte Zustimmung stieß.

II. Die DAW in der Zeit von 1946 - 1950

Vgl. hierzu P. Nötzoldt, Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 5, 1995, S. 27-30.

Vgl. M. Heinemann, Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1949), in: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 407-408.

⁵⁵ Befehl der Alliierten Kommandantur vom 13.3.1946.

Mitteilung des damaligen Vertreters der SMAD P. I. Nikitin an den Verfasser vom 16.9.1992. Am 12. April fand eine Beratung über die "Zukunft der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft" statt. Eingeladen waren die Präsidenten von sechs Zentralverwaltungen (Volksbildung, Industrie, Handel und Versorgung, Gesundheitswesen, Energie und Brennstoffversorgung, Land- und Forstwirtschaft) und der Oberbürgermeister von Berlin. BAAP, R-2 1428, Bl. 38 und K-1 MLEF 7438, Bl. 48.

Die übereinstimmenden Interessen zwischen der Akademie und der SMAD dominierten auch in den Folgeiahren. Aus der Aktenlage entsteht der Eindruck, daß die DZVV die Akademie zu unpopulären Entscheidungen drängte oder zu drängen hatte, während die SMAD die Position des verständnisvollen Partners bevorzugte. Regelmäßig schickte der Akademiepräsident Schreiben mit Wünschen zur SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst. Deren Umfang verdeutlichen einige Schlagworte: Rückführung ausgelagerter Forschungsmittel - repräsentatives Hauptgebäude -Gründung eines Verlages - Erweiterung der Druckkapazität - Beschaffung ausländischer wissenschaftlicher Literatur - Auf- und Ausbau von Institutsgebäuden - Besoldungswünsche - Kuraufenthalte - Lebensmittelzuweisung - Bereitstellung von Dienstfahrzeugen - Genehmigung von Häusern für Mitarbeiter - bis hin zur Grundsatzfrage, die Akademie aus der Zuständigkeit der DZVV zu entlassen und sie direkt der im März 1948 geschaffenen Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 57 zu unterstellen. (Nach der Gründung der DWK hieß die DZVV nur noch DVV - Deutsche Verwaltung für Volksbildung.) »Es ist mir ein Bedürfnis, Herr Marschall, mich über alle die Fragen mit Ihnen zu besprechen und zu beraten, um die weitere Entwicklung in der richtigen Weise voranzubringen.« - so beendete der Akademiepräsident seine Schreiben an die SMAD und so wurde dann wohl auch verfahren. 58 Die SMAD erfüllte der Akademie nahezu alle Wünsche, ohne vordergründig auf Veränderungen an der Institution zu drängen. Sie bewirkte jedoch Veränderungen durch die Angliederung von Forschungseinrichtungen, und sie schuf Voraussetzungen, die auf eine Erweiterung der Gelehrtengesellschaft zielten.

Die Forschungseinrichtungen entstanden an der DAW auf drei Wegen:

- 1. durch Angliederung bestehender Einrichtungen,
- 2. durch die Umwandlung bestehender Kommissionen und
- 3. durch Neugründungen.

Die Vorgehensweise der Akademie entsprach zunächst dem bereits in der Denkschrift von 1930 von den Mitgliedern bestätigten Weg: »Die Akademie ist der Ansicht, daß an der Organisation durch Kommissionen festgehalten werden muß für solche Unternehmungen, die beschränkteren

Nach der Gründung der DWK wurden die meisten Zentralverwaltungen in diese als Hauptverwaltungen eingegliedert. Selbständig blieben die Deutschen Verwaltungen für Inneres. Gesundheitswesen, Volksbildung und Justizwesen.

Neben den Schreiben von Ende 1945 existieren solche Bittschreiben vom 12.2.1947, 1.6. und 15.6.1948, 23.4.1949. AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 660 · 662.

and all heigh

Umfangs sind oder die voraussichtlich in einer bestimmten Zeit zum Abschluß gelangen. Dagegen hält sie es für richtig, für dauernde umfassende Unternehmungen die Form des Instituts zu wählen, an dessen Spitze ein von der Akademie aus ihren Mitgliedern gewählter Direktor steht.«⁵⁹ Das Problem wird sofort deutlich. Institute sollten nur gegründet werden, wenn ein dafür ausgewiesener Gelehrte der Akademie angehörte oder wenn ein geeigneter Wissenschaftler für eine Zuwahl in die Akademie in Frage kam. Bei Institutsgründung nach 2. und 3. ließ sich dies weitestgehend realisieren, was aber nicht genauer betrachtet werden soll. Generell bedeutete das allerdings in den ersten Jahren der DAW eine zweifache Einschränkung aus der inneren Sicht: Erstens galt es Rücksicht auf mögliche Interessen der nicht in Berlin anwesenden Mitglieder zu nehmen und zweitens erlaubten die begrenzte Stellenzahl der Akademie und der begrenzte Kandidatenkreis keine beliebige Ausdehnung auf ein breites Forschungsspektrum. Das entsprach aber weder den Interessen der deutschen Administration, die das Potential der Akademie für den Wiederaufbau im weitesten Sinne nutzen wollte, noch denen der SMAD, deren erstes Ziel es blieb, eine große und attraktive Forschungsstätte für ganz Deutschland zu schaffen. Die deutschen Behörden forderten von der DAW ständig die Gründung neuer Einrichtungen und die SMAD gliederte ihr bereits bestehende - oft auch von ihr gegründete oder genutzte⁶⁰ - Institutionen an. So betrachtete die SMAD die DAW als ein Sammelbecken für wissenschaftliche Institutionen und verfügte zugleich über die notwendige Entscheidungsgewalt gewünschte Erweiterungen vorzunehmen. »Im Rahmen der Akademie konnte jedes beliebige Institut finanziert werden. Ein eigenständiges Institut zu gründen war dagegen außerordentlich schwierig.«⁶¹ Die DZVV drängte stärker auf einen gezielten Ausbau der DAW, um »die Verbindung der wissenschaftlichen Arbeit mit den praktischen Notwendigkeiten beim Wiederaufbau« zu verstärken. 62 Jedoch stießen Wünsche

Denkschrift der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Erweiterung ihrer Tätigkeit, gekürzt in: W. Hartkopf / G. Wangermann, a. a. O., S. 303.

Bei etwa 50% der Angliederungen handelte es sich um Einrichtungen, die von sowjetischen Dienststellen gegründet worden waren oder von entsprechenden Forschungsaufträgen lebten und nun von jenen Stellen nicht mehr weiter finanziert wurden: Optisches Laboratorium, Laboratorium für Gasentladungsphysik, Institut für Medizin und Biologie, Heinrich-Hertz-Institut, Institut für Festkörperforschung, Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge Paulinenaue.

⁶¹ P. Nikitin, Mitteilung an den Verfasser vom 26.9.1992.

Vgl. Aktennotiz über die Aussprache des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung am 12.3.1948, (gez. Wandel), AAW, P 2/1.

der deutschen Administration, »Landwirtschaftswissenschaftler zu wählen« (Februar 1947), ein »Institut für Bauwesen« zu gründen (März 1947) und ebenfalls ein »Institut für Erziehungswissenschaften« (Mai 1947), zunächst auf wenig Resonanz. 63 Im Frühjahr 1948 forderte der Präsident der DZVV schließlich personelle Veränderungen in der Gelehrtengesellschaft, um die gewünschte Verbreiterung der Forschungsbasis durchzusetzen. Die neuen Aufgaben hielt er nur für lösbar, »wenn das Plenum der Akademie die richtige Zusammensetzung aufweist«, wobei die erörterte Liste der zu besetzenden Stellen verdeutlicht, daß dies auf eine wesentliche Erweiterung der an der Akademie vertretenen Disziplinen in Richtung Naturwissenschaften und Technik zielte. Das Problem erlangte schon deshalb besonders Aktualität, weil die Akademie zwar die namhaftesten deutschen Naturwissenschaftler zu ihren Mitgliedern zählte, diese aber - bis auf ganz wenige Ausnahmen - nicht nach Berlin zurückgekehrt waren. Im Präsidium der DAW herrschte Klarheit über die Konsequenzen der anstehenden Entscheidung: »Entweder man gehe von den notwendigen Aufgaben aus, dann bedeutet dies, daß man bei dem heutigen Kräftemangel bescheidenere Ansprüche stellen müsse; oder man versuche, den Maßstab bei der Wahl möglichst unabhängig von den heutigen Umständen zu halten, dann sei der Kreis der zur Wahl kommenden klein, und es seien nicht für alle Aufgaben Mitglieder zu finden. Beide Entscheidungen seien möglich, sie würden natürlich zu Unterschieden im Charakter der Akademie führen.« Das Präsidium der DAW entschied im Frühjahr 1948, »daß die Aufgaben, die den Arbeitsbereich der Akademie erweitern werden, in ihrem Rahmen Aufnahme finden sollen.« 64 Schließlich wollte die Gelehrtengesellschaft eine Spitzenposition in der deutschen Wissenschaftsorganisation, und jede Neugründung bildete eine potentielle Gefahr, wie die Geschichte gelehrt hatte.

Die deutschen Politiker dürften die Ankündigung des Akademiepräsidiums eher skeptisch oder auch nur realistisch beurteilt haben, denn innerhalb der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) entstand in der Folgezeit mit dem Amt für Wissenschaft und Technik ein Konkurrenzunternehmen, daß die Steuerungsfunktion der Gelehrtengesellschaft im naturwissenschaftlich-technischen Bereich ersetzen konnte. Das Amt verfügte

Vgl. entsprechende Protokolle der Plenumssitzungen, AAW, P 1/1.

Zitate aus: Aktennotiz über die Aussprache des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung am 12.3.1948, (gez. Wandel), AAW, P 2/1.

automore more w

über die notwendigen Finanzen, um Forschungsaufträge an Akademieinstitute zu erteilen und Institute außerhalb der Akademie zu gründen. Es sperrte der Akademie bereits zugesagte Mittel, wenn es z. B. den Aufbau chemischer Institute außerhalb der DAW durchsetzen wollte. Selbst die Ausgliederung bereits bestehender Forschungseinrichtungen aus der Akademie blieb kein Tabuthema. Forschung hatte der wirtschaftlichen Stärkung der SBZ/DDR zu dienen, und sie sollte sich an den Volkswirtschaftsplänen orientieren.

Dieses Ziel konnte jedoch erst nach der Gründung der DDR mit Nachdruck angegangen werden, denn die SMAD verfolgte andere Pläne mit der DAW. Die wurden im Zusammenhang mit der von der SMAD initiierten und gegen den Willen »bestimmter deutscher Kreise«65 durchgesetzten »Kulturverordnung«66 erneut besonders deutlich. Die starken Bedenken aus der deutschen Administration konnten neben den übergeordneten politischen Gesichtspunkten der SMAD nicht bestehen. Ende 1948 verlangte der Politische Berater Semjonow - inzwischen auch Stellvertreter des Au-Benministers und Botschafter der UdSSR in Deutschland - genaue Listen, »wer von den Professoren und Dozenten und aus welchem Grund die sowietische Zone verlassen hat«. Um den Strom zu stoppen, entstanden die Festlegungen der Kulturverordnung vom Frühjahr 1949 - so die Erinnerungen der befragten SMAD-Mitarbeiter und weiter: »Das Jahr 49 nimmt in der Besatzungspolitik der Sowjetunion eine besondere Stellung ein. Es ging auf die Spaltung Deutschlands zu. Und in dieser Zeit bemühte sich die sowietische Besatzungsmacht, verschiedene Tatsachen zu schaffen. die darauf gerichtet waren, eine große Rolle zu spielen in einem einheitlichen deutschen Staat. Und gerade auf dem Gebiet der Wissenschaft haben wir das Problem diskutiert, daß hier ein Organ geschaffen werden muß, das genug stark ist, um Anspruch zu erheben im einheitlichen Deutsch-

Mitteilung von P. Nikitin an den Verfasser am 16.9.1992, die auch durch andere Quellen gestützt wird: Der DVV war der Kreis der Begünstigten zu groß und sie versuchte die "künstlerische Intelligenz" auszuschließen. Die DWK sah Probleme bei der Finanzierung der Maßnahmen und schränkte die Vorhaben sofort nach der Gründung der DDR wieder ein.

Die vollständige Bezeichnung für die (1.) Kulturverordnung ist: Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben, in: Zentralverordnungsblatt vom 21,4.1949, Teil I (1949), Nr. 28.

land, eine Rolle auf dem Gebiet der Wissenschaft zu spielen.«⁶⁷ Der ursprüngliche sowjetische Entwurf der Kulturverordnung beinhaltete folgerichtig: »Die Deutsche Akademie der Wissenschaften [wird] in das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands umgestaltet.«⁶⁸ Der endgültige Gesetzestext der DWK hingegen verzichtete bereits auf den gesamtdeutschen Anspruch und formulierte als Ziel, die Umgestaltung der DAW »zu einem leistungsfähigen Zentrum für die Forschungsarbeit«.⁶⁹

Verkündet wurde der Inhalt der Kulturverordnung auf einem »Empfang von Gelehrten am 23. März 1949 durch den Botschafter der Sowjetunion, Herrn Semjonow« als »Plan zur Förderung der Wissenschaften.« Geladen waren die Leitung der DAW sowie »Vertreter der Universitäten, der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und demokratischer Organisationen.« Auch die Verordnung selbst ließ keinen Zweifel zu, wo die »führende deutsche Intelligenz« Unterstützung zu erwarten hatte. Nachdem die »Organe der sowjetischen Besatzungsmacht ... diese Fragen mit der Intelligenz und den fortschrittlichen Arbeitern erörtert« hatten, wurden die DWK und die DVV mit der Realisierung »beauftragt«, ist dort festgehalten. Die Vorgehensweise der SMAD läßt gleichzeitig erahnen, welche Widerstände gegen die mit der Verordnung verbundene Privilegierung der Intelligenz existierten - sowohl in den deutschen Verwaltungen wie auch weiten Kreisen der Arbeiterschaft. Die Vorgehensweise der SMAD läßt gleichzeitig erahnen, welche Widerstände gegen die mit der Verordnung verbundene Privilegierung der Intelligenz existierten - sowohl in den deutschen Verwaltungen wie auch weiten Kreisen der Arbeiterschaft.

⁶⁷ L Bejdin, Antwort auf eine Frage des Verfassers zum Engagement W. Semjonows bei der Kulturverordnung, in: Protokoll des Kolloquiums Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD, 31.8.- 5.9.1992 in Gosen, 5. Tag, S. 63.

Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30/31.3.1949. S. 6.

Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben, in: Zentralverordnungsblatt vom 21.4.1949, Teil I (1949), Nr. 28, S. 230.

Vgl. Bericht des Akademiepräsidenten auf der Plenumssitzung am 23.4.1949, AAW, P 1/1.

Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Vorlage zur Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone am 30/31.3.1949, S. 3.

Vgl. hierzu auch I.-S. Kowalczuk, Volkserhebung ohne »Geistesarbeiter«?. Die Intelligenz in der DDR, in: ders., A. Mitter und St. Wolle (Hrsg.), Der Tag X - 17. Juni 1953, Berlin 1995, S., 137-139.

tali a anana a 🗷

Für die Akademie waren folgende Veränderungen vorgesehen: Die Zahl der Ordentlichen Mitglieder sollte von 60 auf 120 erhöht und die Anzahl der Klassen auf sechs vermehrt werden:

- 1. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse
- 2. Klasse für Sprachen, Literatur und Kunst,
- 3. Klasse für Gesellschaftswissenschaften
- 4. Medizinische Klasse
- Landwirtschaftliche Klasse
- 6. Klasse für Technik.

Der Etat der Akademie wurde beträchtlich vergrößert. Sie erhielt den Forschungsstätten-Komplex Berlin-Adlershof, das Gebäude der früheren Preußischen Staatsbank am Gendarmenmarkt, das Gut Paulinenaue und das Gut Gatersleben. Zum Ausbau und zur Errichtung von Gebäuden konnte sie zusätzlich 3 Millionen DM-Ost in Anspruch nehmen. Für ihre Veröffentlichungen wurden der Akademie jährlich 250 Tonnen Papier zugeteilt, ferner erhielt sie einen Geldzuschuß für den Druck wertvoller Literatur. Hinzu kamen für die Mitglieder eine Verdopplung der Akademiebezüge von jährlich 6.000 auf 12.000 DM-Ost sowie die Gewährung von Krediten für den Bau von Eigenheimen. Akademiemitglieder, Institutsdirektoren und Abteilungsleiter konnten Zusatzgehälter beanspruchen, falls sie mehrere Ämter bekleideten, z. B. auch an der Universität tätig waren. Für herausragende wissenschaftliche Leistungen war die Ausschüttung von Nationalpreisen mit Dotierungen bis zu 100.000 DM-Ost vorgesehen.⁷³

Die Mitglieder der DAW stimmten den Vorschlägen und der damit verbundenen Reorganisation der Institution am 21. April 1949 zu. »Es ist besonders bemerkenswert und erfreulich, daß der schließliche Beschluß über diese Neuorganisation der Akademie einstimmig gefaßt wurde«, schrieb der Akademiepräsident an Semjonow. ⁷⁴ Wie weitgehend und unverändert die Interessen der SMAD und der DAW übereinstimmten, zeigt die Feststellung von Akademiemitglied Kienle, »dass die jetzt zur Aussprache

J. Stroux, Bericht an W. Semjonow arn 23.4.1949, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

J. Stroux, Mitteilung des Präsidenten auf der außerordentlichen Plenumssitzung der DAW am 26.3.1949, in: Bericht von J. Naas laut Protokoli, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

gebrachten Ideen schon 1946 der Kern der Fragen über die Entwicklung der Akademie gewesen seien«. 75

Wie angedeutet realisierte die erste DDR-Regierung die Beschlüsse der Kulturverordnung bezüglich der Akademie nur halbherzig. Bereits wenige Wochen nach der Gründung der DDR wurden die Haushaltsmittel für die Akademie für das Jahr 1950 um ca. ein Drittel gekürzt. 76 Anders als die SMAD konnte sich die neue Regierung nicht nur als großzügiger Förderer der deutschen Wissenschaft präsentieren, denn sie hatte ja von der gleichen Besatzungsmacht auch den Auftrag erhalten, die Überlegenheit des sozialistischen Systems auf deutschen Boden zu demonstrieren und dies unter dem enormen Druck des unmittelbaren Wettbewerbs mit dem anderen Teil Deutschlands. Immerhin mußten für den Ausbau Akademie in der Ära der SMAD zur politischen »Verhandlungsmasse« 77 enorme Geldmittel eingesetzt werden: Haushaltsmittel: 905.000 RM (1946), 4.104.000 RM (1947), 6,476,000 DM-Ost (1948), 8,416,000 DM-Ost (1949); zusätzlich von 1946-1950 Investitionsmittel in Höhe von 14.298.000 DM-Ost. ⁷⁸ Die Kürzung wurde zwar wegen des bevorstehenden 250jährigen Akademiejubiläums, bei dem sich der Staat als Förderer der Wissenschaft präsentieren wollte⁷⁹, nicht wirksam und durch die zweite Kulturverordnung vom März 1950 erhielt die Akademie sogar weitere Mittel, aber die DDR-Regierung setzte nun andere Schwerpunkte. Exakt das 10-fache der Akademiemittel, immerhin 50.000.000 DM-Ost sah diese Verordnung für den Aufbau von Forschungsinstituten außerhalb der Akademie vor. 80

A.Z. (Az...). **3**

Vgl. H. Kienle, Diskussion außerordentlichen Plenumssitzung der DAW am 26.3.1949, in: Bericht von J. Naas laut Protokoli, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

Vgl. Beschwerdebrief von J. Stroux an Minister P. Wandel von Anfang 1950, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662. Am 15.11.1949 waren wegen Sparaufforderungen bereits 37 Kündigungen ausgesprochen worden. Vgl. Plenumssitzung vom 18.11.1949, AAW, P 1/1.

Vgl. I. Bejdin, Protokoll des Kolloquiums Hochschul- und Wissenschaftspolitik der SMAD, 31.8.- 5.9.1992 in Gosen, 5. Tag, S. 63.

Angaben aus: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946 - 1956, Berlin (Ost) 1956, S. 65 sowie Jahrbuch der DAW 1946 - 1949, S. 53.

Vgl. Beschluß der Regierung der DDR vom 2,3,1950, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 28 vom 23,3,1959. Nach einer Vorabsprache des Präsidium der DAW am 11,2,1950 mit W. Semjonow wurde festgelegt: »Die Feier des 250jährigen Bestehens der DAW am 11,7,1950 ist zu einer Nationalfeier und eindrucksvollen Kundgebung zu gestalten, die die fördernde Stellung der DDR zur Wissenschaft und die enge Verbindung der deutschen Wissenschaft mit dem Volke zum Ausdruck bringt.«

Vgl. Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz vom 16.3.1950, Gesetzblatt der DDR, 1950, Nr. 28, S. 185ff. Aufgebaut

Außerdem hatte der Akademiepräsident wohl auch erst 'die sowjetischen Freunde in Karlshorst' bemühen müssen, um die Kürzung zu vermeiden, wie der Abschluß seines Protestbriefes wegen der Kürzungen an Minister Paul Wandel verdeutlicht: »Mit Rücksicht auf die der Akademie jeher seitens der SMAD zuteilgewordenen Förderung und mit Rücksicht darauf, dass die Sowjetische Kulturkommission [Kontrollkommission] auch weiterhin sehr großes Interesse an den Aufgaben und der Entwicklung der Akademie nimmt, habe ich nach Karlshorst eine Abschrift vorstehenden Schreibens mit der Bitte um Unterstützung meiner Bemühungen, die Akademie zum grössten Forschungszentrum Deutschlands auszubauen, eingereicht.«⁸¹

Schlußbetrachtung:

Die Vorstellung der SMAD, die DAW zu einer attraktiven gesamtdeutschen Forschungszentrale auszubauen - ein Ziel, das die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Akademie unterstützte -, erwies sich als nicht realisierbar.

Die Gelehrtengesellschaft ging diesen Weg nicht. Der erhoffte Rückstrom von Mitgliedern nach Berlin blieb nämlich aus. Nach 1945 gab es zwar neun Rückkehrer, aber gleichzeitig verließen bis 1948 elf Mitglieder die Stadt. Die Zuwahlen von neuen OM waren durch den begrenzten Kandidatenkreis sehr eingeschränkt, zumal Wahlvorschläge aus den westlichen Besatzungszonen - trotz mehrfacher Aufforderung seitens der DAW - die große Ausnahme blieben. Im Jahre 1949 erschien, nachdem 1946 und 1947 neun neue Mitglieder zugewählt worden waren, eine weitere »Auffrischung so gut wie unmöglich«. 82 Von den 60 neuen Stellen, die die Kulturverordnung der Akademie genehmigte, konnten nur 27 (45%) besetzt werden. Insgesamt wurden 1949 in zwei Schüben (vor und nach der Kulturverordnung) 44 neue Mitglieder gewählt, darunter 20 aus Berlin, 20 aus der SBZ aber nur 4 aus den Westzonen. Die gesamtdeutsche Akademie war damit fast ausschließlich das Ergebnis einer traurigen Vorkriegsentwicklung und einer ebenso traurigen Nachkriegszeit, in der we-

werden sollten Forschungsinstitute für: Eisen und Stahl, Nichteisenmetalle, magnetische Werkstoffe, Baustoffe, Wärmetechnik, Schweißtechnik, angewandte Silikatforschung, Katalyseforschung, Strahlungsquellen, Fernmeldetechnik.

Vgl. Beschwerdebrief von J. Stroux an Minister P. Wandel von Anfang 1950, Durchschrift ohne Datum, AAW, Bestand Akademieleitung, Nr. 662.

F. Hartung, Brief an E. Spranger vom 18.1.1949, BA Koblenz, NL Spranger, Nr. 186, zitiert bei P. Th. Walther, a. a. O., S. 30.

nige Mitglieder zurückkamen aber gleichzeitig nicht wenige der SBZ/DDR den Rücken kehrten.

Für die Forschungseinrichtungen läßt sich Ähnliches resümieren, auch wenn eine differenzierte Betrachtung, etwa bei den traditionellen geisteswissenschaftlichen Unternehmungen, partiell ein anderes Bild zeichnet. Jahrelang bemühten sich die in Berlin anwesenden Wissenschaftler und die Administration, Wissenschaftler in die Stadt zu holen, jedoch mit sehr wenig Erfolg. »Den Nicht-Pg's kann sofort geholfen werden, wenn sie sich entschliessen hierher zu kommen. Aber auch von den anderen möchten wir uns gern eine Übersicht verschaffen, um im geeigneten Moment helfen zu können«, schrieb Friedrich Möglich im bereits Februar 1946 an seinen Lehrer Max von Laue, 83 Doch selbst wenn, wie auf dem Gebiet der Physik »die gut dotierten wissenschaftlichen Institute des Ostens« vom Westen aus durchaus registriert wurden, »will kaum jemand ... in den Sowiet-Sektor. ... [Es] schien eher die entgegengesetzte Tendenz manchmal recht deutlich«, stellte Ernst Brüche, Herausgeber der Physikalischen Blätter, 1950 nach einem Besuch Ostberliner Institute heraus. 84 Gespräche über Arbeitsmöglichkeiten im Osten, bis hin zu konkreten Berufungsverhandlungen gab es zwar nicht wenige, aber erfolgreich endete dies selten. »Es ist fast zur Regel geworden, dass Kollegen aus dem Westen unsere Berufung nur dazu benutzen, um ihre Stellung im Westen zu verbessern«85, so Wolfgang Steinitz ebenfalls 1950. Erfolgreiche Bemühungen mit unmittelbaren Auswirkungen für die Akademie, insbesondere für den Aufbau und für die Leitung von Forschungsinstituten, blieben selten. Der Romanist Werner Krauss (OM 1949) und der Physiker und spätere Akademiepräsident Walter Friedrich (OM 1949) blieben Ausnahmen.86

Entgegen den Vorstellungen der SMAD - wie sie sich ohne Auswertung der noch geschlossenen russischen Archive darstellen - war die Akademie

Der Physiker Friedrich Möglich arbeitete seit der Gründung der DZVV zunächst hauptamtlich, nach der Berufung zum Professor an der Berliner Universität als Konsultativreferent mit Robert Rompe für diese Einrichtung. Brief an Max von Laue vom 5.2.1946 im Familienbesitz bei M. Möglich.

E. Brüche, Ein Besuch in Berlin, Physikalische Blätter 1950, Heft 6, S. 407.

W. Steinitz, Notiz vom 11.5.1950 im Zusammenhang mit Berufungsverhandlungen von H. Papaiewski (Köln), AAW, NL W. Steinitz, Nr. P.

Bs gibt einige weitere Wissenschaftler, die ebenfalls von West nach Ost wechselten, zunächst an Universitäten der SBZ/DDR Karriere machten und später Mitglieder der Akademie wurden, z. B. Werner Hartke (OM 1955), 1948 von Göttingen nach Rostock, Präsident der DAW von 1958 bis 1968.

bereits im ersten Jahr der DDR ein »Organ« des ostdeutschen Teilstaates geworden. »Zentrale und höchste wissenschaftliche Körperschaft unserer Republik« hieß die Aufgabenstellung für die Akademie in der DDR. 87 Die SMAD hatte aber die Entwicklung der DAW in einer ganz anderen Weise beeinflußt, die letztendlich dazu führte, daß auch ihre Stellung als höchste wissenschaftliche Körperschaft der DDR in Gefahr geriet und 1957 dann für die gesamte naturwissenschaftliche, technische und medizinische Forschung - ca. zwei Drittel des Forschungspotentials - auf einen neugegründeten Forschungsrat der DDR überging. Die von ihr forcierte und von der Akademieführung mehrheitlich auch gewiinschte stürmische Verbreiterung vor allem des naturwissenschaftlichen Forschungspotentials sprengte die Vorstellungen von 1930 über den Aufbau eigener Forschungsinstitute der Akademie ganz wesentlich. Das Ergebnis war, daß bereits um 1950 ein Konfliktfeld zwischen Forschungsinstituten mit Vertretung in der Gelehrtengemeinschaft und solchen ohne existierte. Die Geisteswissenschaften, die auf traditionelle Akademielinien aufbauen konnten, betraf dies kaum. Die Natur- und Technikwissenschaftler sahen aber die Gelehrtengesellschaft nicht als die geeignete Interessenvertretung für ihre Fachgebiete, selbst dann noch, als ihre wichtigsten ostdeutschen Repräsentanten in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in die Gelehrtengesellschaft aufgenommen worden waren. Sie beendeten aber 1957 den »Umweg über die Akademie« beim Aufbau ihrer Forschungseinrichtungen selbst, indem sie eine von der Gelehrtengesellschaft nahezu völlig unabhängige »Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Akademie« gründeten - ausdrücklich »ähnlich wie die frühere Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder die Max-Planck-Gesellschaft in der Bundesrepublik aufgebaut«.88

Vgl. P. Wandel, Ansprache des Ministers f
ür Volksbildung und damaligen Dienstherren der DAW zum Akademiejubil
äum 1950, in: Jahrbuch der DAW 1950-1951, S. 58 sowie Aufgaben und Ziele, in: Nacht-Express vom 10.7.1950.

Vgl. H. Wittbrodt, vertraulich an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED Anfang Dezember 1956: Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlichtechnischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, SAPMO ZPA, IV 2/9.047372, Bl. 118-120. Die Vorstellungen wurden auf der Sitzung der Klasse Mathematik, Physik und Technik am 15.11.1956 beraten.

Werner Scheler

Die Akademie und die naturwissenschaftlich-technische Forschungspolitik der DDR

- Bemerkungen zur Entwicklung bis 1957 -

In den vorausgegangenen Beiträgen über die Wiedereröffnung und die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bereits auf den grundsätzlichen Wandel gegenüber der vormaligen Preußischen Akademie hingewiesen, der mit der Zuordnung und Gründung von Forschungsinstituten einsetzte. Die traditionelle Gelehrtengesellschaft mit ihren vorrangig geisteswissenschaftlichen Unternehmungen mußte sich in der Folge mit einer neuen Aufgabe befassen, der wissenschaftlichen Betreuung und Organisation eines schnell wachsenden naturwissenschaftlich-technischen Forschungspotentials. Im ersten Jahr nach ihrer Wiedereröffnung gehörten bereits 13 einschlägige Forschungseinrichtungen zur Akademie:

- Ein astrophysikalisches Observatorium und zwei Sternwarten,
- ein geodätisches Institut, ein Institut für Erdbebenforschung und das im Aufbau befindliche geotektonische Institut,
- das Heinrich-Hertz-Institut f
 ür Schwingungsforschung,
- ein Forschungsinstitut f
 ür Mathematik,

- ein Laboratorium für Gasentladungsphysik sowie
- die Institute f\u00fcr Festk\u00f6rperforschung, f\u00fcr Bauwesen, f\u00fcr Medizin und Biologie sowie das Institut zur Steigerung der Pflanzenertr\u00e4ge

Bereits 1948 kommen vier weitere Institute hinzu, und der Ausbau der naturwissenschaftlich-technischen Forschung setzt sich auch nach Gründung der DDR im Jahre 1949 zügig fort. Hat zu Beginn das fachliche Profil dieses Potentials noch weitgehend akzidentellen Charakter, resultieren spätere Gründungen von Arbeitsstellen und Instituten vermehrt aus Forderungen der Wirtschaft bzw. sie beginnen, die großen Lücken im Forschungsprofil zu schließen.

Jedem Kenner forschungspolitischer Prinzipien erscheint es selbstverständlich, daß ein solcher Ausbau der Forschung in der Akademie nicht ohne Bezug und in Wechselwirkung zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld erfolgen konnte und würde. Ganz gleich, wie man dazu steht, daß sich die Akademie 1946 für einen Weg zu einer Forschungsinstitution entschied und ihre Beschränkung auf eine reine Gelehrtengesellschaft aufgab, Tatsache ist, daß sie damit aus einer eher peripheren Position im Wissenschaftsgefüge in einen Brennpunkt der staatlichen Forschungspolitik rückte, dieser unterworfen war.

Mich sollen hier nicht das Wenn und Aber, nicht die Hintergründe einer solchen Entscheidung interessieren, vielmehr das Wie der Akademieentwicklung im Wechselspiel mit den politischen und wirtschaftlichen Prozessen im Nachkriegsdeutschland und dann in der DDR. Vorweg drei Feststellungen, die ich für den Weg der Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg für bestimmend ansehe:

- 1. Der Werdegang der Akademie nach 1945 reflektiert in spezifischer Weise die außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Vorgänge im besetzten und in Besatzungszonen geteilten Nachkriegsdeutschland und dann in der DDR. Mit der Option einer gesamtdeutschen Institution angetreten, wird sie in das Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und den westlichen Siegermächten einbezogen, und sie entwickelt sich im Zuge dieses Konfliktes und der daraus erwachsenden deutschen Zweistaatlichkeit zur Wissenschafts- und Forschungsakademie der DDR.
- 2. Die Wirtschaftspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und dann der DDR sieht sich angesichts der immensen Kriegszerstörungen und durch die Trennung von der westdeutschen Schwer- und Verarbeitungsindustrie sowie durch den Verlust der Gebiete östlich von Oder und Neiße schwierigen Herausforderungen gegenüber. Sie orientiert sich vorrangig auf:
- Die Erkundung und Erschließung eigener Ressoucen und Kapazitäten für den Aufbau einer eigenen Grundstoff- und Energiewirtschaft (Braunkohle, Mineralien, Erze etc.),
- die Schaffung neuer und den Wiederaufbau der verarbeitenden Industriebetriebe,
- die Entwicklung der Bauwirtschaft zum Wiederaufbau der Städte und Betriebe.

- die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und die Befriedigung des Bevölkerungsbedarfs (Lebensmittel, Kleidung, Heizung etc.),
- · den Wiederaufbau der Infrastruktur,
- die Erschließung des geistigen Potentials der Menschen, Förderung von Bildung, Forschung, Wissenschaft, Kultur.
- 3. Die Bedürfnisse der Wirtschaftsentwicklung und des gesellschaftlichen Aufbaues werden zur zwingenden Determinante der Wissenschafts- und Forschungspolitik in der SBZ/DDR und damit auch für die naturwissenschaftliche und technische Forschung in der Akademie.

Wie vollzieht sich nach 1945 das Wechselspiel zwischen zentraler Forschungspolitik und Akademie?

Bereits wenige Monate nach Kriegsende veranlaßt die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) für ihre Besatzungszone die Bildung Deutscher Verwaltungen, so u.a. für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Kultur am 13.9.1945 [1] die Deutsche Verwaltung für Volksbildung unter Paul Wandel. In ihre Zuständigkeit fällt auch die Preußische Akademie.

Wandel wird am 16.4.1946 (siehe [2]) von der Abteilung Volksbildung der SMAD aufgefordert, bis zum 1.5.1946 den Plan der Forschungsarbeiten der Berliner Universität und den Arbeitsplan der seiner Verwaltung zugeordneten wissenschaftlichen Forschungsinstitute einzureichen. In einem umfangreichen Schriftstück vom 3.9.1947 übergibt die Deutsche Akademie der Wissenschaften, Abteilung mathematisch-naturwissenschaftliche Institute, die detaillierten Forschungspläne der Institute in deutsch und russisch (siehe [2]). Sie vermitteln einen aufschlußreichen Einblick in die wieder in Gang kommende Forschung. - Auf die einzelnen Themen kann ich hier nicht eingehen.

Mit der Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in der SBZ im Juni 1947 [3] und mit der Erweiterung ihrer Vollmachten Anfang 1948 [4] werden die Bestrebungen forciert, den Aufbau und planmäßigen Ausbau der Wirtschaft durch geeignete Forschungsarbeiten zu unterstützen. Die akademischen Einrichtungen werden angehalten, in ihrer Forschung eng mit der Produktion zu kooperieren. Ich verweise in diesem Zusammenhang u.a. auf das Treffen des Präsidiums der Akademie mit Paul Wandel am 12. März 1948 [5], über das in den vorausgegangenen

V-2022-1-40-- **±**

Vorträgen berichtet wurde, und in dem Probleme des zukünftigen Profils der Akademie und der Verbindung der Wissenschaft mit den praktischen Aufgaben des Wiederaufbaues zur Diskussion stehen. Dem gleichen Anliegen dient Ende 1948 [6] das Ersuchen des Vorsitzenden der DWK, Heinrich Rau, an die Akademie, bei der Durchführung des "Deutschen Zweijahresplanes" mitzuwirken und dabei die Zusammenarbeit mit der volkseigenen Industrie zu pflegen. Am 28.3.1949 [7] berät das Sekretariat des ZK der SED über die Vorbereitung von "Richtlinien über die Aufgaben der Forschung bei der Akademie der Wissenschaften, die Schaffung entsprechender Organe und ihre Zusammenarbeit mit der Abteilung Wissenschaft und Technik bei der Deutschen Wirtschaftskommission". Und am darauffolgenden Tag behandelt das Politbüro "Maßnahmen zur Förderung der Wissenschaft und zur Hilfe der Intellektuellen" [8]. Sie finden ihren Niederschlag in der Verordnung der DWK vom 31.3.1949 [9] "Über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben", die sogenannte Kulturverordnung. Die SMAD bestätigt am 2.4.1949 [10] die Verordnung, die damit rechtskräftig wird.

Für die Akademie gewinnt dieses Dokument grundsätzliche Bedeutung. Als explizites Ziel wird erklärt, die Akademie zu einem leistungsfähigen Zentrum der Forschungsarbeit auszubauen. Mit der Verordnung und den vorausgehenden wissenschaftspolitischen Entscheidungen wird offenkundig, daß die Akademie schon Ende der 40er Jahre die Schwelle von der herkömmlichen Gelehrtengesellschaft hin zu einer Wissenschafts- und Forschungsinstitution überschritten hat, die sich in den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Landes eingliedert.

Die Verknüpfung von Forschung und Produktion ist permanentes Anliegen der DWK. Dem entspricht ein Vorschlag vom 18.3.1949 [11], für die Koordinierung der für die Wirtschaft notwendigen Arbeiten in Forschung und Entwicklung (F/E) eine zentrale Stelle für technisch-wissenschaftliche Forschung und Entwicklung zu schaffen. Hierfür wirde die Abteilung (später Hauptverwaltung, HV) für Wissenschaft und Technik der DWK gebildet. Es ist dies der erste systematische Ansatz zur zentralen Lenkung naturwissenschaftlich-technischer Forschungsarbeiten, vor allem in der Wirtschaft selbst. Gleichzeitig wird angestrebt, auch die einschlägigen Forschungen der Akademie und Hochschulen einzubinden [7]. Von Anfang an besteht somit der Wille, die akademische und die industrielle For-

schung als Einheit und in ihrer Wechselseitigkeit zu behandeln und zu lenken.

Zur Unterstützung und Beratung der HV Wissenschaft und Technik regt die DWK am 11.7. 1949 (siehe [11]) an, einen Zentralrat für Wissenschaft und Technik zu bilden. Er solle 120 Mitglieder, und zwar die besten Wissenschaftler, Ingenieure und Aktivisten der Werktätigen, umfassen. Ferner wird vorgesehen, beratende Ausschüsse beim Zentralrat zu bilden, welche den einzelnen Fachabteilungen der HV zugeordnet werden. Derartige Fachabteilungen sind zu diesem Zeitpunkt: Bergbau und Metallurgie - Maschinenbau - Elektromaschinenbau und Energie - Chemie - Fernmeldetechnik - Feinwerktechnik und Optik - Leichtindustrie - Bauwesen - Land- und Forstwirtschaft - Nahrung und Genußmittel.

Ich bringe diese Aufzählung, um zu verdeutlichen, auf welche Gebiete sich die Wirtschaftspolitik vorrangig konzentriert, und worauf sich - in ihrem Gefolge - die Forschungspolitik zu orientieren hat. Obwohl es wegen Abstimmungsfragen mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (DVV) zunächst nicht zur Bildung dieses Zentralrates kommt, erwähne ich diese Konzeption, zeichnen sich doch in ihr bereits die Konturen ab, wie sie sich später im Forschungsrat der DDR und in den Zentralen Arbeitskreisen für Forschung und Technik (ZAK) wiederfinden. Bis dahin aber durchläuft die zentrale Lenkung und Koordinierung von Forschung und Technik noch einige Etappen. - Der erwähnte Einwand der DVV bezieht sich im übrigen darauf, daß bei ihr bereits ein Wissenschaftlicher Senat bestehe, dessen Aufgaben sich partiell mit denen des vorgesehenen Zentralrates berühren würden. Hier deutet sich schon an, was sich in der Folge immer wieder in Kompetenz- und Zuständigkeitsproblemen niederschlagen wird: Die akademische Forschung befindet sich auf dem Grenzgebiet zweier Ressorts, von Bildung und Wissenschaft auf der einen und von Forschung, Technik und Wirtschaft auf der anderen Seite. Für die Gestaltung und Organisation der Forschung in den Hochschul- und Akademieeinrichtungen bleibt dieser Dualismus ein stetes Spannungsfeld.

Mit der Gründung der DDR am 9.10.1949 gehen die Verwaltungsfunktionen der SMAD auf die Regierung der DDR über. Aus der DWK formiert sich das Ministerium für Planung mit einer Hauptabteilung Wissenschaft und Technik und aus diesem 1951 die Staatliche Plankommission der DDR (SPK) mit einem Zentralamt für Forschung und Technik.

Am 27.7.1950 [12] beauftragt der Ministerrat das Ministerium für Planung zusammen mit anderen Ministerien "die Organisation der Forschung

und Entwicklung und die Struktur der Forschungs- und Entwicklungsstellen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu überprüfen und organisatorische Maßnahmen vorzuschlagen, welche eine reibungslose Durchführung der Planung von Forschung und Technik gestatten". Vorgesehen wird, auch in den nachgeordneten Bereichen Stellen für Forschung und Entwicklung einzurichten, so in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe in der Industrie und in der Landwirtschaft, in den Hochschulen und in der Deutschen Akademie der Wissenschaften. In den Ländern der DDR sollen außerdem Abteilungen für Wissenschaft und Technik werden. Ferner soll die Hauptabteilung Wissenschaft und Technik des Planungsministeriums, im Einvernehmen mit den Fachministerien, wissenschaftlich-technische Beiräte sowie eine Zentralstelle für Forschungsbedarf gründen. Daneben enthält die Verordnung eine Vielzahl weiterer inhaltlicher Orientierungen und organisatorischer Maßnahmen, so zur Registrierung der F/E-Stellen, zur Schaffung neuer wissenschaftlicher Kapazitäten, zur Beschaffung wissenschaftlicher Literatur, zur Förderung von Tagungsbesuchen, zur Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses usw.

So zeigen sich bereits im ersten Jahr der DDR bestimmende wissenschaftspolitische Aspekte:

- (1) Die Regierung betrachtet Wissenschaft und Technik als unabdingbare Grundlagen für den Aufbau und die Gestaltung der Wirtschaft.
- (2) Die Regierung orientiert sich auf eine zentrale Steuerung von Forschung und Entwicklung für die gesamte (volkseigene) Wirtschaft.
- (3) Die naturwissenschaftliche und technische Forschung der Akademie wird staatlicherseits analog wie die Industrieforschung behandelt.
- (4) Die Regierung versucht, die administrativen Elemente der Planungsund Forschungsorganisation mit einem System fach- und sachkompetenter Beratungsorgane zu verbinden.

Wie sieht es zu diesem Zeitpunkt mit dem Ausbau der Akademie aus? Hinzugekommen sind in den drei Jahren von 1948 bis 1950:

- Sechs Institute, und zwar f
 ür Faserstofforschung, f
 ür physikalische
 Hydrographie, f
 ür Kulturpflanzenforschung, f
 ür Technologie der Fasern, f
 ür anorganische Chemie und das Physikinstitut Miersdorf,
- · ein optisches Laboratorium sowie

ein Laboratorium f
ür organische Chemie.

Die Einrichtungen besitzen anwendungsbezogene Profile mit einem Kern spezifischer Grundlagenforschung. Verständlich, daß ihre wissenschaftlichen Arbeiten in die Wirtschaftsplanung einmünden.

Am 1.2.1951 [13] wird die avisierte Verordnung über die Bildung wissenschaftlich-technischer Beiräte erlassen, und am 15.2.1951 [14] folgt die Verordnung über die Registrierung der naturwissenschaftlich-technischen Forschungs- und Entwicklungsstellen. Darunter sind auch die Institute und Laboratorien der Akademie ausgewiesen. Mit der Registrierung werden die Voraussetzungen für die komplette zentrale Koordinierung der Forschung geschaffen. Und mit der Bildung der wissenschaftlich-technischen Beiräte wird vollzogen, was die DWK bereits 1949 angestrebt hatte. Die Beiräte sind dem Zentralamt für F/T zugeordnet und befinden über Teilgebiete des zentralen Forschungsplanes. Außerdem wird ein Zentralrat für Forschung und Technik konstituiert, in dem der Leiter des Zentralamts den Vorsitz führt. Aufgabe der Räte ist die Unterstützung der SPK in wissenschaftlichen und technischen Fragen entsprechend den Erfordernissen der Volkswirtschaftspläne und bei der Koordinjerung der wissenschaftlich-technischen Arbeiten. - Für den Wissenschaftshistoriker bleibt zu untersuchen, in welcher Weise der Zentralrat seinerzeit Impulse für die Wirtschaftsplanung und die korrespondierende Forschung setzen konnte.

Anfang der 50er Jahre ist die zentrale Planung der Volkswirtschaft als Grundelement der staatlichen Leitungstätigkeit bereits fest verankert. Mit dem Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950 [15] wird erstmals die Erstellung eines Planes für F/E-Arbeiten auf technischem, naturwissenschaftlichem und gesellschaftswissenschaftlichem(!) Gebiet verfügt. Begründend heißt es: "Eine geplante Forschung ist mitbestimmend für die quantitative und qualitative Entwicklung unserer Volkswirtschaft, besonders für den Außenhandel und die Lebenslage der Bevölkerung". §14(3) des Gesetzes weist die einzelnen Forschungsrichtungen aus, denen vorrangige praktische Bedeutung zugemessen wird. Exemplarisch greife ich einige Stichworte aus der umfänglichen Liste heraus: Geologische Erkundung - Entwicklung von Kraftanlagen - Fertigungstechnologie - Baustoffe - Fernmeldetechnik - Kohle- und Holzverwertung - Düngemittel - Schädlingsbekämpfung - Chemotherapeutika - Antibiotika - Krebsforschung. Bemerkenswert ist die inhaltliche Breite der für die zentrale Lenkung vorgesehenen Forschung.

Darüberhinaus sieht das Gesetz die anwendungsbezogene Forschung nicht isoliert von der Grundlagenforschung, vielmehr erklärt §14(5): "Die genannten Aufgaben der angewandten Wissenschaft lassen sich auf lange Sicht nur fortführen durch systematisches Eindringen in die naturwissenschaftlichen Grundgesetze und durch Gewinnung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse (Grundlagenforschung). Daher hat die Grundlagenforschung einen entsprechenden Platz im Forschungsplan". Offen bleibt mit dieser Formulierung indessen, in welcher Zuständigkeit und in welcher Weise die Planung der Grundlagenforschung erfolgen soll, ja, inwieweit hier überhaupt an eine enge thematische Planung gedacht ist, oder ob nicht vielmehr die Grundlagenforschung als summarische Position in den Forschungsplan verankert werden soll. Jedenfalls bleibt die Planung der genuinen Grundlagenforschung ein permanentes Problemfeld in der Akademie - von dem Widerstreit um die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Planbarkeit überhaupt bis hin zur Sinnfälligkeit späterer bürokratischer Formen, wie sie mit den Planungsstufen G, bis G₄ vom Ministerium für Wissenschaft und Technik eingeführt wurden.

Der im Gesetz erteilte Auftrag zur Forschungsplanung schlägt sich in der Verordnung vom 1.3.1950 [16] nieder. Danach werden die volkswirtschaftlich wichtigsten Forschungsvorhaben der staatlichen Einrichtungen und volkseigenen Betriebe in einen Zentralplan zusammengefaßt. Die übrigen F/E-Vorhaben werden in Instituts- bzw. Betriebsplänen festgelegt. - Der Zentralplan für F/E des Volkswirtschaftsplanes 1951 [17] weist alleine für die Akademie 63 Themen mit speziellen Forschungsaufgaben sowie Finanzmittel in Höhe von über 1,6 Mio DM aus. Die Akademie umfaßt zu diesem Zeitpunkt über 1200 Beschäftigte, darunter etwa 240 Wissenschaftler. - Der Zentralplan ist Vorläufer des späteren Staatsplanes für Wissenschaft und Technik.

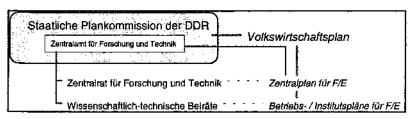


Abb. 1

Mit der Verordnung vom 16.3.1950 [18] unterbreitet die Regierung ein Programm und Maßnahmepaket, das für die Förderung der Wissenschaf-

ten nachwirkende Impulse setzt, so auch für die weitere Ausgestaltung der Akademie. Es sieht u.a. den Auf- bzw. Ausbau von Forschungseinrichtungen in der Industrie, teils auch in der Akademie, vor, die eine vorrangige Bedeutung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Ziele haben, so z. B. von Forschungsinstituten für Eisen und Stahl, für Nichteisenmetalle, für magnetische Werkstoffe, für Baustoffe, für Wärmetechnik, für Schweißtechnik, ferner Institute für angewandte Silikatforschung, für Katalyseforschung, für Strahlungsquellen, für Fernmeldetechnik. Die umfangreichen und anspruchsvollen Vorhaben werden in der Folgezeit weitgehend verwirklicht. Sie tragen zur wissenschaftlichen Fundierung und Innovation der Produktion bei.

Zwischen 1951 und 1956 bildet oder übernimmt die Akademie weitere 18 Arbeitsstellen und Institute auf naturwissenschaftlichem, technischem und medizinischem Gebiet:

- Neun Institute, und zwar für Strahlungsquellen, für Kristallphysik, für magnetische Werkstoffe, für Katalyseforschung, für organische Chemie, für angewandte Silikatforschung, für Gerätebau sowie für Mikrobiologie und experimentelle Therapie,
- sieben Arbeitsstellen, so für Tieftemperaturphysik, für Kreislaufforschung, für experimentelle und angewandte Psychologie, für Mineralsalzforschung, für praktische Geologie, für Paläobotanik und Kohlenkunde, für Komplexchemie und für Kristallstrukturanalyse, ferner,
- eine Arbeitsgruppe f
 ür vergleichende Pathologie und,
- ein Laboratorium f

 ür Kunststoffe.

Ende 1956 beschäftigt die Akademie bereits mehr als 4600 Mitarbeiter, darunter über 650 Wissenschaftler. Der überwiegende Teil ist in den angewandten Natur- und Technikwissenschaften tätig. Ausgegliedert wurden Anfang der 50er Jahre das Institut für Bauwesen und das landwirtschaftswissenschaftliche Institut in Paulinenaue.

Daß die Akademie zu einzelnen wissenschaftspolitischen Entscheidungen der Partei- und Staatsführung unterschiedliche Auffassung besitzt, zeigt sich beim Beschluß des Ministerrates vom 11.1.1951 [19] zur Bildung einer gesonderten Landwirtschaftsakademie und der damit verbundenen Auflösung der Klasse Landwirtschaftswissenschaften der Akademie [20]: "In zuständigen Kreisen der Akademie ist diese Entwicklung deswegen bedauert worden, weil die Ansicht vorherrscht, daß die Akademie auch

->21.00

bei den Anforderungen, die sich aus dem staatlichen Fünfjahrplan ergeben, durchaus zur Bearbeitung der wissenschaftlichen Probleme in ihrer ganzen Breite in der Lage gewesen wäre. In der Akademie wird es für sehr nützlich gehalten, wenn in allen Fällen, wo wissenschaftliche Aufgaben zu erledigen sind oder wissenschaftliche Einrichtungen geschaffen werden sollen, sie aufgefordert wird, sich zu dem einzelnen staatlichen Plan gutachterlich zu äußern. Auch wird in der Akademie vielfach die Ansicht vertreten, daß sie beim heutigen Stand der Entwicklung des gesamten Forschungswesens in der Deutschen Demokratischen Republik zur Bearbeitung aller vorkommenden Forschungsfragen aufgefordert werden soll, und daß nur in den Fällen, wo sie zur Erledigung der gestellten Aufgaben nicht in der Lage ist, neue Einrichtungen geschaffen werden. Auf diese Weise wird man das große fachliche Können innerhalb der Akademie und ihre Erfahrungen voll und ganz in den Dienst der staatlichen Aufgaben einbeziehen können. In der Akademie - dies sei ausdrücklich betont - herrscht volle Bereitschaft für die Erledigung aller staatlichen Probleme auf wissenschaftlichem Gebiet".

Bietet sich die Akademie einerseits an, notwendige Forschungsgebiete selbst zu entwickeln und anfallende Forschungsaufgaben zu übernehmen. wachsen andererseits unter den Wissenschaftlern und in der Leitung der Akademie die Befürchtungen, daß durch die zentrale Forschungsplanung die Eigenverantwortlichkeit der Akademie für die von ihr betriebene Forschung eingeschränkt oder gar beseitigt würde. Diese Bedenken führen zu einer ernsten Kontroverse mit dem Zentralamt für F/T. Das veranlaßt den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 29.11.1951 zu einer klärenden Aussprache mit beiden Partnern, und in einem Schreiben an den Akademiepräsidenten [21] stellt er daraufhin fest: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin sei die höchste wissenschaftliche Institution, die sich in die Plangrundlagen des Staates eingliedern müsse. Die Schwerpunkte der Grundlagenforschung lägen bei der Akademie, die Schwerpunkte der Industrieforschung aber beim Zentralamt für Forschung und Technik. Die Institute der Akademie blieben unangetastet. Die Akademie sei aber hinsichtlich der Plandisziplin der Zuständigkeit der Staatlichen Plankommission wie jede andere staatliche Stelle unterstellt. Die Akademie habe das Recht, Gebiete wissenschaftlicher Forschung für sich in Anspruch zu nehmen. Bei Einspruch der Staatlichen Plankommission im Einzelfall entscheide der Ministerrat.

Mit diesem Bescheid und Entscheid zeichnet sich Ende 1951 eine Praxis ab, die während der folgenden Jahrzehnte - mit Variationen und Brüchen -

weiter geübt wird: Gestaltung und Planung der Grundlagenforschung in Verantwortung und in Regie der Akademie, Planung und Abstimmung ihrer angewandten naturwissenschaftlichen und technischen Forschungsaufgaben im Rahmen zentraler staatlicher Pläne für W/T bzw. auch in direkter vertraglicher Zusammenarbeit mit den Betrieben und Einrichtungen der Wirtschaft.

Auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 faßt die SED den Beschluß zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Mit den Orientierungen und Maßnahmen dieser Konferenz sieht sich auch die Akademie neuen Anforderungen gegenübergestellt, die bei den Mitgliedern und der Akademieleitung Fragen aufwerfen und Konflikte auslösen, die nach Klärung verlangen: Die Akademie versteht sich ja nach wie vor als gesamtdeutsche Institution, und sie wird darin ja auch von der Partei- und Staatsführung bestärkt. Ein Teil ihrer Mitglieder sind Bürger der Bundesrepublik Deutschland, und die Akademie unterhält gemeinschaftliche wissenschaftliche und verlegerische Unternehmungen mit westdeutschen Einrichtungen. Verschiedene Gelehrte des Plenums und Wissenschaftler aus den Instituten sehen in der neuen politischen Konstellation Gefahren für die bisherige Stellung der Akademie, zumal schon eine Reihe westdeutscher Mitglieder nach 1949 ihre Mitgliedschaft aufgaben. Die Akademie steht vor einer neuen maßgebenden Phase im Prozeß ihrer Entwicklung und Wandlung.

Am 9.10.1952 [22] beschließt das Sekretariat des ZK der SED "angesichts der großen Aufgaben, die vor der Deutschen Akademie der Wissenschaften im Zusammenhang mit dem Aufbau des Sozialismus stehen und angesichts der Mängel, die sich in der Arbeit der Akademie besonders auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften und der Kaderentwicklung zeigten, eine Kommission des Sekretariats des ZK, bestehend aus den Genossen Paul Wandel, Vorsitzender, Kurt Hager, Abt. Propaganda des ZK, Werner Lange, Zentralstelle für Forschung und Technik, Ernst Lange, Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Prof. Steinitz, Akademie der Wissenschaften, einzusetzen. Die Aufgaben dieser Kommission, die alle Vollmachten zur Untersuchung der Lage der Akademie der Wissenschaften und zur Beratung mit den Vertretern der verschiedenen Regierungsstellen, Wissenschaftlern usw. hat, bestehen im folgenden: (1) In der Überprüfung und Kontrolle der Akademie der Wissenschaften und Vorbereitung eines Beschlusses der Politbüros über die Aufgaben der Deutschen Akademie der Wissenschaften beim Aufbau des Sozialismus. (2) In der Vorbereitung der Herbstsession der Akademie, die Ende November stattfinden soll. (3) In der Ausarbeitung einer Vorlage über die Zuwahl neuer Akademiemitglieder gemäß den Statuten der Akademie".

Von diesem Beschluß ausgehend veranlassen Partei- und Staatsführung weitere Aktivitäten. So empfängt der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, zusammen mit einigen Mitgliedern des Ministerrates am 26,11,1952 [23] eine Delegation der Akademie unter Leitung ihres Präsidenten Walter Friedrich. In der Beratung wird die unzureichende Wirksamkeit der Akademie bezüglich der Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse in der DDR kritisch angemerkt. Der Minister für Volksbildung, Paul Wandel, spricht die Erwartung aus, daß von der Akademie ein stärkerer Einfluß auf die Gesamtordnung des wissenschaftlichen Lebens, auf die gesamte Hebung der Wissenschaft ausgehen möchte. Walter Ulbricht, Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden, fordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis und erläutert: "Das soll nicht etwa bedeuten, die Grundlagenforschung zu vermindern, daß Sie sich etwa nur mit den Problemen des Tages beschäftigen sollen. ... Die Grundlagenforschung ist von entscheidender Bedeutung, aber gerade diese Forschung wird durch die engste Zusammenarbeit befruchtet ...". Die Mitglieder der Akademie äußern sich zu den vorgebrachten Kritiken und Problemen, verweisen auf Hemmnisse und Schwierigkeiten in ihrer Arbeit, geben Anregungen, und sie bekunden ihre Bereitschaft, den Kurs der Regierung auf die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus zu unterstützen.

Die Zusammenkunft und die Offenheit der Aussprache finden in der Akademie zwar Resonanz, können jedoch die Unsicherheiten über den weiteren Weg der Akademie nicht ausräumen. So kommt es in der Sondersitzung des Plenums am 22. und 23.1.1953 [24] zum erneuten, eingehenden Meinungsaustausch zwischen Staatsführung und Akademie über die künftige Strategie in Wissenschaft und Forschung. Seitens der Regierung nehmen daran teil Walter Ulbricht, Johannes Dieckmann und die Minister Paul Wandel und Hans Reingruber. Das Sonderplenum wird zu einer Wegmarke in der gesellschaftlichen Orientierung der Akademie und ihrer systematischen Einordnung in die staatliche Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik.

Nur sechs Wochen später, am 5.3.1953 [25], findet unter Leitung von Ministerpräsident Grotewohl eine Sitzung des Ministerrates der DDR mit Vertretern der Akademie statt. Präsident Friedrich legt in der Beratung dar, in welcher Weise die Akademie nach der Sondersitzung begonnen hat, ihre wissenschaftliche Arbeit auf wesentliche Probleme der Wirt-

schafts- und Gesellschaftsentwicklung auszurichten. Grundorientierungen dafür seien die Zielsetzungen des Volkswirtschaftsplanes. So werde die Akademie z.B. Kommissionen bilden, welche die Forschungsprobleme wichtiger Wirtschaftsgebiete herausarbeiten, so zur Metallurgie, zur Lagerstättenerkundung, zur Chemie, zur Energie und einigen anderen Zweigen. In diesen Kommissionen sollen zugleich Verantwortliche aus der Produktion und den Ministerien vertreten sein. Die Akademie werde beitragen, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Gleichzeitig verwahrt sich Präsident Friedrich gegen unsachliche und undienliche Kritiken einiger Regierungsstellen an der Akademie und betont: "Die Akademie ist eine höchst wertvolle Institution der DDR, es gilt sie für den Aufbau des Sozialismus zu verwenden". Die weitere Aussprache macht den gemeinsamen Willen deutlich, die Potenzen der Wissenschaft, und in Sonderheit die der Akademie, für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zu erschließen. Abschließend geht Grotewohl, bezüglich einer grundsätzlichen Veränderung des Charakters der Akademie, auf gewisse Bedenken von Akademiemitgliedern ein. Was die Verbindung der Akademie zur Wirtschaft und zum Staat anbelange, erkläre er: "Wir bitten Sie, das nicht so aufzufassen, als bestünde bei uns die Absicht, bei Ihnen eine parteimä-Bige Bindung zu schaffen. Es handelt sich einfach um die Tatsache, daß ein großes gesellschaftliches Problem, das auf der Tagesordnung steht und von niemandem mehr abgesetzt werden kann, von der Wissenschaft nicht von draußen angeschaut werden kann, sondern daß die Wissenschaft verpflichtet ist, sich damit auseinanderzusetzen". Zugleich bekräftigt er das Interesse der Regierung an einer engen Verbundenheit der Akademie mit der gesamten deutschen Wissenschaft.

Retrospektiv fragt man sich natürlich, ob in den Unsicherheiten, den Befürchtungen, den Zweifeln und den Debatten, die 1952/53 innerhalb der Akademie zu Tage traten, sich nicht die schon latente Unruhe im Lande über die politische Entwicklung reflektierte, die dann kurz danach, am 17. Juni 1953, aufbrach?

Nachdem sich offenbar das System der wissenschaftlich-technischen Beiräte aus dem Jahre 1951 [13] als unzureichend effektiv erwies, versucht die Regierung 1954 mit einer neuen Verordnung [26] den Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Wirtschaft zu verstärken. Bei den Fachministerien und anderen zentralen Staatsorganen werden jetzt Zentrale Arbeitskreise für Forschung und Technik (ZAK) gebildet. Sie haben die Aufgabe, Dienststellen der Regierung bei der Vorbereitung, Austellung, Kontrolle und Auswertung der Pläne Forschung und Technik und

bei der Planung der Investitionen für Forschungseinrichtungen zu beraten sowie den Erfahrungsaustausch zu pflegen. Für die Gebiete der Grundlagenforschung übernehmen die Klassen und Sektionen der Akademien die Funktionen von ZAKn. Außerdem können ZAK ohne direkte Zuordnung zu Ministerien oder zentralen Staatsorganen unmittelbar beim Zentralamt für F/T der SPK gebildet werden. Die ZAK entwickeln sich in kurzer Zeit zu einem beständigen Instrument der zentralen staatlichen Planung und Lenkung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung in der DDR.

1955 befassen sich SED- und Staatsführung mehrfach mit Fragen der Akademie, vor allem mit Aspekten ihrer Forschungstätigkeit und deren Wirksamkeit für die wirtschaftliche Praxis, sowie mit ihrer wissenschaftspolitischen Stellung im Staate [27-29]. Am 1.5.1955 [29] behandelt das Politbüro eine diesbezügliche Vorlage. Sie geht von einer kritischen Analyse der bisherigen Entwicklung der Akademie aus, wobei Kernpunkte der Kritik die noch immer ungenügende Rolle bei der Leitung des wissenschaftlichen Geschehens in der DDR sowie die unzureichende Berücksichtigung der Probleme der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Praxis in ihrer Forschung und im wissenschaftlichen Leben sind. Die Vorlage benennt eine Reihe bevorzugt zu bearbeitender Forschungsgebiete, sie betrachtet die Akademie als wissenschaftlich beratendes Gremium für die Regierung, sie orientiert auf regelmäßige Besprechungen des Ministerpräsidenten mit Vertretern des Akademiepräsidiums und empfiehlt der SPK und den Ministerien, an die Akademie Forschungsaufträge zu erteilen und dazu Verträge abzuschließen, in denen die gegenseitigen Leistungen festgelegt werden. Ferner werden eine verstärkte gutachterliche Tätigkeit sowie Konferenzen zwischen der Akademie und einzelnen Produktionsbereichen angeregt.

Die Regierung übernimmt die Vorschläge des Politbüros und verabschiedet am 18.5.1955 [30] "Empfehlungen zur weiteren Entwicklung und Verbesserung der Arbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin". Konkretisiert und vertieft werden darin auch die Orientierungen hinsichtlich der Arbeit des Präsidiums, der Klassen, Sektionen und Institute. Empfohlen werden intensivere Beziehungen der Akademie nach Westdeutschland und dem Ausland, behandelt werden die Fragen des wissenschaftlichen Dokumentationswesens sowie der Versorgung der Forschungseinrichtungen mit wissenschaftlichen Geräten und Materialien. Die "Empfehlungen" erweisen sich als solide Grundlage für die wissenschaftliche Arbeit der Akademie und die Weiterentwicklung von For-

schungseinrichtungen an verschiedenen Standorten. Vorzugsweise soll der Ausbau "in den Städten: Dresden, für Institute aus den Fachgebieten Physik und Technik, Leipzig und Halle, für Institute aus den Fachgebieten der Chemie, Technik, Medizin sowie der Gesellschaftswissenschaften, Jena, für Institute aus den Fachgebieten der Physik, Biologie, Geologie und Medizin und im Ostseeraum (Greifswald, Rostock, Rügen) für Institute aus den Fachgebieten Physik, Biologie und Medizin" erfolgen.

Wenngleich diese generelle Orientierung in der Folgezeit modifiziert wird, läßt sich belegen, daß von den "Empfehlungen" der Regierung ein bemerkenswerter Schub beim Ausbau der Akademieforschung ausgeht. Hingegen geht aus den von mir gesichteten Unterlagen nicht hervor, ob und in welchem Umfang die Regierung von der vorgesehenen Beratungsfunktion der Akademie tatsächlich Gebrauch machte, inwieweit die Akademie selbst mit Vorschlägen, Konzeptionen und Empfehlungen aktiv wurde, mit welchem Erfolg sie ihren Koordinierungsaufgaben in der Forschung nachkam, wie sie Einfluß auf die Überführung von Forschungsleistungen in die Wirtschaft nahm. Sicherlich ist es lohnenswert, hierüber vertiefte Recherchen anzustellen. Aus eigenem Erleben weiß ich nur von einigen Fragmenten solcher Aktivitäten, z.B. der Akademiesektion für Pharmakologie in bezug auf die Ausrichtung und Tätigkeit der pharmazeutischen Industrie und bestimmter Themen der biomedizinischen Forschung.

Die Verzahnung von Forschung und Produktion und die wirtschaftliche Nutzung von Forschungsergebnissen erweisen sich immer mehr als eine besondere Schwachstelle der Industrie selbst. In inhaltlicher und zeitlicher Korrelation zur Politbürovorlage vom 1.5.1955 [29], die Akademie betreffend, behandelt das Politbüro in seiner Sitzung am 19./20.7.1955 [31] die Konzeption: "Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik", die am 27.7.1955 [32] als Beschluß des Ministerrates rechtskräftig wird. In seinem Kern enthält der Beschluß wiederum nur administrative Regelungen, wie sie in ähnlicher Weise schon vordem gehandhabt wurden:

(1) Die Ministerien werden verpflichtet, bei den ihnen unterstehenden Hauptverwaltungen wissenschaftlich-technische Räte zu bilden.

(videor) revende

(2) Die SPK wird beauftragt, mit den Volkswirtschaftsplänen zugleich die wichtigsten Vorhaben der Pläne F/T vorzulegen.

La Colonia de la Colonia de

- (3) Das Zentralamt für F/T wird ermächtigt, zur Qualifizierung seiner Tätigkeit einen Beirat für Forschung und Technik einzurichten.
- (4) Die Aufgaben und Kompetenzen des Zentralamtes für F/T bezüglich Koordinierung, Anleitung und Kontrolle der naturwissenschaftlich-technischen Forschung werden erweitert. Es bedient sich bei der Begutachtung und Koordinierung vorgesehener Forschungsarbeiten, insbesondere solcher aus der Industrie, der Zentralen Arbeitskreise für F/T (ZAK). Wie schon bisher wirken, in bezug auf Themen der Grundlagenforschung, die Klassen und Sektionen der Akademien als ZAK.
- (5) Das Zentralamt erstellt aus den befürworteten Vorhaben den Zentralplan für Forschung und Technik.

In dem Beschluß werden Richtlinien zu F/T vorgegeben, und ferner werden die SPK und die wirtschaftsleitenden Organe beauftragt, Perspektivpläne der Wirtschaft und von Forschung und Technik auszuarbeiten. Begründend heißt es: "Die planmäßige (proportionale) Entwicklung der Volkswirtschaft, entsprechend den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Regierung ist nur mit Hilfe von Perspektivplänen möglich. ... Den wissenschaftlichen Akademien wird empfohlen, ausgehend vom internationalen Stand der Wissenschaft und unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Zielsetzungen der Regierung, gemeinsam mit den Universitäten und Hochschulen Perspektivpläne für die grundlegende Forschung auszuarbeiten und aus ihnen Vorschläge für den Ausbau der Akademie, Universitäten und Hochschulen und ihrer Institute abzuleiten.... Von den Ministerien, Staatsekretariaten und Hauptverwaltungen sind die bei der Ausarbeitung ihrer Entwürfe für die Perspektivpläne auftauchenden wissenschaftlichen Probleme den Akademien, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Gesellschaften bekanntzugeben". Das Zentralamt für F/T wird beauftragt, diese Aktivitäten zu koordinieren und den Gesamtentwurf des Perspektivplanes F/T als Teil des Perspektivplanes der Volkswirtschaft zu erarbeiten. Mitte der 50er Jahre wird damit eine Ordnung ausgebaut, die darauf angelegt ist, die Richtungen der naturwissenschaftlich-technische Forschung aller Bereiche längerfristig und straffer an den Zielsetzungen der Volkswirtschaft zu orientieren und Verbindungen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und dem Produktionssektor zu gewährleisten. Übergreifende volkswirtschaftlich relevante Forschungsvorhaben finden Eingang in den Zentralen Plan F/T, die übrigen in die Betriebs- bzw. Institutspläne.

Ungeachtet dessen streben Partei- und Staatsführung nach weiterer Stärkung der zentralen Steuerung von F/T sowohl in der Industrie als auch im akademischen Bereich. So beschließt der Ministerrat der DDR am 6.6.1957 "Über Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung und der Einführung der neuen Technik" [33]. In enger Korrelation dazu erfolgt innerhalb der Akademie am 1.7.1957 die Zusammenfassung ihrer naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute zu einer gesonderten Forschungsgemeinschaft mit einem eigenen Leitungsapparat [34-36]. Ihre Tätigkeit unterliegt der Aufsicht eines Kuratoriums, dem neben Mitgliedern und Mitarbeitern der Akademie auch Leiter zentraler Staatsorgane und Vertreter der Wirtschaft angehören. Mit der Bildung der Forschungsgemeinschaft verliert die Gelehrtengesellschaft ihren letzten Einfluß auf die Gestaltung der Forschung in den betreffenden Instituten. -Es gibt übrigens verschiedene Hinweise darauf, daß einige aus der Sowjetunion zurückgekehrte prominente Wissenschaftler und auch bestimmte zentrale Stellen bei dieser Umgestaltung dafür plädieren, mit der Bildung der Forschungsgemeinschaft das industrienahe Forschungspotential aus der Akademie auszugliedern und in einem besonderen Forschungsverband (Leibniz-Gesellschaft) zu vereinigen. Diese Überlegungen werden in der Folgezeit indessen nicht ernsthaft weiter betrieben.

Begründend zu den Maßnahmen im Ministerratsbeschluß vom 6.6.1957 [33] heißt es: "Die Einführung der jeweils neuesten Technik und modernsten Verfahrensweisen in die Produktion setzt eine mit den wirtschaftlichen Zielen der Regierung übereinstimmende Perspektivplanung auf dem Gebiete der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung und eine zweckmäßige Koordinierung bei der Durchführung dieser Planaufgaben voraus. Hinzu kommen muß eine ständige enge Zusammenarbeit zwischen Produktion und Forschung". Kritisiert werden "erhebliche organisatorische Mängel, die darin bestehen, daß Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sowohl in betrieblichen Entwicklungsstellen und Instituten der Fachministerien als auch an Hochschulen und Akademieeinrichtungen ohne gegenseitige Kenntnis durchgeführt werden". Als Folgerung heißt es im Beschluß: "Die ... Umwälzung der industriellen Entwicklung im Weltmaßstab zwingt dazu, die Festlegung der Perspektive und die grundsätzliche Lenkung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung einem unmittelbar bei dem Ministerrat zu bildenden und mit entsprechenden Vollmachten auszustattenden Organ zu übertragen und zugleich ein System der Koordinierung der Planung und

1. A. C. C. C. C. C.

Durchführung der wissenschaftlich-technischen Forschungsarbeiten zwischen dem Ministerrat, den Fachministerien, den Universitäten und Hochschulen und der Deutschen Akademie der Wissenschaften festzulegen".

Im Ergebnis wird beschlossen, bei der Regierung einen Beirat für wissenschaftlich-technische Forschung zu bilden, den Forschungsrat der DDR. Korrespondierend dazu wird im August 1957 [37] das Zentralamt für Forschung und Technik bei der SPK aufgelöst und beim Forschungsrat ein Zentrales Amt für Forschung und Technik eingerichtet. Mit einer Verordnung vom 5.12.1957 [38] werden die ZAK beratende Organe des Forschungsrates und von ihm in ihrer Tätigkeit gelenkt. Die naturwissenschaftlichen und technischen Sektionen an der Akademie behalten vorerst noch ihre Funktion als ZAK für das Gebiet der Grundlagen- und der medizinischen Forschung.

Mit dieser Reorganisation der Forschung Mitte 1957 wird erreicht:

- (1) Die zentrale staatliche Planung und Lenkung der wissenschaftlichtechnischen Arbeit wird der Schaffung des Forschungsrates der DDR aus der Ressortebene der SPK auf die Ebene des gesamten Ministerrates gehoben.
- (2) Die naturwissenschaftliche, technische und medizinische Forschung der Akademieinstitute wird mit der Bildung der Forschungsgemeinschaft leitungsmäßig gebündelt und verstärkt auf die Bedürfnisse der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ausgerichtet.
- (3) Die 1955 beschlossenen offiziellen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Beratungsfunktionen der Akademie für die Regierung gehen auf den Forschungsrat über.
- (4) Die naturwissenschaftlich-technische Forschung der Akademie kommt unter die Oberhoheit des Forschungsrates, die Akademie verliert bestimmte forschungsstrategische Positionen in der DDR-Wissenschaft, sie wird verstärkt zu einem ausführenden Organ.

Mit der Gründung und der Tätigkeit des Forschungsrates der DDR beginnt eine qualitativ neue Etappe der zentralen staatlichen Steuerung der Forschung in der DDR. Sein Arbeitsorgan, das Zentrale Amt für Forschung und Technik, ab 1961 das gleichnamige Staatssekretariat, wird 1967 zu einem Ministerium für Wissenschaft und Technik erhoben und ausgebaut. Die wissenschaftspolitische und forschungssteuernde Funktion

des Forschungsrates geht sukzessive auf das Ministerium über, der Forschungsrat wird von einem Organ des Ministerrates de facto zu einem Instrument des Ministeriums. Dieser Werdegang und die damit verbundenen Konsequenzen für die Forschungsplanung, die Wissenschaftsorganisation und die Verbindung zum Wirtschaftssektor bedürfen der gesonderten Behandlung, zumal die Akademie in diesem Prozeß vielfältig involviert ist.

Anmerkung: Vorstehender Beitrag ist ein überarbeiteter Auszug aus dem Manuskript: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR - Skizze zur Genese und Transformation der Akademie -. Berlin 1997

Literatur

- In: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der SMAD. Sammelheft 1, 1945, SWA-Verlag, Berlin 1946, S. 34-35
- [2] Bundesarchiv (P) R-2 DR 2 1438-1440
- [3] In: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente 1945-1949. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1968. S. 467
- [4] dto. S. 585
- [5] In: W.Hartkopf und G.Wangermann: Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990. Spektrum, Akademischer Verlag, Akademie-Verlag Berlin 1991. S. 485
- . [6] dto. S. 487
 - [7] Archiv P/M J IV 2/3 015
- [8] Archiv P/M IV 2 / 2 / 14
- [9] Zentralverordnungsblatt Teil J/1949, Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung Nr. 28 vom 21. April 1949 S.227
- [10] Bundesarchiv (P), Befehle der SMAD, Nr. 36/49
- [11] Bundesarchiv (P) R-2 DR 2 Nr. 1041
- [12] Bundesarchiv (P) C-20 Reg. 34/3/50 Apl. 2
- [13] Gesetzbiatt DDR 1951 Nr. 15 vom 12.02.1951 S. 72; Bundesarchiv (P) C-20 Reg. 11/2/51 Ani. 1
- [14] Gesetzbiatt DDR 1951 Nr. 22 vom 22.02.1951 S. 115 und Nr. 26 vom 03.03.1951 S. 145
- [15] Gesetzblatt DDR 1950 Nr. 8 vom 02.02.1950 S. 41
- [16] Gesetzblatt DDR 1950 Nr. 34 vom 30.03.1950 S. 235
- [17] Bundesarchiv (P) DR 2 Nr. 1891
- [18] Gesetzblatt DDR 1950 Nr. 28 vom 23.03.1950 S. 185; Bundesarchiv (P) C-20 Reg. 19/1/50
- [19] Gesetzblatt DDR 1951 Nr. 7 vom 23.01.1951 S. 29
- [20] Jahrbuch DAW 1950-1951, Akademie-Verlag Berlin 1951 S. 73
- [21] Gesetzblatt DDR 1954 Nr. 58 vom 01.07.1954 S. 492
- [22] Archiv P/M J IV 2 / 3A 313
- [23] Archiv P/M IV 2 / 904 369

- [24] Protokoll der Sondersitzung der DAW zu Berlin vom 22, und 23.01.1953, als Manuskript gedruckt (202) A 3200/54/DDR; siehe auch "Neue Welt" 4/53 S. 403-411
- [25] Bundesarchiv (P) C-20 Reg. 118/1/53 Protokoll
- [26] Gesetzblatt DDR 1954 Nr 58 vom 01.07.1954 S. 577; Bundesarchiv (P) C-20 Reg. 163/2/54 Anl. A
- [27] Archiv P/M J IV 2 / 2 A 400
- [28] Bundesarchiv (P) C-20 MR 9/1/55
- [29] Archiv P/M J IV 2 / 2 A 404
- [30] Bundesarchiv (P) DC 20 PM 11/1/55 Anl. 19; Mitteilungsblatt der DAW 1.Jg. 1955, Heft 4-5
- [31] Archiv P/M J IV 2 / 2 A 437
- [32] Bundesarchiv (P) C-20 MR 13/2/55 Ani. B
- [33] Gesetzblatt DDR 1957 I Nr. 56 vom 30.08.1957 S. 469; Bundesarchiv (P) C-20 PM 59/1/57 Ani. 1
- [34] Archiv P/M J IV 2 / 3 A 559
- [35] Archiv P/M J IV 2 / 2 A 558

- [36] Jahrbuch DAW 1957, Akademie-Verlag Berlin 1959 S. 133-135
- [37] Gesetzblatt DDR 1957 I Nr. 56 vom 30.08.1957 S. 471
- [38] Gesetzblatt DDR 1957 I Nr. 81 vom 28.12.1957 S. 677

Archiv P/M: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

Bundesarchiv (P): Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam

Peter Th. Walther

Zur Zuwahlpolitik an der Akademie der Wissenschaften in Berlin 1945-1949

Die Handlungsfähigkeit einer gelehrten Gesellschaft - wie der Preussischen oder der Deutschen Akademie der Wissenschaften - hängt in entscheidendem Masse von dem Profil und dem Geschick ihrer aktiven Mitglieder ab; vorausgesetzt, alle Beteiligten kennen die Spielregeln und bemühen sich, sie einzuhalten.

Als die Akademie, oder besser die kleine Zahl ihrer Mitglieder, die sich im ersten Friedenssommer in und bei Berlin wiederfanden und rüstig genug waren, sich an der Arbeit ihrer Akademie weiterhin zu beteiligen, als also die Akademie im Sommer 1945 ihre Arbeit wiederaufnahm, bestanden keinerlei verbindliche Regeln. Preußen, der namensgebende Staat, hatte selbst als Behördenapparat aufgehört zu existieren, Reichsbehörden wurden allerorten abgewickelt oder lösten sich auf, die Alliierten Verwaltungen und ihre Anordnungen hatten andere Sorgen als sich um die Akademie zu kümmern; und der neuerdings zuständige Magistrat zeigte nur sporadische Neigungen, sich mit der Akademie zu befassen, wenn es nämlich darum ging, ihren Etat drastisch zu kürzen oder sogar völlig zu streichen.

Es zeigte sich aber bereits im Sommer und Herbst 1945, daß dieser auf den ersten Blick mißliche Zustand auf einer anderen Ebene erst einmal neue Handlungsspielräume eröffnete. Gerade weil die Abschöpfung naturwissenschaftlichen Forschungspotentials, die Kontrolle über die Hochschulen und Universitäten sowie Reformen im pädagogischen Bereich bei den Alliierten Militärverwaltungen Priorität genoß, blieb die Akademie erst einmal außerhalb des alliierten Blickfelds. Dementsprechend wenig interessierte sich der Magistrat für die Akademie: Kontakte bestanden wohl nur in Sachen Finanzen, Entnazifizierung und Akademiestatuten. Damit hatte die Akademie aufgrund ihrer wissenschaftspolitischen Marginalität für den Bereich ihrer Mitgliedschaftsregelung eine ungewohnte und unerhörte Autonomie erlangt, die sie allerdings vorerst nicht für Zuwahlen, sondern für Entnazifizierungsmassnahmen nutzte.

Etwa ein gutes Dutzend Akademiemitglieder - mehrheitlich Geisteswissenschaftler - bemühten sich, die Institution Akademie und ihre Mitgliederschaft derart zu modifizieren, daß sie den neuen weitgehend ungeklärten Bedingungen entsprechen könnte. Die vom Magistrat übermittelten diversen Entnazifizierungsvorschriften verflüchtigten sich in eigener Regie zu einer dramatischen Geste: "In acht Fällen, in denen an der Mitgliedschaft zur NSDAP und der politischen Haltung keine Zweifel bestehen konnte, (ist die Akademie) zu der Feststellung gelangt, daß diese bisherigen ordentlichen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften nicht weiter angehören können", ließ man den Magistrat am 29. Juli 1945 wissen. Von diesen acht waren zwei bereits verstorben (Theodor Vahlen, Mathematiker und Ballistiker, 1937 gewählt und von 1938 bis 1943 der Akademie als "kommissarischer Präsident" aufgedrängt, und der 1942 als Historiker gewählte Friedrich Stieve, der eher als Kulturaußenpolitiker charakterisiert werden kann), und die anderen waren wegen ihrer Prominenz als Nazis im Wissenschaftssystem bekannt: der Mathematiker Ludwig Bieberbach, 1924 zugewählt, der Agrarpolitiker und Landschaftsplaner Konrad Meyer, wie die folgenden 1939 zugewählt, der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie Peter-Adolf Thiessen; der Rechtsphilosoph Carl August Emge, der Germanist Franz Koch, sowie der 1944 zugewählte Präsident des Reichsinstitutes für alte deutsche Geschichtskunde (Monumenta Germaniae Historica), Theodor Mayer, Im Dezember 1945 wurde - gewissermassen in Parallelität zu dem auf zehn Jahre in die Sowjetunion gehenden Thiessen - der (entlassene) Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Silikatforschung Wilhelm Eitel, der einem Ruf in die USA folgte, ausgeschlossen.

Es gab noch zwei weitere im Sommer 1945 angefertigte Listen mit Grenzfällen: einmal die mit den als "fraglich" bezeichneten Mitgliedern mit ursprünglich acht Namen, die schließlich auf zwei reduziert wurden: Von denen wurde der 1939 gewählte Luftfahrttechniker Friedrich Heinrich Seewald in Aachen gestrichen, während der 1942 in die Akademie aufgenommene Eisenbahnexperte Hans Nordmann von der Technischen Hochschule/Universität Berlin weiterhin Mitglied blieb und 1949 sogar Sekretar der Klasse für technische Wissenschaften wurde.

Ferner gab es eine Liste mit ursprünglich 19, dann reduziert 16 Namen von Mitgliedern, "deren Zugehörigkeit zur NSDAP oder politische Haltung eine Prüfung der Mitgliedschaft bei der Akademie nötig macht." Vier, in bei Berlin lebenden, teilte Präsident Stroux am 1. Februar 1946 mit, daß ihre Mitgliedschaft bis zur Entscheidung über ihren endgültigen

434. : ATA. : ...

Status ruhe. Einer dieser vier war bereits am 14. Februar rehabilitiert, die anderen spätestens zur Wiedereröffnung der Akademie im Sommer 1945 (der Mineraloge Paul Ramdohr, 1936 zugewählt; der 1938 in die Akademie aufgenommene Ägyptologe Hermann Grapow, der 1930 zugewählte Assyrologe Bruno Meissner sowie der seit 1922 der Akademie angehörende Astronom Paul Guthnick). Ein weiterer Berliner Techniker und vormaliger Direktor eines AEG-Werkes, Ernest Anton Kraft, wurde dagegen gestrichen, bemühte sich dann aber mit Unterstützung seiner vormaligen Akademie-Klasse um seine Rehabilitation, die jedoch in der Verwaltung versickerte. Über die Nicht-Berliner auf dieser Liste wurde wohl 1946/47 und in einigen Ausnahmefällen erst kurz vor dem 200jährigem Jubiläum der Akademie 1950 entschieden: gestrichen wurden der 1937 zugewählte vormalige Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik Eugen Fischer, der 1942 aufgenommene Hochfrequenztechniker Abraham Esau und der 1936 in die Akademie gewählte Romanist Ernst Gamillscheg, der Anfang der Vierziger Jahre das Deutsche Wissenschaftliche Institut in Bukarest geleitet hatte, was ihn jetzt diskreditierte, und ausserdem der sonst bislang nirgends als NS-belastet aufgeführte Nachfolger Fischers im Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, der 1943 zugewählte Otmar Freiherr von Verschuer. Auch der Status zweier Österreicher wurde 1949/50 geregelt: der Ozeanograph Albert Defant, 1935 zugewählt, blieb Ordentliches Mitglied, und der Physiker Erwin Schrödinger, 1929 gewählt, 1940 als "Nichtarier" aus der Mitgliederliste gestrichen, wurde ab 1950 wieder als Oerdentliches Mitglied geführt. Und dem 1939 aufgenommenen Frankfurter Germanisten Julius Schwietering wurde 1950 wieder definitiv der Status eines Ordentlichen Mitgliedes zugesprochen. Alle anderen Mitglieder, die als "fraglich" oder "zu überprüfen" kategorisiert waren, blieben auf der Mitgliederliste. Das sind - nach meiner Zählung - 15 Ausschlüsse von dreizehn lebenden Akademiemitgliedern von 76 möglichen Mitgliedern (nach dem Stand von 1945), und es ließ sich bislang noch nicht feststellen, welche elf dieser dreizehn 1950 zumindest formell noch auf ihre Bestätigung durch das Ministerium für Volksbildung warteten, wie das Jahrbuch der Akademie suggeriert.

Diese Flurbereinigung, deren Kriterien offensichtlich fließend waren, sollte auch unter dem Aspekt betrachtet werden, daß es im Interesse der Akademie sein mußte, möglichst viele aktive Berliner Mitglieder zu halten. Denn Überalterung mit einer ungewöhnlich hohes Todesrate in den ersten Nachkriegsjahren, kriegsbedingte Evakuierung aus Berlin und

nachkriegsbedingte Umzüge insbesondere in die drei Westzonen bündelten sich zu einem strukturell bedrohlichen Ergebnis: dem dramatischen Schrumpfen der Anzahl aktiver in Berlin verfügbarer Akademiemitglieder und dem Mangel akademiewürdiger Wissenschaftler im traditionellen Einzugsbereich der Akademie.

Das Thema Zuwahlen kommt Ende Januar 1946, also gleichzeitig mit der Dispensierung der Mitgliedschaft von vier vormaligen NSDAP-Mitgliedern, zur Sprache: und zwar beantragt Hans Stille, damals noch nicht Vizepräsident der Akademie, diejenigen in die Akademie aufzunehmen, deren Zuwahl nach 1933 aus "konfessionellen, rassischen oder politischen Gründen gescheitert" sei, und schlägt namentlich Johann Kienle (Astrophysik), Wolfgang Heubner (Pharmakologie) und Max Volmer (Physikalische Chemie) vor. Auf der nächsten Sitzung des Plenums im Februar mit ganzen 15 anwesenden Mitgliedern werden Heubner und Kienle einstimmig gewählt. Und man verständigt sich darauf, daß Volmer und Adolf Spamer (Volkskunde), die 1933 bzw. 1938 gewählt, aber von Reichserziehungsminister Rust nicht bestätigt worden waren, seit ihrer Wahl als Ordentliche Mitglieder zu gelten haben, auch wenn sie erst ab 14. Februar 1946 in den Genuß der Dienstaufwandsentschädigung, also aus einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Haushaltstitel, kommen. (Volmer, bis 1945 Professor an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, war allerdings im Herbst 1945 für zehn Jahre in die Sowjetunion gegangen; kurz nach seiner Rückkehr - an die Humboldt-Universität zu Berlin - wurde er 1955 zum Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften gewählt.) Das spricht übrigens dafür, daß in dieser Phase die Beziehungen zum Magistrat einigermaßen gut waren; zumal die Akademie wenig später beim Magistrat einen neuen Satzungsentwurf einreicht, "mit der Bitte, die Zustimmung der Besatzungsbehörde, falls erforderlich, zu erwirken."

Doch zurück zu den Zuwahlen: es war angesichts der Fälle Volmer und Spamer aufgefallen, daß die am 22. Februar 1945 gewählten korrespondierenden Mitglieder, der Klassische Philologe Karl Reinhardt in Frankfurt am Main und der Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm, vom Reichserziehungsministerium, das damals noch mit voller Energie arbeitete, nicht bestätigt worden waren. Nun war allerdings bekannt, daß Schramm das Kriegstagebuch der Wehrmacht geführt hatte und deshalb Schwierigkeiten mit den britischen Besatzungsbehörden hatte, sodass man sich im Frühjahr 1946 in Berlin zu einer pragmatischen Lösung entschloß: Reinhardt galt als Korrespondierendes Mitglied, Schramm blieb ein unge-

klärter Fall. Der Leipziger Philosoph Theodor Litt, den man zum Festvortrag zum Leibniztag gewonnen hatte, wurde noch kurz zuvor, im Mai 1946, zum Korrespondierenden Mitglied gewählt. Der jüngst an die Universität Berlin berufene Heinrich Mitteis wurde Ende Juni 1946 zum Ordentlichen Mitglied gewählt, und diese Wahl galt gleichermassen dem exzellenten Juristen, der auch als Justitiar der Akademie zur Verfügung stehen sollte, und dem 1934 vor den Nazis von Heidelberg nach Wien ausgewichenen, der dann 1940 an die wohl rangniedrigste deutsche Juristenfakultät, nämlich die in Rostock, versetzt worden war. Damit waren im ersten Halbjahr 1946 fünf neue Ordentliche Mitglieder aufgenommen worden, von denen vier an der Arbeit der Akademie teilnahmen.

Noch im Sommer 1946 wurde einstimmig - mit 18 Stimmen - Otto Warburg aufgenommen, wohl der einzige weiterhin in der Stadt anwesende Direktor eines Kaiser-Wilhelm-Institutes, zudem Nobelpreisträger. Doch auch diese Zuwahl hatte eine "wiedergutmachende" Komponente: Warburg war nach den alten Regeln nicht "rein-arisch" und als solcher vor 1945 nicht akademiewürdig. Mitteis und Warburg sind offenbar nach der Wiedereröffnungsfeier unter den Auspizien der Zentralverwaltung von deren Präsident Paul Wandel bestätigt worden, während die Januar-Wahlen und Mitgliedschaftsregelungen dem Magistrat lediglich mitgeteilt worden waren.

Auch wenn die Akademie jetzt Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin hiess und den Anspruch einer Nationalakademie anmeldete, diente die nächste Wahlrunde Mitte September 1946 wieder der Erweiterung der Berliner Mitgliedschaft mit Eduard Kohlrausch (Jura), Carl Weickert (Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts), Kurt Noack (Botanik) sowie Richard Thurnwald (Ethnologie) zu Ordentlichen Mitgliedern. Obgleich Stille Bedenken wegen Thurnwalds hohen Alters (Jahrgang 1869) äußerte, wurde Thurnwald zum Mitglied gewählt: es ging auch in diesem Fall um politische Wiedergutmachung. Theodor Frings in Leipzig, der sich dort als einer der wenigen Stabilitäten der alten Schule erwiesen hatte und zudem als maßgebender Kardinal, wenn nicht gar Papst der deutschen Altgermanistik gehandelt wurde, wird "auswärtiges Ordentliches Mitglied", eine Kategorie, die seit dem Sommer 1945 in den Satzungen und Satzungsentwürfen zwar nicht mehr vorkommt, aber offensichtlich nach wie vor als Mitgliederkategorie - sie war 1934 eingeführt worden, um einige Ordentliche Mitgliedschaften von der Berliner Residenzpflicht zu entkoppeln - in den Köpfen der Berliner Akademiker festsass. Mit dem Heidelberger Otto Regenbogen wird ein Klassischer Philo-

ADELLYS A BE

loge zum Korrespondierenden Mitglied gewählt, der 1935-45 seine Professur hatte aufgeben müssen.

Schon vorher hatte das Plenum auf Antrag Stilles der Regelung zugestimmt, daß die 1938 zum Austritt gedrängten und danach verstorbenen er nannte Eduard Norden, Max Sering und Adolf Goldschmidt - als verstorbene Ordentliche Mitglieder zu führen sind, und ebenso sollen James Franck und Max Born, die im amerikanischen Exil nichts von ihrer Streichung als Korrespondierende Mitglieder erfahren haben dürften, wieder und weiter als Korrespondierende geführt werden. Und im November 1946 beschloß das Plenum, daß die "damals abgegebenen Austrittserklärungen als nicht gegeben angesehen werden (sollen)." Das Bemühen um die Rückgängigmachung der Austritte, der erzwungenen Austritte und Streichungen führt in der Regel bis 1950 zur tatsächlichen oder nachträglichen Korrektur der Mitgliederliste - wobei man in etlichen Fällen erst nach dem Verbleib der Ausgegrenzten recherchieren muß. Von den Lebenden verweigert sich allerdings der bekannteste, der 1933 ausgetretene Albert Einstein diesem Ritual.

Doch unterdessen begannen sich die Konsequenzen der neuen Machtverhältnisse und Interessenlagen auszuwirken. Die Zuordnung der Akademie zur Zentralverwaltung unter der Oberaufsicht der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) und die Erweiterung der Gelehrtengesellschaft zu einer Institution mit eigenen Forschungsinstituten führten auf der wissenschaftspolitischen Ebene zu einem schubweisen Verlust von kaum genossener Autonomie, auf der anderen Seite zu ungeahnten Gestaltungsmöglichkeiten auf der wissenschaftsorganisatorischen Ebene, solange die staatlichen Vorgaben und später die Beschlüsse aus der Parteizentrale nicht als fehlgeleitete Gängelung empfunden wurden. Noch während der Auseinandersetzungen über das neue Statut der Akademie ließ Solutuchin von der SMAD Anfang Oktober 1946 die Akademiespitze wissen, daß "vor einer Neuregelung [des Wahlverfahrens] Neuwahlen nicht vorgenommen werden (können)".

Im März 1947 kommt es nur zur Wahl zweier Ordentlicher Mitglieder: Karl-Friedrich Bonhoefer und Eilhard Mitscherlich. Bonhoefer war eine wissenschaftlich unumstrittene Kapazität, und hatte, aus Leipzig kommend, einen Ruf an die Universität Berlin angenommen, wurde im Herbst 1947 zum Sekretar gewählt und übernahm 1948 das Direktorat des vormaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie (das heutige Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft) in Berlin-Dahlem. Der

89 + 0 -- 1 -- 18

Agrarwissenschaftler Mitscherlich, 1941 in Königsberg/Pr. emeritiert und 1946 an die Universität Berlin berufen, war international anerkannter Nestor der Kulturtechnik, und brachte eine vielleicht zum ersten Mal deutlich werdende Qualität mit: er repräsentierte ein Fach, dessen Praxisbezug angesichts des Hungerns im Lande keiner bestreiten konnte. Einen ersten Schritt auf das internationale Parkett bedeutete die gleichzeitige Wahl des Baseler Romanisten Walter von Wartburg zum Korrespondierenden Mitglied, dessen Mitgliedschaft im Sommer derart modifiziert wurde, daß ihm während seines Aufenthaltes in Berlin die Rechte eines Ordentlichen Mitgliedes zustanden. Wartburg war lebender Beweis und Symbol der Internationalität der Akademie, die Gegenleistung bestand darin, daß Wartburg ein Wörterbuchprojekt, das ihm in der Schweiz niemand finanziert hätte, in einer Forschungsstelle der Akademie bearbeiten lassen konnte.

Ein Jahr später - März 1948 - fand eine entscheidende Unterredung des Präsidiums der Akademie mit dem Präsidenten der Zentralverwaltung statt. Wandel forderte u.a. von der Akademie einen "Beitrag zur Neugestaltung des wissenschaftlichen Lebens" in "Verbindung der wissenschaftlichen Arbeit mit den praktischen Notwendigkeiten beim Wiederaufbau", was wiederum nur möglich sein würde, "wenn das Plenum [der Akademie] die richtige Zusammensetzung aufweist". Wobei "richtige Zusammensetzung" in diesem Kontext eher als richtige Zusammensetzung von Disziplinvertretern gelesen werden sollte und - noch - keine political correctness erwartet wurde. Trotz deutlich formulierter Vorbehalte und Verweis auf die allzu knappe Personaldecke wirklich qualifizierter Gelehrter stimmte das Präsidium Wandels Argumenten zu und willigte in eine - noch genauer zu definierende - große Umgestaltung ein. Daß die Akademie verstärkt praxisbezogenen und volkswirtschaftlich nutzbringende Forschung betreiben sollte, war offensichtlich. Doch welche konkreten Konsequenzen diese neue Kursbestimmung für die Mitgliedschaft haben könnte, blieb vorerst ungeklärt. Und tatsächlich setzte jetzt eine längere Phase der Lähmung - oder des versuchten Zeitgewinns - ein.

Im gleichen Jahr 1948, als die Spaltung der Stadt und des Landes sich schrittchenweise und mitunter in abrupten Wendungen materialisiert, reichen erstmals in größerem Masse wissenschaftliche, aber auch nichtwissenschaftliche Institutionen und Personen nach öffentlicher Aufforderung der Akademie Vorschläge für neue Akademiemitglieder aufgrund der Feststellung vakanter, disziplinär festgelegter Stellen ein. Die seit Herbst 1946 gültige Satzung sah neben der bislang üblichen Nominierung durch

Akademiemitglieder auch diese Form der Beteiligung außenstehender Organisationen vor, wobei vor allem an die anderen deutschen Akademien und die Universitäten gedacht war. Doch begnügte man 1948 sich mit der Sammlung der Vorschläge, ohne daß man irgendwelche nennenswerten Aktivitäten entfaltete. Fritz Hartung, Sekretar der Philosophisch-Historischen Klasse (seit dem Sommer 1945), faßte seine Eindrücke im Januar 1949 in einem Brief an Eduard Spranger, der 1946 Berlin verlassen hatte, zusammen:

Die Akademie ist anscheinend in Ungnade gefallen. Wenigstens ist von den großen Versprechungen, mit denen sie seiner Zeit bei der Wiedereröffnung beglückt worden ist, so gut wie nichts erfüllt worden, und ihre Publikationsmöglichkeiten sind sehr gering. Am meisten Sorge bereitet mir der Mitgliederbestand, der immer mehr zurückgeht und dessen Auffrischung so gut wie unmöglich ist. Wir brauchen Leute, die sich hier in Berlin aktiv an den Arbeiten beteiligen können. Aber wo sind diese? Die große Ausschreibung vakanter Stellen, die in diesem Sommer nach russ. Muster veranstaltet worden ist, hat keinerlei Ergebnis gehabt, was mir von vornherein klar war ... Einstweilen halten wir alle 14 Tage eine Sitzung mit einem mehr oder minder interessantem Vortrag. Aber wenn wir nicht bald Nachwuchs finden, läßt sich dieses Programm nicht mehr durchführen; schon jetzt ist es davon abhängig, daß die 70jährigen von ihrem Privileg, nicht mehr zu lesen, keinen Gebrauch machen.

Davon lebt ja sowohl die Akademie wie die Universität, daß noch ein Stamm von Gelehrten aus der besseren alten Zeit (gut kann man sie ja auch nicht mehr nennen) vorhanden ist u. sich bemüht, das alte Niveau zu halten. An der Akademie mache ich einstweilen noch mit, denn da gibt es noch etwas zu halten. Aber an der Universität habe ich den Kampf aufgegeben, nicht aus Feigheit, auch nicht aus Müdigkeit, sondern aus dem Gefühl heraus, daß ich mich an dem Rückgang mitschuldig mache, wenn ich weiter lese und den Kurs der Verwaltung ignoriere.

Jedenfalls haben Sie mit der Übersiedlung nach Tübingen der besseren Teil erwählt

Inzwischen hatte die Spaltung Berlins durch die beiden Währungsreformen, die Blockade der drei Westsektoren und die Installierung eines neuen Magistrat in Ost-Berlin deutliche Formen angenommen. Zudem war auf Drängen eines kleinen Teiles der Studentenschaft der Universität Berlin mit Rückendeckung des Magistrats und, allerdings erst nach langem Zögern, der Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden die

9-01-00 mg (10) mg

Freie Universität Berlin in Dahlem gegründet worden. Die Zentralverwaltung war also durch den Lauf der Ereignisse gedrängt, aktiv zu werden und das Wissenschaftssystem in der SBZ in jeder Hinsicht attraktiv zu gestalten, und das hieß: nicht unattrativer als in den drei Westzonen. Gleichzeitig war, wie Hartung festgestellt hatte, die Mitgliedschaft aus Altersgründen und auch des Weggehens in den Westen geschrumpft. Akademieintern hatte Mitte Februar 1949 der Rücktritt Bonhoefers als Sekretar und sein Weggang nach Göttingen, wo er ein Max-Planck-Institut übernahm, erhebliche Erschütterungen ausgelöst: ob denn nun die Akademie auf ihr Ende zusteuere oder etwas völlig fremdes werde, wurde gefragt und befürchtet. Doch gleichzeitig fanden in beiden Klassen - mit bestenfalls jeweils 10 abstimmenden Mitgliedern - die ersten größeren Zuwahlschübe seit Kriegsende statt: das Plenum mit höchstens fünfzehn Anwesenden wählte elf Naturwissenschaftler:

Friedrich Hund/Jena (Physik),

Rudolf Seeliger/Greifswald (Experimentalphysik),

Hans Ertel/Humboldt-Universität zu Berlin (Geophysik),

Jean d'Ans/Technische Universität Berlin (Technische Chemie),

Walter Gothan/Humboldt-Universität zu Berlin (Paläobotanik),

Karl Lohmann/Humboldt-Universität zu Berlin (Medizin und Biochemie),

Walter Friedrich/Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (Medizinische Physik),

Hans Stubbe/Halle-Wittenberg, auch Direktor des vormaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (Genetik),

Ernst Mangold/Humboldt-Universität zu Berlin (Ernährungsphysiologie der Haustiere),

Heinrich Barckhausen/Dresden (Elektrotechnik) und

Ludwig Binder/Dresden (Elektrotechnik)

- von denen in der Klasse nur auf Mangold eine Stimmenthaltung fiel.

Außerdem wurden sieben Geisteswissenschaftler gewählt:

Otto de Boor/Leipzig (Jura),

Arthur Baumgarten/Humboldt-Universität zu Berlin (Rechtsphilosophie), gleichzeitig auch Professor an der Pädagogischen Landeshochschule in Potsdam und Präsident der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Forst Zinna, der später in Potsdam-Babelsberg ansässigen Institution, (übrigens als Mitgründer der schweizerischen kommunistischen "Partei der Arbeit" und später Mitglied der SED der der erste Marxist-Leninist in der Akademie),

Karl Vossler/München (Romanistik),

Richard Hamann/Universität Marburg und Humboldt-Universität zu Berlin (Kunstgeschichte),

Ludwig Justi, seit 1946 Generaldirektor der Staatlichen Museen in Berlin, d.h. ab 1949 in Ost-Berlin.

Ernst Hohl/Humboldt-Universität zu Berlin (Alte Geschichte),

Wilhelm Unverzagt/Humboldt-Universität zu Berlin (Ur- und Frühgeschichte)

- wobei Baumgarten in der Klasse die einzige Gegenstimme erhalten hatte, während es bei Hamann und Justi zwei bzw. drei Enthaltungen gab; im Plenum wurden je eine Enthaltung bei Baumgarten, Hamann und Unverzagt gezählt, sowie drei Enthaltungen bei Justi.

Diese Zuwahlen waren zuvor mit Wandel be- und abgesprochen worden, der bis auf d'Ans von der Technischen Universität Berlin sämtliche Gewählten bestätigte. Mit dieser Zuwahl hatte die Akademie einen Weg in Richtung auf eine zonale Akademie eingeschlagen, denn nur Vossler und Hamann lebten außerhalb der SBZ oder Ost-Berlins: Doch war Vossler als Nestor der deutschen Romanistik gewählt worden und starb bereits im Mai 1949, und Hamann pendelte zwischen Ost-Berlin und Marburg.

Und so liest sich die Kulturverordnung vom März 1949, die mit vollem Wortlaut "Verordnung über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz in der Produktion und im öffentlichen Leben" heißt, als Antwort auf die Konsolidierung und Attraktivität des Wissenschaftssystem in den drei Westzonen mit vielleicht einer besonderen Spitze gegen die Freie Universität in Berlin-Dahlem. Doch läßt sich die Kulturverordnung auch als substantielle Ausfüllung der von Wandel vorgetragenen Argumente für eine gründliche Reorganisation der Akademie lesen. Die Akademie sollte in "das höchste wissenschaftliche Zentrum Deutschlands umgestaltet" wer-

den, sie erhielt neue Gebäude, darunter das Haus am Gendarmenmarkt die vormalige Preußische Staatsbank, die "Seehandlung" -, und neue oder vergrößerte Institute. Ihre Mitglieder und leitenden Mitarbeiter wurden deutlich erhöhte steuerfreie Zuwendungen, die Möglichkeit von Einzelverträgen, auch Zusatzgehälter, günstige Kreditmöglichkeiten - auch für den Bau von Einfamilienhäusern - zugestanden. Bei all dem orientierte man sich - wenn auch verklausuliert - an vergleichbaren Westgehältern bei einem Wechselkurs von 1:4. Also eine Politik der finanziellen Privilegierung und eine amtlicherseits betriebene Prestige- und Statuserhöhung.

Die Anzahl der Planstellen für aktive Mitglieder war durch die Kulturverordnung von 60 auf 120 verdoppelt worden, was angesichts der Tatsache, daß es bestenfalls 30 Aktive gab, die sich schwer taten, Nachwuchs zu finden, erstaunlich war. Gleichzeitig wurde eine neue Klasseneinteilung festgelegt, die die seit 1830 geltende organisatorische und numerische Parität zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften aufhob: neben vier naturwissenschaftlichen Klassen existierten nur zwei gesellschaftswissenschaftliche. Die Gründung dieser sechs Klassen wurden vom Plenum im April beschlossen und in den nächsten Monaten mit der Wahl der neuen Sekretare eingerichtet. In diesem Zusammenhang erfolgte schließlich im Juli 1949 eine weitere Wahlrunde. Doch zuvor fand eine Besprechung Wandels mit dem Präsidium der Akademie statt. Hier legt Wandel nur noch autoritativ fest, was zu geschehen habe: Mit Heubner, der an die Freie Universität gegangen war, sei keine Verbindung mehr möglich, es sei allerdings auch keine formelle Änderung der Mitgliederliste nötig. Die Bestätigung von d'Ans behalte er sich weiterhin vor, der vorgeschlagene Pflanzengenetiker Hans Kappert, dessen Institut im Westteil Berlins lag, werde nur bestätigt, wenn er sich nicht für die Dahlemer Universität ausspreche.

Am 7. Juli 1949 trat das Plenum zusammen, um die Wahlvorschläge der Klassen anzuhören. Hartung hatte durch Absprache mit den drei anderen aktiven Mitgliedern in seiner neuen Klasse für Gesellschaftswissenschaften erreichen können, daß keinerlei Wahlvorschläge gemacht wurden, während alle anderen neuen Klassen Kandidaten präsentierten. Doch dann geschah etwas unerwartetes: "Auf Anfrage von Herrn Stille, warum außer Prof. [Hans Heinrich] Franck kein weiterer Vertreter der TU in Berlin zur Wahl vorgeschlagen werde, entsteht eine Diskussion." Schließlich verlassen der Sekretar der Klasse für technische Wissenschaften Hans Nordmann von der Technischen Universität Berlin, sein Dresdener Kollege Ludwig Binder und Vizepräsident Hans Stille die Sitzung und ziehen

sich zu einer Beratung zurück. Nach ihrer Rückkehr erhält Nordmann das Wort und schlägt drei Mitglieder der TU Berlin vor: Franz Dischinger (Stahlbeton), Friedrich Sass (Maschinenbau) und Gustav Leithäuser (Elektrotechnik), der gleichzeitig Direktor am Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung der Deutschen Akademie der Wisssenschaften zu Berlin war. Die Initiative von Nordmann, Binder und Stille bedeutete einerseits, daß Kandidaten im Plenum zur Wahl vorgeschlagen wurden. über die die zuständige Klasse gar nicht befunden hatte. Zweitens war Francks Position an der Technischen Universität sehr prekär, da er dort die Politik der SED vehement vertrat und sich damit im Westteil der Stadt in eine Randlage manövriert hatte (ähnlich der Robert Havemanns an den ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Instituten in Dahlem). Insofern wäre die alleinige Wahl Francks wissenschaftspolitisch alles andere als repräsentativ für die Technische Universität gewesen. Doch andererseits war es ein krampfhafter Versuch in letzter Minute, die Akademie auch im Westen Berlins fest zu verankern und somit die auffällig werdende Erweiterung eben nicht zu einer nationalen, sondern lediglich zonalen Akademie zu neutralisieren. Daß kein Weg von Dahlem an den Platz der Akademie führte, war allein schon aufgrund der Gründungsgeschichte der Freien Universität klar und zudem von Wandel deutlich festgelegt worden; die Technische Universität Berlin dagegen, die bis Mitte 1949 in letzter Instanz den Britischen Behörden unterstanden hatte und erst danach dem Magistrat von Berlin, d.h. West-Berlin, unterstellt wurde, schien dagegen ein freundlicheres Terrain zu sein - nicht zuletzt dadurch, daß die lange kaum akademiewürdigen Techniker - im Jargon der Nichttechniker "Klempner" - an der Akademie jetzt besonders hofiert wurden und an Status gegenüber den geistes- oder jetzt: gesellschaftswissenschaftlichen und theoretischeren Disziplinen deutlich aufholten.

Präsident Stroux besprach diesen Vorgang mit Wandel und teilte dem Plenum am 14. Juli 1949 vor Beginn der Wahlen mit, daß der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung mit der möglichen Wahl Leithäusers nicht einverstanden sei, hingegen die bisher unsicheren Kandidaten Nicolai Gulecke/Jena (Medizin) und Erich Thilo/Humboldt-Universität zu Berlin (Chemie) bestätigen werde. Außerdem werde er den Hallenser Blohm (landwirtschaftliche Betriebslehre) nur dann bestätigen, wenn auch der Rostocker Asmus Petersen (gleiches Fach und SED-Mitglied) gewählt werde. Daraufhin wurde beschlossen, die Abstimmung über Blohm und Petersen zu verschieben, während über die anderen Kandidaten - ohne Leithäuser - abgestimmt wurde. Wandels Mißtrauen gegen

Leithäuser bestätigte sich bald: Leithäuser hielt sein Spagat zwischen Professur an der Technischen Universität im Westen und Direktor des Heinrich-Hertz-Institutes der Akademie im Osten bis zum Sommer 1950 durch; dann gab er das Akademieinstitut auf und blieb an der Technischen Universität.

Es gab - bei höchstens 27 Abstimmenden - nur eine Nein-Stirmne, die sich gegen Franck richtete, und deutliche Enthaltungen bei Theodor Brugsch/Humboldt-Universität zu Berlin (Medizin) und gleichzeitig Vizepräsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, also Stellvertreter Wandels, nämlich sechs, während bei Hermann Stieve/Humboldt-Universität zu Berlin (Anatomie), Fritz Neubert/noch Humboldt-Universität zu Berlin, kurz darauf an der Freien Universität Berlin (Romanistik) und Werner Krauss/Leipzig (Romanistik) jeweils vier Enthaltungen gezählt wurden. Als zwei Wochen später über Blohm und Petersen abgestimmt wurde, waren 36 stimmberechtigte Mitglieder anwesend: Blohm wird mit 27:0:9, und Petersen mit 19:4:13 gewählt. Von den insgesamt 29 neu hinzugewählten kommen drei aus Westdeutschland und vier von der Technischen Universität Berlin (von denen allerdings einer - Franck - binnen Jahresfrist an die Humboldt-Universität zu Berlin wechselt).

Hier jetzt abzubrechen, ist im Kontext der Zuwahlregelungen an der Akademie vielleicht eine unübliche Zäsur, doch gehört die nächste Etappe zum Themenkreis der 250-Jahresfeier der Berliner Akademie im Sommer 1950, dem mediengerecht inszenierten Skandal um den Geburtstagsbrief von Akademiepräsident Stroux an Stalin und den Bestrebungen um eine diskrete Schadenbegrenzungspolitik in der Akademie. Es ist die Wechselwirkung zwischen den Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Existenz der Akademie auf den einen Seiten und den Übereinkünften über die Manipulationen der eigenen Spielregeln auf den anderen Seiten, die diesen Abschnitt der Berliner Akademiegeschichte zu einer durchaus spannenden Geschichte macht - und das ist ja mehr, als man als Historiker gemeinhin erwarten darf.¹

Der Vortrag ist ein Ausschnitt und Einblick in eine größere Studie mit dem Arbeitstitel "Mit den preußischen Traditionen zur sozialistischen Nationalakademie der DDR: Die Akademie der Wissenschaften in [Ost-] Berlin 1945/46-1972". Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten, und auf Fußnotenbelege, die allzuoft ellenlange Kommentare verlangen, wurde hier verzichtet.

Bei anderen gelesen

Jochen Gläser, Werner Meske

windo in don

Wissenschaft als Standortfaktor*

Seitdem in der Gesellschaft ein Bewußtsein darüber entstanden ist, daß die Wissenschaft als Innovationsquelle fungieren und auf diesem Wege zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann, ist eine entsprechende Steuerung der Wissenschaft ein wichtiges Anliegen der Politik. Die aktuelle Standortdebatte bildet hier keine Ausnahme.

Wie andere gesellschaftliche Bereiche auch, soll die Wissenschaft durch eine Ausweitung ihrer Leistungen für die Wirtschaft zur Stärkung des "Standortes Deutschland" beitragen. Damit ist in einer neuen Form das klassische Steuerungsproblem wieder präsent, wie das Verhältnis von Eigendynamik der Wissenschaft, Grundlagenorientierung der Forschung und Bearbeitung praktisch relevanter Probleme gestaltet werden kann.

Die Lösungsversuche variieren über die Zeit und zwischen Ländern. Entsprechende unterschiedliche Versuche in der DDR und der alten BRD können grob vereinfachend mit den Stichworten funktionale Differenzierung von Forschungsorganisationen (Bundesrepublik) bzw. Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung (DDR) beschrieben werden.

Die weitgehenden Unterschiede zwischen beiden institutionellen Mustern lassen diese unvergleichbar und die Erfahrungen aus der DDR als nicht übertragbar erscheinen. Trotzdem sind die Ergebnisse der retrospektiven Analyse des "Akademiemodells" der DDR nicht nur von soziologischem Interesse. Angesichts der heutigen Aufforderung an die gesamte naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, sie möge über mögliche Beiträge zur Stärkung des "Standortes Deutschland" nachdenken, kann beispielsweise

Abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung aus: WZB-Mitteilungen, Heft 74 - Dezember 1996. Der vorstehende Text ist eine Autorreferierung von: Jochen Gläser, Werner Meske, Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln, Band 25, Frankfurt am Main: Campus Verlag 1996, 424 S. S. a. die anschließende Rezension von Günter Albrecht

die Frage, welche Auswirkungen die enge organisatorische Verkopplung von Grundlagen- und Anwendungsforschung auf erstere hatte, durchaus zu bedenkenswerten Einsichten führen.

Im ersten Jahrzehnt nach der Wiedereröffnung der Akademie im Jahre 1946 wurde die Forderung nach deren Beitrag zum Wiederaufbau der Wirtschaft zwar gestellt, blieb aber in Form und Wirkung moderat und entsprach in gewissem Maße auch dem Wunsch vieler Mitglieder der Akademie. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde jedoch durch die Partei- und Staatsführung der DDR die Unterordnung der Akademieforschung unter die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung unmißverständlich eingefordert.

Institutionell wurde diesem politischen Ziel durch die Akademiereform Rechnung getragen, die die Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR in das hierarchische staatliche Leitungssystem einordnete, die organisatorische Trennung der Institute von der Gelehrtengesellschaft vollendete und eine interne Hierarchie für die Leitung der Forschungsinstitute schuf. Zugleich wurde die auftragsgebundene Forschung eingeführt, d.h. die Erteilung und Bezahlung von Forschungsaufträgen durch die Industrie in großem Stil.

Diese Maßnahmen, die sich in die Versuche zur Schaffung eines "Neuen Ökonomischen Systems" einordneten, waren Ausdruck eines politischen Handlungsmusters, das Ende der fünfziger Jahre entstanden war und seitdem immer wieder reproduziert wurde: Die Politik ging davon aus, daß die Probleme der Wirtschaft unter anderem durch einen stärkeren Einsatz der Wissenschaft gelöst werden sollten. Die Akademie war dazu auch mehr oder weniger bereit; die andere Seite, die Industrie, hatte hieran jedoch nur ein begrenztes Interesse, und vor allem blieb ihre Aufnahmefähigkeit für Forschungsergebnisse stets unzureichend.

Auf diese trotz aller Forderungen andauernde Innovationsschwäche der Wirtschaft reagierte die Politik wegen der (fast ununterbrochenen) Dominanz der Wirtschafts- über die Wissenschaftspolitik mit der Suche nach forschungspolitischen Instrumentarien, die die Probleme durch die Anpassung der Akademie an die Wirtschaft lösen sollten. Es wurde also immer am funktional falschen, aber politisch schwächeren Punkt angesetzt.

Ein erster Versuch, die AdW vollständig durch auftragsgebundene Forschung zu steuern, scheiterte Anfang der 70er Jahre. Als Konsequenz daraus wurde die Auftragsbindung auf die Anwendungsforschung beschränkt,

und die Akademie erhielt die Verantwortung für die Grundlagenforschung.

In Verbindung mit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Anfang der achtziger Jahre wurde der Druck auf die AdW wieder verstärkt. Mitte der 80er Jahre wurde die Aufgabe der AdW institutionalisiert, sich zu mindestens 50 % durch Aufträge aus der Wirtschaft zu finanzieren.

Handlungsbedingungen der Akademie

Im Ergebnis der forschungspolitischen Entwicklung wurde die Akademie zu einer verselbständigten Verwaltungseinheit, die lediglich über eine sekundäre Autonomie verfügte - wie sie die ihr übertragenen Aufgaben erfüllte, war ihr weitgehend freigestellt. Die Aufgabe, mindestens die Hälfte des Potentials an die Industrie zu binden, wurde in der akademieinternen Hierarchie nach unten weitergegeben. Sie wurde dabei in Abhängigkeit von den wissenschaftlichen Möglichkeiten, auf einem Gebiet überhaupt anwendungsrelevante Forschung zu betreiben, variiert.

Völlig enziehen konnte sich den ökonomischen Planungen jedoch kaum jemand. Wo die entsprechenden Plankennziffern nicht durch Forschungsleistungen erreicht werden konnten, sah sich die Akademie auch zu aufwendigen Produktionsleistungen gezwungen. Viele Wissenschaftler in Leitungspositionen versuchten jedoch, ein den wissenschaftlichen Möglichkeiten angemessenes Verhältnis von Forschung für die Wirtschaft und Grundlagenforschung durchzusetzen - insbesondere durch deren Verbindung.

Die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung entstand unter diesen Bedingungen nicht infolge gezielter steuernder Einwirkungen auf die Forschungsorganisation. Vielmehr wurde auf den unteren Hierarchieebenen bis hin zur Ebene der Forschungsprojekte versucht, "Pflicht" und "Kür" miteinander zu verbinden, d.h. in Bereichen und Abteilungen Nischen für die Grundlagenforschung zu erhalten oder, wo das nicht möglich war, Grundlagenforschung in industriegebundene Projekte zu integrieren oder an sie anzukoppeln. Eine wichtige Voraussetzung dafür bildete das ungebrochene Interesse hinreichend vieler Wissenschaftler an Grundlagenforschung.

164

Die Industrie dagegen war aufgrund ihrer schwierigen Produktions- und Investitionssituation fast ausschließlich an anwendungs- und entwicklungsorientierten Arbeiten interessiert, die kein Risiko bergen durften und möglichst ohne Investitionen in die Produktion übernommen werden konnten. Vor allem deshalb wurde ein beträchtlicher Teil produktionsrelevanter Forschungsergebnisse der Akademie nicht überführt.

Daß es angesichts dieser Interessen dennoch industriefinanzierte Grundlagenforschung gab, hing mit verschiedenen Akteurkonstellationen in den konkreten Verhandlungssituationen zusammen. Besondere Bedeutung kam dabei langjährigen persönlichen Beziehungen zwischen Wissenschaftlern der Industrie und der Akademie zu, die zu einem Verständnis der wechselseitigen Interessen und einer spezifischen Solidarität führten. aber auch der spezifischen Rolle des Geldes in diesen Beziehungen. Da Geld meist ausreichend vorhanden war (die Mittel zur Finanzierung der Industrieforschung wurden den Kombinaten häufig vom Staat zusätzlich bereitgestellt), wurden in die industriegebundenen Projekte mitunter auch Arbeiten aufgenommen, an denen die Industriepartner kein unmittelbares Interesse hatten.

Die angestrebte Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung gelang also an der Akademie tatsächlich in beträchtlichem Umfang. Wenn die wissenschaftlichen Voraussetzungen gegeben waren, also eine Beziehung zwischen den Themen der Grundlagenforschung und praktisch relevanten Problemen hergestellt werden konnte, und wenn die Industriepartner entweder Forschung ohne konkrete Interessen an Innovationen finanzierten oder in Anwendungsprojekten ausreichend "Luft" ließen, dann wurden diese Poren der industriegebundenen Projekte durch daran interessierte Wissenschaftler mit Grundlagenforschung gefüllt. Gelang es den Grundlagenforschung betreibenden Wissenschaftlern darüber hinaus, sich nicht durch produktionsvorbereitende Arbeiten für Industriebetriebe völlig vereinnahmen zu lassen, dann entstanden Linien einer stabilen, d.h. ihre eigenen Voraussetzungen reproduzierenden Integration von Grundlagenund Anwendungsforschung.

Der Druck auf eine Bindung der Forschung an die Industrie und die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung ließen jedoch die Grundlagenforschung an der Akademie nicht unbeeinflußt. Es waren insbesondere drei Mechanismen, die einen Einfluß auf die Grundlagenforschung ausübten:

- (1) Wenn das durch die Industrie finanzierte Personal für die Verwirklichung der Projekte nicht ausreichte, dann mußte ein Teil des haushaltsfinanzierten Personals für diese Arbeiten eingesetzt werden. Dadurch wurde das für die Grundlagenforschung zur Verfügung stehende Personal verringert, und der Anteil der Anwendungsforschung erhöhte sich. Es kam zu einer direkten und unmittelbaren Umorientierung von Forschungspotentialen der Grundlagenforschung auf Anwendungsforschung.
- (2) Ein zweiter Mechanismus beeinflußte die theoretische Reichweite und Systematik der Grundlagenforschung, die innerhalb der Projekte durchgeführt werden konnte. Hier waren es insbesondere Zeit- und Ressourcenprobleme, die dazu führten, daß die innerhalb der Projekte durchgeführte Grundlagenforschung in dem Moment abgeschnitten wurde, in dem das für die Erreichung der Projektziele unmittelbar erforderliche Wissen erarbeitet war. Die innerhalb der Projekte durchgeführte Grundlagenforschung war damit in vielen Fällen thematisch und hinsichtlich ihrer Tiefe stark limitiert.
- (3) Die subtilste Wirkung hatte die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung dort, wo sie die anscheinend völlig autonome Themenwahl der Wissenschaftler außerhalb der industriegebundenen Forschung beeinflußte. In den Feldern, die durch eine Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung charakterisiert waren, verschob sich die Themenwahl allmählich hin zu solchen Forschungsproblemen, die in einen Kontext mit Anwendungen gestellt werden konnten. Es karn zu thematischen Veränderungen, bei denen der Anteil anwendungsunabhängiger Grundlagenforschung tendenziell sank.

Die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung war also mit zwei wichtigen orientierenden Wirkungen verbunden: erstens mit einer stärkeren Anwendungsorientierung der Forschung insgesamt, die zu einem tendenziellen Abbau des Potentials der Grundlagenforschung führte, und zweitens mit einer Fokussierung der Grundlagenforschung auf ganz bestimmte Felder der jeweiligen Disziplin. Beide Prozesse waren zwar charakteristisch für die Akademie der Wissenschaften der DDR, sind aber aber nicht notwendig an staatssozialistische Wissenschaftssysteme gebunden. Sie entstehen durch ein spezifisches Verhältnis von äußeren Anforderungen, internen Interessen und Ressourcensituation, das auch in Gesellschaften mit funktional differenzierten Wissenschaftssystemen entstehen kann.

Insbesondere der dritte Mechanismus zeigt eine spezifische Gefahr des Versuches, unterschiedslos von jeder Grundlagenforschung einen Beitrag zu Anwendungen zu erwarten: Er würde eine Bewegung der Grundlagenforschung hin zu solchen Themen initiieren, die einen Anschluß von Anwendungsforschung prinzipiell ermöglichen. Das hätte schwer überschaubare kognitive Rückwirkungen zur Folge, denn eine auf diese Art und Weise "anwendungsorientierte" Grundlagenforschung ist eben nicht mehr die, die man vorher gehabt hat.

Das spricht eher für eine funktional differenzierte Institutionalisierung von reiner Grundlagen- und von Anwendungsforschung, wie sie das bundesdeutsche Wissenschaftssystem heute zwar nicht durchgehend, aber bezogen auf viele Forschungsinstitute aufweist. Allerdings scheint auch die Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung eine spezifische, die funktionale Differenzierung immer wieder partiell aufhebende eigenständige Funktion im Wissenschaftssystem zu sein, für deren Förderung eine eigene Institutionalisierung ebenso zweckmäßig scheint wie bei den anderen Funktionen. Der Keim einer solchen Institutionalisierung in der Bundesrepublik Deutschland könnten die Institute der "Blauen Liste" sein, die ja gerade durch zahlreiche in der Nachfolge der AdW gegründete Institute eine wesentliche Verstärkung, eine Ausweitung ihres Profils und einen deutlichen Impuls in Richtung auf eine Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung erfahren hat.

Rezension

AdW-Erfahrungen in der Grundlagenforschung

Jochen Gläser, Werner Meske, Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln, Band 25, Frankfurt am Main/New York Campus Verlag 1996, 424 S.

Zur Stärkung des in letzter Zeit häufig beklagten Wirtschaftsstandortes Deutschland kann unzweifelhaft die Wissenschaft beitragen. Insofern ist die vorliegende Studie von J. Gläser und W. Meske über Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung hochaktuell. Ihre Bedeutung geht weit über den pauschalen Vergleich von "funktionaler Differenzierung der Forschungslandschaft" in der alten Bundesrepublik mit der "Integration von Grundlagenforschung und Anwendungsforschung" in der Akademie der Wissenschaften (AdW) der früheren DDR hinaus.

Die Autoren untersuchten auf der Grundlage schriftlicher Unterlagen und gezielter Interviews von Mitarbeitern zahlreicher Institute der früheren AdW der DDR insbesondere die Mechanismen der Planung und Durchführung von Grundlagen- und Anwendungsforschung in Abhängigkeit von den Einflüssen übergeordneter Leitungen sowie AdW-externer Organisationen wie z. B. von Partnerbetrieben und Kombinaten, Ministerien oder auch von SED-Leitungen. In diesem Geflecht von Einflüssen - heute etwas anders, aber nicht weniger kompliziert - gelang es den Themenbearbeitern in den Instituten zumeist, den für notwendig gehaltenen Anteil von Grundlagenforschung zu gewährleisten. Insofern resümieren die Autoren, daß zahlreiche Institute der früheren AdW ähnlich den Instituten der "Blauen Liste" gearbeitet haben, für die eine Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung vielfach kennzeichnend ist und die aus dem Muster der funktionalen Differenzierung der alten BRD zumeist herausfallen. Der große Anteil von Instituten der "Blauen Liste", die aus früheren AdW-Instituten hervorgegangen sind, belegen dies. Und dies scheint darüber hinaus zu beweisen, daß diese Institute, wie übrigens auch die von der Max-Planck-Gesellschaft oder von der Fraunhofer-Gesellschaft übernommenen, nicht schlecht gearbeitet haben. Sonst wären sie komplett abgewickelt worden.

Die Autoren haben bei ihren Untersuchungen die organisatorischen, sozialen und kognitiven Voraussetzungen ebenso behandelt wie deren Rückwirkungen in industrierelevanten Disziplinen. Vom Methodischen her wurden vor allem Wissenschaftssoziologie und Organisationssoziologie herangezogen. Untersuchte Institute wie ebenso die Aussagen der befragten Wissenschaftler wurden anonymisiert. Fachspezifische Motive und Interessen spielten bei dieser Herangehensweise eine untergeordnete Rolle. Trotzdem ist es den Autoren gelungen, durch Fakten zu belegen. daß sich die AdW der DDR in ihrer Arbeit der Leibnizschen Forderung veroflichtet gesehen hat, die dieser in seiner Denkschrift zur Einrichtung einer Societas Scientiarum vom März 1700 formuliert hat: "Solche Churfürstliche Societät müßte nicht auf bloße Curiosität oder Wissensbegierde und unfruchtbare Experimenta gerichtet seyn oder bei der bloßen Erfindung nützlicher Dinge, ohne Application oder Anbringung beruhen..., sondern man müßte gleich anfangs das Werk samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten.. Wäre demnach der Zweck Theoriam cum praxi zu vereinigen...".

Daß dies nicht reibungslos funktionierte, Industriepartner häufig mangelnde Aufnahmebereitschaft für neue Forschungsergebnisse zeigten, Valuta für moderne Forschungstechnik nicht ausreichten, zur teilweisen Kompensation die Eigenfertigung von Geräten, Chemikalien usw. durchgeführt werden mußten, zum Teil auch bürokratische Hemmnisse den Fortschritt der Arbeiten behinderten und vieles andere, wurde von den Autoren dokumentiert.

Um der Leibnizschen Forderung entsprechen zu können und um auf neue Probleme in der Wissenschaft kompetent reagieren zu können, wurde 1972 - 1974 die "Konzeption der langfristigen Entwicklung der naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Grundlagenforschung "(verkürzt) ausgearbeitet. In dieser Konzeption war auch der applikativen Forschung sowie den forschungstechnologischen Voraussetzungen Raum gegeben. Mit ihr wurde das Ziel verfolgt, gemeinsam mit dem Hochschulwesen die wesentlichsten Forschungsgebiete an ausgewählten Untersuchungsobjekten zu bearbeiten, um im Lande über herangereifte neue Erkenntnisse informieren und beraten zu können.

Ein Beispiel dafür ist das Forschungsprogramm "Hochtemperatur-Supraleitung"(HTSL). Es wurde nicht, wie dargestellt (S.165), durch Intervention des Ministerrates erlassen. Aus der Sicht des Rezensenten als eines damaligen Akteurs war die Geschichte vielmehr folgendermaßen: Die ganze Supraleiter-community war durch die Entdeckung der HTSL international wie auch in der DDR in ca. 10 Instituten auf das Höchste motiviert, auf diesem neuen Gebiet mitzuwirken. In reichen Ländern wie z.B. den USA, Japan und der BRD wurden rasch hochdotierte Forschungsprogramme vorbereitet. Kurzfristig wirksame zusätzliche Forschungsprogramme konnten demgegenüber in der DDR - weil alle Kräfte verplant waren - nur durch Veranlassung des Politbüros durch den Ministerrat erlassen werden. Also wurden entsprechende Maßnahmevorschläge durch Akteure aus der AdW und entsprechenden Hochschulsektionen unterbreitet. Im Ergebnis wurde durch eine Koordinierungsgruppe des Forschungsrates, in der die führenden Kollegen aller beteiligten Einrichtungen mitarbeiteten, das Forschungsprogramm HTSL ausgearbeitet, das am 29.7. 1988 Bestätigung fand. Mit ihm wurde erreicht, daß rasch auf wichtige, neue Arbeitsrichtungen mit dem notwendigen Personal und zusätzlichen Valutamitteln begonnen werden konnte. Dabei wurde sorgfältig beachtet, daß wichtige Arbeiten zur konventionellen Tieftemperatursupraleitung nicht beeinträchtigt wurden. Daß das damalige HTSL-Programm nicht allgemein, z.B. von Verantwortlichen für Ökonomie und technische Versorgung begrüßt wurde, hieß nicht, daß es falsch war. Zeigte doch die durchgehend gute Evaluierung der an HTSL arbeitenden Gruppen die Richtigkeit der damaligen raschen Reaktion aus der Wissenschaft heraus.

Die Struktur der Programme der Grundlagenforschung, wie die wissenschaftliche Ausrichtung der Institute brachten es mit sich, daß manche Institute, wie das für Halbleiterphysik (IHP) ca. 80-90% Auftragsforschung für die Industrie in Grundlagen- und angewandter Forschung binden konnten. Andere, wie z.B. das Institut für Hochenergiephysik (IfH) konnten fast nichts für die Industrie tun. Auf der Ebene von Wissenschaftsgebieten mittelten sich solche Differenzen heraus. Man muß also die Mehrdimensionalität der Einflußgrößen beachten wie ebenso langfristig wirksame Traditionen auf bestimmten Arbeitsgebieten, sowie prägende Einflüsse führender Wissenschaftler wie auch individuelle Vorstellungen der Themenbearbeiter.

Will man also im Interesse der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland mehr Nutzen durch Integration von Grundlagen- und angewandter Forschung ziehen, muß man wohl über die anonymisierten wissenschaftssoziologischen und organisationssoziologischen Unter-suchungen hinaus berücksichtigen, daß Grundlagen- und angewandte Forschung verschiedene, aber zunehmend interdependente Forschungsaktivitäten darstellen (S.50, dort Zitat Vollmer 1972). Das bedeutet zugleich

fließende Grenzen dazwischen bis herab zur Forschungsgruppe oder den einzelnen Wissenschaftler zuzulassen und impliziert, daß die anwendungsorientierte Grundlagenforschung einen angemessenen Platz erhält. Trotzdem ist der Rezensent zuversichtlich, daß aus dem Werk praktisch wichtige Schlüsse zur Bereicherung der Forschungslandschaft in Deutschland gezogen werden können. Jedenfalls scheint das Fragezeichen im Titel des Buches überflüssig zu sein.

Günter Albrecht

Rezension

KAI. Die Erfolgsstory

KAI - Entwicklung einer Abwicklung. 3. 10. 1990 bis 31. 12. 1993. Akademie Verlag 1995. Herausgegeben von der Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (KAI e.V. in Liquidation)

Um es gleich zu Beginn zu sagen: Den Leser erwartet keine Geschichte der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR und auch keine Geschichte von KAI, der mit dieser Abwicklung 1990 bis 1993 befaßten Einrichtung. Das Vorwort sagt uns, worum es geht: "Dies ist keine Festschrift", betont die Herausgeberin KAI e.V. i. L.- "es ist eine Dokumentation eines ungewöhnlichen subjektive Unternehmens" (Vorwort, S. 7). Was die Subjektivität und Ungewöhnlichkeit der Aussagen betrifft, ist dem, nach Durchsicht der angebotenen Texte, nicht zu widersprechen. Ein Fest für den Leser ist die Lektüre keinesfalls, ein Jubelversuch aber allemal, verfaßt zu einem Zeitpunkt, als die ganze Misere der deutschen Wissenschaftsvereinigung schon deutlich genug zutage getreten war, um ernsthafte analytisch-kritische Überlegungen zumindestens im Ansatz zu ermöglichen. Für den Rezensenten ist dieses Buch auch deshalb verdrießlich, weil angesichts der dokumentierten Subjektivität gewöhnliche Rezensionsmaßstäbe ins Leere greifen.

Dennoch werden Sozialpsychologen und Psychoanalytiker dem Werk einige Schönheiten abgewinnen können, denn es schenkt uns eine Sammlung von unverlierbaren Äußerungen einiger an der Abwicklung führend beteiligter Persönlichkeiten nach Abschluß ihrer Arbeit. Auszüge aus Reden oder Dankschreiben an KAI von Politikern, die sich ihrerseits um die Abwicklung verdient gemacht haben, runden das Bild ab, zu ihnen gehören Senator Erhardt, Bundesforschungsminister Krüger, die Landesminister Enderlein, Fickel und Meyer, BMFT-Staatssekretär Ziller. Aus dem Rahmen fallen lediglich die Beiträge der Kölner MPI-Direktorin Renate Mayntz und von Martin Fontius, früherer amtierender Direktor des Zentralinstituts für Literaturgeschichte der AdW, doch beides sind Nachdrucke: Von Frau Mayntz wird ein Kapitel aus ihrem Buch "Deutsche Forschung im Einigungsprozeß" abgedruckt, von Fontius ein Leserbrief

an die FAZ und ein Beitrag aus den Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes, in denen er KAI-unfreundliche Gefühle der Abgewickelten artikuliert. Die Feigenblatt-Funktion beider Beiträge verführt die Herausgeberin zu der Annahme, es sei eine kritische und kontroverse Sammlung unterschiedlicher Standpunkte und Perspektiven zustande gekommen (S.7).

Von Kritik und Kontroverse ist das KAI-Album so weit entfernt wie die heutigen politischen Sonntagsredner von der Wirklichkeit. Absicht der Ausführungen auf den rund 170 Seiten, von Fontius abgesehen, ist, im Selbstzeugnis zu verdeutlichen, welcher Anstrengung es bedurfte, um "die fast unlösbare Aufgabe" zu lösen, "die Verantwortung für die Akademie der Wissenschaften der DDR zu übernehmen und leistungsfähige neue Strukturen zu schaffen" (Enderlein, S. 104). Das "hochmotivierte und leistungsfähige Team von KAI" hat mit "ganz außerordentlichem Engagement" "nicht "Abwicklung pur' betrieben, sondern den Neuaufbau der Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Ost-Berlin ermöglicht, wie dies Artikel 38 des Einigungsvertrages vorsah" (Erhardt, S. 100). Die Herausgeberin selbst will mit dieser Broschüre "die für diese "Erfolgsstory' maßgeblich Verantwortlichen, die KAI-Mitarbeiter, würdigen". (S. 7).

Einen Pluspunkt kann der Leser, sofern er schwarzem Humor nicht abgeneigt ist, schon mit der ersten Seite verbuchen: Sein Bild von der Abwicklung erfährt eine unerwartete Bereicherung. Man darf sicher sein, daß er sie so noch nicht gesehen hat. Das liegt vor allem darin, daß ihm ein Einblick in die Vorstellungswelt der Abwickler bislang gefehlt hat. Genau das aber leistet das Buch, und darin liegt sein Verdienst, dadurch entgeht es vielleicht dem Schicksal einer hochglänzenden Firmenschrift ohne Bedeutung. Als wertvoll darf man vielleicht bezeichnen, daß zugrundeliegende Mentalitäten sichtbar und Motivierungen erkennbar gemacht werden. Und daß hier vorformuliert wird, in welcher Variante man gern den Neuaufbau der Wissenschaft in Ostdeutschland in den Geschichtsbüchern unserer Enkel beschrieben haben möchte.

Die Wissenschafts-Abwicklungsbürokratie stellt sich vor, genauer gesagt, die Vertreter der bürokratisch-administrativen Fraktion der Abwickler, die in Arbeitsteilung mit dem Wissenschaftsrat und seinen Evaluierungskommissaren und mit den leitenden Gremien der großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen das profane Tagesgeschäft der Abwicklung zu betreiben hatte. Ihre Hauptakteure nehmen das Wort, zwei von ihnen

sollen hier besonders gewürdigt werden: Hartmut Grübel, der auffallend unkonventionelle, auf eine Aura der Einfühlsamkeit in das östliche Seelenleben bedachte ministeriale Bonner Sonderbevollmächtigte und Chefliquidator der Akademie; der Leitende Senatsrat Jochen Stoehr, jener im politischen Windschatten seiner jeweiligen Senatoren abwicklerisch tätige Beamte aus der Berliner Wissenschaftsverwaltung, der dem Gemeinsamen Ausschuß AdW der Länder vorstand und dem auch ein Hauptverdienst an der unauffälligen Entsorgung der Gelehrtengesellschaft zugeschrieben werden darf. Eine kurze Erwähnung steht auch dem trockenen Verwaltungsjuristen Diepold Salvini-Plawen zu, der das KAI-Erbe von Grübel ohne dessen einfallsreichen Denkschleifen, dafür mit preußischer Geradheit antrat und der für die neue Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften unentbehrlich wurde. Weiterhin begegnet man auf den Glanzseiten der Schrift einer Schar anderer mittlerer Beamter, Abteilungsleiter oder Mitarbeiter bei KAI oder aus dem Gemeinsamen Ausschuß AdW. Sie reden vor allem mit sich selbst und nicht mit dem Leser.

In die Erlebniswelt der Abwickler dringt man nicht ohne gewisse Peinlichkeit ein, so forsch und hemdsärmlig wird der Arbeitseinsatz in der wüsten, ihnen mit den Wende zugefallenen Wissenschaftslandschaft jenseits der Elbe gezeichnet. Sie berichten, was sie vorgefunden haben, wie sie abgewickelt und wie sie neu aufgebaut haben. Sie beschreiben, wie wenig sie auf das östliche Chaos vorbereitet waren, und sie zeigen sich gerührt, wie sie dennoch die Situation gemeistert haben. Sie führen die Maßnahmen auf, mit denen sie das Chaos schließlich beherrscht haben. Sie stellen dar, wie gewaltig die Arbeit war, die sie leisten mußten, sie vermerken auch, wie wenig ihre Aufbruchsstimmung von anderen geteilt wurde und wie letztlich nur Undank ihrer Arbeit Lohn war (Salvini-Plawen, S. 90f.).

Das eigentliche Ziel der Abwicklung wird nicht beschrieben. Es wird als bekannt, als allseitig akzeptiert und nicht zur Disposition stehend vorausgesetzt. Grübel (S.12): Unser Ziel und Aufgabe ist es, ein vom Verfassungsgrundsatz der Wissenschaftsfreiheit geleitetes Forschungssystem in den neuen Bundesländern aufzubauen. ¹

An anderer Stelle ist Grübel etwas ausführlicher und auch im Vokabular verständlicher. In der Zeitschrift atomwirtschaft/atomtechnik Jahrgang XXXVII, Nr. 3 vom März 1992, S. 134 ff., schreibt er: "Das Gesamtanliegen heißt Neustrukturierung der staatlich grundfinanzierten Forschung: weg von dem durch die SED beherrschten zentralstaatlichen Apparat." Zerschlagen der alten kommandostaatlichen Strukturen, Auslaufen aller Arbeitsverhältnisse zu den

Der Leser erhält schon nach wenigen Seiten Lektüre ein erste Ahnung davon, daß die Abwickler es nicht leicht hatten. Grübel fand, als er zum ersten Mal die AdW-Zentrale betrat, "merkwürdig dunkel und düster wirkende Räume" (S. 9) vor. In den Korridoren der verblichenen Macht ging er über "Stein- und dann Linoleumfußböden zum Sitzungsraum", und hier begriff er sogleich, "daß die Aufgabe von größerer und ungleich schwierigerer Dimension war, als ich sie bis dahin jemals verstanden hatte. Und daß diese Aufgabe ohne eine eigene selbstbewußte Identität, für die wir das optimistisch klingende und an einen Jungennamen erinnernde Akronym KAI wählten, nicht zu lösen war" (S. 10)².

Über die Schwere der Aufgabe und den Enthusiasmus der Beteiligten wird bei Grübel und bei den übrigen Abwicklungsliteraten des Buches jeweils ausführlich referiert. Es gab eine Aufgabenlast und Handlungsnotwendigkeit ohne Vorbild und ohne passende Vorschriftenlage (Grübel, S.11), und außerdem jenseits des Einigungsvertrages "kaum verläßliche Rechtsgrundlagen, die Eigentumsverhältnisse waren vielfach ungeklärt". Die Akademie war in Auflösung. Es kam der Winter, "die Liegenschaften mußten erhalten, beheizt und gesichert werden. Jeden Tag gab es neue Hiobsbotschaften." (S. 13) Kliniken mußten über Wasser gehalten, Gehälter gesichert werden, westliche Verwaltungstechnik und Infrastruktur standen anfangs nicht zur Verfügung. Deshalb sei allerhöchster Respekt geboten vor dem Wunder des Engagements "derer, die draußen in den Instituten oder drinnen bei KAI als Sachwalter öffentlichen Geldes und öffentlicher Interessen tätig waren", selbst "wenn und soweit durch beherztes Handeln in Zeiten unklarer Rechtslagen die eine oder andere Verwaltungsbestimmung außer acht geblieben sein sollte". (S. 13).

Stoehr verkörpert sehr überzeugend die Landessicht. Die völlige Überraschung einer Provinzverwaltung, die sich selbst als "Nischengesellschaft"

Forschungsinstituten. "Relativ schnell war auch klar, daß unter einer föderalen Gesamtstruktur ein einheitliches System nach dem Muster der Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden müßte, d.h. Erstreckung der Forschungsförder- und Forschungsträgereinrichtungen wie Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) oder Großforschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern."

Um bloßen Optimismus allein ging es nicht. Grübel a. a. O.: "Und mit ihrer Geburt war dieser Abwicklungsstelle auch klar, daß sie mit einem solch negativ belasteten Namen und 'Besatzerruf' nicht würde handeln können. Eine unbelastete 'Corporate Identity' mußte her!"

fühlte (S.19), und ihre Überforderung durch die Ereignisse werden glaubhaft dargestellt: "Wir waren auf die Ereignisse nicht vorbereitet." Dieses Schicksal teilte sie, wie erinnerlich, mit vielen anderen Zeitgenossen. Stoehr läßt erkennen, wie die neue Lage den Wissensfundus der Behörde ungemein strapazierte. Man hätte wenig über die ökonomische und politische Stabilität der DDR gewußt, hätte sie für "ein für die nähere Zukunft unabänderliches Faktum" gehalten. "Sie interessierte uns nicht, sie war ein weißer Fleck auf der Landkarte, ein Zwischenraum zwischen Dreilinden und Helmstedt…". Einen Zwischenraum zeigte demzufolge auch das Fachwissen des zuständigen Referats: "...Das Wissenschaftssystem der DDR war uns unbekannt."

Stoehr und das Land Berlin gerieten mit der Wende sogleich in die Verlegenheit, über das unbekannte System nachdenken zu müssen, das offensichtlich anders, sozusagen nichtföderal war. Die zentralistisch strukturierte Frucht, die in den föderalen Schoß gefallen war, mußte erst kleingedacht werden, um sie in verwaltungsmäßig gewohnte, für das Land faßbare Zuständigkeiten zu bringen. Die Erwartungen auf Hilfestellung vom Bund waren getrübt, denn bei Eintritt des Ernstfalls stand man mit dem Bundesforschungsministerium gerade quer "wegen der Konflikte um die West-Berliner Akademie und den Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Instituts"(S. 19). Die Interessen differierten: "Das BMFT verfolgte die Linie, die Zuständigkeit für die Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften möglichst schnell auf die Länder zu übertragen, mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen." Stoehr und das Land Berlin hingegen, darauf bedacht, das zentralistische Erbe schnellstmöglich föderal einzuebnen, wollten den Bund so stark wie möglich in der Pflicht lassen und mußten deshalb "die Übernahme von Verantwortung für alles, was nicht zum Kernbereich einer Wissenschaftsverwaltung gehörte, abwehren" (S.20).

Stoehr führt aus, wie das Land es unternahm, Verantwortung abzuwehren und schützende Zuständigkeiten zu errichten. Nicht zum Kernbereich föderalen Denkens gehörte z.B. die DDR-Bauakademie, zu ihrem Nachteil in Berlin gelegen und eine zentrale Einrichtung. Der Leitende Senatsrat schildert, wie listig und entschlossen dieser "kuriose Fall"(S. 20) gelöst wurde: "Das Bundesbauministerium lud uns mehrfach zu Besprechungen über die Zukunft der Bauakademie ein, der wir nicht folgten. Schließlich wurden die Akten mit dem Hinweis übersandt, Akademien seien nun einmal nach der föderalen Kompetenzverteilung Landesangelegenheiten. Wir konterten, daß es auch Feinschmecker-Akademien gäbe, die auch nicht

Landessache seien, es handle sich nicht um einen eindeutigen technischen Begriff und schickten die Akten mit dem Hinweis auf den Ressortcharakter zurück. Irgendwann gab die andere Seite das Spiel auf" (S. 20). Das war's denn, Bauakademie. Game over AdL und APW.

Nicht alle Abwicklungsprobleme ließen sich mit dieser ländlichen Eleganz behandeln. Stoehr gewann bald die Überzeugung, daß sich die Auflösungsprozesse in der Akademie beschleunigten und niemand mehr wußte, wer wofür verantwortlich war. Die Wissenschaftsverwaltung war ratlos, denn sie wußte immer noch nicht genau, worum es ging: "Wir hatten zahlreiche Institute noch nie gesehen, wußten nicht einmal, wo sie lagen, waren personell und finanziell gar nicht in der Lage, den Prozeß alleine zu steuern" (S.20). Doch der Retter im Erkenntnis- und Steuerungsnotstand war mit KAI schon in Sicht, denn soweit sich Stoehr nach gastronomisch gestützten Erkundungen erinnern kann, gewann dieses Vorhaben Gestalt "in einer Berliner Kneipe, in der sich abends unsere Vertreter mit herreisenden und durchreisenden Kollegen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, die zum Teil als Berater im Wissenschaftsministerium der DDR tätig waren, trafen"(S. 21).

Was KAI geleistet hat, wurde von Wissenschaftssenator Erhardt mit Dankbarkeit gewürdigt: KAI betreute und organisierte ABM, unterstützte die Gründungskomitees für die neuen Einrichtungen, organisierte die Sicherung chemischer und radioaktiver Gefahrenstoffe, wurde mit der Durchführung des WIP betraut, kümmerte sich um die Langzeitvorhaben der Akademie. "Kurz, sie machte all das, was sich in diesem Bereich an Aufgaben aus Abwicklung und Aufbau stellte und von den Ländern nicht zu bewältigen war" (S. 100). Andere Persönlichkeiten haben sich ähnlich geäußert, weitere gesammelte Danksagungen kann man nachlesen in Kapitel 14: "Der KAI ins Stammbuch geschrieben" (S. 100ff.).

Diese Kostproben sollen hier genügen, um ein gewisses Bild von der Grundmentalität der Abwickler zu erhalten. Obwohl die anderen Autoren der subjektiven Dokumentation ebenfalls auf vielfache Weise zur Abwicklungspoesie beitragen, sollen sie hier nicht in extenso dargeboten werden. Der Rezensent bittet, ihm zu vertrauen, wenn er feststellt, daß auch sie ihren Anteil an der aufreibenden und kräftezehrenden Besorgung der Aufgaben überzeugend beschrieben und sich auch - wie wir es vom TV-Entertainment kennen - untereinander gute Arbeit bescheinigt haben. Man kann erfreut konstatieren, daß organisiertes Lob und Selbstlob als tragende Gestaltungsprinzipien von Veröffentlichungen auch hier längst

noch nicht ausgedient und ihre meinungsbildende und vorurteilsfördernde Kraft nicht verloren haben. Lob und Selbstlob kann man auch von den in den Text eingestreuten, herzlich schlechten Protokollfotos ablesen, die den entbehrlichen Anblick der Ministerial- und Wissenschaftsbürokraten bei der Arbeit, auf Sitzungen und beim Posieren, zeigen.

Das große Buch des Weglassens

Das Buch übt die große Kunst des subjektiven Weglassens. Was gestrichen ist, kann nicht durchfallen - dieser Max Reinhardt zugeschrieben Satz gilt auch für das dargestellte Aufbauwerk des fröhlichen Akronyms. Daß die "Akademie-Treuhandgesellschaft KAI" bei den wirklich Betroffenen im Beliebtheitsgrad der großen Treuhandanstalt um nichts nachstand, ist allgemeines Wissensgut, im Buche nur bei Fontius, im KAI-Stammbuch gar nicht nachzulesen. Die subjektive Darstellung gewisser sozialer oder anderer Nebenwirkungen des KAI-Engagements wird weitgehend ausgespart, darüber wird nicht informiert. Die gängige Schutzbehauptung ist, daß am Wegesrand des unaufhaltsamen Aufbaus - möglicherweise - auch Rudimente zurückgeblieben sind, von denen einige eigentlich erhaltenswert waren, was zu bedauern, aber bei der Tiefe der Umgestaltung nicht anders zu erwarten war.

Weggelassen wurde, was KAI außerdem noch geleistet hat und auch das, was KAI nicht geleistet hat. Erinnert werden darf etwa an die in Deutschland einmalige umfangreiche Entlassung von Wissenschaftlern (die KAI technisch-organisatorisch erfolgreich bewältigt hat) mit nachfolgender permanenter massenhafter Akademiker-Arbeitslosigkeit, der Verlust von Forschungspotentialen und Spitzenkräften generell und an das Ausland, das Wissenschaftler-Auffang-Desaster mit ABM, WIP und den geisteswissenschaftlichen Zentren. Darüber muß man sich, wenn man dazu unbedingt etwas wissen will, woanders informieren, es paßt nicht zu den subjektiv wichtigen Mitteilungen des Buches. Zum Weggelassenen gehört die über KAI gelaufene ministerielle Betreuung der Konkurrenzbeseitigung, die die großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen im Rahmen der radikalen institutionellen Marktbereinigung zu ihren Gunsten vorgenommen haben. Der Anteil von KAI an der Verhinderung anderer, eigener Strukturen für eine mögliche selbsttragende Entwicklung der ostdeutschen Wissenschaft wird ebensowenig erwähnt wie genauere

Berliner Zeitung vom 21, 12, 1993, abgedruckt S. 94

Angaben zu der Veräußerung der Immobilien, des sachlichen Vermögens, der Stiftungen und der übrigen Vermögens- und Urheberrechte der Akademie, deren Ertrag ursprünglich in einen Hilfsfonds für die Unterstützung der Wissenschaft in den neuen Bundesländern eingezahlt werden sollte.

Summa summarum: Was von KAI wirklich geleistet wurde, im Schlechten wie im Guten, harrt noch der wissenschaftlichen, abgewogenen Aufarbeitung. Das vorliegende Werk ist dazu geeignet, den Wunsch nach einer solchen Aufarbeitung zu fördern ⁴.

In Erinnerung an Erfolgsdarstellungen aus fernen Zeiten befällt den Rezensenten Unbehagen, das er - dem Rezensionsgegenstand sich angleichend - sehr subjektiv artikulieren möchte. Alle Aussagen der in der KAI-Eloge vereinten Autoren der Wissenschaftsbürokratie laufen darauf hinaus, daß die angestrebten, mit dem Einigungsvertrag für konform gehaltenen Ziele erreicht wurden, die ausgeübte Tätigkeit somit zweckmäßig und sinnvoll und vom Ergebnis her erfolgreich war. Erfolg verkörpert einen überaus wichtigen Glaubenssatz der Leistungsgesellschaft, er legitimiert das Vorgehen, wer erfolglos ist, hat subjektiv versagt. Der Terminus wird in unserem Zusammenhang auf merkwürdige Weise mit dem Terminus Ergebnis verquickt. In dieser Verquickung steigt der Begriff Erfolg zu einer zentralen Kategorie der politischen und moralischen Bewertung der Ereignisse auf, umgeben von einem Kranz ausschließlich positiver Begriffe wie Neustrukturierung, Neuaufbau, Schaffung leistungsfähiger Strukturen oder, weiter gefaßt, Institutionentransfer, Transformation und Eliten- oder Ordnungswechsel.

Lustgewinn: Die KAI-Legende wird errichtet

Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers benutzte den Begriff 1995 zum 5. Jahrestag der deutschen Einheit in euphorischer Erweiterung: "Blühende Landschaften sind jetzt überall im Kommen ... Die Ergebnisse der Umstrukturierung in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Techno-

Samuel Mitja Rapoport im Bericht des Präsidenten der Leibniz-Sozietät auf dem Leibniztag am 3. Juli 1997: "Ich halte es jetzt für angebracht, der seinerzeitigen oberflächlichen - ja unseligen Evaluation des Wissenschaftsrates und der wuchernden negativen Legendenbildung eine realistische Analyse der DDR-Wissenschaft entgegenzustellen.Zu den unerledigten Aufgaben gehört allerdings auch die Chronik und Bewertung des Unrechts der Abwicklung der wissenschaftlichen Institutionen der DDR. Sie dürfen in der Zeitgeschichte nicht fehlen." In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, 13(1996)5.

logie sind eine Erfolgsstory."⁵. Das Wort Story, dem Medienbereich entliehen, stammt aus dem ministeriellen Apparat, auch führende Beamte aus dem Hause Rüttgers verwenden die Vokabel auch heute noch gern⁶, wahrscheinlich deshalb, weil der einfache Begriff Erfolg für die Bedürfnisse der politische Bürokratie nicht ausreicht. Die Betonung und gegenseitige Bestätigung von Erfolg signalisieren nur innere Erfüllung, Hochzufriedensein und Lustgewinn der Akteure. Das ist auf Dauer zu wenig als Grundlage für die öffentliche Bejahung der gesellschaftlichen Veränderungen. Der Erfolg muß auch von anderen geglaubt und begrüßt werden, der Terminus Erfolgsstory wird für überzeugender gehalten.

Wir erleben in unserem Rezensionsobjekt die politische Albernheit der blühenden Landschaften in ihrer KAI-Abart. Streng genommen handelt es sich um den Versuch, eine KAI-Legende in das allgemeine Rechtfertigungsumfeld bei der Herstellung der deutschen Einheit auf dem Gebiet der Wissenschaft einzupassen. Die Story von der guten und aufopferungsvoll gearbeitet habenden KAI wird zur Bekräftigung übergeordneter Aussagen zur deutschen Einheit angeboten.

Legendentechnisch gesehen wird bei Rüttgers die Wirklichkeit eingeengt auf das, was zum Erfolg führte, sie wird abgemagert auf den Erfolg hin, die die Erfolgsaussage beeinträchtigende Fakten werden abgedrängt, eine reichlich alte, aber bewährte Technik, Geschichte vom Ergebnis her zu schreiben oder umzuschreiben. Am Endpunkt dieser geistigen Reduktionsarbeit steht die kompetente Meinung über die Ereignisse in ihrer Erfolgsqualität, über den Sieg also, und diese Meinung wird dann wichtiger als die Ereignisse selbst. Die dem Ergebnis angepaßte Story wird zur offiziellen Lesart. Einmal in die Welt gesetzt, gewinnt sie ein Eigenleben und steht irgendwann stellvertretend für die Wirklichkeit selbst. Sie verkörpert

Hervorhebung vom Rezensenten. Aus einer Pressemitteilung des BMFT vom 5. Oktober 1995. Inhalt der Story ist u.a.: ...Wissenschaft und Forschung wurden mit umfassender Unterstützung der Bundesregierung in den neuen Ländern von Grund auf erneuert. In einem historisch einmaligen Prozeß galt es, die leistungsfähigen Forschungskapazitäten möglichst zu erhalten und sie in eine gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. ...Wir können heute in den neuen Ländern auf eine funktions- und konkurrenzfähige Forschungslandschaft von rd. 140 außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit 13.000 Beschäftigten blicken ... Damit haben die neuen Länder im institutionellen Bereich personell und finanziell mit den alten Ländern gleichgezogen.".

⁶ etwa die Staatssekretäre Yser und Neumann in ihren Presseverlautbarungen.

für wahr gehaltene Aussagen, die den Durchgriff auf die einstmals zugrunde gelegten Fakten nicht mehr erfordern. Entgegenstehende Fakten oder Interpretationen, die nicht in der Story enthalten sind, haben es dann schwer, sich durchzusetzen, sie widersprechen dem einmal aufgebauten inneren Überzeugungsraster und werden ohne rationale Prüfung abgewiesen. Die Legende hat gesiegt. Die offizielle Version wird in die Geschichtsbücher eingehen. Die kommende Generation wird glauben, daß die Sache so und nicht anders gelaufen sei.

Der KAI-Saga entgegenstehende Interpretationen erhält man zum Beispiel, wenn man die Kategorie Erfolg auf die Betroffenen anwendet. Hier sieht die Sache naturgemäß sofort ganz anders aus, individuell wie institutionell. Ob die betroffenen Wissenschaftlern es als Erfolg ansehen, daß die Akademie vor ihrer Abwicklung evaluiert wurde, sei dahingestellt, schon früher wurde der Teufel auch mit dem Beelzebub auszetrieben⁷. Erfolg für die frühere DDR-Wissenschaft ist jedoch das Überleben vieler ihrer Teile in der bundesdeutschen Grundordnung, ist der Fortbestand eines keinesfalls rudimentären Teils als personelles Potential, wenn auch in anderen Strukturen und unter anderer Dominanz. Auch gegenüber Konkurrenzdruck und politischer, fachlicher und bürokratischer Ignoranz und Arroganz hat sie sich besser als erwartet behauptet. Unübersehlar ist, daß die abgewickelte DDR-Wissenschaft mit ihren kulturellen und mentalen Eigenheiten in der Bundesrepublik angekommen ist. Man kann sich durchaus vorstellen, daß von ihrer postsozialistischen Gedankerwelt, von ihren humanistischen gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Denkmodellen und aus ihren gesellschaftlichen Erfahrungen fruchtbare Impulse für das wissenschaftliche Denken der science community und für das geistige und kulturelle Leben in Deutschland ausgehen. In diesen Kontext darf pro domo angenommen werden, daß hier die Existenz und politische Unabhängigkeit der Leibniz-Sozietät von einiger Bedeutung ist. Daß sie sich als eine originäre, nicht unter altbundesdeutsche Dominanz geratene

Daß die der Ministerialbürokratie in Bonn schon frühzeitig mit dem Gedanken spielte, die AdW ohne weitere Umstände vollständig abzuwickeln und ihre Mitarbeiter in die Warteschleise zu schicken, hat der frühere Vorsizende des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, gelegentlich geäußert und antäßich eines Pressegespräches am 9. Oktober 1996 erneut bestätigt. Der Wissenschaftsrat habe mit seinen Empfehtungen - u.a. Forderung nach einem Moratorium und Evaluierung durch den Wissenschaftsrat - Schlimmeres verhindern und eine gewisse Sachbezogenheit sichern können. Auch der letzte Präsident der Akadenie, Horst Klinkmann, vertrat diese Auffassung.

Formation in der heutigen Wissenschaftslandschaft bisher behauptet hat, verdient, jenseits aller Festschriftenmentalität, respektvolle Beachtung.

Was man dem Rezensionsgegenstand ansonsten an Liebreiz zubilligen kann, ist nicht viel. Verwiesen sei auf den Dokumententeil, der rechtliche Regelungen und Durchführungsbeschlüsse und -konzeptionen für die Abwicklung der Akademie enthält, die man woanders wohl noch nicht findet, sowie auf die ansprechende redaktionell-handwerkliche und drucktechnische Ausführung, von den Fotos, wie erwähnt, abgesehen. Man spürt, daß die Redakteure bemüht waren, die laudationalistische Grundstimmung des Werkes nicht auch noch durch Großformat und Gestaltungsüberhebung weiter zu fördern. Ein Verkaufsschlager wäre das Opus aber auch dadurch nicht geworden.

Herbert Wöltge